

# **LaKo 2019**

**29. bis 30. Juni - Osnabrück**

## Antragsbuch



**JUSOS**

**Niedersachsen**

# Inhalt

Vorgeschlagene Geschäftsordnung.....	7
Die Internationale .....	8
<b>AP - Arbeitsprogramm Landesvorstand 2019/20</b> .....	9
<b>ANTRAGSBEREICH: A- ARBEIT</b> .....	18
A1 - Den Wert der Arbeiter*innen gerecht werden.....	18
A2 - Streikrecht für alle Lehrkräfte – Solidarität mit betroffenen Lehrkräften.....	19
A3 - Unternehmer*innenhaftung in der Paketdienst-Branche.....	20
A4 - Bezahlung des Hälfiligen Beitrags für die Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bei Landesbeamten.....	23
A5 - Novellierung des Mindesturlaubsgesetzes für Arbeitnehmer (Bundesurlaubsgesetz – BurlG) .....	24
A6 - Leiharbeit klarer und fairer regeln.....	25
A7 - Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes unserer niedersächsischen Beamt*innen.....	26
A8 - Gleiches Gehalt für alle Lehrkräfte .....	27
A9 - Situation der Arbeitsverträge von Lehrer*Innen .....	27
A10 - Gute Ausbildung für Alle .....	28
A11 - Strategiepapier Industrie .....	31
<b>ANTRAGSBEREICH: B- BILDUNG</b> .....	37
B1 - Druck verringern – Benotungssystem abschaffen.....	38
B2 - Auseinandersetzung mit der Inklusion im Lehramtsstudium verpflichten .....	38
B3 - Reform der MTA-Gesetze (MTAG, MTA-APrV) und Neuregelung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung .....	39
B4 - Antisemitismus bekämpfen – auch an Schulen! .....	41
B5 - Gesundes Schul-, Kindergarten- und Kita-Mensaessen und Beteiligung von Schüler*innen bei der Herstellung .....	43
B6 - <i>Ohne Titel</i> .....	44
B7 - Ausbau der Ganztagschule fördern .....	45
B8 - Der digitalen Welt begegnen – Bildung digital denken .....	45
B9 - Mehr Autorinnen*, weniger Rollenklischees – macht den Deutschunterricht feministischer! .....	48
B10 - Kopfnote abschaffen!.....	49
B11 - Damit wir im Pflichtpraktikum nicht arm werden – BaföG-Regelung ändern!.....	50
B12 - Absolute Teilhabe und Chancengleichheit – freie Lernzeiten statt Hausaufgaben in den Grundschulen!.....	51
B13 - Absolute Teilhabe und Chancengleichheit – Machen wir die Schulen kostenlos! .....	52
B14 - Modernes Schulgebäude .....	53

B15 - Einführung von Technikunterricht an weiterführenden Schulen .....	54
B16 - Einführung einer Projektwoche „Lebenspraxis“ .....	55
B17 - Gerechtigkeit auch in den Ergebnissen! – Anonymisierte Korrekturen einführen .....	56
B18 - Berufsberatung für alle Schüler*innen im Land Niedersachsen .....	57
B19 - Ablehnung von Kopfnoten –Chancen für alle!.....	57
B20 - Medienkompetenz stärken – Digitale Medien im Unterricht sinnvoll nutzen.....	58
B21 - A,B,C was sind Medien?.....	60
B22 - Mehr Fortbildungen für Lehrer*innen im digitalen Bereich .....	60
B23 - Mehr politische Bildung an Schulen .....	61
B24 - Alle reden über Demokratie, wir fordern die Paritätische Schule! .....	62
B25 - Wie sieht ein Hörsaal aus? Schnupperstudium ermöglichen!.....	63
B26 - Soziale Studienfahrten anbieten!.....	65
B27 - Einführung neuer Masterstudiengänge für diverse Informatik.....	65
<b>ANTRAGSBEREICH: D - DEMOKRATIE UND KAMPF GEGEN RECHTS</b> .....	66
D1 - Anerkennung von Opfern rechter Gewalt .....	66
D2 - „Fridays for future“ – Solidarität mit den streikenden Schülerinnen und Schülern .....	67
D3 - Resolution: Antifa – ungemütlich und laut .....	69
D4 - Landeszentrale für politische Bildung stärken.....	71
<b>ANTRAGSBEREICH: FEM - FEMINISMUS</b> .....	72
Fem1 - Die Hälfte der Macht für die Hälfte der Bevölkerung.....	72
Fem2 - Nicht nur Worte, sondern auch Taten. Frauen in die Unternehmensspitzen .....	74
Fem3 - Frauen* in MINT.....	75
Fem4 - Die Rechte von Inter*Menschen umsetzen und ausbauen!.....	76
Fem5 - Jamais sans elles – Niemals ohne sie! .....	78
Fem6 - Mehr Unterstützung für Frauen*häuser.....	79
Fem7 - Resolution: No more „pray the gay away“ .....	81
Fem8 - Frauen*solidarität – empowered women empower women.....	82
Fem9 - Besteuerung von Menstruationsartikeln mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7% .....	84
Fem10 - Ein verpflichtendes Seminar zum Thema Gender-Sensibilisierung in Ausbildungen zu Erzieher*in und Lehrer*in einführen! .....	85
Fem11 - „Some people are asexual, deal with it!“ – Für einen aufgeklärten und diskriminierungsfreien Umgang mit Asexualität .....	86
Fem12 - Unabhängige Untersuchung der Landesbehörden auf die systematische Benachteiligung von Frauen.....	87
<b>ANTRAGSBEREICH: FIN -FINANZEN</b> .....	88
Fin1 - Respekt-Rente und Mütter-Rente ausschließlich aus Steuermitteln finanzieren .....	88

Fin2 - Bischöfe sind auch nur ArbeitnehmerInnen – Schluss mit Staatlichen Gehältern für Kirchenämter .....	89
Fin3 - Schluss mit Diskriminierung und Tabu – Damenhygieneartikel müssen erschwinglich werden .....	90
Fin4 - Höheres Strafmaß bei Finanzverbrechen .....	91
Fin5 - Einführung einer Steuer auf im Internet erworbene Artikel.....	91
Fin6 - Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 50 %.....	92
<b>ANTRAGSBEREICH: G - GESUNDHEIT &amp; PFLEGE</b> .....	93
G1 - Initiierung einer Gesetzesänderung des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) bezüglich der Opiat-Gabe durch Notfallsanitäter*innen .....	93
G2 - Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst .....	95
G3 - Abschaffung der Pflegekammer .....	99
G4 - Jugendliche schützen: Einschränkung der Verkaufszeiten von alkoholischen Getränken ...	99
G5 - Pflegt die Pflege!.....	100
G6 - Gesünder leben dank besserer Lebensmittelkennzeichnung .....	101
G7 - Drogenkonsumräume ausbauen.....	101
G8 - Diesmal nicht die Bäckerei, sondern das ganze Krankenhaus! .....	103
G9 - Menstruationsartikel gesund machen! .....	104
G10 - Die Pille muss Kassenleistung werden!.....	106
G11 - Für eine umfassende (Gesundheits-)Politik der sexuellen Selbstbestimmung .....	106
G12 - Eizellenspende legalisieren .....	109
G13 - ANGEBOTE ZUR UNTERSTÜTZUNG IM ALLTAG (AZUA) AUSWEITEN .....	110
<b>ANTRAGSBEREICH: I -INNERES</b> .....	111
I1 - Drogenkonsument*innen entkriminalisieren.....	111
I2 - Schafft sichere Häfen! .....	112
I3 - Vermeidung von sekundärer Viktimisierung durch mediale Berichterstattung.....	114
I4 - Niedersachsen braucht ein Informationsfreiheitsgesetz .....	115
<b>ANTRAGSBEREICH: INT - INTERNATIONALES</b> .....	116
Int1 - Antisemitismus in den Vereinten Nationen .....	116
Int2 - Europäischer Personalausweis .....	119
Int3 - Europa ist keine Festung – Seenotrettung ist kein Verbrechen.....	120
Int4 - Reformierung der europäischen Agrarpolitik .....	121
Int5 - Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben! .....	122
<b>ANTRAGSBEREICH: O - Organisatorisches</b> .....	125
O1 - Zu jung? Gibt's nicht! .....	125
O2 - Ohne Titel.....	126
O3 - Ohne Titel.....	127
O4 - #ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Internet .....	127

O5 - Anträge in einfach verständlicher Sprache .....	128
O6 - Anträge verständlicher gestalten.....	129
<b>ANTRAGSBEREICH: S - SOZIALES</b> .....	130
S1 - Wiedereinführung des unter Wulff abgeschafften Pflegegeldes.....	130
S2 - Woher nehmen, wenn nicht stehlen? - Für eine aktive Wohnraumpolitik! .....	131
S3 - Wohnraum für Studierende .....	133
S4 - Keine Anrechnung von Kindergeld auf Hartz IV .....	135
S5 - Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer Toilette .....	135
S6 - Inklusion - unser Plan für Niedersachsen .....	136
S7 - Pflege- und Heimkinder von Kosten ihrer Unterbringung befreien.....	138
S8 - EhrenamtCard jetzt! .....	139
<b>ANTRAGSBEREICH: U - UMWELT</b> .....	141
U1 - Brennstoffzellenautos als Chance für Wirtschaft und Klima.....	141
U2 - Antrag Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum auflösen - für eine gesunde Umwelt und mehr Lebensqualität .....	142
U3 - Schrittweise Streichung aller umweltschädlichen Subventionen in das Klimaschutzgesetz integrieren .....	144
U4 - Energiespeicherung innovativ denken, LOHC-Forschung intensivieren.....	145
U5 - Silvesterknaller? Nein danke. ....	146
U6 - Tierschutz endlich ernstnehmen! .....	147
U7 - Unterstützung wiederverwendbarer To-Go-Becher.....	148
U8 - Wölfe Abschießen? Ohne Uns! .....	149
U9 - Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen sicherer, umweltverträglicher, transparenter gestalten.....	150
U10 - Ist das noch gut, oder kann das weg?! .....	153
U11 - Nachhaltiger in die Ferne - Verschärfung der CO2-Ausstoß-Abgabe für Airlines bei EU weiten Flügen .....	154
U12 - Wiedereinbeziehung der Fluggesellschaften in den EU weiten Emissionshandel bei transatlantischen Flügen.....	155
<b>ANTRAGSBEREICH: V - VERKEHR</b> .....	156
V1 - Engagement anerkennen – Bundesfreiwilligendienste & Co stärken .....	156
V2 - Kommunales stationsgebundenes Mietfahrradsystem in größeren Städten .....	157
V3 - Intelligentes Ticketing - Digitale Tickets im öffentlichen Verkehr.....	158
V4 - Landesweiter Tarifverbund - Dem Tarifjungle ein Ende setzen .....	160
V5 - <i>Ohne Titel</i> .....	161
V6 - Sinnvollere Drogenpolitik.....	162
V7 - WLAN im ÖPNV.....	164
V8 - Schienenausbau priorisieren!.....	164

V9 - Erlösung für unsere Straßen und Feen .....	165
V10 - Verkehrswende jetzt! .....	167
V11 - Begleitetes Fahren ab 16 Jahren ermöglichen .....	174
<b>ANTRAGSBEREICH: X - SONSTIGES</b> .....	175
X1 - Öffentlich-Rechtliche Medien stärken – Geringe Einkommen entlasten .....	175
X2 - Historische Kommission der SPD neu einsetzen! .....	175
X3 - Wiedereinsetzung der Historischen Kommission .....	176
X4 - Transparente Darstellung von Preisangaben .....	177
X5 - Offenlegung sämtlicher Einnahmen von Politiker*innen auf Bundesebene .....	178
X6 - Verbraucher*innen vor Kündigungsfristen schützen .....	178

## **Vorgeschlagene Geschäftsordnung**

1. Die Konferenz wird von einem gewählten Präsidium entsprechend der Tagesordnung geleitet. Entscheidungen fällt das Präsidium mit einfacher Mehrheit.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Beschlussunfähigkeit wird vom Präsidium auf Antrag festgestellt.
3. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
4. Bei den Wahlen gelten die Wahlordnung der SPD und die Richtlinie zur Arbeit der Jusos in Niedersachsen.
5. Das Wort wird quotiert nach Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Steht keine Rednerin mehr auf der Redeliste wird nur noch drei Rednern das Wort erteilt; Rednerinnen können sich nach wie vor auf die Redeliste setzen lassen. Auf Antrag kann die Redeliste wieder geöffnet werden. Dieser Antrag wird nur von den nicht-männlichen Delegierten abgestimmt.
6. Anträge zur Geschäftsordnung unterbrechen die Redeliste. Sie werden abgestimmt, wenn eine/r dafür und eine/r dagegengesprochen hat. Unterbleibt die Gegenrede, so gilt der Antrag als angenommen.
7. Initiativanträge aus aktuellem Anlass sind auf der Konferenz bis Samstag um 16.30 Uhr einzureichen. Initiativanträge bedürfen der Unterstützung von mind. 30 Delegierten aus fünf Unterbezirken. Personalvorschläge können bis eine halbe Stunde nach Konferenzbeginn eingereicht werden.
8. Änderungsanträge im Rahmen der Antragsberatungen müssen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden.
9. Zu Fragen der Geschäftsordnung entscheidet das Präsidium.

## Die Internationale

Strophe 1:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,  
die stets man noch zum Hungern  
zwingt!

Das Recht wie Glut im Kraterherde  
nun mit Macht zum Durchbruch  
dringt.

Reinen Tisch macht mit den Be-  
drängern!

Heer der Sklaven, wache auf!

Ein Nichts zu sein, tragt es nicht län-  
ger, alles zu werden, strömt zuhauf!

! Refrain:

Völker, hört die Signale!

Auf, zum letzten Gefecht!

Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!

Völker, hört die Signale!

Auf, zum letzten Gefecht!

Die Internationale erkämpft  
das Menschenrecht!

Strophe 2:

Es rettet uns kein höh'res Wesen,  
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.

Uns aus dem Elend zu erlösen,  
können wir nur selber tun!

Leeres Wort: des Armen Rechte!

Leeres Wort: des Reichen Pflicht!

Unmündig nennt man uns und Knech-  
te,

erträgt die Schmach nun länger nicht!

! Refrain

Strophe 3:

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,  
wir sind die stärkste der Partei'n.

Die Müßiggänger schiebt beiseite!

Diese Welt muß unser sein;

unser Blut sei nicht mehr der Raben

und der mächt'gen Geier Fraß!

Erst wenn wir sie vertrieben haben,  
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!

! Refrain

## Zur Geschichte

Eugène Pottiers Text entstand unmittelbar nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune um 1871. Er bezog sich in einem verherrlichenden Sinn auf die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), den ersten übernationalen Zusammenschluss von verschiedenen, politisch divergierenden Gruppen der Arbeiter\*innenbewegung, der 1864 von Karl Marx initiiert worden war.

Die Melodie des Liedes komponierte der Belgier Pierre Degeyter, Dirigent des Arbeitergesangsvereins von Lille, im Jahr 1888, noch ein Jahr vor der Gründung der zweiten, bzw. der Sozialistischen Internationalen.

Das Lied *Die Internationale* gilt weltweit als Hymne des Sozialismus und Kommunismus und wurde in die meisten Sprachen der Welt übersetzt. In einigen kommunistisch regierten Staaten nahm sie einen nahezu gleichrangigen Platz wie die jeweilige Nationalhymne ein. Die Sowjetunion benutzte bis 1943 *Die Internationale* als Nationalhymne. Danach wurde sie durch die Hymne der Sowjetunion ersetzt.



Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## **Arbeitsprogramm Landesvorstand 2019/20**

### **0 Präambel**

1 Wir verstehen uns als Vertretung der niedersächsischen Jusos in der öffentlichen Dis-  
2 kussion und der innerparteilichen Willensbildung auf Landesebene. Wir führen die Be-  
3 schlüsse der Landeskonzferenz aus, erledigen die laufenden Geschäfte, koordinieren die  
4 politische und organisatorische Arbeit des Landesverbandes.

5 Darüber hinaus bringen wir die jungsozialistischen Positionen in die landespolitischen  
6 Debatten ein. Darüber hinaus stehen wir den Unterbezirken und Kreisverbänden als  
7 Ansprechpartner\*innen zur Seite und unterstützen diese bei ihrer Arbeit. Wir arbeiten  
8 partner\*innenschaftlich mit Bezirken, Unterbezirken und Kreisverbänden zusammen  
9 und nehmen Anregungen und Kritik von allen Seiten gerne auf.

### **10 Arbeitsweise**

11 Präsenzsitzungen des Landesvorstandes sollen weiterhin monatlich abgehalten werden.  
12 Diese finden verbandsöffentlich und nach Möglichkeit zentral gelegen statt, um für mög-  
13 lichst viele Jusos erreichbar zu sein. Die Termine können so gelegt werden, dass Sitzun-  
14 gen nach einer gemeinsamen Veranstaltung erfolgen, sodass keine Anfahrt nötig ist,  
15 wenn alle vor Ort sind. Es sollen ebenfalls monatliche Telefonkonferenzen stattfinden.  
16 Der Abstand zwischen den Präsenzsitzungen und den Telefonkonferenzen soll zwei Wo-  
17 chen betragen, damit ein regelmäßiger Austausch innerhalb des Landesvorstandes  
18 stattfindet.

19 Alle Mitglieder des Landesvorstandes sollen an den Sitzungen, Telefonkonferenzen, Klau-  
20 surtagungen, eigenen Veranstaltungen und zentralen Parteiveranstaltungen anwesend  
21 sein, sofern es ihnen möglich ist. Nur so können wir uns und die Partei weiter voran-  
22 bringen!

23 Wir verstehen uns als präsenzter Landesvorstand vor Ort, weshalb wir uns bemühen,  
24 dass unsere Veranstaltungen im gesamten Landesgebiet stattfinden. Weiterhin freuen  
25 wir uns, wenn wir von anderen Gliederungen der Partei Einladungen für Veranstaltun-  
26 gen erhalten. Wir suchen gleichzeitig das Gespräch mit den einzelnen Parteigliederun-  
27 gen. Der Austausch mit den Unterbezirken und Kreisverbänden ist uns sehr wichtig. Au-  
28 ßerdem lebt die Arbeit im Landesverband von den Rückmeldungen der Jusos vor Ort.

29 Deshalb wollen wir Maßnahmen entwickeln, mit denen wir unsere Arbeit evaluieren und  
30 bspw. bei der Themensetzung Impulse aus der Basis aufnehmen können. Hierzu werden  
31 wir mehr direkten Kontakt zu den Vorsitzenden der UBs und KV's suchen.

## 32 **Thematische Schwerpunkte**

### 33 Inneres

34 Mit dem neuen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz hat die SPD auf Landesebene  
35 einen neuen Kurswechsel in der Innenpolitik eingeleitet. Das NPOG schneidet die Frei-  
36 heits- und Bürger\*innenrechte massiv ein. Wir haben den Prozess des Polizeigesetzes  
37 im landesweiten #noNPOG-Bündnis kritisch begleitet und stehen auch in Zukunft dem  
38 NPOG skeptisch gegenüber.

39 Innenpolitische Themen gehen aber über ein Polizeigesetz hinaus. Der letzte Landesvor-  
40 stand hat mit dem Themenforum Innenpolitik bereits eine Debatte darüber gestartet,  
41 wie linke Innen- und Sicherheitspolitik aus Juso Perspektive aussieht. Dies wollen wir wei-  
42 terführen und unsere Positionen gerade in der Innenpolitik verstärken und verfestigen.  
43 Die derzeit auf Bundesebene im Projekt "Innere Sicherheit" geführte Debatte beobach-  
44 ten wir dabei. Unser Ziel ist es zur Landeskonferenz 2020 einen umfangreichen Antrag  
45 zu erarbeiten.

### 46 Bildung

47 Wir setzen uns für ein offenes, modernes Schulsystem ein, welches jungen Menschen  
48 die Möglichkeit gibt, sich zu entfalten und weltoffen aufzuwachsen. Um sowohl Lehrkräf-  
49 ten als auch Schüler\*innen Beteiligung in der Schule zu ermöglichen, setzen wir uns für  
50 die Demokratisierung von niedersächsischen Schulen ein. Um uns für die aktuellen Be-  
51 lange unserer Schüler\*innen in Niedersachsen stark zu machen, wollen wir auch weiter-  
52 hin die JSAG in Niedersachsen aufrechterhalten und die Arbeit der dort engagierten  
53 jungsozialistischen Schüler\*innen tatkräftig unterstützen. Dabei wollen wir die Kommu-  
54 nikation zwischen JSAG und Landesvorstand verbessern und intensivieren. Besonders  
55 die Digitalisierung an Schulen wurde im Masterplan Digitalisierung des niedersächsi-  
56 schen Wirtschaftsministeriums aufgegriffen. Für uns ist es wichtig, dass Schulen besser  
57 medial und technisch ausgestattet werden, aber dies nicht zu Kosten der Schüler\*innen.  
58 Wir lehnen deshalb vorgeschlagene BYOD (Bring your own device - Tabletklassen) Sys-  
59 tem ab, da dieses Schüler\*innen aus einkommensschwächeren Haushalten klar diskri-  
60 miniert werden und wollen diesbezüglich unsere Forderungen mit Landespoliti-  
61 ker\*innen aus den Kultus- und Wirtschaftsaustausch der Landtagsfraktion diskutieren.  
62 Aus diesem Grund werden wir ein Konzept erstellen, welches beschreibt, wie wir uns  
63 Digitalisierung an allgemeinen und ausbildenden Schulen vorstellen.

64 Die integrierte Gesamtschule gilt für uns als favorisierte Schulform. Hierbei stehen wir  
65 auch für eine offene, inhaltliche Differenzierung in Grund- und Erweiterungskursen mit

66 fairen Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb bieten wir den Jusos in Kreisverbänden und Un-  
67 terbezirken in der kommunalpolitischen Debatte unsere Unterstützung an.

68 Demnach wollen wir auch Themenforen und Workshops zu den Themenbereichen rund  
69 um Digitalisierung, Schulsystem und Lehrer\*innenausbildung abhalten.

## 70 Pflege

71 In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass die Arbeitsbedingungen in der  
72 Pflege unhaltbar sind. Gleichzeitig zeigt sich, dass gerade im ländlichen Raum ein massi-  
73 ver Mangel an Pflegepersonal besteht.

74 Vor allem mit der Debatte um die neu gegründete niedersächsische Pflegekammer ist  
75 klar geworden, dass auch die niedersächsische Landespolitik zur Verbesserung der Situ-  
76 ation beitragen kann. Deshalb möchten wir in einem Themenforum Pflege über mögli-  
77 che Lösungsansätze diskutieren.

## 78 Mobilität

79 Niedersachsen ist eins der größten Bundesländer und doch sind die Möglichkeiten, das  
80 Land mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu durchqueren sehr klein und oftmals viel zu  
81 teuer. Jugendliche setzen sich für Klimapolitik ein und können in den meisten Fällen  
82 nicht einmal ihren alltäglichen Aktivitäten nachgehen, ohne von den Eltern mit dem Auto  
83 gefahren zu werden. Dadurch wird nicht nur unsere Umwelt weiter verschmutzt, son-  
84 dern den Jugendlichen wird auch alle Eigenständigkeit abgeschrieben. Außerdem wer-  
85 den die Elternteile zusätzlich belastet.

86 Unser Ziel ist weiterhin der kostengünstige ÖPNV im gesamten Land Niedersachsen.  
87 Einige Kommunen und Städte wie die Region Hannover, gehen mit der JugendNetzCard  
88 in die richtige Richtung. Doch das reicht uns nicht. Öffentliche Verkehrsmittel müssen  
89 für alle Jugendlichen in Niedersachsen kostenlos werden, um Eigenständigkeit zu för-  
90 dern und die Umwelt zu schützen. Langfristig ist unser Ziel den ÖPNV für alle kostenlos  
91 nutzbar zu machen.

92 Gerade in den ländlichen Regionen muss insbesondere das Schienen- und Liniennetz  
93 deutlich ausgebaut werden, da viele Orte heute noch nicht mit öffentlichem Nahverkehr  
94 zu erreichen sind. Zudem muss die Frequenz, in der Busse und Bahnen fahren, deutlich  
95 erhöht werden. Damit wollen wir nicht nur jungen Menschen mehr Mobilität ermögli-  
96 chen, sondern auch Pendler\*innen die Chance geben, auf dem Weg zur Arbeit auf das  
97 Auto verzichten zu können.

98 Im kommenden Jahr werden wir uns in Veranstaltungen und Arbeitsgruppen mit Mobili-  
99 tätskonzepten beschäftigen. Dabei soll es sowohl darum gehen, wie man den ländlichen  
100 Raum besser an den ÖPNV anbindet, als auch darum, wie die Verkehrssituation in den  
101 Städten nachhaltig verbessert werden kann. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollen in  
102 einem umfassenden Antrag auf der kommenden Landeskongress münden.

103 Arbeit

104 Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, welches von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben  
105 bis zu großen Industriekonzernen diverse Arbeitsfelder abdeckt. Eine Vielzahl bedeu-  
106 tender Arbeitsplätze finden sich in der Automobil- und Stahlbranche sowie in der mari-  
107 timen Wirtschaft mit Schiffsbau und Offshore-Industrie. Industriearbeit ist ein Kernele-  
108 ment im Bereich "Arbeit". Aufgrund der Digitalisierung und der Wandlung der Arbeits-  
109 prozesse müssen wir unsere Vorstellungen von "Guter Arbeit" voranbringen und durch-  
110 setzen. Insbesondere in neue entstehenden Wirtschaftsbereichen gilt es gute Arbeitsbe-  
111 dingungen sicherzustellen.

112 Gemeinsam mit der DGB-Jugend wollen wir auf Basis des im vergangenen Jahr durchge-  
113 führten Gewerkschaftskongresses im kommenden Jahr unsere Positionen konkretisie-  
114 ren und für eine gerechte und solidarische Arbeitswelt stark machen.

115 Feminismus

116 Feminismus ist einer der Grundwerte unseres Verbandes und unserer Arbeit. Im Kampf  
117 um Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ist noch lange kein Ende in Sicht. Veralte-  
118 te Rollen- und Familienbilder prägen immer noch unser gesellschaftliches Zusammenle-  
119 ben. Rechte Gruppierungen bestärken diese und versuchen ihnen neue Legitimität zu-  
120 zuschreiben. Dies ermutigt uns umso mehr, uns für die Stärkung von Frauen\*rechten  
121 einzusetzen und die Gleichberechtigung von Frauen\* und Männern\* voranzutreiben.  
122 Diese Gleichberechtigung beginnt innerhalb des Verbandes. Wir wollen innerhalb unse-  
123 rer Strukturen weiterhin für das Thema sensibilisieren und dem Feminismus eine wich-  
124 tige Rolle zuschreiben.

125 Wir bekennen uns klar zur Quote als Mittel, Frauen\* zu empowern und zu ermutigen. In  
126 unserem Verband bilden Cis-Männer den größten Anteil an Redebeiträgen und um  
127 Frauen\* zu ermutigen, ist für uns eine quotierte Redeliste selbstverständlich. Wir wollen  
128 damit die Diversität in den Redebeiträgen erhöhen und Frauen\* die Barrieren nehmen,  
129 sich an Debatten zu beteiligen. Unsere feministische Einstellung wollen wir auch in die  
130 Öffentlichkeit und besonders in die SPD einbringen. Unser Ziel soll es dabei sein, junge  
131 Frauen\* auf aussichtsreiche Listenplätze, sowohl für die Kommunal- als auch für die  
132 Landtagswahlen, zu bringen. Wir wollen sie sowohl bei der Kandidatur und dem Weg auf  
133 die Liste, als auch bei der Wahl und der Wahrnehmung ihres Amtes unterstützen. Damit  
134 nach 100 Jahren Frauen\*Wahlrecht auch eine gleichteilige Repräsentation von Frauen\*  
135 und Männern in Parlamenten Realität wird, werden wir uns an der Ausarbeitung eines  
136 Paritätsgesetzes aktiv beteiligen.

137 Gerade im Bereich der Grundlagen-Arbeit wollen wir für feministische Themen sensibili-  
138 sieren und den Austausch untereinander fördern. Für uns ist klar, dass wir uns rassisti-  
139 schen, diskriminierenden und frauenfeindlichen Aussagen klar und deutlich entgegen-  
140 stellen, aus diesem Grund wollen wir unsere Mitglieder empowern und sie sensibilisie-

141 ren. Im kommenden Jahr werden wir eine Frauen\*vernetzung organisieren, um die Ver-  
142 bindung unter Frauen zu fördern und den Austausch im geschützten Raum zu gewähr-  
143 leisten, damit unsere Veranstaltungen und Strukturen so gestaltet werden, dass sie auch  
144 attraktiver auf Frauen\* wirken.

145 Auch wollen wir ein Themenforum anbieten, um allen Mitgliedern unseren Grundwert  
146 Feminismus näher zu bringen. Wir haben dabei den Anspruch feministische Debatten  
147 anzustoßen und sexistische Vorurteile zu durchbrechen, damit sich Interessierten die  
148 Möglichkeit bietet, sich mehr Wissen über Feminismus anzueignen.

149 Weiterhin werden wir auf unseren Veranstaltungen, wie Landesverbandswochenenden  
150 und Themenforen, ein paritätisch besetztes Awareness-Team anbieten, um für Teilneh-  
151 mende ansprechbar zu sein, wenn sie sich unwohl, oder in ihren persönlichen Grenzen  
152 verletzt fühlen. Um das zu gewährleisten, wird sich der Landesvorstand intern zu diesem  
153 Thema weiterbilden. Hierfür suchen wir auch den aktiven Austausch mit den Bezirken,  
154 um unseren Verband im Bereich Awareness-Arbeit voranzubringen.

#### 155 Umwelt, Bau und Energie

156 Um den Trend des letzten Jahres weiter fortzusetzen, wollen wir unseren Schwerpunkt  
157 auf umweltpolitische Themen weiterhin wahren und uns außerdem auch mit bau- und  
158 energiepolitischen Themen auseinandersetzen.

159 Uns ist es weiterhin wichtig, dass wir uns inhaltlich zu Klimaschutzthemen, Umwelt-  
160 schutz und dem rapiden Ausbau für erneuerbare Energien, einsetzen. Deshalb werden  
161 wir ein Positionspapier erarbeiten, in dem wir unsere Forderungen für das 1. Nieder-  
162 sächsische Klimaschutzgesetz vorstellen. Darüber hinaus suchen wir aktiv das Gespräch  
163 mit der Landesregierung und der SPD Landtagsfraktion. Dezidiert werden wir uns mit  
164 dem Thema Wasserstoffmobilität auseinandersetzen.

165 Gerade für uns Jusos ist das Thema bezahlbares Wohnen eine Herzensangelegenheit.  
166 Wir wollen in dieser Amtszeit des Landesvorstands unsere Positionen zum Ausbau des  
167 studentischen und sozialen Wohnungsbaus für Auszubildende durch Wohnraumgipfel,  
168 mit entsprechenden Expert\*innen und dem Umweltminister, an den niedersächsischen  
169 Hochschulstandorten abhalten.

170 In diesem Jahr wird ein Themenforum zum Thema Landwirtschaft und Umwelt stattfin-  
171 den. Der Besuch auf einem tier- und landwirtschaftlichen Betrieb wird angestrebt. Dabei  
172 beziehen wir die Bezirksvorstände mit ein, da Landwirtschaftspolitik nicht nur ein lan-  
173 despolitisches Thema ist.

174 Um der Bedeutung der Klima Thematik gerecht zu werden, soll im kommenden Jahr Ma-  
175 terial hierzu erarbeitet werden.

#### 176 Landwirtschaft und Verbraucher\*innenschutz

177 Wir setzen uns für nachhaltige Landwirtschaftsformen ein. Gerade das Agrarland Nie-  
178 dersachsen steht häufig für übersäuerte Böden, Monokultivierung, schlechte Grundwas-  
179 serqualität und umweltschädlicher, industrieller Viehzucht. Wir wollen uns deshalb ver-  
180 mehrt in diesem Jahr mit dem Thema Landwirtschaft auseinandersetzen und ein Kon-  
181 zept ausarbeiten, inwiefern wir die Landwirtschaft 2030 umweltverträglicher, nachhalti-  
182 ger und sozialverträglicher für Umwelt, Verbraucher\*in und Landwirt\*in machen kön-  
183 nen. Hierfür wollen wir unsere Vernetzung mit den Jungbäuerinnen und Jungbauern  
184 weiter intensivieren und auch mit entsprechenden Arbeitskreisen der Bezirke kooperie-  
185 ren.

186 Auch der Schutz von Betäubungsmittelkonsument\*innen ist für uns Teil des Verbrau-  
187 cher\*innenschutzes. Auch wenn der politische Wille zu einer Legalisierung und Regulie-  
188 rung fehlt, ist die Existenz des Konsums nicht abzustreiten. Wir setzen uns in diesem  
189 Bereich weiter für die Legalisierung von Cannabis ein und kämpfen gegen Konsumrisi-  
190 ken, die mit der Illegalisierung einhergehen.

#### 191 Sport

192 Wir wollen im kommenden Jahr unsere inhaltliche Arbeit im Bereich Sportpolitik auf  
193 Landesebene vertiefen. Zum einen werden wir, unsere Positionen zum E-Sports vertie-  
194 fen und konkretisieren, um E-Sports auch auf Landesebene voranzutreiben und eine  
195 Anerkennung der Sportart zu erreichen. Zum anderen wollen wir uns mit Expert\*innen  
196 im Bereich der Sportpolitik auseinandersetzen und neue sportpolitische Positionen ent-  
197 wickeln.

#### 198 Finanz- und Steuerpolitik

199 Die Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags auf Landesebene und die steigende Zahl  
200 an Wettbüros in den Kommunen werden zu einer Erhöhung von Glücksspielmöglichkei-  
201 ten führen. Hierbei muss geklärt werden, wie mit den neuen Gegebenheiten umgegan-  
202 gen und der Online-Wetthandel gestaltet werden soll.

203 Der Finanzkapitalismus muss überwunden werden. Dabei wollen wir uns als Jusos Nie-  
204 dersachsen den niedersächsischen Leitindex (NISAX) analysieren und zusammen mit der  
205 Nord/LB prüfen, ob eine Börsenumsatzsteuer zur Bekämpfung des ungehemmten Fi-  
206 nanzkapitalismus als "niedersächsische Finanztraktionssteuer" durchgesetzt werden  
207 kann.

208 Durch die Digitalisierung entstehen immer mehr Kryptowährungen (z.B. Bitcoin). Wir  
209 müssen uns deshalb die Frage stellen, inwieweit dem noch unregulierten Zahlungsver-  
210 kehr etwas entgegengesetzt werden kann.

211 Insgesamt wollen wir die Novellierung des Glücksspielstaatsvertrages mitbegleiten und  
212 unsere Anforderungen an den Online-Wetthandel erarbeiten. Weiterhin wollen wir prü-  
213 fen, ob eine niedersächsische Finanztraktionssteuer auf Grundlage des NISAX als Bör-

214 senumsatzsteuer eingeführt werden kann und diskutieren, ob eine Wechselsteuer als  
215 Landessteuer mit Hilfe der Landesbanken die Kryptowährungen in unser Finanzsystem  
216 eingebunden werden kann.

## 217 **Bildungsarbeit**

### 218 Jusos fit für die Parlamente

219 Noch immer ist der Altersdurchschnitt in den Kommunal- und Landesparlamenten viel  
220 zu hoch. Junge Menschen werden in Niedersachsen kaum repräsentiert und sie stoßen  
221 auf viele Barrieren, wenn sie sich kommunalpolitisch engagieren wollen. Das wollen wir  
222 ändern.

223 Für die Landtags- und Kommunalwahlen in den Jahren 2021 und 2022 wollen wir poten-  
224 tielle Kandidierende schulen und auf politische Ämter vorbereiten. Dabei wollen wir ge-  
225 rade junge, weibliche Menschen unterstützen zu kandidieren und auf einen aussichts-  
226 reichen Listenplatz zu gelangen. Weitergehend wollen wir die Kandidierenden im Wahl-  
227 kampf unterstützen und auch in ihrem Amt weiterhin begleiten. Dabei arbeiten wir so-  
228 wohl mit den Juso Bezirken, dem SPD Landesverband und der Landtagsfraktion zusam-  
229 men.

230 Darüber hinaus wollen wir Jusos, welche bereits kommunale Mandate übernommen  
231 haben, bei ihrer Arbeit unterstützen und Vernetzungsangebote schaffen.

### 232 Landesverbandswochenenden

233 Wir wollen auch weiterhin künftig zwei Landesverbandswochenenden pro Legislaturpe-  
234 riode abhalten. Diese sollen zukünftig schwerpunktmäßig in den zentral und gut ange-  
235 bundenen Orten stattfinden, um möglichst vielen Interessierten eine Teilnahme zu er-  
236 möglichen und den organisatorischen Aufwand zu minimieren. Auch sollen diese künftig  
237 arbeitnehmer\*innenfreundlicher gestaltet werden und nur noch samstags bis sonntags  
238 stattfinden.

239 Der Schwerpunkt eines der beiden Verbandswochenenden soll auf der Vermittlung von  
240 Hard- und Softskills (z.B. Rhetorik, Social Media und Verbandsarbeit) gelegt werden, um  
241 Interessierten vor Ort bestmöglich bei der Arbeit zu unterstützen.

242 Das diesjährige Sommercamp ist hierbei eine besondere Ausnahme und findet vom 18.-  
243 21 Juli in Wanhöden (Cuxhaven) auf dem Deichbrand-Festival statt. Dieses wird in Ko-  
244 operation mit den Jusos Nord-Niedersachsen organisiert. Wir werden im Juso Camp in-  
245 teressante Workshops, Aktivitäten und Konzertbesuche organisieren.

246 Ein weiteres Format neben den Landesverbandswochenenden werden die Themenforen  
247 sein, die gleichmäßig in allen Bezirken als Tagesveranstaltung stattfinden werden. Hier-  
248 bei werden einzelne Themenfelder mit Workshops, Kamingsgesprächen oder Planspielen  
249 den Teilnehmenden nähergebracht.

## 250 **Öffentlichkeitsarbeit**

### 251 Social Media

252 Unsere Öffentlichkeitsarbeit werden wir im kommenden Landesvorstand neu gestalten.  
253 Diesbezüglich werden wir unsere Formate überarbeiten und neue Schwerpunkte setzen.  
254 Wir haben den Anspruch unsere Positionen leicht zugänglich anzubieten und verständ-  
255 lich zu erklären. Diskutiert werden Formate wie Livestreams, Videos und Podcasts.

256 Um unsere Postings besser zu koordinieren und zu planen, werden wir zu Anfang der  
257 Legislatur einen Posting-Kalender erarbeiten. Für uns ist wichtig, dass wir eine bessere  
258 Struktur und ein besseres Timing in unsere Mitteilungen bekommen. In der Öffentlich-  
259 keit wollen wir darauf achten, dass wir nicht nur auf Ereignisse der Landespolitik regie-  
260 ren, sondern auch unsere Beschlusslagen einfordern.

261 Dazu entwickeln wir ein Social-Media-Team, auch mit Hilfe außerhalb des Landesvor-  
262 standes, um auch von anderen Ideen und Kompetenzen zu profitieren. Aber auch in-  
263 nerhalb des Landesvorstandes werden wir uns externe Referent\*innen einladen, um  
264 uns weiterzubilden, damit wir unsere öffentlichen Auftritte zielgruppengerecht bespie-  
265 len können.

266 Zentraler Bestandteil für uns ist, dass unsere Plattformen häufiger und systematischer  
267 bespielt werden, unsere Reichweite verstärkt genutzt wird und unsere Positionen nach  
268 außen getragen werden.

### 269 Presse

270 Trotz Digitalisierung ist die Pressearbeit auch heute noch eine wichtige Komponente für  
271 uns, um als landespolitische Akteur\*innen wahrgenommen zu werden. Deshalb werden  
272 wir auch weiterhin regelmäßig Pressemitteilungen herausgeben und Kontakte zu Jour-  
273 nalist\*innen aufbauen und pflegen. Es wird geprüft, inwieweit auch eine Mitgliedschaft  
274 in der Landespressekonferenz möglich und für uns sinnvoll ist.

### 275 Kampagnen

276 Das Ziel unserer Arbeit muss sein unsere Inhalte und Positionen, sowohl parteiintern,  
277 als auch gegenüber unserer Zielgruppe anzusprechen. Auch außerhalb des Wahlkampfs.  
278 Deshalb ist unser Ziel im kommenden Jahr die Jusos Niedersachsen kampagnenfähig zu  
279 machen und kurzfristig auf aktuelle landespolitische Entwicklungen zu reagieren und  
280 kurze thematische Kampagnen zu bestreiten.

## 281 **Verbandsarbeit**

282 Wir werden im kommenden Jahr, zusätzlich zu den Landesverbandswochenenden, Un-  
283 terbezirks- und Kreisverbandsvorsitzendenkonferenzen veranstalten. Dadurch wollen  
284 wir uns besser mit den Unterbezirken und Kreisverbänden vernetzen und einen Aus-  
285 tausch zwischen diesen ermöglichen. Die Konferenz soll in Zusammenarbeit mit den

286 Juso Bezirken durchgeführt werden. Ziel soll es sein, ein Wochenende mit allen 44 Un-  
287 terbezirken und Kreisverbänden zu organisieren, die quotiert mit zwei Vertretenden  
288 teilnehmen sollen. Dabei achten wir natürlich auch auf gute Erreichbarkeit mit öffentli-  
289 chen Verkehrsmitteln.

290 Die Vernetzung innerhalb unseres Verbandes soll auch durch ein Online-Tool verbessert  
291 werden, das eine landesweite Übersicht von Veranstaltungen ermöglichen soll. Jeder  
292 Unterbezirk, Kreisverband, Bezirk und natürlich auch der Landesverband soll die Chance  
293 bekommen, Veranstaltungen in einem Kalender eintragen zu können. Somit werden  
294 diese Veranstaltungen weiterverbreitet und auch über Unterbezirks-, Kreisverbands-  
295 und Bezirksgrenzen hinaus besucht werden.

296 Wir wollen außerdem einen Vorsitzenden-Call einführen. Dabei sollen die Vorsitzenden  
297 aller Unterbezirke und Kreisverbände über die Arbeit im Landesvorstand informiert  
298 werden. Darüber hinaus gibt es dort die Möglichkeit sich über weitere Themen auszu-  
299 tauschen, um einen direkten Kontakt zu allen Unterbezirken und Kreisvereinen herzu-  
300 stellen und aufrecht zu halten.

301 Damit alle Jusos alle Informationen erhalten, möchten wir verstärkt in der Jusos Nieder-  
302 sachsen Facebook-Gruppe informieren und einen Broadcast eröffnen, in dem alle Inte-  
303 ressierte aufgenommen werden. Diese Möglichkeiten werden die bisherigen Infomails  
304 nicht ersetzen, sondern ergänzen.

### 305 **Bündnisarbeit**

306 Wir wollen weiterhin Bündnispartner\*innenarbeit betreiben, d. h., dass wir bestehende  
307 Bündnisse weiterführen und versuchen, neue Bündnisse aufzubauen. Dabei ist es uns  
308 wichtig darauf zu achten, dass unsere Bündnispartner\*innen nicht in Konflikt mit dem  
309 Selbstverständnis der Jusos stehen. Für eine Zusammenarbeit mit rassistischen, sexisti-  
310 schen, antifeministischen, homophoben oder antisemitischen Organisationen, Gruppie-  
311 rungen und Strukturen stehen wir Jusos nicht zur Verfügung.

### 312 **Zusammenarbeit mit der SPD und SPD-Landtagsfraktion**

313 Mit unserer Mutterpartei sind wir in kritischer Solidarität verbunden. Wir arbeiten kon-  
314 struktiv, um die Partei voranzubringen und kritisieren, wenn nötig. Darüber hinaus wer-  
315 den wir weiterhin für eine inhaltliche, personelle und organisatorische Erneuerung der  
316 Partei streiten. Diese ist auch zwei Jahre, nach Bundes- und Landtagswahlen, nicht abge-  
317 schlossen und muss von allen Beteiligten ernsthaft verfolgt werden. Auf dem letzten  
318 Parteitag haben wir dafür erste Punkte durchgesetzt. Wir werden weiterhin dafür arbei-  
319 ten, dass diese nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der alltäglichen Parteilarbeit  
320 gelebt werden.

321 Wir werden den regelmäßigen Austausch mit Partei- und Fraktionsführung suchen und  
322 uns in innerparteiliche Prozesse und Debatten einmischen.

# ANTRAGSBEREICH: **A- Arbeit**

<b>AI</b>	Antragsteller*innen:	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Den Wert der Arbeiter\*innen gerecht werden**

- 2 1. Zuschläge beim Stundenlohn (z.B. Akkordzuschläge) sollen für die Rente mit ange-  
3 rechnet werden.
- 4 2. Arbeitnehmer\*innen welche zum Stundenlohn bzw. Grundlohn Zuschläge erhal-  
5 ten, sollen im Krankheitsfall oder anderweitigem Ausfall nicht mehr nur den Stun-  
6 denlohn/Grundlohn ausbezahlt bekommen, sondern zusätzlich dazu den Durch-  
7 schnitt an verdienten Zuschlägen aus den letzten drei Monaten.
- 8 3. Weitere Arbeitsstunden, über einem 8-Stunden-Arbeitstag hinaus, sollen 25% hö-  
9 her als der eigentliche Stundenlohn entlohnt werden.

## 10 **Begründung:**

11 Auch wenn ein\*e Arbeitnehmer\*in während seines/ihres Berufsleben so viel verdient,  
12 dass er/sie gut davon leben kann, gucken Arbeitnehmer\*innen, welche vorher jahrelang  
13 bspw. Akkordzuschläge bekamen, als Renter\*innen oft in ein leeres Portmonee oder auf  
14 ein leeres Konto. Das liegt daran, dass Zuschläge nicht für die Rente mit angerechnet  
15 werden. Dies führt dann zwangsläufig zu einer erschreckend kleineren Rente, im Ver-  
16 gleich zu Arbeitnehmer\*innen welche jahrelang sogar das selbe Entgelt am Ende des  
17 Monats bekamen, nur mit dem Unterschied das es ein festes Entgelt war ohne Zuschlä-  
18 ge.

19 Für Arbeitnehmer\*innen, welche bspw. zum Stundenlohn/Grundlohn Akkordzuschläge  
20 bekommen, ist der Krankheitsfall oder ein anderweitiger Ausfall direkt verbunden mit  
21 finanziellen Hindernissen. Bei Akkordarbeiten zahlen Arbeitgeber\*innen nämlich nur  
22 den Stundenlohn/Grundlohn weiter. Bei nicht erbrachter Leistung, aufgrund von Krank-  
23 heit, bedeutet dies direkt einen Unterschied am Ende des Monats meistens im dreistelli-  
24 gen Bereich für den/die Arbeitnehmer\*in.

25 Oft lassen Arbeitgeber\*innen ihre Angestellte lieber Überstunden machen oder generell  
26 länger arbeiten, als weitere Arbeitnehmer\*innen einzustellen. Da dieses sich für den/die  
27 Arbeitgeber\*in besser rechnet. Um dem Effekt entgegenzuwirken, müssen Arbeitsstun-  
28 den, welche den 8-Stunden-Arbeitstag überschreiten, höher entlohnt werden.

# A2

Antragsteller\*innen: UB Göttingen

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Streikrecht für alle Lehrkräfte – Solidarität mit be-** 2 **troffenen Lehrkräften**

3 Wir fordern das Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte.

4 Das Streikrecht ist ein fundamentales Mittel im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen.  
5 Viele arbeitsrechtliche Errungenschaften konnten erst durch Streiks erkämpft werden  
6 und regelmäßig können Verbesserungen für Arbeitnehmer\*innen nur dank gewerk-  
7 schaftlich organisierter Streiks als Druckmittel erzielt werden. Streikrecht ist Menschen-  
8 recht.

9 Leider wird dieses Recht vielen Menschen in Deutschland vorbehalten: Beamt\*innen  
10 können sich zwar in Gewerkschaften organisieren, es ist ihnen jedoch nicht erlaubt, ihre  
11 Arbeit mit dem Ziel besserer Arbeitsbedingungen niederzulegen.

12 Begründet wird das Verbot mit den sogenannten „hergebrachten Grundsätzen des Be-  
13 rufsbeamtentums“, auf die im Grundgesetz verwiesen wird. Zuletzt hat das Bundesver-  
14 fassungsgericht diese Auffassung bestätigt. Das Streikverbot erfülle „die für eine Qualifi-  
15 kation als hergebrachter Grundsatz notwendige Voraussetzung der Traditionalität, da es  
16 auf eine jedenfalls in der Staatspraxis der Weimarer Republik begründete Traditionslinie  
17 zurück geht, und diejenige der Substantialität, da es eine enge inhaltliche Verknüpfung  
18 mit den verfassungsrechtlichen Fundamenten des Berufsbeamtentums in Deutschland,  
19 namentlich der beamtenrechtlichen Treuepflicht sowie dem Alimentationsprinzip, auf-  
20 weist.“ [1] Anlass war die Klage mehrerer Lehrkräfte. Dies steht jedoch im Widerspruch  
21 zur europäischen/ internationalen Rechtsprechung. Allein der Beamt\*innenstatus recht-  
22 fertigt keine Einschränkung des Streikrechtes [2]. Die hergebrachten Grundsätze sind  
23 außerdem keine auf ewig festgeschriebenen Regeln, sondern können angepasst wer-  
24 den. Sie sind zudem nie durch ein Parlament beschlossen worden.

25 Wir finden: Das Streikverbot für Lehrkräfte ist längst nicht mehr zeitgemäß. Eine solch  
26 drastische Einschränkung mit Traditionalität zu begründen ist nicht länger hinnehmbar  
27 und auch nicht notwendig. Unsere Gesellschaft wird nicht gefährdet durch streikende  
28 Lehrkräfte.

29 Auch wenn Beamt\*innen in vielen Punkten besser gestellt sind als ihre angestellten Kol-  
30 leg\*innen, ist dies keine Rechtfertigung dafür, dass ihnen das Streikrecht verwehrt wird.  
31 Im Gegenteil: Wir wollen keine Spaltung des Kollegiums. Um für alle bessere Arbeitsbe-

32 dingungen zu erzielen, sollten alle Lehrkräfte gemeinsam und solidarisch dafür streiken  
33 dürfen. Der Beamtenstatus selbst ist mangels Möglichkeiten des Widerstandes keine  
34 Garantie für faire Arbeitsbedingungen. Es ist nicht akzeptabel, dass verbeamtete Lehr-  
35 kräfte jede Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen widerstandslos hinnehmen  
36 müssen.

37 Deshalb fordern wir:

- 38 ▪ Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte
- 39 ▪ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (für angestellte und Beamt\*innen)
- 40 ▪ Keine Spaltung des Kollegiums
- 41 ▪ Solidarität mit streikenden Lehrkräften
- 42 ▪ Solidarität mit den Kläger\*innen gegen das Streikverbot und mit allen wegen Teil-  
43 nahme an Streiks von Disziplinarmaßnahmen betroffenen Lehrkräften

44 *Anmerkungen:*

45 [1] Urteils des Bundesverfassungsgerichts, 2018,  
46 [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bv  
48 g18-046.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bv<br/>47 g18-046.html)

48 [2] Urteil von 2009, EGMR

	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, Juso- Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Unternehmer\*innenhaftung in der Paketdienst-** 2 **Branche**

3 Die Jusos des Landes Niedersachsen beschließen, dass es eine Gesetzgebung braucht,  
4 die eine Unternehmer\*innenhaftung bei Verstößen gegen Arbeitsrecht und Mindest-  
5 lohngesetz vorsieht. Dadurch liegt die Verantwortung einer gerechten Bezahlung bei  
6 den Paketkonzernen, statt bei den Subunternehmer\*innen. Einen ähnlichen Gesetzent-  
7 wurf hat die Bundesregierung 2017 für die Fleischindustrie verabschiedet. Dort gibt es  
8 eine geltende Unternehmer\*innenhaftung, die vorsieht, dass Schlachtunternehmen für  
9 Verfehlungen ihrer Subunternehmer\*innen in Regress genommen werden. Dieses Mo-  
10 dell würde in der Paketbranche ebenfalls für eine nachhaltig positive Entwicklung sor-  
11 gen. Eine engmaschige Kontrolle auch nach Verabschiedung eines Gesetzes ist aller-  
12 dings unerlässlich.

13 Die Zahl der Sendungen, die in Deutschland von Kurier-, Express und Paketdiensten  
14 (kurz KEP) im Jahr 2018 zugestellt wurden beträgt ca. 3,5 Milliarden. Diese Zahl steigt,  
15 mit einer Ausnahme, in jedem Jahr seit der Jahrtausendwende. Prognostiziert wird ein  
16 weiterer Anstieg bis 2022 auf 4,3 Milliarden Sendungen pro Jahr. Die KEP-Branche befin-  
17 det sich in einem Aufschwung, dessen Ende noch nicht in Sicht ist. Aus diesem Grund  
18 muss eine sozialdemokratische Politik das Ziel haben, faire Arbeitsbedingungen, Ar-  
19 beitszeiten und Löhne für Paketzuliefer\*innen zu sichern.

20 Die großen Paketdienste in Deutschland (DHL, DPD, Hermes, GLS, etc.) nehmen zur Zu-  
21 stellung ihrer Sendungen allesamt Subunternehmer\*innen\*innen unter Vertrag. Diese  
22 Subunternehmer\*innen koordinieren die Auslieferungen und stellen das Personal, mit-  
23 unter auch die Zulieferungsfahrzeuge. Eine Reihe in Deutschland agierender Subunter-  
24 nehmer\*innen streben Gewinnmaximierung durch billige Löhne und schlechte Arbeits-  
25 bedingungen an. Betroffen davon sind meistens osteuropäische Arbeitnehmer\*innen,  
26 die in Deutschland arbeiten, um ihre Familien in der Heimat zu ernähren. Diese spre-  
27 chen meistens kein, oder nur sehr gebrochenes, Deutsch und sind dementsprechend  
28 nicht in der Lage sich den Rechtsstaat vollends zunutze zu machen, um gegen dieses  
29 kriminelle System vorzugehen.

30 Bei einigen Subunternehmer\*innen sind Arbeitstage von bis zu 14 Stunden für ihre An-  
31 gestellten die Norm. Abgerechnet wird dabei ein festes Monatsgehalt, welches allerdings  
32 nur 40 Stunden in der Woche vorsieht. Dieses kriminelle Vorgehen wurde in einem „SZ“-  
33 Artikel vom 15. Dezember 2017 treffend an einem Beispiel eines Arbeitstages des rumä-  
34 nischen DPD-Paketfahrers, Iurie Popescu, veranschaulicht:

35 „Morgens um halb vier geht es los. Popescu lädt Pakete aus, scannt im Depot in eisiger  
36 Kälte Pakete ein, belädt seinen weißen Lieferwagen neu, den DPD seinem Arbeitgeber,  
37 einem Subunternehmen, zur Verfügung gestellt hat. Erst um halb neun beginnt seine  
38 Tour, 70 Kilometer lang mit etwa 115 Stopps. Im Durchschnitt liefert er jeden Tag 200  
39 Pakete ab. Gegen 18 Uhr ist sein Arbeitstag zu Ende, wenn die Retouren und Päckchen  
40 von Firmen abgeholt sind. Da Popescu auch samstags arbeitet, kommt er leicht auf 75  
41 Stunden pro Woche. In Wirklichkeit verdient er also nicht den Mindestlohn, sondern et-  
42 wa fünf Euro [pro Stunde].“

43 Beim Aufwiegen tatsächlich geleisteter Arbeitsstunden und dem ausgezahlten Lohn er-  
44 geben sich also häufig Stundenlöhne von weniger als 6,- €. Die meisten Fahrzeuge besit-  
45 zen kein GPS-Tracking, was es schwierig macht eine externe Nachverfolgung von Liefer-  
46 wegen und tatsächlichen Arbeitszeiten der Fahrer\*innen vorzunehmen. Darüber hinaus  
47 ist es üblich Angestellt\*innen, die sich über Arbeitszeiten und -bedingungen beschwerten  
48 mit einer Kündigung zu drohen.

49 Wieso gibt es aus der Arbeitnehmer\*innenschaft der Paket-Branche nicht mehr Gegen-  
50 wehr? Wie bereits angesprochen sind es meistens osteuropäische Arbeiter\*innen, die

51 Opfer der Ausbeutung durch Subunternehmer\*innen werden. Die Löhne – auch wenn  
52 sehr niedrig – übersteigen dennoch das Durchschnittsgehalt von Paketzuliefenden in  
53 Ländern wie Rumänien und Bulgarien. Deswegen werden diese Bedingungen häufig in  
54 Kauf genommen. Wer allerdings in Deutschland beschäftigt ist, muss zwingend nach  
55 geltendem Mindestlohngesetz bezahlt werden.

56 Einige große Paketkonzerne verpflichten ihre Subunternehmer\*innen vertraglich zur  
57 Schadensübernahme bei Verstößen gegen das Mindestlohngesetz. Damit entziehen die-  
58 se sich der Verantwortung und der Aufgabe, bei Paketzustellung für gerechte Ar-  
59 beitsbedingungen zu sorgen. Bei Verstößen können Bußgelder bis zu 500.000,- € anfal-  
60 len. Auf Anfrage der ARD zu diesem Sachverhalt äußerte sich die DHL wie folgt: „Werden  
61 Tatsachen bekannt, die gesetzeswidrig sind, behalten wir uns die fristlose Kündigung  
62 [der Subunternehmer\*innen] vor. Ein direkter Eingriff in die Lohnstruktur der Service-  
63 partner[\*innen] ist jedoch nicht möglich, da es sich um selbstständige Unternehmen  
64 handelt, ...“ Hier wird deutlich, dass die komplette Verantwortung auf die Subunterneh-  
65 mer\*innen abgewälzt wird und ein Handeln von Seiten der Paketdienste nur notwendig  
66 wird, wenn Missstände bereits aufgedeckt wurden. Diese Umstände sind weit entfernt  
67 vom Idealzustand.

68 Darüber hinaus üben diese Strukturen enormen Druck auf Subunternehmer\*innen aus,  
69 die ihre Angestellten fair behandeln und entlohnen. Durch Einsparnisse im Personalbe-  
70 reich können die Preise für Zustellungen so gedrückt werden, dass dadurch ein eindeu-  
71 tiger Marktvorteil entsteht.

**A4**

Antragsteller\*innen: UB Hildesheim

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 **Bezahlung des Hälftigen Beitrags für die Versicherung**  
2 **in der gesetzlichen Krankenversicherung bei Landesbe-**  
3 **amten**

4 Wir Beschließen, dass das Land als Dienstherr seiner gesetzlich versicherten Be-  
5 amten auch die hälftigen Beiträge für die Krankenkasse übernimmt.

6 **Begründung:**

7 Als Schritt zu einer Bürgerversicherung in der alle Bürger\*innen denselben pro-  
8 zentralen Anteil Ihres Arbeitslohnes für die Krankenversicherung bezahlen,

9 sollten wir uns dafür diese Ungerechtigkeit zunächst bei den Beamt\*innen in un-  
10 serem Land abschaffen. Auch Beamt\*innen sollten die Möglichkeit haben in der  
11 gesetzlichen Krankenversicherung versichert zu sein ohne dafür einen erheblich  
12 höheren Beitrag zahlen zu müssen.

13 Insbesondere für Personen die eine Vorerkrankung haben besteht im Moment  
14 nicht bzw. nur unter sehr hohen Beiträgen die Möglichkeit einen Versicherungs-  
15 vertrag in der privaten Krankenversicherung abzuschließen. Diese Personen  
16 müssen im Moment Ihre gesamten Krankenversicherung selbst bezahlen, wäh-  
17 rend gerade zu Beginn der Ausbildung in der privaten Krankenversicherung nur  
18 rabattierte Beträge gezahlt werden müssen. Dies macht den Staat als Arbeitge-  
19 ber für viele Leute unattraktiver.

20 Neben der Beseitigung dieser strukturellen Ungerechtigkeit kann das Land hier-  
21 mit auch noch erheblich Ausgaben sparen. Einer Studie der Bertelsmann Stiftung  
22 wäre die Versicherung aller Beamten in der gesetzlichen Krankenkasse alleine  
23 für das Land Niedersachsen jährlich 1.390.000.000 € günstiger als das derzeitige  
24 Modell der privaten Krankenversicherung mit Beihilfe.

# A5

Antragsteller\*innen: UB Osnabrück-Land

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Novellierung des Mindesturlaubsgesetzes für Arbeit-** 2 **nehmer (Bundesurlaubsgesetz – BurlG)**

3 Das Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer (Bundesurlaubsgesetz – BurlG) aus dem  
4 Jahre 1963 wird grundsätzlich novelliert, um sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitge-  
5 bern Rechtsklarheit bei der Berechnung von Urlaubsansprüchen zu gewährleisten.

### 6 **Begründung:**

7 Arbeitnehmer erkennen in Bezug auf ihren Urlaub und den damit verbundenen Ansprü-  
8 chen nur schwer ihre Rechte, während Arbeitgeber sich ihrer Pflichten nicht bewusst  
9 sind. Das ist darin begründet, dass das Bundesurlaubsgesetz veraltet und aufgrund um-  
10 fangreicher Rechtsprechung auf europäischer und nationaler Ebene überholt ist. Ein  
11 Großteil der Rechte und Pflichten sind überhaupt nicht mehr aus dem Gesetz heraus  
12 erkennbar, wie zum Beispiel die Anspruchsberechnung bei Wechsel von Vollzeit in Teil-  
13 zeit, die Berechnung des Urlaubsentgelts bei Reduzierung/Aufstockung in Teilzeit, der  
14 Urlaubsanspruch bei schwankendem oder häufigem Wechsel der Arbeitstage je Woche  
15 (zum Beispiel Arbeit auf Abruf), Urlaubsansprüche nach einer Elternzeit oder Langzeiter-  
16 krankung, Erwerbsunfähigkeit, usw. Umgang mit der Auf- bzw. Abrundung von Bruchtei-  
17 len (§ 5 Abs. 2 BurlG). Die Berechnung des Urlaubsanspruchs sowie des -entgelts sind  
18 immer komplizierter und strittiger geworden. Für bestimmte Sachverhalte gibt es keine  
19 eindeutige gesetzliche Regelung, sondern lediglich ständige Rechtsprechung, an der sich  
20 orientiert werden kann. Hinzu kommt allerdings eine seit einigen Jahren stattfindende  
21 Durchlöcherung des deutschen Urlaubsrechts durch Entscheidungen des EuGH, die eine  
22 für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich immer wieder verändernde und unklare Rechts-  
23 lage nach sich zieht. Das Bundesarbeitsgericht muss zum Teil Recht setzen, wo durch  
24 den Gesetzgeber keine Regelungen getroffen worden sind – für Sachverhalte, die vor  
25 über 50 Jahren auch noch nicht auftraten. So besteht nicht bei Arbeitgebern, sondern  
26 selbst in deutschen Arbeitsgerichten Unsicherheit über die für ein Urteil geltende  
27 Rechtslage.

28 Das Bundesurlaubsgesetz ist vom 08.01.1963 und seitdem lediglich zehn Mal durch den  
29 Gesetzgeber geändert worden, zuletzt zum 20.04.2013 aufgrund des Gesetzes zur Um-  
30 setzung des Seearbeitübereinkommens 2006 der Internationalen Arbeitsorganisation.  
31 Daher bedarf es einer grundlegenden Novellierung des BUrlG, um die Rechte für Arbeit-

32 nehmer sowie Pflichten für Arbeitgeber eindeutig in einem überarbeiteten Gesetz zu  
33 fixieren – darin besteht eine Verpflichtung des Gesetzgebers!

<b>A6</b>	Antragsteller*innen:	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Leiharbeit klarer und fairer regeln**

- 2     ▪ Einführung einer Überlassungshöchstdauer (Die Dauer, welche die selbe Person  
3 maximal von einem Betrieb als Leiharbeiter\*in beschäftigt werden darf) von 18  
4 Monaten. Diese soll auch mit einer vorhanden Unterbrechung des Personallea-  
5 sings gelten. Bei einer weiteren Entleiher werden die vorherigen Wochen ange-  
6 rechnet.
- 7     ▪ Die Einführung einer Kündigungsfrist von vier Wochen.
- 8     ▪ Der Equal-Pay-Grundsatz (Gleiches Gehalt wie Stammarbeitskräfte) muss ohne  
9 Ausnahmen nach vier Wochen Überlassung an den selben Entleiher gelten. Dies  
10 soll auch gelten, sollte es zu einer Unterbrechung der Beschäftigung beim Entlei-  
11 her kommen. Bei der nächsten Entleiher werden die vorherigen Wochen ange-  
12 rechnet.

### 13 **Begründung:**

14 In einigen Fällen kommt es dazu, dass Arbeitnehmer\*innen monatelang als Leiharbei-  
15 ter\*in in einem Betrieb sind. Die jetzige Grenze beträgt 18 Monate ohne Unterbrechung.  
16 Nach einer dreimonatigen Unterbrechung, beginnt das ganze aber wieder bei 0 und eine  
17 weitere Entleiher von bis zu 18 Monaten ist möglich. Wir glauben, wenn ein Betrieb  
18 eine Person 18 als Leiharbeiter\*in beschäftigt hat, kann diese Person auch fest ange-  
19 stellt werden!

20 Zurzeit betragen die Kündigungsfristen für Leiharbeiter\*innen meist nur wenige Tage (!).  
21 Dies bedeutet eine große Ungewissheit und Unsicherheit für die Arbeitnehmer\*innen.

22 Wird bei der Arbeitnehmer\*innenüberlassung ein Zeitarbeitsarbeitsvertrag angewendet,  
23 und das ist der Regelfall, hat der/die Leiharbeiter\*in erst nach neun Monaten (!) unun-  
24 terbrochener Überlassung an dem selben Betrieb einen gesetzlichen Equal-Pay-  
25 Anspruch. Bei bzw. nach einer Unterbrechung von drei Monaten und einem Tag beginnt  
26 diese Frist allerdings erneut. Dadurch können Leiharbeiter\*innen durch (meist) miese  
27 Bezahlung als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden.

**A7**

Antragsteller\*innen: UB Region Hannover

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 **Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes unserer nie-**  
2 **dersächsischen Beamt\*innen**

3 Der Juso Niedersachsen mögen beschließen, unsere SPD-Landtagsfraktion und unseren  
4 Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stephan Weil aufzufordern endlich aktiv  
5 darauf hinzuwirken, dass die durch die „Regierung Wulff“ vorgenommenen Einschnitte  
6 beim Weihnachtsgeld der niedersächsischen Beamt\*innen proaktiv rückgängig gemacht  
7 werden und hier ein Gleichklang zum Tarifbereich hergestellt wird.

8 **Begründung**

9 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den niedersächsischen Beamt\*innen im Jahr  
10 2005 unter Hinweis auf die katastrophale Finanzlage des Landes Niedersachsen das  
11 Weihnachtsgeld weitestgehend gestrichen und den Beamt\*innen versprochen, dass die-  
12 ser Einschnitt rückgängig gemacht wird, wenn sich die Finanzlage verbessert hat. Die  
13 Verbesserung ist längst eingetreten. Der Landeshaushalt weist inzwischen satte Über-  
14 schüsse aus!

15 Zudem muss hier auch dem Grundsatz Rechnung getragen werden, dass die Besoldung  
16 der Beamt\*innen den tariflichen Regelungen folgt. Folglich ist es hier notwendig, das  
17 NBesG entsprechend dem TV-L anzupassen. Darüber hinaus wird die Besoldung nie-  
18 dersächsischer Beamt\*innen zwischenzeitlich von obersten Gerichten der Bundesre-  
19 publik Deutschland in Teilen als verfassungswidrig beurteilt und weiterhin kritisch be-  
20 handelt – siehe dazu:

21 BVerwG Aktenzeichen 2 C 32.17, 2 C 34.17 - Beschluss vom 30. Oktober 2018, vorgelegt  
22 beim BVerfG wegen konkreter Annahme des BVerwG zur verfassungswidrigen Unterali-  
23 mentation niedersächsischer Beamt\*innen.

24 In Zeiten des Fachkräftemangels muss der öffentliche Dienst deutlich mehr an Attrakti-  
25 vität zulegen, um konkurrenz- und leistungsfähig zu bleiben. Diese Herausforderung ist  
26 besonders für den Aufgabenbereich der schwieriger werdenden Nachwuchskräftege-  
27 winnung zu lösen!

# A8

Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Gleiches Gehalt für alle Lehrkräfte**

2 Wir fordern, dass alle Lehrer\*innen unabhängig davon, welche Klassenstufen oder an  
3 welcher Schulform sie unterrichten, das gleiche Gehalt erhalten. Die Gehälter sollen an  
4 das Gehalt der Gymnasiallehrer\*innen angeglichen werden. Angestellte Lehrer\*innen  
5 dürfen nicht schlechter gestellt sein als verbeamtete Lehrer\*innen.

### 6 **Begründung**

7 Der Jede Lehrkraft steht vor der pädagogischen Herausforderung, die Schüler\*innen zu  
8 bilden und sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Abhängig davon in welchem Bereich  
9 sie tätig sind, sind auch die Herausforderungen und Anforderungen an sie unterschied-  
10 lich. Die Bedeutsamkeit ihrer Arbeit ist jedoch als gleich anzusehen, daher sind unter-  
11 schiedliche Gehaltsstufen nicht gerechtfertigt und sollten angeglichen werden.

# A9

Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD- Landtagsfraktion
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Situation der Arbeitsverträge von Lehrer\*Innen**

2 Wir fordern, dass zukünftig die Verlängerung von Arbeitsverträgen von Lehrer\*Innen  
3 nicht auf die lange Bank geschoben wird, sondern frühzeitig festgestellt wird, ob Leh-  
4 rer\*Innen ihre Arbeitsstelle im nächsten Schuljahr wieder aufnehmen können.

### 5 **Begründung**

6 Auch Lehrer\*Innen benötigen eine Sicherheit im Bezug auf die Lebensplanung. Diese  
7 Sicherheit muss die Niedersächsische Landesregierung gewährleisten. Darüber hinaus  
8 kann es auch nicht sein, dass Lehrer\*Innen zu Beginn der Sommerferien keine Vertrags-  
9 verlängerungen vorliegen haben und zum Ende der Sommerferien oben genannte Ver-  
10 tragsverlängerung erhalten. Zum einen ist das unzumutbar für die Lehrkraft. Zum ande-  
11 ren werden auf diesem Wege auch die Lernbedingungen der Schüler\*Innen eige-  
12 schränkt. Bildung ist wichtig, also sollte uns die Berufssituation unserer Lehrkräfte wich-  
13 tig sein! Lehrer\*Innen und Schüler\*Innen sollen sich jederzeit in der Schule wohlfühlen!

# AIO

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Gute Ausbildung für Alle**

2 Der gemeinsame Gewerkschaftsjugendkongress mit der DGB Jugend hat unsere beiden  
3 Verbände zueinander geführt und uns zu dem Ergebnis gebracht, dass wir zusammen-  
4 arbeiten und dabei die betriebliche Ausbildung stärken wollen.

5 Die Ausbildung im Betrieb und der Berufsschule müssen aufeinander abgestimmt sein.  
6 Alles, was Auszubildende theoretisch lernen müssen, sollten sie auch praktisch umset-  
7 zen können. Dafür ist eine enge Abstimmung notwendig, was durch die technischen  
8 Möglichkeiten von heute auch einfacher als je zuvor ist. Zusätzlich kann es sinnvoll sein,  
9 wenn sich kleinere Betriebe zusammentun und gemeinsame Lernorte, bzw. gemeinsa-  
10 me Ausbildungswerkstätten nutzen. Auch das Land Niedersachsen muss hier tätig wer-  
11 den und die Berufsschulen an die Realitäten anpassen und zukunftsfähig gestalten. Zu-  
12 sätzlich sollte das Land eine enge Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und den Be-  
13 trieben anstreben, um in Lernortkooperationen moderne Bedingungen zu schaffen.

### 14 **Dazu fordern wir:**

- 15     ▪ Ausbau Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Berufsschulen, um Theorie und  
16       Praxis stärker zu verbinden
- 17     ▪ Lernortkooperation zwischen Land, Betrieben und Berufsschulen, um moderne  
18       und gemeinsame Lernorte zu schaffen
- 19     ▪ Klare moderne Kommunikationswege nutzen
- 20     ▪ Verpflichtende Anwesenheit und (pädagogische) Weiterbildung von Ausbil-  
21       der\*innen
- 22     ▪ Geltungsbereich BBiG ausweiten – schulische Ausbildung – duales Studium

23 Wer durch eine Ausbildung in das Berufsleben startet, ist finanziell stark belastet. So-  
24 wohl die Arbeitswege, als auch die Wege zu den Berufsschulen stellen eine hohe finan-  
25 zielle Belastung dar. Hier kann man mit Azubi-Tickets bei den öffentlichen Verkehrsmit-  
26 teln erste Abhilfe schaffen. Aber auch die Betriebe sollten sich finanziell beteiligen, wenn  
27 es z.B. um Reise- und Übernachtungskosten von Weiterbildungsmaßnahmen handelt.  
28 Denn jede Weiterbildung stärkt nicht nur die Beschäftigten, sondern auch vor allem den  
29 Betrieb. Dazu gehören auch alle benötigten Ausbildungsmittel und Lehrbücher.

### 30 **Dazu fordern wir:**

- 31     ▪ Kostenlose Ausbildungsmittel (vom Betrieb finanziert)

- 32     ▪ Übernahme von Reise- und Übernachtungskosten
- 33     ▪ Azubi Tickets

#### 34     **Arbeitszeit**

35     Viel zu häufig werden Auszubildende auch zeitlich ausgenutzt. Natürlich gibt es von bei-  
36     den Seiten ein Interesse daran an praktischer, auch wertschöpfender Arbeit, zu üben  
37     und dadurch zu lernen. Auszubildende dürfen aber nicht als günstige Arbeitskräfte be-  
38     nutzt werden. Sowohl die gesetzlichen, als auch tariflichen Arbeitszeitbedingungen sind  
39     strikt einzuhalten. Ausreichend Zeit zur körperlichen Regeneration ist wichtig, um die  
40     Lernzeiten und Lernziele einhalten zu können. Daher ist auch eine Anerkennung der  
41     Berufsschulzeit als Arbeitszeit zwingend erforderlich, genauso wie die strikte Trennung  
42     von Arbeits- und Lerntagen.

43     Auszubildende müssen besonders geschützt werden vor allen Einflüssen, die ihre Lern-  
44     fähigkeit negativ beeinflussen könnten. Schichtarbeit gehört genauso verboten, wie eine  
45     Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeiten. Die 30 Stunden Woche ist zum Erlernen  
46     praktischer Arbeiten ausreichend und bietet den zeitlichen Raum, um theoretische In-  
47     halte zu Erlernen.

48     Auch für junge Menschen gibt es immer wieder mal persönliche Situationen, die eine  
49     Flexibilität der Arbeitszeiten oder Home-Office nötig machen, um die Ausbildung weiter-  
50     führen zu können. Hierfür braucht es einen strengen Rahmen, der das Ausnutzen junger  
51     Menschen verhindert.

#### 52     **Dazu fordern wir:**

- 53     ▪ Anerkennung der Berufsschulzeit als Arbeitszeit
- 54     ▪ Keine Rückkehrpflicht nach der Berufsschule
- 55     ▪ Keine Schichtarbeit
- 56     ▪ Festhalten an täglichen maximal Arbeitszeiten
- 57     ▪ Flexibilität und Home-Office ermöglichen, mit strengen Rahmen
- 58     ▪ Nicht Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeiten
- 59     ▪ 30 Stunden Woche

#### 60     **Vergütung**

61     Auszubildende starten nicht nur in das Berufsleben, sondern häufig auch direkt in ihr  
62     eigenes und unabhängiges Leben. Dafür ist eine auskömmliche Vergütung dringend  
63     erforderlich. Dazu ist nicht nur eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung wichtig,  
64     sondern auch eine stärkere Tarifbindung.

#### 65     **Dazu fordern wir:**

- 66     ▪ Tarifbindung stärken

- 67       ▪ Mindestausbildungsvergütung auskömmlich (660€, bzw. 80% der tarifl. Ausbil-
- 68           dungsvergütung) mit zusätzlicher kommunaler Anpassung
- 69       ▪ Abschluss & Qualifikation

70 Niedersachsen sollte Vorreiter sein, wenn es darum geht neue Ausbildungsberufe zu  
71 erkennen und auszubilden. Die Digitalisierung wird hier vieles in Bewegung setzen, da-  
72 für sollten wir gewappnet sein.

73 Unabhängig davon welchen Weg man der Bildung gewählt hat, darf es am Ergebnis kei-  
74 nen Unterschied geben. Ein\*e Gesell\*in hat durchaus einen gleichwertigen Bildungs-  
75 stand wie Menschen mit einem Bachelor-Abschluss, dass muss sowohl gesellschaftlich,  
76 als auch gesetzlich anerkannt werden. Genauso verhält es sich bei Meister\*innen zu  
77 Master-Abschlüssen.

78 Auch der Hochschulzugang muss nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung erleich-  
79 tert werden.

#### 80 **Dazu fordern wir:**

- 81       ▪ Neue Ausbildungsberufe erkennen und ausbilden
- 82       ▪ Gleichstellung Gesell\*in – Bachelor / Meister\*in - Master
- 83       ▪ Hochschulzugang erleichtern

#### 84 **Prüfungswesen**

85 Die praktische Ausbildung im Betrieb darf nicht nur nach Zufall und Aufträgen passie-  
86 ren, sondern muss sich für alle im Betrieb gleichwertig gestalten. Dazu ist ein betriebli-  
87 cher Ausbildungsplan dringend notwendig.

88 Nicht jeder Betrieb ist ausgestattet wie jeder andere, der eigene Betrieb und die eigenen  
89 Werkzeuge und Anlagen sind diejenigen, mit denen man am besten vertraut ist, daher  
90 ist eine praktische Prüfung im eigenen Betrieb die fairste Gestaltung.

91 Wer eine so wichtige Abschlussprüfung vor sich hat, muss besonders geschützt werden.  
92 Zumindest der Tag vor anstehenden Prüfungen sollte generell frei sein, um sich vorzu-  
93 bereiten oder zumindest vom beruflichen Alltag zu erholen, um konzentriert in die Prü-  
94 fungen gehen zu können.

#### 95 **Dazu fordern wir:**

- 96       ▪ Betrieblicher Ausbildungsplan
- 97       ▪ Praktische Prüfung im Betrieb
- 98       ▪ Bezahlte Freistellung 1 Tag vor jeder Prüfung

#### 99 **Übernahme**

100 Wer eine Ausbildung beginnt, wählt seinen Ausbildungsbetrieb sehr gezielt aus und hat  
101 gewisse Erwartungen was die Zukunft angeht. Wer ausbildet geht damit ein Vertrauens-

102 verhältnis ein und muss seinen Azubis eine Zukunft im Betrieb auch ermöglichen. Sollte  
103 eine Übernahme nicht möglich sein, so braucht es eine Ankündigungsfrist, um die Suche  
104 auf eine Folgeanstellung frühzeitig zu ermöglichen. Die Ausbildungszeit reicht unserer  
105 Meinung nach völlig aus um festzustellen, ob man miteinander arbeiten kann und  
106 möchte, nach einer Übernahme ist daher keine Probezeit mehr notwendig.

107 **Dazu fordern wir:**

- 108     ▪ Ankündigungsfrist bei Nicht-Übernahme (3 Monate)
- 109     ▪ Übernahmegarantie ohne Probezeit

	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Strategiepapier Industrie**

2 Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, welches aus ländlichen Bereichen und Ballungs-  
3 zentren der Industrie besteht. Aus sozialdemokratischer Sicht ist besonders die Indust-  
4 rie- und Stahlarbeit wichtig. Eine Vielzahl bedeutender Arbeitsplätze finden sich in der  
5 Automobil-, Nahrungsmittel- und Stahlindustrie, sowie der maritimen Wirtschaft mit  
6 Schiffsbau und Offshore-Industrie wieder. Diese Industriezweige bilden das Kernele-  
7 ment im Bereich "Industriearbeit", wovon ganze Regionen und junge Generationen le-  
8 ben. Aufgrund der Digitalisierung und der Wandlung der Arbeitsprozesse müssen wir  
9 mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten und unsere Vorstellungen von "Guter Ar-  
10 beit" voranbringen und durchsetzen. Wir wollen Ansprechpartner\*in der jungen Genera-  
11 tion in der Stahl- und Industriearbeit sein.

12 Die Digitalisierung stellt auch unsere Infrastruktur vor riesige Herausforderungen. Wir  
13 müssen in der Lage sein den Betrieben einen schnellen und sicheren Zugang zum Netz  
14 zu ermöglichen. Gerade dieser Bereich wurde in der Vergangenheit vernachlässigt und  
15 benötigt nun eine investitionsreiche und rasante Aufwertung, der Masterplan Digitalisie-  
16 rung kann nur ein kleiner erster Schritt sein.

17 Wir können, mit unseren sozialdemokratischen Grundwerten, diesen Prozess mit der  
18 notwendigen Ernsthaftigkeit, Nachhaltigkeit und Geschwindigkeit vorantreiben. Gemein-  
19 sam mit den Betrieben und Gewerkschaften kann Niedersachsen die Industrie von mor-  
20 gen schaffen und nicht nur gestärkt aus der Dieselkrise hervorgehen, sondern auch den  
21 Umbruch der Industrie der nächsten Jahre mitgestalten.

22 Gerade der massive Umbruch der Mobilisierung stellt die **Automobilindustrie**, und vor  
23 allem deren Zulieferer, vor große Herausforderungen. So fallen nicht nur viele Arbeits-

24 plätze aufgrund neuer Antriebstechniken, einfach weg, sondern es entstehen vor allem  
25 viele neue Berufe und Berufsfelder. Das stellt nicht nur Gewerkschaften und Betriebe  
26 vor große Herausforderungen, auch unser Bildungssystem muss junge Menschen auf  
27 diese neuen Berufsfelder vorbereiten können. Das ist nicht alleinige Aufgabe des Staa-  
28 tes, sondern auch Arbeitgeber\*innen haben sich intensiv und vor allem finanziell in den  
29 Prozess einzubringen, um Beschäftigung langfristig zu sichern.

30 Die niedersächsische **Stahlindustrie** ist ein absoluter Exportschlager und sieht sich der-  
31 zeit vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen überfluten staatlich subventio-  
32 nierte Dumpingprodukte die internationalen Märkte, zum anderen stellen die verhäng-  
33 ten Zölle der USA diese Industrie vor finanzielle Hürden. Auch muss die Stahlindustrie  
34 ihrer Verantwortung nach schnellstmöglicher CO2-Senkung nachkommen. Kostenbelas-  
35 tungen durch überfällige Investitionen in Forschung und Entwicklung oder den europäi-  
36 schen Emissionshandel dürfen dabei nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetra-  
37 gen werden.

38 In der **Nahrungsmittelindustrie** wird es bei automatisierten Fertigungsprozessen zu  
39 ähnlichen Entwicklungen beim Thema Digitalisierung kommen, wie in vielen anderen  
40 Industriezweigen. Diese Industrie ist beim Thema Arbeitnehmer\*innenrechte aber leider  
41 ein Negativbeispiel. So gibt es, vor allem in der fleischverarbeitenden Industrie, immer  
42 wieder Schreckensmeldungen was Beschäftigung und Arbeitsbedingungen angeht. Nur  
43 wer seine Beschäftigten anständig beschäftigt und entlohnt, kann von ihnen erwarten,  
44 dass diese genauso mit unseren Lebensmitteln umgehen. Wir, als SPD, müssen diese  
45 Unternehmen immer wieder daran erinnern, dass sie zum einen eine Lebensgrundlage  
46 herstellen, aber auch ihren Beschäftigten eine Lebensgrundlage bieten müssen.

47 Die Industrie der **Erneuerbaren Energien** leistet einen wichtigen Beitrag zur nieder-  
48 sächsischen Nachhaltigkeit bei. Die hiesigen Unternehmen leisten mit ihren innovativen  
49 Ideen und Produkten einen großen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Für die kom-  
50 menden Herausforderungen der Digitalisierung und Schadstofffreien-Mobilität, sind die  
51 Erneuerbaren Energien ein wesentlicher Baustein. Bei aller Wichtigkeit dieser Branche  
52 müssen wir aber auch dafür eintreten, dass die Unternehmen ihre Beschäftigten ver-  
53 nünftig behandeln, anstellen und mitbestimmen lassen. Die aktuellen Verfehlungen  
54 müssen enden, die Gespräche mit Interessensvertretungen müssen endlich beginnen  
55 und ernsthaft geführt werden. Darüber hinaus muss innovativen Unternehmen im Be-  
56 reich der erneuerbaren Energien von Seite des Landes und des Bundes endlich Pla-  
57 nungssicherheit gegeben werden. Investitionen in diesem Bereich sind mit hohen Fix-  
58 kosten verbunden, die sich erst mittelfristig rentieren. Ohne staatliche Unterstützung  
59 und langfristige Planungssicherheit in Kombination mit der Subventionierung umwelt-  
60 schädlicher Energieträger haben erneuerbare Energien keine Chance, preislich mitzuhal-  
61 ten oder sich durchzusetzen. Sauberer Strom muss für alle Unternehmen und Privatper-  
62 sonen die günstigere Alternative sein!

## 63 Die Herausforderungen

### 64 **Arbeitsplätze fallen weg oder verändern sich**

65 Die Industrie steckt mitten in ihrer 4. Revolution und wird sich grundlegend in den  
66 nächsten Jahren verändern. Viele Produktionsbereiche werden immer weiter automati-  
67 siert und digitalisiert. Es wird noch stärker möglich werden, immer mehr Produkte, in  
68 weniger Zeit, mit weniger Personal zu produzieren. Einige Berufsfelder werden fast voll-  
69 ständig wegfallen und neue werden entstehen. Nicht alle Veränderungen können hier  
70 durch einen Generationenwechsel geschehen.

71 Die Digitalisierung schafft in allen Industriebereichen neue Möglichkeiten. Positive Fol-  
72 gen können körperliche Erleichterungen sein, wenn Mensch und Maschine miteinander  
73 agieren können und die Maschine Teilarbeiten übernimmt oder unterstützt, die sich ne-  
74 gativ auf die körperliche Belastung auswirken. Negative Folgen wird es überall da geben,  
75 wo Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Diese Entwicklung muss mit den Beschäftig-  
76 ten gemeinsam bewältigt und gestaltet werden. Die Bedarfe an neuen Berufsfeldern  
77 müssen frühzeitig ermittelt und Weiterbildungsangebote geschaffen werden.

78 Natürlich bleibt es vor allem Aufgabe der Unternehmen, sich auf den anstehenden  
79 Strukturwandel der Industrie aktiv vorzubereiten. Wir erwarten von den Eigentü-  
80 mer\*innen und Geschäftsführer\*innen Investitionen in neue Technologien und in die  
81 Qualifikation der Menschen. Eine umfassende Mitbestimmung und die Beteiligung der  
82 Beschäftigten sind dabei ein zentraler Erfolgsfaktor, denn die wahren Expert\*innen sind  
83 diejenigen, die Tag für Tag mit dem Produkt arbeiten.

### 84 **Darum fordern wir:**

85

- 86     ▪ Enge Gespräche der niedersächsischen SPD mit den Gewerkschaften und Betrie-  
87       ben über die Arbeitswelt von morgen
- 88     ▪ Die niedersächsische SPD muss der Motor sein, gerade bei den Zulieferern, gegen  
89       Vorbehalte bei der Mitbestimmung
- 90     ▪ Analyse der Betroffenheit einzelner Standorte und der gesamten Wertschöpfungs-  
91       kette durch den Strukturwandel
- 92     ▪ Erstellung einer Studie zu den industrie- und beschäftigungspolitischen Heraus-  
93       forderungen in einzelnen Regionen
- 94     ▪ Ansiedlung der Zuständigkeit hierfür in der Staatskanzlei, um die Wichtigkeit zu er-  
95       höhen und zu betonen
- 96     ▪ Angebot von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Begleitung von Umstrukturi-  
97       erungsprozessen (z.B. für die Weiterbildung)
- 98     ▪ Enge Mitbestimmung der Betriebsräte bei Umwandlung von Produktionsbereichen  
99       und Ermittlung der Bedarfe neuer Berufsfelder

100

## 101 **Bildung**

102 Bildung ist einer der wesentlichen Bereiche, die mitentscheiden, wie sich ein Bundesland  
103 entwickelt. Es wird immer wichtiger, die Berufsschulen aufzurüsten um die derzeitigen  
104 und zukünftigen Arbeitnehmer\*innen weiter- und auszubilden.

105 Immer wieder kommt es zu Zeiten in denen Betriebe Kurzarbeit anmelden müssen, da  
106 Aufträge fehlen oder unvorhersehbare Ereignisse geschehen. In dieser Zeit könnten wir  
107 unser Know-How massiv steigern, indem wir ein Weiterbildungsangebot schaffen für die  
108 Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Zeit nicht arbeiten können oder dürfen.

109 Ein Erwerbstätigenkonto kann eine Art „Startkapital“ für junge Menschen sein, um finan-  
110 zielle Hürden zu nehmen zur Durchführung einer Qualifizierung, in der Gründungsphase  
111 oder während privater Auszeiten. Diese Idee knüpft an das französische Konzept eines  
112 „persönlichen Aktivitätskontos“ an.

### 113 **Dazu fordern wir:**

- 114     ▪ Eine rasche Modernisierung der Berufs- und Weiterbildung
- 115     ▪ Eine Weiterbildungsberatung der BfA
- 116     ▪ Schaffung eines Angebotes zur Weiterbildung während eines Kurzarbeit Korridors
- 117     ▪ Schaffung eines Erwerbstätigenkontos
- 118     ▪ Einführung von Bildungsteilzeit

## 119 **Arbeitszeiten / Freizeitzeiten / Flexibilisierung**

120 Es ist davon auszugehen, dass auch in Niedersachsen viele Betriebe der industriellen  
121 Wertschöpfungskette vor großen Herausforderungen stehen. Das Ziel für uns dabei  
122 muss sein, die Beschäftigung an den existierenden Standorten zu sichern und den Be-  
123 schäftigten Zukunftsperspektiven zu bieten.

124 Zusätzlich ist der Wunsch nach mehr Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Ehrenamt  
125 eines der größten arbeitspolitischen Themen geworden. Eine verkürzte Arbeitszeit kann  
126 nicht nur als Jobmotor in Niedersachsen dienen, sondern würde die Mehrbelastung aller  
127 Arbeitnehmer\*innen, die aufgrund von Produktivitätssteigerungen entstanden ist und  
128 entstehen wird, ausgleichen. Hier kann auch die Idee der Wahlarbeitszeit zusätzliche  
129 Flexibilität und Zufriedenheit erzeugen.

130 Wir müssen die politische Kraft in Europa sein, die Aufweichungen der Arbeitszeit-  
131 schutzgesetze verhindert und die Gegenfrage stellt. Die massiv gestiegenen Belastungen  
132 und vor allem Produktivitätssteigerungen, die die Steigerungen des Reallohniveaus  
133 deutlich übersteigen, müssen die Grundlage für Arbeitszeitverkürzungen darstellen.

### 134 **Dazu fordern wir:**

- 135       ▪ Zusammen mit den Gewerkschaften wollen wir ein Papier auflegen, in dem wir  
136           aufzeigen, wie wir in Niedersachsen den 6-Stunden-Tag realisieren können und  
137           unsere Anforderungen an die Wirtschaft sammeln.

138 Wir erkennen die Errungenschaften der Gewerkschaften in der Industrie, hier vor allem  
139 die der IG Metall, an. Wir wissen aber auch, dass lange nicht alle Betriebe nach Tarif be-  
140 zahlen bzw. überhaupt Mitbestimmungsstrukturen besitzen oder sogar verhindern. Da-  
141 rum fordern wir tarifliche Errungenschaften in geltendes Recht zu wandeln.

142 **Dazu fordern wir:**

- 143       ▪ 6 Wochen Urlaub für alle  
144       ▪ Den 7-Stunden-Tag gesetzlich zu regeln  
145       ▪ Langfristig die 30-Stunden-Woche, mittels 6-Stunden-Tagen einzuführen  
146       ▪ Wahloptionen möglich machen, um Arbeitszeiten flexibler, im Sinne der Arbeit-  
147           nehmer\*innen zu gestalten

148 Ein zentraler Bestandteil des Tagesablaufs der meisten Menschen in Niedersachsen ist  
149 die Zeit, die mit Erwerbsarbeit verbracht wird. Wer viele Stunden bei der Arbeit ver-  
150 bringt, muss sich darauf verlassen können, dass die Unternehmen ihrer Fürsorgepflicht  
151 gerecht werden. Arbeit darf nicht krank machen. Zudem wollen wir die Mitbestimmung  
152 stärken und Betriebsräte bei ihrer Arbeit unterstützen. Aktuell sind Unternehmen, die  
153 auf die Einhaltung von Arbeitsschutzregeln und die gesetzlichen Bestimmungen der  
154 Mitbestimmung achten, im kapitalistischen Wettbewerb benachteiligt. In Niedersachsen  
155 soll Ehrlichkeit und sittliches Verhalten nicht durch den Wettbewerb bestraft werden.  
156 Daher brauchen wir ein besseres Netz von Kontrollen und eine strikte Verfolgung von  
157 Zuwiderhandlungen. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht für Behinderung von Be-  
158 triebsratsarbeit im schlimmsten Fall eine Gefängnisstrafe vor. Derzeit werden Verstöße  
159 jedoch kaum geahndet.

160 **Dazu fordern wir:**

- 161       ▪ Eine höhere Frequenz von Kontrollen zur Einhaltung von Arbeitsschutzregeln  
162       ▪ Finanzielle Unterstützung für Kommunen bei der personellen Ausstattung ihrer  
163           Kontrollorgane  
164       ▪ Einrichtung einer Beratungsstelle für Arbeitnehmer\*innen in Fragen des Arbeits-  
165           schutzes  
166       ▪ Anonyme Meldestellen für Verstöße gegen den Arbeitsschutz stärken und auswei-  
167           ten  
168       ▪ Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Verstöße gegen Arbeits-  
169           schutzgesetze und das Betriebsverfassungsgesetz  
170       ▪ Niedersachsen setzt sich auf Länderebene für die Schaffung von Standards für  
171           Kontrollen ein, um Standortnachteile zu vermeiden  
172       ▪ Die Kriterien öffentlicher Vergaben sind dementsprechend anzupassen

## 173 **Beschäftigungsarten**

174 Viele Unternehmen in allen Industriebereichen sind sehr kreativ, wenn es um die Art  
175 und Weise der Beschäftigung geht. Das Normalarbeitsverhältnis wird immer mehr ver-  
176 drängt durch neue atypische Beschäftigungsarten, wie Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkver-  
177 träge oder Minijobs. Die Menschen, die in diesen Unternehmen überhaupt erst die Fer-  
178 tigung der Produkte möglich machen, dürfen nicht auf diese Art und Weise behandelt  
179 werden. Sie sind der wichtigste Teil des Unternehmens und so müssen sie auch behan-  
180 delt werden.

### 181 **Dazu fordern wir:**

- 182     ▪ Leiharbeiter\*innen müssen stärker entlohnt werden als Normalarbeitsverhältnisse
- 183     ▪ Die sachgrundlose Befristung muss verboten werden
- 184     ▪ Wir fordern eine stärkere Mitbestimmung beim Thema Beschäftigung

## 185 **Infrastruktur**

186 Die deutsche Infrastruktur ist geplagt durch einen riesigen Investitionsstau, egal ob es  
187 geplanter Breitbandausbau oder der Ausbau von Straßen und Schienennetzen ist. Um  
188 die Herausforderungen der kommenden Jahre und den schnellen Wandel auf die In-  
189 dustrie 4.0 zu schaffen, ist ein massiver Kraftakt notwendig.

### 190 **Dazu fordern wir:**

- 191     ▪ Den Ausbau des Schienennetzes vorantreiben
- 192     ▪ Funklöcher landesweit schließen
- 193     ▪ Den Breitbandausbau noch stärker fördern
- 194     ▪ Vergabe von öffentlichen Projekten anhand von sozialen Kriterien (z.B. Tarifbin-  
195         dung)
- 196     ▪ Ablehnung von PPP-Projekten

# ANTRAGSBEREICH: **B- Bildung**

<b>BI</b>	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Druck verringern – Benotungssystem abschaffen**

2 In allen Schulformen soll das Benotungssystem bis einschließlich zur 7. Klasse abge-  
3 schafft werden und durch ausführliche Lernentwicklungsberichte und dialogorientierte  
4 Leistungsrückmeldungen ersetzt werden, die bereits jetzt in Integrierten Gesamtschulen  
5 angewandt werden. Damit verbunden sollen Schüler\*innen automatisch in die nächste  
6 Klassenstufe versetzt werden.

## 7 **Begründung:**

8 Unser Bildungssystem ist ausschließlich auf Leistung aufgebaut. Immer mehr Schü-  
9 ler\*innen müssen zusätzliche Nachhilfe in Anspruch nehmen, um den eigenen Erwar-  
10 tungen und denen des Elternhauses gerecht zu werden. Das Benotungssystem ist über-  
11 holt und bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung. Durch das Benotungssystem in  
12 Verbindung mit dem Wissen bei schlechten Zensuren nicht versetzt zu werden, wird ein  
13 enormer Druck auf die Schüler\*innen erzeugt. Nicht selten wird dieser Druck durch das  
14 Elternhaus zusätzlich verstärkt. Durch diesen Druck sind Schüler\*innen gehemmt und  
15 lernen aus Zwang. Immer mehr wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Benotung von  
16 Schulleistungen einen negativen Einfluss auf die Schüler\*innen haben. Zudem zeigen  
17 Studien, dass die Noten viel zu häufig von den Lehrpersonen abhängig sind. Ein Blick in  
18 die nordische Staaten wie Finnland, die die PISA-Studien in den letzten Jahren anführten,  
19 zeigt, wie Schule ohne Benotung und Druck funktionieren kann. Dort werden die Schü-  
20 ler\*innen später eingeschult, haben weniger Unterrichtszeit, weniger Hausaufgaben und  
21 legen erst mit 16 Jahren die ersten verbindlichen Tests ab.

# B2

Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
Weiterleitung:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Auseinandersetzung mit der Inklusion im Lehramts-** 2 **studium verpflichten**

3 In allen Lehramtsstudiengängen soll das Thema der inklusiven Schule und den damit  
4 verbundenen inklusiv geführtem Unterricht implementiert werden.

### 5 **Begründung:**

6 Inklusion wird in Deutschland zur Normalität. Die Einführung der Inklusion bedeutet  
7 jedoch auch einen grundlegenden Wechsel für das deutsche Schulsystem. Dieser Wech-  
8 sel kann nur mit Lehrer\*innen gelingen, die in diesem Bereich geschult sind. Kinder be-  
9 benötigen ein Lernumfeld, in dem sie genau die Unterstützung erhalten, die für ihre Ent-  
10 wicklung benötigt wird. Bis heute ist in den Studiencurricula keine verpflichtende Ausei-  
11 nandersetzung mit diesem Thema vorgeschrieben. Viele Universitäten bieten den ange-  
12 henden Lehrer\*innen kaum Fortbildungsmöglichkeiten. Auch wenn kaum wissenschaft-  
13 lich fundierte Wirksamkeitsstudien zum dem Thema existieren, bedarf es zunächst einer  
14 Übergangsphase, in der den angehenden Pädagogen Möglichkeiten geboten werden,  
15 sich mit der Thematik vertraut zu machen. Der Inklusionsbegriff muss in allen Stu-  
16 diencurricula aller Lehramtstypen verankert werden.

# B3

Antragsteller\*innen: UB Cuxhaven

Weiterleitung: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Reform der MTA-Gesetze (MTAG, MTA-APrV) und Neu-** 2 **regelung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung**

3 Wir fordern, dass das Bundesgesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit dem  
4 Dachverband für Technologen\*innen und Analytiker\*innen in der Medizin Deutschland  
5 e.V. (DVTA) eine Kommission zur Reform der MTA-Gesetze von 02.08.1993 einberuft.

6 Die Reform sollte insbesondere umfassen:

- 7     ▪ klare Festlegung der Ausbildungsziele
- 8     ▪ kompetenzorientierte und aktuelle Ausbildungsinhalte
- 9     ▪ bessere horizontale Durchlässigkeit der MTA-Berufe untereinander
- 10    ▪ bessere vertikale Durchlässigkeit durch die Möglichkeit einer grundständigen Hoch-  
11    schulbildung entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates (max.  
12    10-20%) neben der fachschulischen Ausbildung
- 13    ▪ Vorgaben (z.B. Qualitätsstandards) für die Lehrer\*innenausbildung - bessere Ver-  
14    einbarkeit von Beruf und Familie durch die Regelung einer Teilzeitausbildung
- 15    ▪ Schaffung von Möglichkeiten für Quereinsteiger\*innen durch Zulassung von Fern-  
16    unterricht (z.B. Modell Homburg-Saar)
- 17    ▪ Einführung einer Ausbildungsvergütung und Abschaffung des Schulgeldes

### 18 **Begründung:**

19 Ohne MTA keine Diagnostik - ohne Diagnostik keine Therapie!

20 Patienten haben einen Anspruch auf eine effiziente und effektive Gesundheitsversor-  
21 gung. Rund 98.000 Medizinisch-technischen Assistenten (kurz MTA), der vier Fachrich-  
22 tungen Laboratoriumsmedizin, Radiologie, Funktionsdiagnostik und Veterinärmedizin,  
23 leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung, da sie die ärztliche Diag-  
24 nostik und Therapie durch Analysen (z.B. aus Blut), Erstellung von Schichtaufnahmen  
25 (CT, MRT etc.), Durchführung von Funktionstests, Lebensmittelanalysen etc., ermögli-  
26 chen. Damit dies auch zukünftig gewährleistet bleibt, muss der Nachwuchs in den MTA-  
27 Berufen gesichert werden. Dies bedingt: Reform der MTA-Gesetze (MTAG, MTA-APrV)  
28 Der Beruf der\*des MTA hat in den letzten Jahrzehnten auf mehreren Ebenen einen fun-  
29 damentalen Wandel erfahren:

- 30     ▪ Der technische Fortschritt hat eine Vielzahl neuer Verfahren hervorgebracht, die  
31     sehr viel differenzierte Analyseschritte und -erkenntnisse zulassen.

- 32     ▪ Biologisch ist mit den neuen genanalytischen Verfahren ein komplett neues bio-  
33     technologisches Analysespektrum entstanden.
- 34     ▪ Die medizinischen Möglichkeiten haben sich ebenfalls stark weiterentwickelt, so  
35     dass auch von dieser Seite differenzierter Analysebedarf nachgefragt wird.
- 36     ▪ Zugleich ergibt sich aus dem Ärztemangel ein wachsender Bedarf an arztentlas-  
37     tenden Tätigkeiten
- 38     ▪ auch im medizinisch-technischen Bereich.
- 39     ▪ Die Folge all dieser Entwicklungen ist eine wachsende Nachfrage akademisch aus-  
40     gebildeter gesundheitsberuflicher Fachkräfte auch im Bereich der medizinisch-  
41     technischen Analytik und Vorbefundung.

42    Hierzu steht jedoch in krassen Widerspruch, dass die Gesetzgebung im Bereich der me-  
43    dizinisch-technischen Gesundheitsfachberufe seit Mitte der 90er Jahre diesem grund-  
44    sätzlich geänderten Bedarf nicht angepasst wurde. In der Folge macht sich bei den me-  
45    dizinisch-technischen Fachberufen ein drohender Nachwuchsmangel deutlich

46    bemerkt. Darüber hinaus wird das „akademische Vakuum“ durch Rückgriff auf Absol-  
47    venten akademischer Randbereiche zu kompensieren versucht (Biologen und Biotech-  
48    nologen beispielsweise). Diese verfügen jedoch weder über eine heilberufliche Grund-  
49    qualifikation, noch unterliegen sie ethisch, methodisch oder haftungsrechtlich heil-  
50    beruflichen Voraussetzungen. Auch die Anwerbung akademisch grundgebildeter MTA  
51    aus dem Ausland (vor allem Österreich) ist zu beobachten, um den wachsenden Bedarf  
52    höher qualifizierter Arbeitskräfte, den das bundesdeutsche System nicht liefern kann, zu  
53    kompensieren. Aus dieser Situation ergibt sich, dass das Ausbildungssystem und die  
54    strukturelle Abbildung der medizinisch-technischen Assistenten im deutschen Gesund-  
55    heitssystem dringend einer Reformierung und einer politischen Neujustierung bedür-  
56    fen. (Es ist übrigens schwer denkbar, dass eine solche Anpassung in einem reinen Män-  
57    nerberuf auch nur annähernd so schleppend von statten gegangen wäre.)

58    Darüber hinaus ist eine Aufwertung der MTA-Berufe unerlässlich! Ökonomisierungsbe-  
59    strebungen in Gesundheitseinrichtungen führen dazu, dass minder qualifiziertes Perso-  
60    nal, anstelle der MTA, zum Einsatz kommt, da es billiger ist. Dies kann nicht der Fokus  
61    sein. Fokus müssen das Patientenwohl und die Qualität der Gesundheitsversorgung  
62    bleiben. Die Juros erwarten, dass MTA entsprechend ihrer Ausbildung und Kompeten-  
63    zen eingesetzt werden. „Personal mit einer erfolgreich abgeschlossenen medizinischen  
64    Ausbildung“ darf nur zum Einsatz kommen, wenn es selbst über die entsprechenden  
65    Kompetenzen verfügt. Die Ökonomisierung hat auch zur Folge, dass es zu wenig Perso-  
66    nal, zu lange Arbeitszeiten, eine schlechte Organisation, überfüllte Notfallambulanzen  
67    und zu viel Bürokratie gibt. Die Juros erwarten bundesgesetzliche Personaluntergrenzen  
68    auch für die MTA-Berufe.

69 Der MTA-Beruf wird von der Politik nicht adäquat wahrgenommen. In öffentlichen Stellung-  
70 lung- nahmen wird zumeist nur von Ärzten und Pflege gesprochen. Die Jusos erwarten,  
71 dass die Politik auch die anderen Gesundheitsberufe, wie z.B. die MTA, in öffentlichen  
72 Stellung- nahmen benennt und eine der Pflege vergleichbare Öffentlichkeitsarbeit  
73 durchführt, da auch sie ein bedeutender Teil des Gesundheitswesens sind.[1]

74 *Anmerkungen:*

75 [1] <https://dvta.de/sites/default/files/Hinwei->

76 [se%20und%20Forderungen%20zur%20DVTA%20Bundestagswahl%202017\\_0.pdf](https://dvta.de/sites/default/files/Hinweise%20und%20Forderungen%20zur%20DVTA%20Bundestagswahl%202017_0.pdf)

<b>B4</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Antisemitismus bekämpfen – auch an Schulen!**

2 In den letzten Jahren war Antisemitismus an Schulen immer wieder ein Thema. Dieser  
3 zeigt sich in Beleidigungen, Mobbing und körperlichen Angriffen. Täter\*innen sind dabei  
4 in den bekanntgewordenen Fällen meist Schüler\*innen, aber auch Lehrer\*innen. Die  
5 Häufigkeit der Angriffe zeigt deutlich, dass Präventionsarbeit gegen Antisemitismus an  
6 Schulen gegenwärtig nicht ernst genug genommen wird.

7 Antisemitismus gibt es in jeder Bevölkerungsgruppe. Demnach ist es nur leider nur lo-  
8 gisch, dass Antisemitismus vor unseren Schulen keinen Halt macht. Weil wir es wichtig  
9 finden, dass Schüler\*innen sich eine differenzierte politische Meinung bilden, gehört es  
10 für uns auch dazu, dass sie auf antisemitische Aussagen oder Andeutungen angespro-  
11 chen werden. Das ist nur möglich, wenn die Schule ein Umfeld ist, in dem Antidiskrimi-  
12 nierung ernst genommen wird und es Personen gibt, die für solche Auseinandersetzun-  
13 gen geschult sind.

### 14 Weiterbildungen für Lehrer\*innen

15 Deshalb fordern wir ein umfassendes Fortbildungsprogramm für Lehrer\*innen und an-  
16 dere Schulmitarbeitende, das sie sowohl darin schult, was Antisemitismus ist und wie sie  
17 ihn erkennen können, als auch Hilfen für die Konfrontation antisemitischer Haltungen  
18 bei Schüler\*innen anbietet. Darüber hinaus müssen das Thema Antisemitismus, wie  
19 auch andere Diskriminierungsformen, mehr Aufmerksamkeit im Lehramtsstudium be-  
20 kommen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich Lehrer\*innen mit Diskrimi-  
21 nierungsformen auskennen und so betroffene Schüler\*innen unterstützen können. Ge-  
22 rade die oft subtilen Ausformungen von Antisemitismus müssen schon früh bei Schü-

23 ler\*innen erkannt werden, damit antisemitische Übergriffe an Schulen verhindert wer-  
24 den können und sich jüdische Schüler\*innen nicht bedroht fühlen. Leider ist auch Anti-  
25 semitismus unter Lehrer\*innen ein großes Problem. Deswegen müssen sich besonders  
26 die Schulleitungen mit dem Thema auseinandersetzen. Schüler\*innen, die sich über an-  
27 tisemitische Äußerungen im Unterricht beschwerten, brauchen eine klare Anlaufstelle  
28 mit geschulten Zuständigen, die die Beschwerde der Schüler\*innen ernst nehmen, statt  
29 sie herunterzuspielen oder die Lehrer\*innen zu decken bzw. mit den Problemen alleine  
30 lassen.

### 31 Aufklärungsarbeit ins Hier und Jetzt holen

32 Aufklärung über Antisemitismus scheitert oft daran, dass sich Schüler\*innen nicht ange-  
33 sprochen fühlen. Antisemitismus wird dann nur mit Verweis auf den Nationalsozialis-  
34 mus diskutiert. Die Aufklärungsarbeit an Schulen sollte aber genauso strukturellen Anti-  
35 semitismus, Israelkritik und aktuelle Verschwörungstheorien thematisieren. Nur so kön-  
36 nen die Schüler\*innen Antisemitismus in ihrem Alltag erkennen und sich gegen Antise-  
37 mitismus positionieren. Hierfür gibt es Materialien und Programme. Wir fordern, dass  
38 die Landesregierung jeder Schule solche Angebote zu Verfügung stellt.

### 39 Für professionelle Gedenkarbeit

40 Außerdem soll jede\*r Schüler\*in im Rahmen eines professionellen Programms die Mög-  
41 lichkeit haben, eine Gedenkstätte zur Shoah zu besuchen und dafür auch eine angeleite-  
42 te Vor- und Nachbereitung zu bekommen. Diese Programme sollen nicht verpflichtend  
43 sein, aber Lehrer\*innen sollen angeregt werden, mit ihren Klassen über die Möglichkeit  
44 zu sprechen und sich dabei Hilfe von den pädagogischen Mitarbeiter\*innen der Ge-  
45 denkstätten zu holen.

### 46 Eine\*n eigenständige\*n Antisemitismusbeauftragte\*n im Kultusministerium

47 Wir fordern, dass das Kultusministerium eine\*n Antisemitismusbeauftragte\*n anstellt.  
48 Das Thema Antidiskriminierung an Schulen ist vielfältig und wichtig, darum fordern wir  
49 die Einstellung einer\*eines gesonderten Antisemitismusbeauftragten.

<b>B5</b>	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1    **Gesundes Schul-, Kindergarten- und Kita-Mensaessen**  
 2    **und Beteiligung von Schüler\*innen bei der Herstellung**

3    Wir fordern, dass das Mittagessen an Schul-, Kindergarten- und Kita-Mensen des Land-  
 4    kreises nicht weiter vorproduziert sondern frisch in den jeweiligen Örtlichkeiten herge-  
 5    stellt wird. Wünschenswert wäre ein weiterer Ausbau der vegetarischen und veganen  
 6    Essensalternativen sowie ein Rückgang von verwendeten tierischen Erzeugnissen bei  
 7    der Essenszubereitung. An ausgewählten Schulen des Landkreises wünschen wir uns  
 8    Initiativen, bei denen die Schüler\*innen selbst in die Essenszubereitung miteingebunden  
 9    werden, somit ihr Kochvermögen weiter ausbauen können und für ihren Einsatz am  
 10    Schuljahresende eine Würdigung oder Ähnliches erhalten. Eine solche Initiative würde  
 11    nicht nur die Qualität des Menssaessens steigern, sondern auch für die Schulen unterm  
 12    Strich kostengünstiger sein.

13    **Begründung:**

14    Wer isst schon gerne zerkochtes Blumenkohlgemüse oder den wöchentlich gleichen  
 15    „Schweinenacknbraten mit Zwiebelsoße“?

16    In den Mensas der Kitas, Kindergärten und Schulen des Landkreises wird Ernährung von  
 17    klein auf gelernt und praktiziert. Hier ist gesundes, reichhaltiges und vielseitiges Essen  
 18    unseres Erachtens von besonderer Bedeutung.

19    Inzwischen kann man davon ausgehen, dass man in allen Einrichtungen täglich vegetari-  
 20    sche Gerichtsalternativen vorfindet, was wir sehr unterstützen. Wir fordern, dass dies  
 21    weiter so bleibt und dass das Fleisch der Fleischgerichte keinesfalls von Massenbetrie-  
 22    ben und bestenfalls von lokalen Hersteller\*innen stammt. Eine vegane Essensalternative  
 23    zumindest an einigen Tagen der Woche wäre sehr wünschenswert. Wir fordern für Schu-  
 24    len, Kindergärten und Kitas, dass das Essen frisch zur Mittagszeit produziert wird. Falls  
 25    die jeweilige Mensa das Essen von einem Zulieferer bezieht, sollte es sehr zeitnah ge-  
 26    kocht und zubereitet worden sein.

27    Noch schöner fänden wir dagegen die Idee, das Essen direkt an den Schulen oder Kin-  
 28    dergärten zu kochen und die Kinder bzw. die Schüler\*innen mit in die Zubereitung ein-  
 29    zubeziehen. Dies gelingt nur, falls die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und  
 30    die Mitarbeit der Kinder bzw. der Schüler\*innen von den Erzieher\*innen und Leh-  
 31    rer\*innen dezidiert gefördert und unterstützt wird. Man könnte sich eine Essens-AG  
 32    vorstellen, an der an jedem Wochentag andere Kinder bzw. Schüler\*innen teilnehmen.

33 Sie würden dadurch den Spaß am Kochen lernen und in das Ganztagsangebot ihrer  
34 Schule oder ihres Kindergartens eng miteinbezogen werden. Gleichzeitig würde die Es-  
35 senszubereitung auf diese Weise für die Schulen und Kindergärten kostengünstiger  
36 werden, wodurch alle Beteiligten profitieren würden.

<b>B6</b>	Antragsteller*innen:	KV Leer
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 ***Ohne Titel***

2 Die Kultusminister wird aufgefordert, die Erlasse für die Arbeit an der Hauptschule unter  
3 5.1, der Realschule 5.1, der Oberschule 5.1, den folgenden Satz hinzuzufügen: „Es wird  
4 militärischen Organisationen untersagt, an Schulen in Niedersachsen für den Dienst und  
5 die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.“ In die Erlasse für die Arbeit an den Ko-  
6 operativen Gesamtschule, der Integrativen Gesamtschule und Gymnasien sind um einen  
7 solchen Abschnitt zu erweitern. Das ist auch bei der Neufassung der entsprechenden  
8 Erlasse zu beachten.

9 **Begründung:**

10 Die Bundeswehr ist der einzige Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland, bei dem  
11 das Töten von Menschen impliziter Teil des Berufsbildes ist. Damit unterscheidet sich  
12 die Bundeswehr eindeutig von allen anderen Arbeitgebern in der Bundesrepublik  
13 Deutschland. Kinder und Jugendliche können noch nicht über die Tragweite einer freiwil-  
14 ligen Verpflichtung nachvollziehen. Außerdem ist es so, dass Kinder und Jugendliche in  
15 ihrem Werteverhalten nicht so weit gefestigt sind. Das macht es der Bundeswehr leicht-  
16 er sie für die Bundeswehr anzuwerben.

17 Bei diesem Antrag geht es nicht darum die Bundeswehr aus der Schule auszuschließen  
18 sondern darum die Schülerinnen und Schüler vor Anwerbeversuchen im Schulbereich  
19 zu bewahren. Die Arbeit der Jugendoffiziere ist von diesem Antrag in keiner Weise be-  
20 troffen.

<h1>B7</h1>	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1    **Ausbau der Ganztagschule fördern**

2    Die SPD-Landtagsfraktion soll zum qualitativen Ausbau der Ganztagschulen sowie zur  
 3    Ein-richtung neuer Ganztagschulen weitere finanzielle Mittel beantragen, welche  
 4    hauptsächlich zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen genutzt werden. Ziel der Erhö-  
 5    hung ist es, dass alle Ganztagsangebote komplett kostenlos sind.

6    **Begründung:**

7    Der Schulerfolg ist in Niedersachsen immer noch viel zu sehr vom Geldbeutel und dem  
 8    sozialen Hintergrund der Eltern abhängig. Zudem leidet zunehmend der soziale Zu-  
 9    sammenhalt, da viele schulische Angebote von Schüler\*innen aufgrund monetärer  
 10    Zwänge nicht wahrgenommen werden können. Hierzu zählen beispielsweise Sportange-  
 11    bote und freiwillige Fahrten. Stark betroffen sind hiervon solche Schüler\*innen, welche  
 12    nicht von Sozialleistungen (Hartz IV) abhängig sind, die finanzielle Lage der Eltern jedoch  
 13    trotzdem schwierig ist. Beide Problemfelder können durch einen gut ausgebauten Ganz-  
 14    tagsbereich an Regelschulen nachweislich sinnvoll bekämpft werden. Diesen Umstand  
 15    zu verändern muss ein zentrales Ziel sozialistischer Bildungspolitik sein.

16    Um dies zu erreichen, ist es notwendig kostenlose Angebote an Schulen zu etablieren,  
 17    welche tatsächlich allen Schüler\*innen offen stehen. Hierzu müssen die Budgets der  
 18    Ganztags-schule ausgeweitet und von der finanziellen Lage der Schulträger unabhängi-  
 19    ger gemacht werden.

<h1>B8</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1    **Der digitalen Welt begegnen – Bildung digital denken**

2    Bildung ist ein Menschenrecht. Lebenslang erfahren Menschen Bildung, um sich selbst  
 3    fortzubilden, sich neuen potentiellen Interessen zu öffnen oder auf Grundlage von Bil-  
 4    dung eine Berufsrichtung oder ein neues Hobby kennenzulernen. Bildung ist allumfas-  
 5    send – so will es zumindest die Theorie.

6 Die Praxis sieht dagegen anders aus. Schulen und Universitäten sind gnadenlos unterfi-  
7 nanziert – vor allem im ländlichen Raum sind Kreidetafel und VHS-Kassette noch die Mit-  
8 tel der Wahl. Der Digitalpakt wird daran wenig ändern. Das Jahr 2019 scheint bislang  
9 noch nicht überall angekommen zu sein – dieser traurigen Realität müssen wir uns aktiv  
10 entgegenstellen.

11 Eine zentrale Erkenntnis ist die, dass moderne Bildung – oder auch: Digitale Bildung –  
12 längst nicht auf die Ausstattung von Bildungseinrichtungen begrenzt ist. Was passiert,  
13 wenn diese verengte Sicht dominiert, sieht man aktuell in vielen Einrichtungen: Soge-  
14 nannte Interaktive Whiteboards wurden für viel Geld angeschafft und aufgebaut, ge-  
15 nutzt wird die neue Technologie von Politik und Verwaltung allerdings nicht. Möchte  
16 man heute als Lehrkraft ein solches Gerät aktivieren, scheitert man an veralteter Soft-  
17 ware oder abgelaufenen Lizenzen. Die Krux der Whiteboards ist nämlich die, dass ihre  
18 Verwendung wartungsintensiv ist und viele Programme nur eine gewisse Zeit lang von  
19 den Unternehmen wie SMART unterstützt werden. Hier entstehen ganz praktische Prob-  
20 leme, denen sich die Schulträger schnellstmöglich und qualifiziert annehmen müssen!

21 Eine weitaus fundiertere Sicht auf Digitale Bildung hat die Gesellschaft für Informatik  
22 e.V. in ihrer Dagstuhl-Erklärung eröffnet. Sie fordert zunächst eine medien- bzw. allge-  
23 meine Pädagogik der digital vernetzten Welt, die Bildung „aus technologischer, gesell-  
24 schaftlich-kultureller und anwendungsbezogener Perspektive“ betrachtet [1] Es geht also  
25 darum, nicht nur die Handhabung von digitalen Medien zu erlernen, sondern auch die  
26 Funktionsweise aus Informatischer Sicht, als auch die Wirkmechanismen auf die Gesell-  
27 schaft in einem Dreiklang zu behandeln. Um diese Bildung zu vermitteln, verlangt es  
28 grundlegende Mediencurricula für alle Schulformen, Jahrgänge und Fächer. Solange die  
29 Digitalisierung nicht mit all ihren Chancen und Risiken im Unterricht und der Institution  
30 Schule ankommt, laufen wir Gefahr, von ebenjener Entwicklung überholt zu werden.

31 Die Arbeitswelt wird zunehmend digitaler. Viele Berufsfelder befinden sich bereits jetzt  
32 in einem Wandlungsprozess, der viele Menschen zurücklässt und vielleicht überflüssig  
33 machen kann. Neue Berufsfelder tun sich dagegen auf und benötigen qualifiziertes Per-  
34 sonal. Solange die Heranwachsenden allerdings im Schulsystem der Industrialisierung  
35 und der Preußenzeit weiterhin im Rahmen simpler Wissensvermittlung geschult werden,  
36 wird es an diesem Personal fehlen. Auch hier tut sich ein Problemfeld auf: Ohne eine  
37 Bildung über Medien wird eine Bildung mit Medien nicht mehr ausreichen. Auch der  
38 Fachunterricht muss sich anpassen. Der Fokus muss zukünftig mehr denn je auf dem  
39 Kompetenzerwerb liegen – und neue Felder wie Selbstverwirklichung und Glück er-  
40 schließen. Ästhetische, soziale, kooperative und kreative Kompetenzen werden in einer  
41 digitalisierten Welt die Rolle vieler menschlicher Aufgaben darstellen. [2]

42 An all diesen neuen Herausforderungen hat die Politik bislang keine Führungsrolle an-  
43 genommen. „Bildung als Schlüssel für Umgang und Gestaltung der digitalen Revolution“

44 wird zwar gerne auf Sonntagsreden proklamiert, im Bildungssektor kommt davon aller-  
45 dings viel zu wenig an. Der bereits angesprochene Digitalpakt ist dabei ein Anfang, wohl  
46 aber lediglich finanzieller Art. Privatwirtschaftliche Stiftungen und Initiativen dagegen  
47 fördern digitale Schulen aus der Perspektive der Schulentwicklung und zeichnen eben-  
48 jene aus, bilden Netzwerke und laufen der öffentlichen Hand den Rang ab. [3]

49 Nicht zuletzt liegt es an der Aus- und Fortbildung der Lehrer\*innen, um ein ganzheitli-  
50 ches Verständnis von Digitaler Bildung selbst zu verinnerlichen und dann auch im Unter-  
51 richt aufzuzeigen. Hier sehen wir die Länder in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um  
52 digitale Kompetenzen in die Lehramtsstudiengänge aller Fächer zu implementieren und  
53 zu fördern. Nur, wenn die Lehrkräfte als Multiplikator\*innen in ihren Einzelschulen das  
54 Thema proaktiv in den Alltag einbetten, kann die Schulentwicklung vor Ort gelingen.  
55 Top-Down-Regelungen müssen mit Bottom-Up-Bewegungen kombiniert werden, um  
56 schnellen Wandel herbeizuführen.

57 Konkret fordern wir also:

- 58     ▪ Digitale Bildung, in Anlehnung an das Dagstuhl-Dreieck, statt veralteter Medienbil-  
59       dung in die Curricula aller Fächer implementieren
- 60     ▪ Flächendeckende Fort- und Weiterbildungen für Lehrende aller Bildungsinstitutio-  
61       nen von Kita über Schule bis zur Hochschule anbieten
- 62     ▪ Die Ausbildung künftiger Lehrkräfte verpflichtend um digitale Kompetenzen erwei-  
63       tern
- 64     ▪ Einen ganzheitlichen, digitalen Wandel an den Schulen durch langfristige Förder-  
65       programme und eine bundesweite Grundfinanzierung sicherstellen
- 66     ▪ Lehrpläne dem digitalen Wandel anpassen durch stärkere Fokussierung auf sozia-  
67       le, ästhetische, kommunikative, kreative, problemlöseorientierte und auf die  
68       Selbstverwirklichung bezogene Kompetenzen

69 *Anmerkungen:*

70 [1] <http://dagstuhl-dreieck.de/>

71 [2] Vgl. dazu vertiefend. Olaf-Axel Burow (2014). *Digitale Dividende. Ein pädagogisches Update*  
72 *für mehr Lernfreude und Kreativität in der Schule.* Weinheim: Beltz.

73 [3] Als bekanntestes Beispiel gilt das Forum Bildung Digitalisierung: <https://www.forumbd.de/>

# B9

Antragsteller\*innen: UB Göttingen

Weiterleitung: SPD-Landesparteitag

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Mehr Autorinnen\*, weniger Rollenklischees – macht** 2 **den Deutschunterricht feministischer!**

3 Die Schule ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern soll vor allem auch  
4 Werte vermitteln und Schüler\*innen zu mündigen, sich verantwortlich in die Gesell-  
5 schaft einbringenden Persönlichkeiten machen. Dazu gehört, das Bewusstsein für die  
6 gesellschaftliche Ungleichheit von Frauen und Männern zu wecken und die Reprodukti-  
7 on von Rollenbildern und Stereotypen aktiv zu bekämpfen. Das darf im Deutschunter-  
8 richt nicht vergessen werden.

### 9 Kein Deutsch-Abi ohne kritische Reflexion der patriarchalen Strukturen

10 In der Qualifikationsphase (Klasse 11+12 des Gymnasiums) gibt es in Niedersachsen für  
11 den Deutschunterricht sieben Rahmenthemen, die jeweils aus einem Pflicht- und acht  
12 Wahlpflichtmodulen bestehen. In keinem der Pflichtmodule ist die kritische Auseinan-  
13 dersetzung mit Frauenbildern oder patriarchalen Strukturen verankert. Bei den Wahl-  
14 pflichtmodulen sieht es nicht viel besser aus. Nur drei von 56 behandeln konkret The-  
15 men wie eine kritische Reflexion der Frauenrolle in den zu lesenden Werken. Erschwe-  
16 rend kommt hinzu, dass diese Module nicht behandelt werden müssen, sondern frei  
17 wählbar (oder eben nichtwählbar) sind. Dabei wäre ein kritischer Umgang mit den Frau-  
18 enrollen der vorgeschriebenen Literatur dringend nötig. Von Goethes „Faust“ über Kaf-  
19 kas „Verwandlung“ bis zu Büchners „Woyzeck“ - überall herrschen patriarchale Struktu-  
20 ren, Frauen werden vergewaltigt, ermordet und existieren nur in den Rollen der Gelieb-  
21 ten, Mutter, Schwester oder Dienerin.

22 Wir fordern die Erweiterung jedes Pflichtmoduls um mindestens ein, die patriarchalen  
23 Strukturen und Frauenrollen reflektierendes Pflichtthema, wie z.B. „Patriarchalische Fa-  
24 milienstrukturen in Dramen“, „Ich-Suche und Emanzipation von gesellschaftlichen Rol-  
25 lenerwartungen“ und „Emanzipation und Geschlechterrollen in Literatur“ die zurzeit  
26 schon als Wahlthemen existieren. So soll gewährleistet werden, dass Schüler\*innen ler-  
27 nen, die in der Literatur (und anderswo) reproduzierten Rollenbilder, zu hinterfragen  
28 und zu kritisieren.

### 29 Frauenquote für Schullektüren

30 Doch nicht nur in der Qualifikationsphase gibt es Nachholbedarf. Schaut man sich die  
31 Literaturempfehlungen für die Klassen 5 bis 10 der IGS an, so stellt man fest, dass der  
32 Anteil an Autoren 75% beträgt. Nur ein Viertel der empfohlenen Bücher wurde also von  
33 Frauen\* verfasst. So festigen sich die gesellschaftlichen Rollenbilder, welche wir eigent-  
34 lich zerbrechen wollen und vielen jungen Frauen fehlen die tatsächlichen Vorbilder, wel-  
35 che ihnen zeigen, dass sie ihre Ziele erreichen können.

36 Wir fordern, dass mindestens die Hälfte der empfohlenen Literatur von Frauen\* ge-  
37 geschrieben sein muss und das Lehrer\*innen dazu angehalten werden, mit ihren Klassen  
38 genauso viel Literatur von Frauen\* wie von Männern zu lesen.

39 Das Patriarchat muss überall bekämpft werden, lasst uns nicht im Deutschunterricht  
40 damit aufhören!

<b>BIO</b>	Antragsteller*innen:	UB Osnabrück
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Kopfnote abschaffen!**

2 Die Jusos mögen beschließen, dass die Bewertungen des Sozial- und Arbeitsverhaltens  
3 abgeschafft werden sollen.

## 4 **Begründung**

5 Die Noten für Arbeits- und Sozialverhalten sind eine veraltete Methode, denn in einer  
6 Zahl oder einem Buchstaben kann nicht das soziale Verhalten eines Menschen treffend  
7 abgebildet werden, zumal die beiden Begriffe schwammig definiert sind und Leh-  
8 rer\*innen nur schwer dazu in der Lage sind wirklich ein solches Urteil zu fällen. Dement-  
9 sprechend muss entweder die Methode verbessert werden oder es wird darauf verzich-  
10 tet das Verhalten zu bewerten.

<b>BII</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1    **Damit wir im Pflichtpraktikum nicht arm werden – Ba-**  
 2    **föG-Regelung ändern!**

3    Wir fordern, dass die Vergütung während eines Pflichtpraktikums im Studium beim BA-  
 4    föG-Freibetrag angerechnet wird.

5    **Begründung**

6    In dem BAföG ist verankert, dass Empfänger\*innen einen Einkommensfreibetrag über  
 7    5400€ in einem (12-monatigen) Bewilligungszeitraum gewährt wird. Von dem Freibetrag  
 8    ausgeschlossen ist jedoch Praktikumsvergütung während eines Pflichtpraktikum. Diese  
 9    Vergütung wird den Empfänger\*innen von ihrem BAföG-Satz abgezogen. Lediglich eine  
 10    Werbungskostenpauschale von jährlich 1000€ und Sozialpauschale über 21,2% steht  
 11    dem Studenten zur Verfügung.

12    Während eines Pflichtpraktikums ist es kaum möglich einem weiteren Job nach zu gehen  
 13    und somit dem finanziellen Ausfall zu entgegen. Neben einer 40 Stunden Woche sind  
 14    weite Fahrtwege während dieser Zeit keine Ausnahme. Außerdem leiden Empfän-  
 15    ger\*innen darunter, dass die Vergütung des Praktikums in einem Bewilligungszeitraum  
 16    (ein Jahr) angerechnet wird, während ein Pflichtpraktikum in der Regel sechs Monate  
 17    dauert. Dies kann zu dem Problem führen, dass der/die Empfänger\*in eine Rückforde-  
 18    rung von dem BAföG Amt erhält oder auch in dem darauffolgenden Semester weniger  
 19    BAföG bekommt, als ihm/ihr eigentlich zur Sicherung des Lebensunterhalts zusteht.

# BI2

Antragsteller\*innen:

UB Region Hannover

Weiterleitung:

SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Absolute Teilhabe und Chancengleichheit – freie Lern-** 2 **zeiten statt Hausaufgaben in den Grundschulen!**

3 Wir fordern die Abschaffung von Hausaufgaben in den Grundschulen, um die Chancen-  
4 gleichheit in der Bildung zu stärken.

### 5 **Begründung:**

6 Bildung ist der Grundstein aller Kinder und Jugendlichen für den Weg der selbstbe-  
7 stimmten Lebensgestaltung und der Chancengleichheit im weiteren Leben. Jedes Kind,  
8 egal welchen Hintergrund es hat, muss gleiche Chancen auf Bildung erhalten. Jedoch ist  
9 die Wahrscheinlichkeit eines Kindes aus einem sozial schwachen Haushalt auf eine hohe  
10 Bildung niedriger, als die eines Kindes aus einem sozial starken Haushalt.

11 Zurzeit gibt es an vielen Schulen noch Hausaufgaben, eine Tradition, die bereits seit  
12 mehreren hundert Jahren besteht. Ziel dieser soll es sein, Gelerntes besser zu verste-  
13 hen, Wissen zu vertiefen und selbstständiges Arbeiten zu erlernen. Ob dieses Ziel er-  
14 reicht wird, konnte bisher nicht eindeutig belegt werden. So konnten Trautwein und Köl-  
15 ler (Trautwein, U. & Köller, O. (2003a). The relationship between homework and achie-  
16 vement – still much of a mystery. Educational Psychology Review, 15, 115-145) zeigen,  
17 dass ein Großteil bisheriger Studien zu der Wirksamkeit und dem Effekt von Hausaufga-  
18 ben von methodischen Schwächen gekennzeichnet sind. Darüber hinaus legen Studien  
19 nahe, dass lediglich ältere und bereits leistungsstarke Schüler von Hausaufgaben profie-  
20 ren (vgl. John Hattie: Lernen sichtbar machen. Schneider Verlag Hohengehren, Balt-  
21 mannsweiler 2015).

22 Der Effekt von Hausaufgaben ist sowohl von den häuslichen Lernumgebungen, als auch  
23 von der häuslichen Unterstützung abhängig. So kann sich eine negative Lernumgebung  
24 (zum Beispiel gibt es Kinder, die einen ruhigen Platz am Schreibtisch haben, und solche,  
25 die sich den kleinen Tisch in der lauten Küche mit ihren vier Geschwistern teilen) negativ  
26 auf den Effekt der Hausaufgaben auswirken (u.a. Schwemmer, H. (1980). Was Hausauf-  
27 gaben anrichten. Paderborn:1980.). Des Weiteren hat die Einsatzbereitschaft von Eltern  
28 einen Einfluss auf den Effekt der Hausaufgaben. So können manche Eltern, aufgrund  
29 von Bildungsnähe und Zeitkapazitäten, ihren Kindern unterstützend bei den Hausaufga-  
30 ben begleiten; während andere Eltern dies nicht können (z.B. aufgrund mangelndem

31 Wissen, mangelnder Zeit) und vielleicht auch nicht wollen (z.B. wegen mangelnder Lust  
32 oder fehlender Relevanz für die Bildung).

33 Das Fazit ist, dass Kinder mit einem bildungsnahen Haushalt und Kinder mit interessier-  
34 ten Eltern von Hausaufgaben eher profitieren können, als Kinder in Haushalten, die die-  
35 sen Kriterien nicht entsprechen. Um sich der Chancengleichheit in der Bildung anzunä-  
36 hern, bedarf es dementsprechend einer Abschaffung von Hausaufgaben. Eine Alternati-  
37 ve zu den Hausaufgaben kann das Freie Lernen innerhalb der Schule darstellen. Ziel  
38 kann die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit, als auch die Vertiefung bereits Gelernt-  
39 tem Wissen sein. Das Freie Lernen kann begleitet werden durch geschultes pädagogi-  
40 sches Personal und findet in vernünftigen Lernumgebungen statt, damit bekommen alle  
41 Kinder vernünftige Rahmenbedingungen für die zu erledigenden Aufgaben.

<b>BI3</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD- Landtagsfraktion, Juso- Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Absolute Teilhabe und Chancengleichheit – Machen wir**  
2 **die Schulen kostenlos!**

3 Wir fordern ein massives Investitionsprogramm von Ländern und Bund, welches folgen-  
4 de Punkte ermöglicht: - Kostenloser Zugang zu Schulmaterialien für alle Schüler\*innen -  
5 Kostenlos zugängliches Nachhilfeprogramm an Schulen für alle Schüler\*innen - Kosten-  
6 übernahme von Ausflügen und Klassenfahrten für alle Schüler\*innen.

7 **Begründung:**

8 Die Schulen sind die Herzkammern der Aufstiegschancen oder sollen es zumindest wer-  
9 den. Dafür ist es essentiell notwendig, dass jede/r Schüler\*in, egal welcher sozialen  
10 Schicht sie\*er entstammt, in gleicher Art und Weise an der Schule partizipieren kann.

11 Dies beginnt mit der Schulausstattung und den Schulmaterialien. Auch wenn viele Schu-  
12 len bereits ein Ausleihverfahren anbieten (welches mit Kosten verbunden ist), unter-  
13 scheidet sich die Materialausstattung der Schüler\*innen doch enorm. Von dem Feder-  
14 mappchen in der Grundschule bis zum Geschichtsbuch in der Oberstufe.

15 Nachhilfeangebote, besonders die privaten, stehen Kindern und Jugendlichen aus bes-  
16 sersituierten Familien einfacher und schneller zur Verfügung, als Selbigen, welche die  
17 finanziellen Mittel nicht erbringen können. Die schulinternen Nachhilfe und Förderungs-  
18 programme sind nur spärlich ausgebaut. Nur wenn kostenlose, frei-zugängliche 30

19 Nachhilfeangebote in den Schulen angeboten werden, kann wirkliche Chancengleich-  
20 heit hergestellt werden. Zum Schulleben gehören neben dem Schulalltag eben auch die  
21 Klassenfahrten und Ausflüge, welche nicht immer in den Bereich des Bundesteilhabege-  
22 setztes (BUT) fallen. Dazu zählen wir ebenfalls jene Aktionen, die nebensächlich ablau-  
23 fen (beispielsweise eine Ski-Fahrt). In Folge dessen bleiben Schüler\*innen, deren Familie  
24 sich die Teilnahme oftmals nicht leisten kann, solchen Veranstaltungen und werden an  
25 den Rand der Schulgemeinschaft getrennt. Auch wenn bereits Bezuschussungen ange-  
26 boten werden, korrespondiert der „Gang zum Amt“ auch immer mit einem Schamge-  
27 fühl, wodurch dieser manchmal schlichtweg ausfällt. Daher ist völlig klar: Die Teilnahme  
28 an allen Schulveranstaltungen muss allen Schüler\*innen kostenlos zur Verfügung ste-  
29 hen.

30 Möchte man Chancengleichheit und Teilhabe ermöglichen, so sind Investitionen not-  
31 wendig und unabdingbar. Die Zeit muss enden, in denen der Geldbeutel der Eltern über  
32 die Schullaufbahn eines Kindes entscheidet!

<b>BI4</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Modernes Schulgebäude**

2 Wir fordern in Niedersachsen ein zeitgemäßes Baukonzept an allen Schulen, welches  
3 Heranwachsende fördert und motiviert.

### 4 **Begründung:**

5 Unser momentanes Schulsystem und damit auch das Konzept der Schulgebäude ist in-  
6 zwischen ein Jahrhundert alt. Wir denken der Aufbau einer Schule auf Grundlage einer  
7 Militärkaserne entspricht nichtmehr den Anforderungen unserer heutigen Welt. Wir  
8 möchten ein offeneres und begeisterndes Baukonzept. Es sollten Begeisterung und  
9 Neugier sein, welche den Ansporn stellen Schüler und motivieren, nicht strikte Disziplin  
10 und eingeschränkte Freiheit.

11 Das Hauptaugenmerk soll hierbei auf den Gebieten Sport, Kunst und Natur liegen. Jede  
12 neue oder renovierte Schule sollte daher Mindestanforderungen in diesen Bereichen  
13 zur Verfügung stellen. Wir denken dabei an einen Schulgarten (Natur), für Schüler  
14 NUTZBAREN Sport/Fußballplatz und einen Kreativraum mit verschiedenen zeitgemäßen  
15 angeboten, wie einer Nutzbaren Videoaufnahmestelle.

16 Als starkes Vorbild in dieser Entwicklung führen wir die skandinavischen Schulen an.

<b>BI5</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1    **Einführung von Technikunterricht an weiterführenden**  
 2    **Schulen**

3    Hiermit fordern wir einen im Lehrplan verankerten Technikunterricht an niedersächsi-  
 4    schen Schulen welcher sich sowohl der IT also auch dem handwerklichen Bereich wid-  
 5    met. Dieser Unterricht soll einen Zeitumfang von mindestens 4 Stunden im Monat ha-  
 6    ben.

7    **Begründung:**

8    In Zeiten, in denen unter anderem das Handwerk Probleme dabei hat neue Auszubil-  
 9    dende zu finden könnten so eigene Begabungen und Talente schon früh aufgezeigt und  
 10   gefördert werden. Es sollen hierbei Grundkenntnisse des Handwerks mit den eigenen  
 11   Händen, Holz- und Metallbearbeitung und weitere Praktische Fähigkeiten vermittelt  
 12   werden.

13   Des Weiteren sollen im IT-Bereich das Programmieren, der Aufbau und Grundkenntnis-  
 14   se im Umgang mit dem Computer, sowie grundlegendes Wissen der Elektrotechnik auf  
 15   dem Lehrplan stehen.

16   Weiteres Potenzial hätte in dem Zusammenhang die Idee, dass nicht nur Lehrer\*Innen,  
 17   sondern auch zusätzliches Fachpersonal aus den Fachbereichen wie z.B. Tischler\*innen  
 18   unterrichten welche dann viel Praktische Erfahrung einbringen können.

# BI6

Antragsteller\*innen:

UB Region Hannover

Weiterleitung:

SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Einführung einer Projektwoche „Lebenspraxis“**

2 Wir fordern, dass an weiterführenden Schulen eine Projektwoche mit den Schwerpunk-  
3 ten Steuern, Finanzen und Recht eingeführt wird. Es sollen grundlegende Kenntnisse in  
4 den drei Bereichen vermittelt werden, zum Beispiel die Herangehensweise an die The-  
5 men Verträge, Steuern und Versicherung oder der Umgang mit Geldfragen.

### 6 **Begründung:**

7 Viele Schüler\*innen verlassen die Schule mit großen Defiziten in dem Bereich, den man  
8 mit „Lebenspraxis“ betiteln kann. Das Aufarbeiten dieser grundlegenden Kenntnisse -  
9 die für ein selbstständiges Leben unabdingbar sind - ist in Eigenregie mühsam und  
10 durch die Vielzahl an Quellen für viele junge Menschen schlicht überfordernd. Dazu  
11 kommt, dass diese Themenbereiche einen direkten Bezug zur Lebensrealität der Schü-  
12 ler\*innen haben, was gerade heutzutage oft im. Schlagzeilen hat zum Beispiel der Tweet  
13 einer Schülerin im Jahr 2015 gemacht: „Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steu-  
14 ern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Spra-  
15 chen.“

16 Ebenfalls können durch solche Projektwochen auch Fragen seitens der Schüler\*innen  
17 gestellt werden, die sonst kaum Platz haben. Die Einführung dieser Projektwoche wollen  
18 wir nicht den Schulen als freiwillige Option überlassen, sondern sie fest im Lehrplan ver-  
19 ankern.

20 Die Defizite aus der Schule müssen oft durch das Elternhaus aufgeholt werden. Für uns  
21 ist das aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit ein „No-Go“. Besonders Kindern aus Fa-  
22 milien, die frisch in Deutschland angekommen sind, wird so das eigenständige Alltagsle-  
23 ben so unnötig schwer gemacht. Die Bedeutung der restlichen Lehrinhalte soll durch  
24 diesen Antrag nicht geschmälert werden. Ziel ist es, den Schüler\*innen durch sinnvolle  
25 Vermittlung von praxisnahen Kenntnissen mehr Sicherheit für den eigenen Lebensweg  
26 nach der Schule zu geben.

<b>BI7</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Gerechtigkeit auch in den Ergebnissen! – Anonymisier-**  
 2 **te Korrekturen einführen**

3 Wir fordern, dass an allen weiterführenden Schulen in Niedersachsen Klausuren und  
 4 Facharbeiten nur noch anonymisiert kontrolliert werden dürfen.

5 **Begründung:**

6 Auch Lehrer\*innen sind Menschen. Da ist es ganz natürlich, dass die Sympathien den  
 7 Schüler\*innen gegenüber ungleich verteilt sind. Daher kann es gerade bei der Korrektur  
 8 von Klausuren und Facharbeiten, deren Beurteilung auf der subjektiven Einschätzung  
 9 der Lehrkraft beruht, zu Ungerechtigkeiten in der Benotung kommen.

10 An Universitäten ist das Anonymisierungsprinzip bereits ein gängiges Mittel und auch  
 11 Studien zeigen, dass Ungerechtigkeiten dadurch wirksam bekämpft werden können.  
 12 Warum sollen die Schüler\*innen auf dieses bewährte Prinzip verzichten? Lehrer\*innen  
 13 werden dadurch nicht in Generalverdacht gestellt, unfair zu benoten. Im Gegenteil, der  
 14 Antrag erleichtert ihre Arbeit und schützt vor eventuellen Anfeindungen.

15 Die Umsetzbarkeit ist ebenfalls gegeben: Durch das Nummernprinzip (Schüler\*innen  
 16 schreiben im Vorfeld der Klausur zufällig ausgeloste Nummern als Namensersatz auf die  
 17 Klausur) und dem Einsatz von Co-Korrektoren ist jede Schule in der Lage, das Anonymi-  
 18 sierungsprinzip anzuwenden.

19 Der vorliegende Antrag ist ein weiterer Schritt zu einem gerechteren Bildungswesen.

<b>BI8</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Berufsberatung für alle Schüler\*innen im Land Nieder-**  
 2 **sachsen**

3 Wir fordern eine größere Investition in Berufsberatungsveranstaltungen für alle Schü-  
 4 ler\*innen im Land Niedersachsen.

5 **Begründung:**

6 Viele Schülerinnen und Schüler wissen nach dem Schulabschluss nicht, was sie machen  
 7 sollen und können und studieren oder arbeiten erst einmal ins Blaue hinein, um später  
 8 dann abzubrechen.

9 Oftmals ist eine solche Erfahrung zwar wichtig – und sicherlich auch richtig. Meistens ist  
 10 es so, dass viele Absolventen nur eine Perspektive kennen und gar nicht wissen, welche  
 11 Möglichkeiten alle offen stehen – viele machen das, was die Eltern machen oder halt  
 12 das, was Ihnen als erstes in den Sinn kommt.

13 Wir sollten die Schüler\*innen durch eine verstärkte Berufsberatung die Chance geben,  
 14 alle Berufe kennen zu lernen und den Horizont zu erweitern.

<b>BI9</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD- Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Ablehnung von Kopfnoten – Chancen für alle!**

2 Die Konferenz möge beschließen: Die Bewertung von Arbeitsverhalten und Sozialverwal-  
 3 ten wird in allen Schulformen abgeschafft.

4 **Begründung**

5 Für eine Beurteilung von Arbeits- und Sozialverhalten von Schüler\*innen fehlen objekti-  
 6 ve Bewertungskriterien. Eine subjektive Meinung von Lehrer\*innen kann bei der Verga-  
 7 be nicht ausgeschlossen werden. Lehrer\*innen können Sympathiepunkte aussprechen,  
 8 können, eventuell unbeliebte, Schüler\*innen durch solche Kopfnoten erheblich in Ihrer

9 freien Berufswahl schädigen. Wir denken nicht in Schubladen. Schüler\*innen sind ein-  
10 zigartig und sollen eine faire Chance in ihrer Zukunft haben.

<b>B20</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Medienkompetenz stärken – Digitale Medien im Unter-**  
2 **richt sinnvoll nutzen**

3 Digitale Medien sind aus dem heutigen Leben nicht mehr wegzudenken. Das gilt natür-  
4 lich auch für den Schulunterricht. Merkel redet noch immer von Neuland aber aus der  
5 heutigen Generation ist das Internet nicht mehr wegzudenken.

6 **Verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet an Schulen**

7 Mittlerweile sollte auch der\*die Letzte gemerkt haben, dass das Internet wichtiger Be-  
8 standteil heutiger gesellschaftlicher Prozesse geworden ist. Wenn wir Kinder und Ju-  
9 gendliche zu emanzipierten jungen Menschen erziehen wollen, dann müssen wir das  
10 Erlernen von Medienkompetenz ernst nehmen. Dabei ist es wichtig, dass zur Erkennung  
11 von Fake News Schüler\*innen das Durchführen eines Quellenchecks erlernen. Weiterhin  
12 ist es wichtig, dass Schüler\*innen lernen wie sie ihre Daten schützen und die Grundla-  
13 gen von Datenschutz verstehen anwenden können.

14 **Daher fordern wir**, das Vermitteln von grundlegenden Medienkompetenzen und Da-  
15 tenschutz im Kerncurriculum derweiterführenden Schulen in Niedersachsen zu veran-  
16 kern.

17 Es hat sich gezeigt, dass grundsätzliche Handyverbote an Schulen nur sehr begrenzt  
18 Wirkung zeigen. Durch gut erlernte Medienkompetenz können Schüler\*innen einen ver-  
19 antwortungsvollen Umgang mit mobilen Endgeräten erlernen. Immer häufiger werden  
20 Handys und andere mobile Endgeräte auch in den Unterricht eingebaut.

21 **Daher fordern wir**, eine Abschaffung aller Handyverbote an niedersächsischen Schulen.

22 An vielen Schulen ist es derzeit Praxis, dass Schüler\*innen ihre Handys im Unterricht  
23 z.B. für Rechercheaufgaben nutzen müssen. Gleichzeitig stockt noch immer der WLAN-  
24 Ausbau an den Schulen. Schüler\*innen werden wie selbstverständlich dazu aufgefordert  
25 ihr privates Datenvolumen für solche Aufgaben zu nutzen. Dies geschieht während des  
26 regulären Schulunterrichts. Es ist also für die Partizipation am Unterricht nicht nur not-  
27 wendig ein entsprechendes Smartphone zu besitzen, sondern zusätzlich auch noch über  
28 ausreichend Datenvolumen zu verfügen. Die Benachteiligung von Schüler\*innen aus

29 einkommensschwachen Schichten ist dabei eklatant. Die Lehrer\*innen übergehen dies  
30 häufig mit Verweisen wie: „Es haben doch ohnehin alle Schüler\*innen mittlerweile ein  
31 Smartphone“ oder „Ach, Datenvolumen gibt es doch auch billig bei Aldi.“ Beides bildet  
32 nicht die Realität ab und ist von kostenloser Bildung weit entfernt.

33 **Daher fordern wir**, flächendeckendes, kostenloses WLAN an allen niedersächsischen  
34 Schulen ab Klasse 5 für den Unterricht. Außerdem muss sichergestellt sein, dass es an  
35 jeder weiterführenden Schule ausreichend mobile Endgeräte zum Leihen für den Unter-  
36 richt und zu Hause (Erledigung von Schulaufgaben) gibt.

37 Stand heute verfügen viele Lehrer\*innen selbst noch nicht ausreichend über entspre-  
38 chende Medienkompetenz um ihren Schüler\*innen, die aus einer Generation von „digi-  
39 tal natives“ bestehen, den sicheren Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln. Dabei  
40 darf es nicht sein, dass wir Lehrer\*innen mit diesen Aufgaben allein lassen und ihnen  
41 die zusätzliche Arbeit für IT-Aufgaben aufhalsen. Es muss sichergestellt sein, dass die  
42 entstehende Arbeit für Instandhaltung und Betreuung der IT nicht allein durch Mehrar-  
43 beit bei den Lehrkräften abgedeckt wird, sondern dafür entsprechende Fachkräfte be-  
44 reitstehen.

45 **Daher fordern wir**, genug Fachpersonal mit entsprechenden Medien- und IT-  
46 Kompetenzen und darüber hinaus den Ausbau und die Evaluation von Schulungen für  
47 Lehrer\*innen in diesem Bereich.

#### 48 **Begründung:**

49 Während es einige Elternhäuser gibt, bei denen kein Wissen oder die notwendigen fi-  
50 nanziellen Mitteln zur Verfügung stehen, müssen Schulen in der Lage sein Unterstüt-  
51 zung zu leisten und allen Schüler\*innen auch im Bereich digitale Bildung Teilhabe zu  
52 ermöglichen. Um dies zu ermöglichen, müssen niedersächsische Schulen mit digitalen  
53 Medien, digitaler Infrastruktur und geschulten Lehrer\*innen sowie Fachkräften aus-  
54 stattet werden.

<h1>B21</h1>	Antragsteller*innen:	JSAG Landeskoordination
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **A,B,C was sind Medien?**

2 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD Landtagsfraktion dazu auf, die Medienbildung  
 3 in Grundschulen einen besonderen Stellenwert zu erteilen und sicherzustellen, dass alle  
 4 Grundschüler\*innen während ihrer Grundschulzeit eine Medienbildung erhalten. Au-  
 5 ßerdem ist zu gewährleisten, dass die Lehrer\*innen eine Fortbildung zu diesem Thema  
 6 bekommen haben, um es den Grundschüler\*innen kompetent und altersangemessen  
 7 beizubringen.

8 **Begründung:**

9 Immer mehr Grundschüler\*innen besitzen ein Smartphone und so gibt es in vielen Grundschulklas-  
 10 sen bereits WhatsApp Gruppen. Dies hat Vorteile, sowie auch Nachteile. Einer der Nachteile ist, dass  
 11 viele Grundschüler\*innen noch gar nicht wissen was eigentlich Medien sind, wie man damit sachge-  
 12 recht umgeht und welche Gefahren sich dahinter verbergen. Daher ist es essentiell Medienbildung in  
 13 Grundschulen zu fördern. Dies kann in Projektwochen, einer verpflichtenden AG oder in einem neu-  
 14 en Schulfach geschehen. Bei einem neuen Schulfach ist dennoch zu beachten, dass keine Überlastung  
 15 der Schüler\*innen vorliegt und ein anderes Fach hierfür kürzer kommt.

<h1>B22</h1>	Antragsteller*innen:	JSAG Landeskoordination
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Mehr Fortbildungen für Lehrer\*innen im digitalen Be-**  
 2 **reich**

3 Wir fordern, dass besonders ältere Lehrer\*innen besser in digitaler Pädagogik weiterge-  
 4 bildet werden. Es sollen mehr Fortbildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die um-  
 5 fangreich über passende Nutzungsmöglichkeiten digitaler Geräte und Medien im Unter-  
 6 richt aufklären. Weiterhin sollten auch bei Unterrichtskontrollen die Kompetenzen der  
 7 Lehrer\*innen im Bereich des digitalen Unterrichtens geprüft werden und bei Mängeln  
 8 die Lehrer\*innen zu Fortbildungen verwiesen werden.

9 **Begründung:**

10 Wie fortschrittlich eine Schule auch digitalisiert ist, spielt keine Rolle, wenn die Leh-  
11 rer\*innen nicht angemessen zur Nutzung der Geräte im Unterricht ausgebildet sind.  
12 Teilweise sind mittelalte und ältere Lehrkräfte nicht einmal in der Lage, selbstständig ein  
13 Smart-Board zu starten oder die Lautstärke an diesem zu regulieren. Durch diese Kom-  
14 petenzmängel entstehen häufig unnötige Zeitverluste, die durch ein wenig Weiterbil-  
15 dung der Lehrer\*innen zum gemeinsamen Lernen genutzt werden könnten. Andere  
16 Lehrkräfte nutzen die digitalen Geräte erst gar nicht für ihren Unterricht. Dadurch fallen  
17 viele mögliche, fortschrittlichere Unterrichtsmethoden weg, die zu einem interessante-  
18 ren und effektiveren Unterricht führen könnten.

19 Ein weiteres häufiges Problem ist, dass, wenn die Geräte dann doch verwendet werden,  
20 die Art deren Verwendung höchst unpädagogisch ist. Wenn eine Lehrkraft einzig eine  
21 PowerPoint-Präsentation monoton vorträgt, ist dies kaum dem Lernen der Schü-  
22 ler\*innen zuträglich. Ebenso kann ein 60-minütiger Film zwar teilweise sinnvoll sein, soll-  
23 te aber nicht jede Stunde den Unterricht darstellen.

24 Durch mehr Fortbildungen können sowohl die technischen Schwierigkeiten der Leh-  
25 rer\*innen behoben werden, als auch eine angemessene, pädagogische Art in einer digi-  
26 talen Welt zu lernen vermittelt werden. Eine Überprüfung bei der Unterrichtskontrolle  
27 ist notwendig, da viele Lehrer\*innen von sich aus nicht die Notwendigkeit einer Verän-  
28 derung ihrer Unterrichtsmethoden sehen.

<b>B23</b>	Antragsteller*innen:	JSAG Landeskoordination
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Mehr politische Bildung an Schulen**

2 Wir fordern, dass die politische Bildung an Schulen verstärkt und interessanter gestaltet  
3 wird. Hierzu soll jede Woche mindestens eine Viertelstunde des Politikunterrichts ge-  
4 nutzt werden, um sich mit aktuellen politischen Themen im Klassenverband auseinan-  
5 derzusetzen. Weiterhin soll es mehr politische Projekte an Schulen geben. Beispielswei-  
6 se Informationsveranstaltungen mit Parteien oder Planspiele.

### 7 **Begründung:**

8 Unter vielen Jugendlichen herrscht eine starke Politikverdrossenheit, die größtenteils  
9 durch Unwissen hervorgerufen wird. Dies erkennt man daran, dass sie sich teilweise  
10 zivilgesellschaftlich engagieren, jedoch kein Interesse am aktuellen, politischen Tagesge-  
11 schehen oder dem Engagement in einer Partei zeigen. Dem soll durch eine stärkere  
12 Aufklärung entgegengewirkt werden. Im Politikunterricht wird häufig nur Theorie ver-

13 mittelt und die Praxis kommt viel zu kurz. Wenn eine Schüler\*in nur mit Politik verbin-  
14 det, verschiedene Schaubilder auswendig zu lernen oder Statistiken auszuwerten, ist es  
15 kaum verwunderlich, wenn er/sie sich nicht für diesen Themenbereich interessiert. Ins-  
16 besondere da die Praxis im politischen Bereich häufig stark von der Theorie abweicht.

17 Auch lässt sich durch Beispiele aus den Nachrichten ein Gespür für die politischen Zu-  
18 sammenhänge viel besser vermitteln und eine interessantere Lernatmosphäre schaffen.  
19 Die Schüler\*innen werden dazu angeregt, sich mit aktuellen politischen Themen ausei-  
20 nanderzusetzen, um sich besser am Unterrichtsgespräch beteiligen zu können. So er-  
21 langen sie zusätzliches Allgemeinwissen.

22 Auch ist es unbedingt notwendig die Schüler\*innen besser mit den Programmen der  
23 unterschiedlichen Parteien vertraut zu machen, damit sie sich eine eigene Meinung für  
24 die Wahlen und politisches Engagement bilden können. Um von einer Beeinflussung  
25 abzusehen, sind hier besonders Informationsveranstaltungen und Debatten mit Vertre-  
26 tern der unterschiedlichen Parteien zu empfehlen.

<b>B24</b>	Antragsteller*innen:	JSAG Landeskoordination
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Alle reden über Demokratie, wir fordern die Paritäti-**  
2 **sche Schule!**

3 In der Schule wird viel über Meinungsbildung, Demokratie und Partizipation gespro-  
4 chen. Partizipation ist jedoch in den meisten Schulen (staatliche Schulen) für Erzie-  
5 hungsberechtigte und vor allem für Schüler\*innen schwer umsetzbar. Das liegt in erster  
6 Linie daran, dass in den Schulen keine Parität gegeben ist. Lehrer\*innen besitzen die  
7 einfache Mehrheit bzw. eindeutige Mehrheit, die ausreicht um Beschlüsse in wichtigen  
8 Gremien (Schulvorstand, Gesamtkonferenz, Fachkonferenz, Didaktisch Pädagogisches  
9 Gremium) durchzusetzen. Hierbei genügt bei Entscheidungen also schon eine Mei-  
10 nungsbildung im Kollegium. Erziehungsberechtigte und Schüler\*innen, werden häufig  
11 nicht eingebunden. Das muss sich ändern!

12 **Beschluss:**

13 Die Jusos Niedersachsen, fordern die SPD Landtagsfraktion dazu auf sich für die Paritäti-  
14 sche Schule einzusetzen. Diese besteht im Schulvorstand, in der Gesamtkonferenz, in  
15 Fachkonferenzen und im Didaktisch Pädagogischen Gremium aus 33,3% Lehrer\*innen,  
16 33,3% Erziehungsberechtigten und 33,3% Schüler\*innen. Außerdem werden Schü-  
17 ler\*innen Vertretern kostenlose Seminare während der Schulzeit angeboten, die dazu

18 dienen sollen, dass Schüler\*innen lernen ihre Interessen argumentativ besser zu vertre-  
19 ten und motiviert werden in wichtigen Schulgremien mitzuarbeiten.

<b>B25</b>	Antragsteller*innen:	JSAG Landeskoordination
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Wie sieht ein Hörsaal aus? Schnupperstudium ermögli-**  
2 **chen!**

3 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD Landtagsfraktion dazu auf, dass Schnupper-  
4 studium als verbindlichen Unterrichtsinhalt im Seminarfach der gymnasialen Oberstufe  
5 zu integrieren. Alle Schüler\*innen sollten während ihrer Zeit in der gymnasialen Ober-  
6 stufe die Möglichkeit haben sich über Studiengänge zu informieren und ein Schnupper-  
7 studium zu absolvieren.

8 **Begründung:**

9 Viele Schüler\*innen verlassen die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife und wissen  
10 nicht was sie studieren möchten bzw. was sie im Studium eigentlich erwartet. Ein Grund  
11 hierfür ist die mangelhafte Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden  
12 Schulen. Um Schüler\*innen besser auf ihr Studium vorzubereiten, sollten alle studienin-  
13 teressierten Schüler\*innen die Möglichkeit dazu bekommen, während der Schule in die  
14 Uni gehen zu können und sich Vorlesungen anzuhören und bei Interesse auch Klausu-  
15 ren mitzuschreiben. Dies ist mit dem Juniorstudium an mehreren Universitäten bereits  
16 möglich. Dennoch ist dieses Angebot recht exklusiv und viele Schüler\*innen wissen  
17 nichts von diesem Angebot. Eine Freistellung vom Unterricht ist in den wenigsten Fällen  
18 möglich. Daher ist es essentiell das Schnupperstudium ins Seminarfach zu integrieren.

# B26

Antragsteller\*innen: JSAG Landeskoordination

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Soziale Studienfahrten anbieten!**

2 Wir fordern, dass Angebote für Studienreisen oder Austauschprogramme in der Schule  
3 verstärkt unterstützt und geschaffen werden, die daraus bestehen, soziale Arbeit in  
4 Entwicklungsländern zu leisten. Hierzu kann beispielsweise mit Hilfsorganisationen zu-  
5 sammengearbeitet werden und so eine soziale Studienfahrt für die Schüler\*innen orga-  
6 nisiert werden.

### 7 **Begründung:**

8 Die meisten außereuropäischen Studienreisen, die Schulen Schüler\*innen auf freiwilli-  
9 ger Basis anbieten, gehen in die USA, Kanada oder China. Sie bestehen meistens aus  
10 einer Städtereise mit Übernachtungen in Hotels, Besuchen von Sehenswürdigkeiten und  
11 einem sehr begrenzten Kontakt zu der Austauschschüler\*in, wenn überhaupt eine Aus-  
12 tauschfahrt vorliegt.

13 Schüler\*innen sollten ebenfalls die Möglichkeit erhalten, eine andere Form des Reisens  
14 zu erfahren. Bei einer sozialen Studienfahrt können die Schüler\*innen Menschen oder  
15 Umwelt aktiv helfen, indem sie beispielweise Schulen in den Entwicklungsländern unter-  
16 stützen, medizinische Erfahrung durch Hilfe in Krankenhäusern sammeln oder verletzte  
17 Wildtiere in Tierschutz-Projekten pflegen. Die Möglichkeiten vor Ort Hilfe zu leisten sind  
18 sehr vielseitig und alle stark erwünscht und benötigt. Den Schüler\*innen wäre es auf  
19 einer solchen Studienfahrt viel besser möglich, einen Einblick in die Lebensumstände  
20 und Kulturen der Menschen zu erhalten, die auf dieser Welt besonders benachteiligt  
21 sind. So werden sie auch für die Nöte dieser sensibilisiert und können gleichzeitig tiefe  
22 internationale Freundschaften schließen.

23 Da eine Reise in beispielsweise fragile Staaten häufig nicht einfach ist und Erfahrung und  
24 mögliche Einrichtungen für solche Projekte unbedingt notwendig sind, ist die Zusam-  
25 menarbeit mit Hilfsorganisationen hierbei sehr zu empfehlen.

# B27

Antragsteller\*innen:

Landesvorstand & Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen

Weiterleitung:

SPD-Landesparteitag

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Einführung neuer Masterstudiengänge für diverse In-** 2 **formatik**

3 Forderung: Hiermit fordern wir neue Masterstudiengänge, die sich aus 30-50% Informa-  
4 tik und 50-70% klassischen Geisteswissenschaften zusammensetzen.

### 5 **Begründung:**

- 6     ▪ Quereinstieg in die IT ermöglichen ohne sich von den Geisteswissenschaften ab-  
7       wenden oder auf Wirtschaftsinformatik beschränken zu müssen
- 8     ▪ Niedrige Hemmschwelle zur Aufnahme eines Informatik-Studiengangs für Men-  
9       schen, die grundsätzlich interessiert sind, aber sich kein komplettes Informatik-  
10      Studium zutrauen
- 11    ▪ Digitalisierungspotenziale finden sich in vielen Branchen. Auch in der Forschung  
12      und Verwaltung. O.g. Studiengänge können Menschen ohne technischen Studien-  
13      hintergrund die Chance ermöglichen, Prozesse der Digitalisierung zu verstehen,  
14      aktiv mitzugestalten und auf mögliche digitalisierungsgetriebene Veränderung  
15      nicht vollkommen unvorbereitet zu sein.
- 16    ▪ Bereits bei der Personalauswahl kommen Algorithmen zum Einsatz, diese sind al-  
17      lerdings nie neutral. Sie hängen unter anderem maßgeblich ab von:
  - 18       ○ Den Daten, mit denen der Algorithmus gefüttert wird.
  - 19       ○ Entwickler\*innen des Algorithmus
    - 20          ▪ Auch bei Algorithmen können Entwickler\*innen sich nicht frei von  
21           ihren Vorurteilen, Zuschreibungen und Menschenbildern machen,  
22           die sie in sich tragen. Es muss unser Ziel sein, dass Algorithmen, die  
23           Menschen Entscheidungen abnehmen oder sie dabei beraten, ge-  
24           meinschaftlich und interdisziplinär von einer möglichst diversen  
25           Gruppe entworfen werden. Reine Informatiker\*innen haben zwar  
26           das technische Know-How, doch Geisteswissenschaftler\*innen  
27           können an vielen Punkten die elementar wichtige gesellschaftliche  
28           Perspektive mit einbringen. O.g. Studiengangs-Modelle legen den  
29           Grundstein für einen interdisziplinären Ansatz.

# ANTRAGSBEREICH: **D** - Demokratie und Kampf gegen Rechts

<b>DI</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Anerkennung von Opfern rechter Gewalt**

2 Rechte Gewaltverbrechen werden in der Bundeskriminalstatistik „Politisch motivierte  
3 Kriminalität –rechts (PMK-rechts)“ durch die Länder zusammengetragen und gesammelt.  
4 Eine erste Überarbeitung dieses Meldesystem fand im Jahr 2001 statt. Ausschlaggebend  
5 für die Aufnahme in die Statistik ist dabei, ob rassistische, antisemitische oder sozial-  
6 darwinistische Motive eine „tatauslösende“ Wirkung haben und die Wahrnehmung der  
7 ermittelnden Strafverfolgungsbehörden.

8 Spätestens die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr  
9 2011 hat jedoch gezeigt, dass rechte Gewalt und ihre Opfer von staatlicher Seite ausge-  
10 blendet wurden und immer noch werden. Seit dem Jahr 1990 wurden von staatlicher  
11 Seite 83 Opfer erfasst. Dem gegenüber steht die von antifaschistischen Gruppierungen,  
12 Journalist\*innen und unabhängigen Behörden ermittelte Zahl von 193 Opfern. [1] Hin-  
13 zukommen Dunkelziffern, welche beispielsweise im Bereich von Übergriffen auf Woh-  
14 nungslose zu finden sind. [2]

15 Die unterschiedlichen Zahlen haben ihre Ursache in der Analyse der Motive der Tä-  
16 ter\*innen. Taten, in denen ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens  
17 eine tatbegleitende bis tateskalierende Rolle spielen, werden bisher jedoch nicht ange-  
18 messen in der PMK-Statistik erfasst. Dies führt zu einer Entpolitisierung der Straftaten.  
19 Da die PMK-rechts weiterhin eine Eingangsstatistik ist, fällt den Strafverfolgungsbehör-  
20 den und insbesondere der Polizei eine große Verantwortung zu. Hier zeigt sich jedoch  
21 ein oftmals vorliegendes fehlendes Problembewusstsein und mangelnden Wissens über  
22 das Thema rechte Gewalt.

23 Hinzukommt, dass neben den bekannten Fällen die Opfer rechter Gewalt oftmals für die  
24 Gesellschaft und staatliche Behörden unsichtbar blieben. Dabei ist rechte Gewalt leider  
25 alltäglich. Hier sind oftmals zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Ansprechpart-  
26 ner\*innen für die Betroffenen. Diese leisten ebenfalls einen wichtigen Teil, damit Opfer

27 und Angehörige Solidarität und Anerkennung erfahren. Der Staat und seine Strafverfol-  
28 gungsbehörden müssen nun endlich ihren Teil dazu beitragen, dass rechte Gewalt als  
29 solche erkannt wird und die Opfer dieser ebenfalls.

30 Wir fordern daher:

- 31     ▪ Eine Überarbeitung des Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität-rechts“,  
32       welches sowohl die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug\*innen und  
33       Angehörigen berücksichtigt, als auch Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinisti-  
34       sches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende  
35       Rolle spielen, erfasst.
- 36     ▪ Eine selbstkritische Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe externer Expert\*innen  
37       und die nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter Gewalt.
- 38     ▪ Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber rech-  
39       ter Gewalt unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen Behörden und  
40       zivilgesellschaftlichen Organisationen.

41 **Anmerkungen:**

42 [1] [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/staatliche-einordnung-](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/staatliche-einordnung-rechter-gewalttaten/)  
43 [rechter-gewalttaten/](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/staatliche-einordnung-rechter-gewalttaten/)

44 [2] [https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-](https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990)  
45 [rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990](https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990)

<b>D2</b>	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **„Fridays for future“ – Solidarität mit den streikenden**  
2 **Schülerinnen und Schülern**

3 Was bringt Schule, wenn es keine Zukunft gibt? Einer der Leitsprüche der Jugendlichen,  
4 die freitags auf öffentlichen Plätzen demonstrieren. In über 100 Ländern weltweit. Es  
5 waren über 300.000 Jugendliche die deutschlandweit am 15.03.2019 auf der Straße de-  
6 monstrierten, für eine bessere Umweltpolitik, für einen schnelleren Kohleausstieg, für  
7 die Einhaltung der Ziele verschiedener Klimaverträge. Schlicht und ergreifend für eine  
8 lebenswerte Zukunft. Doch anstatt gelobt und unterstützt zu werden kommen aus der  
9 Presse von Seiten der Politik Kommentare wie diese:

10 „[...] Das ist eine Sache für Profis“ (Christian Lindner) oder „Es bleibt die Tatsache, das sie  
11 die Schule schwänzen“ (Annegret Kramp Karrenbauer).

12 Jahrelang wird Jugendlichen Politikverdrossenheit oder Faulheit gegenüber politischen  
13 Themen vorgeworfen, nun sind sie politisch aktiv und gehen in großer Anzahl auf die  
14 Straße. Es ist zum Teil unverhältnismäßig und unverschämt wie PolitikerInnen über die  
15 Jugendlichen sprechen! Die SchülerInnen, die jeden Freitag demonstrieren fordern  
16 nichts als das, was bereits beschlossen wurde. Die Einhaltung der Ziele aus dem Pariser  
17 Klimavertrag sind auch für die Bundesrepublik in weiter Ferne. Die SchülerInnen halten  
18 den PolitikerInnen den Spiegel entgegen und kämpfen für ihre politischen Überzeugun-  
19 gen. Die Kritik, die an den SchülerInnen dafür geübt wird, zeugt davon wie insbesondere  
20 die Konservativen die Überzeugungen der SchülerInnen nicht ernst nehmen. Das die  
21 Demonstrationen während der Schulzeit stattfinden, soll zum Ausdruck bringen, welche  
22 Relevanz dieses Thema hat, denn ohne den Schulausfall würde nicht darüber geredet  
23 werden! Denn viele PolitikerInnen nehmen die Jugendlichen noch immer nicht ernst!

24 Wir müssen die Jugendliche unterstützen und nicht demoralisieren, wir müssen Men-  
25 schen motivieren auf die Straße zu gehen und nicht abschrecken, wir müssen uns soli-  
26 darisieren und nicht entgegenstellen!

27 Deshalb fordern wir:

- 28     ▪ Die Solidarisierung mit den demonstrierenden SchülerInnen und die Unterstüt-  
29         zung der Bewegung „Fridays for Future“. Dadurch, dass sich die SPD für die Schul-  
30         befreiung der SchülerInnen einsetzt.

<h1>D3</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1    **Resolution: Antifa – ungemütlich und laut**

2    Seit den letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen im letzten Jahr ist die AfD nun in  
 3    allen Landtagen vertreten. In Zeiten eines allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruckes  
 4    ist es umso wichtiger, dass es Menschen gibt, die sich dagegen positionieren und klar  
 5    Haltung zeigen.

6    Antifaschistische Arbeit ist noch wichtiger geworden und auch wir Jusos, egal ob vor Ort  
 7    oder überregional, müssen zeigen, wo wir stehen. Antifaschismus ist daher ein wichtiges  
 8    Element unserer Arbeit. Wir wollen uns nicht nur in Bündnissen engagieren und bei  
 9    Demonstrationen mitlaufen, sondern auch unsere Bildungsarbeit diesem Thema wid-  
 10    men.

11    Ausgangslage

12    Bundesweit

13    Die AfD sitzt im Bundestag und seitdem versucht sie auch dort ihre menschenfeindli-  
 14    chen Ideologien zu streuen. Nicht nur in Chemnitz zeigt sich noch immer eine enge Zu-  
 15    sammenarbeit mit den sogenannten "Identitären". Diese professionalisiert sich immer  
 16    weiter und versucht, Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse zu nehmen.

17    Ereignisse wie die in Chemnitz zeigen ganz klar: die rechte Szene ist vernetzt und steht  
 18    zusammen. Und sie zeigen, wie gefährlich diese Szene ist und hinter welchem wirklich  
 19    konfusen Weltbild sie stehen. Es zeigt aber auch, dass die gewaltbereite rechte Szene  
 20    wächst. Insbesondere in Angesicht des Attentats in Christchurch zeigt sich das Gewalt-  
 21    potential der rechten Ideologie. Noch besorgniserregender ist die Bewunderung deut-  
 22    scher Neonazis für das Attentat.

23    Niedersachsen

24    Auch in Niedersachsen sitzt die rechtsradikale AfD mit 9 Abgeordneten im Landtag und  
 25    versucht dort Einfluss auf die Politik zu nehmen. Wenn sich die AfD von ihrer Jugendor-  
 26    ganisation, der Jungen Alternative distanziert, dann zeigt das nur noch deutlicher: die JA  
 27    ist ein Schmelztiegel von Rechtsradikalen. Nachdem die JA aufgelöst wurde, gibt es den-  
 28    noch weitere Kooperationen mit früheren JA Mitgliedern und der rechtsextremen Szene.  
 29    Ein Beispiel dafür: Lars Steinke, früherer Landesvorsitzender der JA.

30 Rechtsextreme Strukturen sind auch in Niedersachsen verankert. Vor allem völkischer  
31 Rechtsextremismus spielt im ländlichen Raum eine immer größere Rolle.

## 32 Göttingen

33 Göttingen, 22. Februar 2019: um kurz vor 5 Uhr morgens werden zwei Besucher einer  
34 linken Kneipe von Mitgliedern der rechten Szene überfallen. Beispiele wie dieser aktuelle  
35 Vorfall zeigen: Auch in Göttingen ist Wachsamkeit geboten.

36 Auch wenn die als "Freundeskreis Thüringen/ Niedersachsen" gestartete "Volksbewe-  
37 gung" dank massiver und ausdauernder Gegenproteste mittlerweile wieder weitestge-  
38 hend von der Bildfläche verschwunden ist, versuchen Nazis weiter, in Göttingen Fuß zu  
39 fassen. Am 07. März traute sich die stark geschrumpfte "Bewegung" erneut nach Göttingen,  
40 um sich mit 6 Teilnehmenden hinter Polizeiabsperungen, von der Öffentlichkeit  
41 abgeschirmt, der eigenen Facebook-Bubble im Livestream zu präsentieren. Auch wenn  
42 dies von dem desolaten Zustand der Gruppe zeugt, ist die Gefahr von Rechts auch in  
43 Göttingen nicht zu unterschätzen. Einen erneuten Versuch gab es schon am 18. März,  
44 diesmal mit etwa 15 Nazis mit einer Kundgebung vor dem Privathaus eines Aktivisten.

45 Dies sind längst nicht die einzigen Versuche von Nazis, in Göttingen Fuß zu fassen. In-  
46 nerhalb des letzten Jahres gibt es vermehrt Berichte über rechtsradikale Schmierereien  
47 und Aufkleber mit menschenfeindlichen Inhalten. Mehrfach tauchten Hakenkreuz-  
48 schmierereien am Campus auf, Sprüche wie "Trans lives don't matter" und "FUCK ZOG"  
49 (ZOG steht dabei für Zionist Occupied Government, dabei handelt es sich um eine anti-  
50 semitische Verschwörungstheorie) wurden an die Wand des Oeconomicum gesprüht  
51 (30.05.18). Im August wurde das Mahnmal am Platz der Synagoge beschmiert und An-  
52 fang dieses Jahres wurden Runen auf das Mahnmal vor dem Seminar für klassische Phi-  
53 lologie gesprüht. Dies ist nur ein erschreckender Ausschnitt der Vorfälle in Göttingen,  
54 die nicht ignoriert werden dürfen.

## 55 Warum Antifa-Arbeit so wichtig ist

56 Anhand der Ausgangslage kann man klar erkennen: Sowohl bundesweit, als auch lokal,  
57 sind rechte Strukturen ein großes Problem, und deshalb ist die Arbeit von Antifa-  
58 schist\*innen so enorm wichtig.

59 Das Engagement verschiedener Antifa-Gruppen reicht von der Organisation von Gegen-  
60 protesten, über Bildungs- und Aufklärungsarbeit über die rechte Szene und Hilfe für  
61 Opfer rechter Gewalt bis hin zu Recherche über rechte Strukturen. Dieses Engagement  
62 verdient unsere volle Solidarität. Denn nur durch dieses Engagement ist es möglich,  
63 rechte Strukturen wirksam zu bekämpfen.

## 64 Unsere antifaschistische Arbeit

65 Auch wir Jusos müssen Teil des antifaschistischen Kampfes sein. Wir müssen uns positi-  
66 onieren, jeden Tag. Wir müssen vor Ort eingreifen, wenn Rechte versuchen, dort Einfluss

67 zu nehmen. Es reicht nicht, nur an Demos teilzunehmen, denn Antifa-Arbeit ist immer  
68 und überall.

69 Wir müssen uns in Bündnissen, lokal, aber auch überregional engagieren und uns und  
70 unsere Ideen dort einbringen. Wir müssen unsere Bildungsarbeit auch diesem enorm  
71 wichtigen Thema widmen und wir müssen Aktionen planen und durchführen, die zei-  
72 gen: Es gibt keinen Platz für Rechtsextreme in unserer Gesellschaft.

73 Damit unsere Arbeit zielgerichtet ist, müssen wir uns mit antifaschistischen Gruppen  
74 vernetzen und mit ihnen zusammenarbeiten, denn nur so können wir von und mit ihnen  
75 lernen.

76 Auch der Schulterschluss mit anderen demokratischen Jugendorganisationen und Par-  
77 teien ist wichtig, denn nur, wenn sich ein breites Bündnis den Rechtsextremen entge-  
78 genstellt, zeigen wir: wir sind die Mehrheit.

79 Unsere Solidarität gilt allen Opfern rechter Gewalt und wir werden solche Taten nicht  
80 unkommentiert lassen. Wir werden uns weiterhin in den Weg stellen und zeigen: unsere  
81 Gesellschaft ist bunt und hat keinen Platz für Rechtsextreme.

<b>D4</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Landeszentrale für politische Bildung stärken**

2 Die Landeszentrale für politische Bildung wurde in Niedersachsen 2017 von der rot-  
3 grünen Landesregierung wieder eingerichtet, nachdem Schwarz-Gelb diese 2004 auflös-  
4 te. Nach der Gründung besteht die Landeszentrale für politische Bildung aus einem  
5 achtköpfigen Team und einem Pool aus freien Mitarbeiter\*innen. Schwerpunkte der  
6 Arbeit sind das politische Systems Niedersachsen, Fake News und Beteiligung an der  
7 Demokratie. Nach zwei erfolgreichen Jahren bedarf die Landeszentrale für politische  
8 Bildung einen weiteren Ausbau.

9 Niedersachsen als Flächenland ist mit einem achtköpfigen Team und freien Mitarbei-  
10 ter\*innen nicht mit hoher Intensität zu betreuen. Auch die Aus- und Fortbildung sowie  
11 die Betreuung der freien Mitarbeiter\*innen ist mit dem vorhandenen Personal nicht  
12 optimal möglich. Damit in Zukunft weitere Themengebiete und Angebote geschaffen  
13 und häufig angeboten werden können braucht die Niedersächsische Landeszentrale für  
14 politische Bildung mehr Gelder vom Land. Daher fordern wir eine Verdopplung der Mit-

15 arbeiter\*innen und eine Anpassung der zur Verfügung stehenden Gelder für Sachmittel  
16 und Reisekosten bis zum Ende der Legislaturperiode.

## ANTRAGSBEREICH: **Fem** - **Feminismus**

<b>Fem I</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

### 1 **Die Hälfte der Macht für die Hälfte der Bevölkerung**

2 Wir fordern die Einführung von Paritätsgesetzen auf Landes- und Bundesebene.

3 Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen und die SPD-Bundestagsfraktion werden auf-  
4 gefordert, Gesetzesinitiativen für die Einführung Paritätsgesetzen auf den Weg zu brin-  
5 gen. Hierbei muss die paritätische Aufstellung von Frauen und Männern auf den Landes-  
6 listen für alle Parteien gesetzlich vorgeschrieben werden. Bei den Direktwahlen in den  
7 Wahlkreisen ist das vorgeschlagene Tandemmodell einzuführen.

#### 8 **Begründung:**

9 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir von einer gleichberechtigten  
10 Teilhabe von Frauen in der Politik weit entfernt. Der Frauenanteil im Deutschen Bundes-  
11 tag ist von zuletzt 36,6 Prozent auf heute 31 Prozent gesunken. Der Anteil der weiblichen  
12 Abgeordneten im 18. Niedersächsischen Landtag ist auf 27,7 Prozent gesunken. Der  
13 Frauenanteil vor der letzten Landtagswahl betrug noch 31,4 Prozent.

14 Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht erleben wir aktuell einen roll-back bei der Gleichstel-  
15 lung von Frauen. Der Erfolg der AfD begünstigt eine Entwicklung, die unsere Parlamente  
16 wieder zu frauenfeindlichen Arenen werden lässt. Die geringe Zahl von Parlamentarie-  
17 rinnen zeigt, dass eine Reform des Wahlrechts notwendig ist, um bei der politischen Re-  
18 präsentanz von Frauen auf die tatsächliche Gleichstellung hinzuwirken. Ohne eine Ände-  
19 rung der Wahlgesetze geht es nicht.

20 Die SPD setzt sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den Par-  
21 lamenten ein. Politik muss von Frauen und Männern in gleichem Maße gestaltet werden,  
22 damit alle Blickwinkel für gesellschaftliche Themen berücksichtigt werden. Eine Ände-  
23 rung der Wahlgesetze ermutigt und ermöglicht Frauen, sich in den politischen Diskurs  
24 und Entscheidungsprozess produktiv einzumischen. Das Wissen und Können von Frau-  
25 en, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, wird dringend gebraucht.

26 Die Quote fruchtet

27 Innerparteiliche Quoten bei den Listenaufstellungen, wie das Reißverschlussverfahren  
28 bei der SPD, sind erfolgreich. So sind SPD 41,8 Prozent der SPD Bundestagsabgeordne-  
29 ten Frauen, bei den Grünen sind es 58,2 Prozent und der Linken 53,6 Prozent. Bei den  
30 konservativen und rechten Parteien wie der CDU/CSU-Fraktion, stellen die weiblichen  
31 Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag hingegen nur 19,9 Prozent, bei der FDP 22,5  
32 Prozent und der AfD sogar nur 10,8 Prozent.

33 Im Niedersächsischen Landtag beträgt der Frauenanteil bei den SPD-Abgeordneten 34,6  
34 Prozent und bei den Grünen 50 Prozent, beide Parteien haben eine Quote. Bei der FDP  
35 beträgt der Frauenanteil lediglich 27,3 Prozent, bei der CDU 18,0 Prozent und der AfD  
36 11,1 Prozent.

37 Eine solche drastische Diskriminierung von Frauen in der Politik ist nicht mehr hin-  
38 nehmbar. Sie muss durch Paritätsgesetze auf Landes- und Bundesebene behoben wer-  
39 den. Die Erfolgsaussichten für entsprechende Mehrheiten sind gut. Neben den Grünen  
40 und den Linken hat sich auch die CDU-Spitze für die Einführung eines Paritätsgesetzes  
41 ausgesprochen. Das Bundesverfassungsgericht verlangt wegen der großen Zahl an  
42 Überhang- und Ausgleichsmandaten eine Reform des Wahlrechts auf Bundesebene.

43 Nach dem Vorbild des Ende Januar verabschiedeten ersten paritätischen Wahlgesetzes  
44 in Deutschland im Land Brandenburg sollten in Niedersachsen und im Bund durch die  
45 SPD Wahlgesetze auf den Weg gebracht werden, die zur Aufstellung paritätischer Kandi-  
46 dat\*innenlisten – also abwechselnd Frau – Mann, verpflichten. Ein solches Gesetz rea-  
47 giert damit auf einen demokratischen Missstand: 100 Jahre nach Einführung des Frau-  
48 enwahlrechts, mit dem Frauen als hälftiger Teil des Volkes und Souveräns sichtbar wur-  
49 den, fehlt es immer noch an ihrer gleichberechtigten demokratischen Teilhabe.

50 Parität bei den Direktwahlkreisen

51 Eine weitere Ursache für die Unterrepräsentanz von Frauen in den Parlamenten liegt im  
52 Mehrheitswahlrecht mit den Direktwahlkreisen. Noch immer besetzen häufig die männ-  
53 lichen Platzhirsche die Kandidaturen für aussichtsreiche Direktwahlkreise.

54 Die Göttinger SPD unterstützt den Vorschlag des Bundestagstagsvizepräsidenten  
55 Thomas Oppermann, der die Einführung eines „Tandemmodells“ nach französischem  
56 Vorbild vorschlägt. Danach werden zukünftig in den Direktwahlkreisen „Duos“ aus je-  
57 weils einer Frau und einem Mann gewählt. Dieses in Frankreich erfolgreiche Verfahren  
58 setzt jedoch eine Reduktion und Vergrößerung der Wahlkreise voraus.

59 Nach einem solchen Paritätsgesetz werden je zwei bisherige Bundestagswahlkreise zu-  
60 sammengefasst und auf separaten Listen je eine Frau und ein Mann gewählt. Die bishe-  
61 rige Zweitstimme auf den Landeslisten wird zur Drittstimme. Den Direktwahlkreis ge-  
62 winnt die Frau mit den meisten Stimmen und der Mann mit den meisten Stimmen. Die-

63 se müssten nicht zwingend der gleichen Partei angehören. Und nicht jede Partei müsste  
64 zwingend einen Mann und eine Frau pro Wahlkreis ins Rennen schicken.

65 Erst ein solches Paritätsgesetz mit einer verpflichtenden Frauenquote bei der Listenauf-  
66 stellung und dem Tandemmodell im Direktwahlkreis sichert eine angemessene und pa-  
67 ritätische Vertretung von Frauen in den Parlamenten.

<b>Fem 2</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Nicht nur Worte, sondern auch Taten. Frauen in die Un-**  
2 **ternehmensspitzen**

3 Wir fordern, dass es in Zukunft eine verpflichtende 50% Quote für Frauen\* in den Un-  
4 ternehmensvorständen von Betrieben geben soll, an denen das Land Niedersachsen  
5 Anteile besitzt.

6 **Begründung:**

7 Das Land sollte immer eine Vorbildfunktion einnehmen – gerade beim Thema Gleich-  
8 stellung. Denn nicht Worte und Versprechungen lösen das Problem der Ungleichheit,  
9 sondern Taten.

10 In den niedersächsischen Unternehmen mit Beteiligung des Landes, z.B. der NBank oder  
11 Volkswagen, sieht die Quote von Frauen in Führungspositionen erschreckend aus. Das  
12 muss geändert werden.

13 In letzter Zeit wäre z.B. bei Volkswagen immer wieder die Chance gewesen, etwas zu  
14 verändern, da sieben Vorstandsposten neu besetzt werden mussten. Passiert ist nichts.  
15 Noch immer sitzt nur eine einzige Frau im Vorstand. Das zeigt aus unserer Sicht ganz  
16 klar: die Zeiten der Selbstverpflichtungen sollten vorbei sein. Wir brauchen feste Quo-  
17 ten, damit sich etwas ändert.

18 Diese Quote, die sich erst einmal nur auf Unternehmen bezieht, an denen das Land An-  
19 teile besitzt, kann und soll auch nur ein Anfang sein. Auf Grund des hohen Handlungs-  
20 bedarfs und der Symbolträchtigkeit einer solchen Verpflichtung ist es aus unserer Sicht  
21 auch notwendig, eine hohe Zahl zu fordern. Frauen stellen 50% unserer Bevölkerung,  
22 also sollten ihnen auch 50% der Macht zustehen.

# Fem 3

Antragsteller\*innen: UB Göttingen

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Frauen\* in MINT**

2 Der Begriff MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.  
3 Noch immer gelten diese Berufsgruppen als „Männerdomänen“. Die Gründe dafür sind  
4 vielfältig, hängen aber oftmals mit stereotypen Geschlechterbildern zusammen.

5 Naturwissenschaften unterliegen dabei immer noch in einem hohen Maße dem gesell-  
6 schaftlichen Verständnis einer zweigeschlechtlichen Ordnung. Das in der Gesellschaft  
7 vorliegende dualistische Verständnis von Begriffen wie Vernunft und Gefühl wird oft-  
8 mals mit einem System von männlich und weiblich assoziiert und es kommt zur Bildung  
9 von Stereotypen und Klischees. Diese Stereotype werden sowohl über Medien, Eltern,  
10 Freund\*innenschaften und Lehrkräfte vermittelt und entstehen bereits ab der Kita. Sie  
11 äußern sich bereits in der Grundschule, wo selbst bei gleichen Leistungen eine Zuord-  
12 nung von Mathematik als „männlich“ vorgenommen wird. Interesse an klassischen MINT  
13 Fächern wird bei Frauen\* mit Attributen wie „unfeminin“ assoziiert.

14 Ziel muss es sein, gesellschaftlich gesetzte Stereotype und unterbewusste Klischees auf-  
15 zubrechen. Für eine stereotypenfreie Bildung müssen jedoch alle Lehrkräfte, Berufsbe-  
16 rater\*innen sowie Personen, die in der Lehrkräfteaus- und weiterbildung tätig sind,  
17 Genderkompetenz vermittelt bekommen. Dies muss bereits für die Erzie-  
18 her\*innenausbildung gelten. Hier fordern wir eine Schwerpunktsetzung auf die Sensibi-  
19 lisierung für die Entwicklung von Geschlechterrollen.

20 Auch Angebote wie der „Zukunftstag“ oder „Mädchen und Technik (MuT)“ spielen eine  
21 wichtige Rolle. Diese wollen wir durch weitere Projekte dieser Art unterstützen und för-  
22 dern. Dabei ist eine Ausweitung des Zukunftstages von einem auf zwei Tage zu betrach-  
23 ten. Diese Tage sollen dazu genutzt werden, Schüler\*innen einen Einblick in ge-  
24 schlechtsuntypische Berufe zu geben.

25 Nicht nur Klischees, sondern auch das Fehlen von Förderung und Vorbildern ist Ursache  
26 dafür, dass Frauen\* im Bereich MINT unterrepräsentiert sind. Bereits früh erfahren  
27 MINT-begeisterte Schülerinnen\* zu wenig Bestätigung und Förderung. Hier gilt es anzu-  
28 setzen. Um das Interesse von Schüler\*innen im MINT-Bereich zu fördern, benötigen wir  
29 Lehrerinnen\* in diesen Schulfächern. Auch heute noch sind viele Frauen\*, die in Berei-  
30 chen arbeiten bzw. gearbeitet haben, in der Gesellschaft unsichtbar. Es gilt diese sicht-  
31 bar zu machen und Zugehörigkeitsgefühle von Frauen\* zu MINT Bereichen zu schaffen.

32 Auch im universitären Bereich zeigt sich, dass zwar die Zahl der Studienanfängerinnen\*  
 33 im MINT-Bereich steigt, jedoch immer noch wenige Frauen\* eine akademische Karriere  
 34 einschlagen. Insbesondere nach der Promotion verlassen Frauen\* den akademischen  
 35 Betrieb. Hier verbinden sich die prekären Verhältnisse im akademischen Betrieb und  
 36 strukturelle Diskriminierung. Um dieser struktureller Diskriminierung entgegenzutreten,  
 37 müssen Frauen\* im Bereich der Promotion und Habilitation durch Förderprogramme,  
 38 Frauen\*empowerment und Frauen\*netzwerkprogramme, die sich über die verschiede-  
 39 nen Stufen des akademischen Betriebes erstrecken, unterstützt werden. Des Weiteren  
 40 fordern wir eine Frauen\*quote für Tenure-Track-Programme, für den akademischen  
 41 Mittelbau und Professurbesetzungen.

42 Doch auch nach Abschluss einer Ausbildung in MINT Bereich zeigt sich, dass die Technik-  
 43 industrie oftmals Männer\* bevorzugt. Auch in vermeintlich progressiven Technik-Firmen  
 44 entstehen frauen\*feindliche Umgebungen und es kommt zu sexueller Belästigung oder  
 45 Diskriminierung. Hier müssen subtiler Sexismus, Diskriminierung und sexuelle Belästi-  
 46 gung offen als solche benannt und geahndet werden.

47 All diese Initiativen und Programme müssen mit einem gesellschaftlichen Umdenken  
 48 einhergehen und können daher nur Anstöße in die richtige Richtung sein.

<b>Fem 4</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Die Rechte von Inter\*Menschen umsetzen und aus-**  
 2 **bauen!**

3 Die Jusos Bezirk Hannover fordern ein radikales Umdenken gegenüber Inter\*Menschen.  
 4 Die kosmetischen Operationen an Säuglingen und Kindern zur Geschlechtsvereinheitli-  
 5 chung und eindeutigen Zuordnung in das binäre Geschlechtssystem, fallen zwar unter §  
 6 226a StGB (Genitalverstümmelung) bzw. §§ 223 ff. StGB (Körperverletzung), doch ist die  
 7 Zahl der Operationen dadurch nicht maßgeblich zurückgegangen. [1] Darüber hinaus  
 8 gibt es weitere Behandlungen, die das Recht auf Unversehrtheit des Menschen antasten,  
 9 so etwa die Behandlung durch Medikamente und/oder Hormone, die eine Zuordnung  
 10 zum binären Geschlechtssystem herstellen sollen oder Psychotherapien mit derselben  
 11 Absicht.

12 In der Folge solcher Eingriffe leiden viele Betroffene unter psychischen Problemen und  
 13 müssen sich risikoreichen und belastenden Folgebehandlungen unterziehen. Darüber  
 14 hinaus wird ihnen das Recht der freien Selbstentfaltung abgesprochen, indem man sie

15 zwingt, ein Geschlecht anzunehmen und ihnen nicht selbst die Entscheidung überlässt –  
16 auch und vor allem, wenn sie sich nicht als binär männlich\* oder binär weiblich\* definie-  
17 ren wollen.

18 Die strafrechtliche Verfolgung der oben beschriebenen Eingriffe, ohne Einwilligung  
19 der\*des mündigen Patient\*in, muss daher konsequent umgesetzt werden. Eine Opera-  
20 tion ohne Einwilligung der\*des Mündigen ist nur in den größten Ausnahmen denkbar,  
21 wenn eine gesundheitliche Gefahr für das Kind besteht. In diesen Fällen, in denen die  
22 Gesundheit des Kindes in Gefahr sein könnte, muss eine hohe Absicherung erfolgen,  
23 z.B. unter Zuhilfenahme weiterer Ärzt\*Innen, Beratungsstellen für Intersexualität und so  
24 fort. Außerdem muss deutlich werden, dass die Pathologisierung von Intersexualität  
25 häufig auf der Deutung basiert, dass Abweichungen von der Geschlechterbinarität als  
26 korrekturbedürftig betrachtet werden.

27 Weiterhin fordern wir präventive Maßnahmen, die langfristig das Bild von Intersexualität  
28 als etwas Korrekturbedürftigem und Abweichendem, verändern. Dieser Prozess muss  
29 dazu führen, dass die Grundrechte von Inter\*Menschen nicht mehr verletzt werden. Wir  
30 fordern eine Schulbildung, die dieses Thema aufgreift, eine umfassende Auseinander-  
31 setzung in der Medizin mit diesem Thema und eine Förderung von Organisationen, die  
32 als beratende Stellen tätig sind. Verbote erscheinen in diesem Zusammenhang als kurz-  
33 bis mittelfristige Maßnahmen, die durch eine konsequent ausgebaute und erreichbare  
34 Aufklärungsarbeit und Beratungsangebote nicht zur Anwendung gebracht werden müs-  
35 sen. Wir Jusos lehnen „Normalisierungs“-Praktiken ab und fordern eine Wahrnehmung  
36 von geschlechtlicher Diversität in unserer Gesellschaft.

37 Intersexualität nicht länger zu pathologisieren und eine Selbstbestimmtheit der Be-  
38 troffenen zu fördern und Zwangszuordnung in das binäre Geschlechtssystem zu verhin-  
39 dern, ist darüber hinaus auch eine europäische Aufgabe:

40 „In mindestens 21 EU-Mitgliedstaaten werden intersexuelle Kinder geschlechtszuwei-  
41 sendenden Operationen unterzogen. In acht Mitgliedstaaten müssen die gesetzlichen Ver-  
42 treterInnen des Kindes zustimmen, 18 Länder setzen das Einverständnis der PatientIn-  
43 nen voraus. Die Einbeziehung von Kindern in derartige Entscheidungen stellt jedoch ei-  
44 ne Grauzone dar, da Faktoren wie beispielsweise das Alter des Kindes bestimmen, ob  
45 die Entscheidung beim Kind oder bei den Eltern liegt.“ [2]

46 *Anmerkungen:*

47 [1] Ulrike Klöppel und Katja Sabisch (Hg): *Zur Aktualität kosmetischer Operationen „uneindeu-*  
48 *tiger“ Genitalien im Kindesalter*, Berlin 2016. Eingesehen unter: [https://www.gender.hu-](https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-texte/texte-42/kloeppe-2016_zur-aktualitaet-kosmetischer-genitaloperationen)  
49 [berlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-texte/texte-42/kloeppe-2016\\_zur-](https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-texte/texte-42/kloeppe-2016_zur-aktualitaet-kosmetischer-genitaloperationen)  
50 [aktualitaet-kosmetischer-genitaloperationen](https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-texte/texte-42/kloeppe-2016_zur-aktualitaet-kosmetischer-genitaloperationen)

51 [2] Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights, 2015. Eingesehen unter:  
52 <https://fra.europa.eu/de/press-release/2015/die-rechte-intersexueller-werden-allzu-haufig->  
53 [nicht-zur-kenntnis-genommen](https://fra.europa.eu/de/press-release/2015/die-rechte-intersexueller-werden-allzu-haufig-nicht-zur-kenntnis-genommen)

<b>Fem 5</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Jamais sans elles – Niemals ohne sie!**

2 Wir fordern, dass eine ähnliche Initiative wie die französische Initiative „Jamais sans el-  
3 les“ auch in Deutschland gestartet wird.

4 Dafür sollen sich die Niedersächsische Landesregierung, möglichst alle Regierungen der  
5 Bundesländer, sowie die Bundesregierung, dazu verpflichten, dass Ihre Vertreter\*innen  
6 an keinen Konferenzen, Aktionen, Podien, Terminen oder ähnlichem mehr teilnehmen,  
7 zu denen keine Frauen eingeladen sind.

8 Es soll die Möglichkeit geben, dass Unternehmen, Verbände und Vereine sich der Initia-  
9 tive anschließen.

### 10 **Begründung:**

11 Die Initiative Jamais sans elles wurde in Frankreich ins Leben gerufen und zielt darauf  
12 ab, dass es keinerlei Veranstaltungen mehr gibt, an denen keine Frauen teilnehmen, weil  
13 sie nicht eingeladen sind.

14 Solch eine Initiative brauchen wir auch in Deutschland. Zu oft kommt es vor, dass auch  
15 bei Podien o.ä. der Landesregierung, oder auch der Bundesregierung, nur Männer ver-  
16 treten sind. Damit muss Schluss sein! Frauen müssen sichtbar werden und das funkti-  
17 oniert oft nur damit, dass darauf aufmerksam gemacht wird, dass keine Frauen da sind.

18 Eine solche Initiative zeigt klar: Frauen sind ein Teil unsere Gesellschaft und egal zu wel-  
19 chem Thema, auch sie haben Ahnung davon und sollten sich dazu äußern dürfen. Eine  
20 solche Initiative würde aber auch zeigen: Gleichstellung geht nur gemeinsam.

# Fem 6

Antragsteller\*innen: UB Göttingen

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Mehr Unterstützung für Frauen\*häuser**

2 Im Jahr 2017 wurden 147 Frauen\* Opfer von Partner\*innenschaftsgewalt. Laut Bundes-  
3 kriminalamt sind über 82 Prozent der Frauen\* von Partner\*innenschaftsgewalt betrof-  
4 fen. [1] Mit der Ratifizierung verschiedener internationaler und nationaler rechtlicher  
5 Normen, wie beispielsweise der Europäischen Menschenrechtskonvention oder des  
6 2011 beschlossenen „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung  
7 von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, hat der Staat einen Schutzauftrag für  
8 Frauen\* übernommen. Um Frauen\* und Kinder vor sexueller oder häuslicher Gewalt zu  
9 schützen, ist es notwendig, Hilfesysteme zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

### 10 Finanzierung Frauen\*häuser

11 Eine Maßnahme zum direkten Schutz von Frauen\* vor häuslicher Gewalt stellen dabei  
12 Frauenhäuser dar. Wichtig sind dabei die leichte Zugänglichkeit für Betroffene sowie die  
13 ausreichende Versorgung mit Schutzplätzen. Für eine ausreichende Versorgung soll da-  
14 bei laut Europarat ein Platz pro 7500 Einwohner\*innen zur Verfügung stehen. Diese  
15 Quote wird von Deutschland deutlich verfehlt.

16 Dies hat zur Folge, dass vielen Frauen\* regelmäßig auf Grund von Überfüllung kein Platz  
17 in Frauen\*häusern geboten werden kann beziehungsweise diese auf andere oftmals  
18 weit weg gelegene Frauen\*häuser verwiesen werden. Insbesondere in ländlichen Ge-  
19 bieten müssen von häuslicher Gewalt Betroffene oftmals sehr große Entfernungen zu-  
20 rücklegen, um die Möglichkeit eines Schutzplatzes wahrnehmen zu können. Für Viele ist  
21 dies auf Grund eines Arbeitsverhältnisses oder jüngerer Kinder schwer bis unmöglich.  
22 Rechnet man die große Zahl all derer, die sich nicht an Beratungsstellen wenden, hinzu,  
23 stellt man einen erheblichen Mangel an Schutzplätzen fest. Eine Absage auf einen Platz  
24 im Frauen\*haus für die Betroffenen führt oftmals zu einem Vertrauensverlust in Bera-  
25 tungs- und Hilfsstellen und lässt die von Gewalt Betroffenen schutzlos zurück.

26 Für uns ist klar: Jede Frau\*, die häusliche Gewalt erlebt, muss jederzeit die Möglichkeit  
27 haben, wohnortnah Schutz und Betreuung zu erfahren. Wir fordern daher einen Rechts-  
28 anspruch auf einen Frauen\*hausplatz. Dieser muss mit einer besseren finanziellen Aus-  
29 stattung von Frauen\*häusern und anderen Schutz- und Beratungsstellen einhergehen.  
30 Insbesondere sollen diese Stellen auch im ländlichen Raum geschaffen werden.

31 Ein Finanzierungsmodell in Form einer Tagessatzfinanzierung lehnen wir ab, da diese die  
32 Kosten des Aufenthalts lediglich auf die Betroffenen abwälzen. So wird die Gewalt gegen  
33 Frauen\* zum individuellen Problem der einzelnen Frau\*. Hinzukommt, dass durch diese  
34 Art der Finanzierung bestimmten Personengruppen wie beispielsweise Frauen\* ohne  
35 gesicherten Aufenthaltsstatus, Auszubildenden, Studierenden oder Sozialhilfeempfän-  
36 gerinnen\* der Zugang zu Frauen\*häusern gänzlich verwehrt wird oder die Frau-  
37 en\*häuser die Kosten selber tragen müssen. Gewalt gegen Frauen\* ist ein gesellschaftli-  
38 ches Problem, welches als solches erkannt und bekämpft werden muss. Hierbei darf  
39 Hilfe nicht von der finanziellen Situation der Schutzsuchenden abhängen.

40 Als Unterstützung für die Kommunen fordern wir daher sowohl eine finanzielle Beteili-  
41 gung des Bundes, als auch eine langfristig gesicherte Erhöhung der Landesmittel für  
42 Schutz- und Beratungsstellen. Ziel muss es sein, langfristig eine einheitliche, unbürokra-  
43 tische und verlässliche Regelung zur Finanzierung von Frauen\*häusern und Beratungs-  
44 stellen zu schaffen.

#### 45 Inklusive Frauen\*häuser

46 Nicht nur Überfüllung ist ein Problem der mangelnden Finanzierung. So lässt sich insbe-  
47 sondere ein Mangel an Plätzen für Frauen\* mit Behinderung feststellen. So zeigt sich,  
48 dass nur knapp 19 Prozent der von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frau-  
49 en\*häuser befragten Frauen\*häuser angeben, barrierefrei zu sein. Es zeigt sich jedoch,  
50 dass erwachsene Frauen mit Behinderungen/Beeinträchtigungen doppelt so häufig von  
51 psychischer Gewalt und von körperlicher Gewalt betroffen sind und sogar 2 - 3 Mal so  
52 häufig von sexualisierter Gewalt. Dies ist für uns nicht haltbar – auch hier muss direkt  
53 gehandelt werden! [2]

54 Wir fordern daher, dass Inklusion auch auf dem Gebiet von Schutz und Unterstützung  
55 von gewaltbetroffenen Frauen\* und ihren Kindern stattfindet. Des Weiteren fordern wir  
56 eine Finanzierung zur Herstellung von Barrierefreiheit der Frauen\*häuser, sei dies durch  
57 Nachbesserungen oder den Bau weiterer, barrierefreier Wohneinheiten.

#### 58 Mädchen\*häuser schaffen

59 Neben erwachsenen Frauen\* sind auch bereits junge Mädchen\* von Gewalt betroffen.  
60 Dies geht oftmals mit einer Abhängigkeitssituation von Betroffenen und Täter\*innen  
61 einher. Um dieser besonderen Situation gerecht zu werden, fordern wir die flächende-  
62 ckende Einrichtung und Förderung von Mädchen\*häusern, welche einen Schutzraum für  
63 minderjährige Mädchen bieten sollen. Hier gilt es, Personal für diese besondere Situati-  
64 on zu schulen und Projekte in Form von speziellen Beratungsstellen, Online Beratungen  
65 und Hilfetelefonen zu fördern.

#### 66 Konzeptionelle Einschränkungen bekämpfen

67 Trotz weitreichender Bemühungen zeigen sich räumliche und konzeptionelle Einschränkungen, welche sich in Ab- und Weiterverweisungen Betroffener äußern. So sind insbesondere psychisch kranke, akut Suchtkranke, Frauen mit älteren Söhnen oder Haustier, aber auch Trans\*frauen, von diesen Einschränkungen betroffen. Dazu kommen fehlende personelle Ressourcen vor Ort.

72 Für uns ist klar, dass alle Frauen\* die Möglichkeit auf einen Platz im Frauen\*haus haben sollen. Wir fordern daher, dass in jedem Frauen\*haus verschiedene räumliche Möglichkeiten für verschiedene Bedarfe von Frauen\* vorhanden sind. Des Weiteren fordern wir die Schaffung von Schutzräumen für Trans\*frauen, mehr abgetrennte Appartements für Frauen\* mit älteren Söhnen und mehr Wohneinheiten mit eigenen Küchen. Außerdem fordern wir finanzielle Mittel für Fortbildung und Supervision des beratenden Personals sowie die dauerhafte Kooperation mit ambulanten Beratungsangeboten für psychisch erkrankte oder sucht erkrankte Frauen.

#### 80 **Anmerkungen:**

81 [1] <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr--franziska-giffey-stellt-neue-zahlen-zur-partnerschaftsgewalt-2017-vor/130802>

83 [2] <https://www.autonome-frauenhaeuser-zif.de/de/content/zugang-zu-schutz-und-hilfe>

<b>Fem 7</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

#### 1 **Resolution: No more „pray the gay away“**

2 Angesichts der Äußerungen des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn ist das Thema  
3 Konversionstherapien und der gesetzliche Umgang damit dringlicher denn je. Wir ver-  
4 weisen deshalb auf die Bundesbeschlusslage des Juso-Bundeskongress von 2016 und  
5 möchten die wichtigsten Aspekte des Antrags der Jusos hier nochmal darstellen:

6 Wir fordern:

- 7     ▪ Verbot von Konversionstherapien und strafrechtliche Verfolgung der Durchfüh-  
8         rung solcher „Therapien“
- 9     ▪ strafrechtliche Verfolgung der Sorgeberechtigten von Minderjährigen, bei einer  
10       Durchführung, Vorbereitung, Planung oder wissentlichen Duldung von Konversi-  
11       onstherapien

- 12     ▪ Entzug der Approbation für alle beteiligten Angehörigen der akademischen Heilberufe bei Durchführung oder Verweis auf solche „Therapien“ durch die zuständigen Landesverwaltungsbehörden
- 13
- 14
- 15     ▪ Explizites Verbot der Werbung oder das Hinweisen auf Medien oder Aussagen, die die Möglichkeit einer „therapeutischen“ Einflussnahme der sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung suggerieren
- 16
- 17
- 18     Wir fordern die Mandatsträger\*innen der Partei zu einer konsequenten und zügigen Umsetzung dieser Beschlusslage auf!
- 19

<b>Fem 8</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1     **Frauen\*solidarität – empowered women empower women**

2

3     Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und zählen die Überwindung des Patriarchats zu unseren zentralen Zielen, um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu ermöglichen. Rechtliche und politische Gleichheit haben Frauen auf dem Papier in den allermeisten Bereichen bereits erkämpft. Aktive, gelebte Gleichstellung wird in sehr vielen Bereichen aber weiterhin durch patriarchale Strukturen und Alltagssexismus verhindert. Diese patriarchalen Strukturen aufbrechen zu wollen, ist richtig und muss ein Hauptziel unserer feministischen Bewegung sein. Die Autorin Caroline Rosales formuliert in einem Artikel aber treffend: „Es wird viel geredet über die Gründe einer patriarchalisch geprägten Arbeitswelt und unserer sexistischen Gesellschaft allgemein, doch nie über den Nährboden, der das Wachstum solcher männlich-dominierten Machtstrukturen begünstigt.“ [1]

14    Wie ist das zu verstehen? In unseren Frauen\*netzwerken, Frauen\*empowermentprogrammen und Feminist Fight Clubs predigen wir den Zusammenhalt unter Frauen\*. Wir wollen uns gegenseitig supporten, uns empowern, Frauen\*solidarität ist das Stichwort. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass Frauen\*netzwerke bei weitem nicht so gut funktionieren wie die geknüpften Seilschaften zwischen Männern. Woran aber kann das liegen? Das hat natürlich auch mit Geschlechterrollen und Sozialisation zu tun: So beschreibt die Psychologin Mechthild Erpenbeck, dass Männer eher Oben-unten-Positionen auskämpfen würden und sich erst nach Klärung eines Machtkampfes dem nächsten Kampf widmen würden. Frauen hingegen fühlten sich schneller auf einer persönlichen Ebene angegriffen und in ihren Machtkämpfen ginge es

24 schneller um eine wahrgenommene existenzielle Bedrohung und deren Vernichtung.  
25 Darauf fußt das fragile Zusammenspiel von Beziehungen zwischen Frauen\*. Sie fördern  
26 selten Nachfolgerinnen\*, gönnen sich gegenseitig keine Erfolge, sondern stehen oft als  
27 Einzelkämpferinnen\* dar und greifen sich oft auf einer passiv-aggressiven Ebene an.  
28 Mädchen\* werden von der Gesellschaft zu Konkurrentinnen\* erzogen, die sich auch  
29 aufgrund der verstärkenden patriarchalen Strukturen eher im Kampf zu Geschlechtsge-  
30 nossinnen\* sehen. Das konnten die Evolutionsforscherinnen Anne Campbell und Paula  
31 Stockley nachweisen: „Mädchen und Frauen, die ihr Verhalten nicht der sozialen Norm  
32 anpassen, müssen den Verlust ihrer Freundschaften fürchten. Durch alle sozialen  
33 Schichten bevorzugten Frauen demnach im Konkurrenzkampf um einen männlichen  
34 Partner Strategien wie indirekte Aggression, Rufschädigung und Ausgrenzung der Mit-  
35 bewerberin, dagegen aber weniger körperliche Gewalt als Männer.“ [2]

36 Politische Auseinandersetzungen oder sogar persönliche Konflikte kann es natürlich  
37 auch unter Frauen\* geben. Sie haben ihre Berechtigung, solange sie anhand der Sache  
38 geführt werden und sich nicht durch strukturelle Gegebenheit bedingen oder sogar ver-  
39 stärkt werden. Denn unter Frauen\* ist dieser Konkurrenzkampf besonders toxisch:  
40 Frauen\* stechen sich gegenseitig aus und werden zusätzlich von patriarchalen Macht-  
41 strukturen eingeschränkt. Das bedeutet natürlich nicht, dass Frauen\* an diesen Macht-  
42 strukturen schuld sind, wir könnten sie aber besser bekämpfen, wenn wir uns mit aller  
43 Selbstverständlichkeit gegenseitig fördern, empfehlen und loben würden.

44 Frauen\*solidarität bedeutet für uns, dass wir als Frauen\* an der Seite von Frauen\* ste-  
45 hen, dass wir gemeinsam für unsere Belange eintreten, dass wir Netzwerke bilden, uns  
46 gegenseitig unterstützen und besonders dann andere Frauen\* empowern, wenn wir es  
47 selbst in Führungspositionen geschafft haben. Frauen\*solidarität bedeutet aber auch,  
48 dass wir offen mit Kritik umgehen, dass das Kritisieren einer anderen Frau\* weiterhin  
49 möglich sein muss und dass wir Frauen\*empowerment als gemeinsam Weg sehen,  
50 denn Förderung ist keine Einbahnstraße. Nicht mit jeder Frau\* muss man aufgrund ih-  
51 res Geschlechts automatisch solidarisch sein, in einem politischen Richtungsverband  
52 muss man sich vor allem auch in der inhaltlichen Auseinandersetzung einig werden. In  
53 der Sache muss weiterhin Streit und auch Kritik möglich sein. Frauen\*solidarität darf  
54 nicht zu einem sanktionierenden Kampfbegriff degradiert werden, um andere Frauen\*  
55 zu sanktionieren. Stattdessen müssen wir das Miteinander stärken und uns unserer  
56 gemeinsamen Kämpfe bewusst werden. Wir müssen offen und reflektiert damit umge-  
57 hen, wo wir eventuell sogar patriarchale Strukturen als Frauen\* nutzen und diskutieren,  
58 wie wir dies vermeiden können.

59 Um mit Caroline Rosales zu schließen und eine Richtung für die Zukunft unserer Frau-  
60 en\*empowermentstrukturen aufzuzeigen: „Gelebte Gleichberechtigung in allen Berei-  
61 chen heißt vor allem auch, dass Frauen endlich lernen, sich auch untereinander wertz-  
62 schätzen, dass sie klatschen und nicht lästern“ [3].

63 Anmerkungen:

64 [1] ROSALES, Caroline, Die ewige Missgunst, URL: [https://www.zeit.de/kultur/2018-](https://www.zeit.de/kultur/2018-01/gleichberechtigung-metoo-frauen-solidaritaet-10nach8/komplettansicht)  
65 01/gleichberechtigung-metoo-frauen-solidaritaet-10nach8/komplettansicht (18.03.2019).

66 [2] ebd.

67 [3] ebd.

<b>Fem 9</b>	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, Juso- Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Besteuerung von Menstruationsartikeln mit dem er-**  
2 **mäßigten Mehrwertsteuersatz von 7%**

3 Als Jusos des Landes Niedersachsens solidarisieren wir uns mit den Aktivist\*innen gegen  
4 die Tampon Tax und schließen uns der Forderung an, den Mehrwertsteuersatz für  
5 Menstruationsartikel von aktuell 19% auf den ermäßigten Satz von 7% zu senken. Wir  
6 fordern die SPD Niedersachsen auf, sich dieser Forderung anzuschließen und sich damit  
7 für Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen.

8 **Begründung:**

9 In Deutschland werden Artikel des alltäglichen Bedarfs mit 7 Prozent Mehrwertsteuer  
10 besteuert, auf Tampons, Binden und Menstruationstassen entfällt dagegen eine Mehr-  
11 wertsteuer von 19 Prozent. Die Periode ist für Frauen\* unausweichlich, etwa 40 Jahre  
12 ihres Lebens menstruieren Frauen\* monatlich für etwa 3-5 Tage. Die Benutzung und der  
13 Kauf von Menstruationsartikeln korrelieren mit dem weiblichen Geschlecht, den erhöh-  
14 ten Steuersatz sehen wir daher als strukturelle fiskalische Diskriminierung, die Frauen\*  
15 aller gesellschaftlichen Schichten und finanzieller Hintergründe benachteiligt.

16

17 Eine Aufhebung der Steuer wäre zur Förderung eines ausgewogenen Geschlechterver-  
18 hältnisses angesichts der klaren Diskriminierung angebracht, eine Minderung der Steuer  
19 auf 7 Prozent scheint das Mindeste zu sein. Dass es die Steuer in dieser Art überhaupt  
20 noch gibt, ist ein klarer Hinweis darauf, dass Frauen\* und Frauen\*belange in politischen  
21 Entscheidungen deutlich unterrepräsentiert sind. Das Handeln und auch das Nicht-  
22 Handeln haben daher zusätzlich eine symbolische Wirkung im Hinblick auf Geschlech-  
23 tergleichstellung.

24 Auch in Anbetracht internationaler Entwicklungen zur Steuer auf Menstruationsartikel  
25 liegt Deutschland hintenan. Im europäischen Raum erheben Deutschland und Schwe-  
26 den den Höchststeuersatz auf Frauen\*Hygiene Produkte.

<b>Fem IO</b>	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Ein verpflichtendes Seminar zum Thema Gender-**  
2 **Sensibilisierung in Ausbildungen zu Erzieher\*in und**  
3 **Lehrer\*in einführen!**

4 Wir fordern, dass es zur Pflicht wird, in einer jeden Ausbildung zu Lehrkraft oder Erzie-  
5 her\*in mindestens eine informierende Veranstaltung zum Thema Gender zu besuchen.  
6 Somit soll auf einen sensiblen Umgang in Wort, Schrift und Verhalten mit ALLEN Entwür-  
7 fen von Geschlecht auch außerhalb von heteronormativen Mustern aufmerksam ge-  
8 macht werden. Somit wird gesichert, dass in pädagogischen Kontexten alle Identitäts-  
9 entwürfe von Heranwachsenden geschützt und akzeptiert werden.

10 **Begründung:**

11 Das Konzept von Doing Gender besagt, dass die Geschlechtsentwürfe jedes Menschen  
12 auch Ergebnis einer jeden zwischenmenschlichen Interaktion sind. Das heißt, werden  
13 heteronormative, einzig in Mann und Frau differenzierte Gender- und Identitätsentwürfe  
14 als gegeben gesehen und alle abweichenden Verhaltensweisen sanktioniert, hat das  
15 entscheidende Auswirkung auf die Entwicklung Heranwachsender.

16 Auch Kinder und Jugendliche sind Produzenten von Kultur, soziale Akteur\*innen und  
17 gleichberechtigte Mitglieder\*innen der Gesellschaft. Es muss also gesichert werden,  
18 dass NIEMAND durch ihre/seinen individuellen Identitätsentwurf von vornherein be-  
19 nachteiligt wird. Gerade die Lebensphase der Kindheit und Jugend bedarf es hier durch  
20 alle, und vor allem pädagogisches Personal, durch einen differenzierten Blick auf Gender  
21 und Identität zu schützen.

22 Denn „Wir können an keine Gesellschaft mit der naiven Annahme herantreten, wir wüss-  
23 ten ja schon was Frauen und Männer sind und woran man der Unterschied erkennt“  
24 (Hagemann-White, 1984).

# Fem II

Antragsteller\*innen: KV Osterholz

Weiterleitung: Juso-Bundeskongress

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 „Some people are asexual, deal with it!“ – Für einen auf- 2 geklärten und diskriminierungsfreien Umgang mit 3 Asexualität

### 4 Asexualität – Was ist das?

5 „Was du bist noch Jungfrau?“, „Wie kann man keinen Bock auf Sex haben?“, „Ich habe  
6 schon mit den\* oder der\* geschlafen. Und du?“, das sind Sätze, mit denen sich Asexuelle  
7 Menschen oder Menschen, die sich nicht als asexuell definieren und phasenweise ase-  
8 xuell leben häufig anhören müssen. Dabei ist der\*die Asexuelle doch kein anderer  
9 Mensch. Asexualität beschreibt in erster Linie das fehlende oder geringe Gefühl der se-  
10 xuellen Anziehung zu anderen Menschen und ist dabei nicht fest definiert. Im Gegensatz  
11 zur freiwilligen Enthaltensamkeit wie dem Zölibat ist Asexualität eine sexuelle Orientie-  
12 rung, die sich die entsprechende Person nicht ausgesucht hat. Asexualität ist klar von  
13 Aromantik abzugrenzen und ist nicht automatisch das Gleiche, obwohl es auch asexuel-  
14 le Menschen gibt, die aromantisch sind. Die Formen von Asexualität sind sehr verschie-  
15 den, weshalb Asexualität einen Graubereich darstellt. Es gibt keine einheitliche Definiti-  
16 on. Gerade in der queeren Szene ist Asexualität häufig verpönt oder durch rücksichtslo-  
17 se Aktionen indirekt diskriminiert.

### 18 LGBTIQ\*, doch wo ist das A?

19 Wir Jusos sind ein feministischer Verband – und das vollkommen zurecht! Antidiskrimi-  
20 nierung und Aufklärung sind die Grundpfeiler unserer Feminismus-Arbeit, nicht zuletzt  
21 auch seit der Gründung unseres Awarenessteams im Jahr 2017/2018 im Bezirk Nord-

22 Niedersachsen. Dies ist auch in unserem Arbeitsprogramm klar verankert: „Egal ob Se-  
23 xismus, Rassismus oder Homophobie. Wir sind gegen jede Art von Ungleichbehandlung  
24 und Menschenfeindlichkeit.“

25 Jedoch wird in der gängigen queeren Schreibweise stets LGBTIQ, bzw. LGBTIQ\*, als Ab-  
26 kürzung benutzt. Als Beispiel sei hier der Antrag Z1 des Bundesvorstands auf dem Bun-  
27 deskongress 2017 genannt.

28 Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Asexuelle Teil der queeren Gemeinschaft  
29 sind, da sie durch ihre sexuelle Orientierung eben nicht Teil der „normalen“ Gesellschaft

30 sind und deshalb auch diskriminiert werden. Asexuelle sind Teil eines jeden CSD und  
31 jeder Pride Week. Zudem erleben viele Menschen asexuelle Phasen in ihrem Leben.  
32 Dass es auch anders geht zeigt ein Blick in die Vereinigten Staaten. Mit Alexandria Oca-  
33 sio-Cortez zog eine junge Demokratin ins Repräsentantenhaus ein, die sich auch femi-  
34 nistischen Themen widmet. Dazu zählt auch ihr Einsatz für für queere Personen, die sie  
35 mit der Schreibweise „LGBTQIA+“ beschreibt.

36 Forderung:

- 37 ▪ Die Einführung der konsequent umzusetzenden Schreibweise „LGBTQIA\*“
- 38 ▪ Behandlung der Thematik Asexualität auf Gender-Seminaren
- 39 ▪ Berücksichtigung beim Erstellen von feministischen und queeren Material Asexuel-  
40 le nicht zu diskriminieren

<b>Fem I2</b>	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Unabhängige Untersuchung der Landesbehörden auf** 2 **die systematische Benachteiligung von Frauen**

3 Hiermit wird beschlossen, dass die niedersächsischen Landesbehörden sich einer unab-  
4 hängigen Untersuchung auf die systematische Benachteiligung von Frauen innerhalb  
5 der Behörden unterziehen. Dabei müssen der Schutz und die absolute Diskretion bezüg-  
6 lich aller sich äußernden Betroffenen gewährleistet werden. Bestehende Hemmnisse für  
7 Frauen sind abzubauen und ggf. neue Mechanismen, Bewertungssysteme und Unter-  
8 stützungsangebote einzuführen, die sowohl die berufliche als auch alltägliche Diskrimi-  
9 nierung von Frauen zu bekämpfen. Diese Mittel sind unter Einbezug der Betroffenen  
10 regelmäßig und anonym zu evaluieren.

# ANTRAGSBEREICH: **Fin -Finanzen**

<b>Fin I</b>	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, Juso Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Respekt-Rente und Mütter-Rente ausschließlich aus** 2 **Steuermitteln finanzieren**

3 Wir fordern die deutsche Bundesregierung, insbesondere den zuständigen SPD Ar-  
4 beitsminister Hubertus Heil sowie den SPD Finanzminister Olaf Scholz, dazu auf die so-  
5 genannte Respekt-Rente sowie Mütter-Rente vollständig aus Steuermitteln zu finanzia-  
6 ren und bei dieser Finanzierung nicht auf die Beitragsreserven der Sozialversicherung  
7 zurückzugreifen.

### 8 **Begründung:**

9 Die Finanzierung aus Beitragsreserven der Sozialversicherungen führt dazu, dass der  
10 berechnete soziale Ausgleich nicht von allen Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Be-  
11 amt\*innen oder Selbstständigen gezahlt werden würde, sondern nur von abhängig Be-  
12 schäftigten.

13 Deutschland ist ein vermögendes Land, in dem eine große soziale Ungleichheit herrscht.  
14 Sollte die Respekt-Rente mit dem aktuellen Steueraufkommen nicht finanzierbar sein,  
15 plädieren wir dafür, entweder umweltschädliche Industriesubventionen zu kürzen oder  
16 Steuern für Vermögende oder Finanzspekulierende zu erheben. Die aktuelle Kritik der  
17 CDU/CSU daran, dass die Finanzierung der Respekt-Rente aus Beitragsreserven der So-  
18 zialversicherung nicht sozial gerecht sei, ist zwar richtig, aber dennoch heuchlerisch, da  
19 das gleiche Vorgehen für die Union bei der Finanzierung der Mütter-Rente kein Problem  
20 darstellte. Noch im Jahr 2014 hat die SPD die Finanzierung der Mütter-Rente aus den  
21 Beitragsreserven der Sozialversicherung kritisiert. Die Ausweitung der Mütter-Rente im  
22 Jahr 2018 sowie die aktuell geplante Finanzierung der Respekt-Rente aus Beitragsreser-  
23 ven der Sozialversicherung wird jedoch nicht kritisiert.

# Fin 2

Antragsteller\*innen: Bezirk Braunschweig

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Bischöfe sind auch nur ArbeitnehmerInnen – Schluss** 2 **mit Staatlichen Gehältern für Kirchenämter**

3 Bischöfe, Erzbischöfe, Weihbischöfe, Vikare – all diese Kirchendiener erhalten vom Staat  
4 ihre Gehälter. Grund dafür ist eine Situation im Jahre 1803. Fürsten, die Gebiete an Na-  
5 poleon abtreten mussten wurden mit enteigneten Kirchenbesitztümern entschädigt. Im  
6 Gegenzug entschädigte der Staat die Kirche damit, die Gehälter für Bischöfe, Erzbischö-  
7 fe, Weihbischöfe und Vikare zu bezahlen. Heutzutage richten sich die Gehälter der Bi-  
8 schöfe nach den Besoldungsstufen von Spitzenbeamten. Ein Bischof wird meistens nach  
9 der Besoldungsstufe B6 bezahlt und damit erhält er etwa 8.000 Euro als Grundgehalt.  
10 Ein Erzbischof kann bis zur Besoldungsstufe B10 kommen und hätte damit ein Grund-  
11 gehalt von zirka 11.000 Euro. Obendrauf kommen noch Dienstwohnung, Dienstwagen  
12 und selbstverständlich ein Fahrer für diesen. All das wird von den Bundesländern ge-  
13 zahlt und ergibt jedes Jahr eine Summe von 400 bis 500 Millionen Euro.

14 Priester, Pfarrer und andere Mitarbeiter werden von den Bistümern oder Diözesen be-  
15 zahlt. Diese Gehälter stammen von den Kirchensteuern. Wir fordern, dass auch Bischöfe  
16 von dort ihre Gehälter beziehen.

17 Dies würde nicht nur eine finanzielle Entlastung für den Staat bedeuten, sondern stellt  
18 auch einen wichtigen Schritt zu einem echten säkularen Staat dar, in dem alle Religions-  
19 gemeinschaften gleich behandelt werden.

# Fin 3

Antragsteller\*innen: UB Region Hannover

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Schluss mit Diskriminierung und Tabu – Damenhygiene-** 2 **neartikel müssen erschwinglich werden**

3 Wir, die Jungsozialist\*innen, sind der Überzeugung, dass Damenhygieneartikel in jegli-  
4 cher Form, ob Einmalgebrauch oder nachhaltige Produkte für jede\*n bezahlbar sein  
5 müssen. Es handelt sich hierbei um notwendige Artikel, die jeden Monat benötigt wer-  
6 den und dies von der Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschlands. Frau-  
7 en\* haben nicht die Wahl, auf die Menstruation zu verzichten. Es ist ein komplett natür-  
8 licher Prozess. Weshalb die oben genannten Artikel nicht als Luxusprodukt anzuerken-  
9 nen sind, sondern als unumgänglich. Es wäre also für Frauen\* nicht nur einfach ein klei-  
10 ner Verlust der Lebensqualität, sondern menschenunwürdig auf diese verzichten zu  
11 müssen. Tampons, Binden etc. sind teuer und das muss sich ändern. Insbesondere bei  
12 der Menge, die jährlich oder in der gesamten Zeit zwischen Pubertät und Wechseljahren  
13 konsumiert wird. Diese Unsummen sind für viele Menschen kaum zumutbar. Dennoch  
14 darf die Qualität von solchen Artikeln nicht darunter leiden, weil das wiederum einen  
15 immensen Eingriff in die Gesundheit bedeuten könnte. Auch Hilfsorganisationen, die  
16 z.B. Damenhygieneartikel für obdachlose Frauen\* bereitstellen, würden von günstigen  
17 Produkten profitieren. Eines unserer höchsten Ziele ist die Gleichberechtigung, die in  
18 keinem Land auf dieser Welt völlig gewährleistet ist. Dieser Schritt wäre ein Signal in die  
19 richtige Richtung. Um zu zeigen, dass wir eine offene Gesellschaft sind, in der die Menst-  
20 ruation kein Tabuthema ist und in der wir Diskriminierung nicht tolerieren.

21 Deshalb fordern wir:

- 22 ▪ Die Subventionierung von Damenhygieneartikeln durch den Staat!

### 23 **Begründung:**

24 Menstruation und die dazugehörigen Hygieneartikel sind ein aktuelles und wichtiges  
25 Thema, bei dem etwas passieren muss. Frauen\*rechte und die Gleichberechtigung ge-  
26 hören zu den Menschenrechten und sollten in viel größeren Schritten nach vorne ge-  
27 bracht werden. Diese Subventionierung würde dazu beitragen und hätte einen sehr  
28 großen Mehrwert für die Gesellschaft.

## Fin 4

Antragsteller\*innen: UB Celle

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

### 1 Höheres Strafmaß bei Finanzverbrechen

2 Bei Finanzverbrechen (Steuerhinterziehung, CumEx, etc.) in Millionenhöhe sind die Stra-  
3 fen unverhältnismäßig niedrig, während die Strafen bei Kleinverbrechen häufig um ein  
4 vielfaches härter sind.

## Fin 5

Antragsteller\*innen: UB Celle

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

### 1 Einführung einer Steuer auf im Internet erworbene Ar- 2 tikel

3 Eine zusätzlich eingeführte Digitalsteuer auf im Internet erworbene Artikel hätte das  
4 Potenzial, viele Arbeitsplätze zu sichern und außerdem die Umwelt zu schonen. Ein wei-  
5 terer Vorteil wäre die Aufstockung der Staatskasse.

6 Unternehmen sollten für jedes physische Produkt, welches sie im Internet verkaufen,  
7 eine Zusatzsteuer an den Staat zahlen müssen.

8 Ein Grund hierfür ist die zunehmende Gefährdung des stationären Einzelhandels durch  
9 Onlineshops. Diese können Personal im Servicebereich und Kosten bei den Verkaufsräumen,  
10 welche bei Internetshops schlichtweg nicht vorhanden sind, einsparen. Des Weiteren sind sie nicht an die Mietpreiserhöhungen innerhalb der Städte gebunden,  
11 weshalb auf günstige Lagermöglichkeiten außerhalb der Stadt zurückgegriffen werden  
12 kann.  
13

14 All diese Faktoren ermöglichen den Unternehmen einen ungerechten Vorteil gegenüber  
15 den stationären Unternehmen, weshalb mit einer Steuer entgegengewirkt werden soll.

16 Der Zweite Aspekt für eine zusätzliche Steuer ist, unter der Voraussetzung die Menschen  
17 würden den stationären Handel wieder mehr nutzen, die Schonung der Umwelt, indem  
18 große Mengen an Verpackungsmaterial eingespart werden könnten, wenn nicht einzel-  
19 ne/wenige Produkte zu den Endkund\*innen gebracht werden müssen, sondern Groß-

20 verpackungen nur in den Handel. Auch die Umweltbelastung durch den Versand der  
21 Produkte durch Postunternehmen ist enorm, da individuelle Zustellungen mehr Weg  
22 und Zeit benötigen als die Zustellungen zu einem Sammelpunkt für Endkunden, wie es  
23 zum Beispiel der stationäre Handel ist.

24 Keine Zusatzsteuer sollte auf rein digitale Dienstleistungen erhoben werden, da diese  
25 durch ihre dauerhafte Verfügbarkeit nicht stationär gewährleistet werden können. Bei-  
26 spiele hierfür sind Video- / Musikstreamingportale. Ausgenommen sind des Weiteren  
27 gemeinnützige Vereine und Organisationen.

<b>Fin 6</b>	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 50 %**

2 Der Spitzensteuersatz ist in den letzten Jahrzehnten immer weiter gesunken, während  
3 gleichzeitig Steuern wie die Umsatzsteuer immer weiter gestiegen sind. Das hat effektiv  
4 eine immer stärkere Besteuerung der Geringverdienenden verursacht, während die  
5 Gutverdienenden immer weiter entlastet wurden. Deswegen soll der Spitzensteuersatz  
6 auf 50% angehoben werden.

# ANTRAGSBEREICH: **G** -Gesundheit & Pflege

<b>GI</b>	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Initiierung einer Gesetzesänderung des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) bezüglich der Opiat-Gabe durch Notfallsanitäter\*innen**

4 Wir fordern die Aufnahme der Notfallsanitäter\*innen als gesonderte Berufsgruppe in  
5 die Anwendergruppen im § 13 BtMG.

### 6 **Begründung:**

7 Immer wieder kommt es zu Situationen, in denen Notfallsanitäter\*innen starke  
8 Schmerzzustände behandeln müssen. Allerdings tritt dann ein Konflikt zwischen der  
9 Hilfeleistungspflicht einerseits, die eine Analgesie erfordert und der Reglementierung  
10 durch das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) andererseits auf, das eine Therapie mit Be-  
11 täubungsmitteln sehr stark einschränkt. Wiederholt kam es zu einer Selbstanzeige eines  
12 Notfallsanitäters nach einer Gabe von Morphin.

13 Opiate sind im Rettungsdienst die wesentliche Säule der Analgesie. Dies wurde unter  
14 anderem in dem Ergebnis einer Expertengruppe deutlich, die Morphin als das am bes-  
15 ten geeignete Medikament ansah.

16 In verschiedenen Rettungsdienstbereichen wird quer durch die Bundesrepublik erfolg-  
17 reich Morphin durch Rettungsfachpersonal angewandt. So werden z. B. im Landkreis  
18 MarburgBiedenkopf, Landkreis Cuxhaven, Main-Kinzig-Kreis und in vier Landkreisen in  
19 SchleswigHolstein Notfallpatienten mit Morphin durch das Rettungsfachpersonal ver-  
20 sorgt. Dies ist allerdings bisher immer auf die Initiative einzelner Rettungsdienstbereiche  
21 sowie einzelner Ärztlicher und Nicht-Ärztlicher Verantwortlicher zurückzuführen. Leider  
22 finden diese Konzepte kaum Nachahmer, obwohl es bei einer sehr hohen Zahl von An-  
23 wendungen, sowohl juristisch als auch medizinisch, zu keinen nennenswerten Zwischen-  
24 fällen gekommen ist.

25 Bereits im Jahr 2003 hatte die Bundesärztekammer in einer damaligen Stellungnahme  
26 die Gabe von Analgetika durch Rettungsfachpersonal in bestimmten Fällen als sinnvoll

27 erachtet. Im Pyramidenprozess zur Ausgestaltung der Kompetenzen des neu geschaffe-  
28 nen Berufes des Notfallsanitäters wurde ebenfalls die Gabe von Opiaten bei den  
29 häufigen akuten koronaren Syndromen (z. B. Herzinfarkt) und traumatischem Schmerz  
30 von allen Beteiligten als auszubildende Mindestkompetenz angesehen. Diese Kompe-  
31 tenzen sollen bei allen Maßnahmen nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 c NotSanG eine Einheitlichkeit  
32 ermöglichen, in denen der Notfallsanitäter die erlernten Maßnahmen eigenverantwort-  
33 lich durchführt.

34 In verschiedenen Algorithmen für die Notfallsanitäterausbildung und -prüfung ist die  
35 Gabe von Opiaten regelhaft vorgesehen. So sind für Notfallsanitäter\*innen landesweite  
36 Regelungen in den Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und  
37 Niedersachsen getroffen worden. In den hessischen Algorithmen ist beispielhaft die Ga-  
38 be von Morphin, Piritramid und Fentanyl vorgesehen, obwohl diese Medikamente unter  
39 die Vorschriften des BtMG fallen.

40 Das BtMG ist seinerzeit geschaffen worden, um die suchtfährenden Substanzen zu  
41 kontrollieren und einem Missbrauch vorzubeugen. Die wirksamen Schmerzmedikamen-  
42 te aus der Gruppe der Opiate, wie z. B. Morphin fallen darunter. Zur damaligen Zeit war  
43 es gar nicht in der Diskussion, die Gruppe des Rettungsfachpersonals mit einer Anwen-  
44 dung zu betrauen. Somit wurde im § 13 BtMG die Regelung getroffen, dass „die in Anla-  
45 ge III bezeichneten Betäubungsmittel nur von Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten und  
46 nur dann verschrieben oder im Rahmen einer ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztli-  
47 chen

48 Behandlung einschließlich der ärztlichen Behandlung einer Betäubungsmittelabhängig-  
49 keit verabreicht oder einem anderen zum unmittelbaren Verbrauch oder nach Absatz 1  
50 a Satz 1 überlassen werden dürfen, wenn ihre Anwendung am oder im menschlichen  
51 oder tierischen Körper begründet ist“. Zudem wurden zuletzt Regelungen zur Versor-  
52 gung von Palliativpatienten mit Betäubungsmitteln geschaffen. Die Jusos möchten,  
53 durch eine Änderung des BtMG eine rechtssichere Anwendung von Betäubungsmitteln  
54 durch Notfallsanitäter\*innen zu ermöglichen.

55 Die Jusos setzen sich dafür ein die Notfallsanitäter\*innen als gesonderte Berufsgruppe  
56 in die genannten Anwendergruppen im § 13 BtMG mit aufzunehmen. Die Suchtgefahr,  
57 der das Gesetz begegnen möchte, ist bei guter Organisation im Rettungsdienst nicht  
58 gegeben, da durch die Besetzung der Rettungsmittel ein Vier-Augen-Prinzip und eine  
59 durch vier Augen kontrollierte Abgabe einen Missbrauch sehr unwahrscheinlich macht.  
60 Durch direkte Übergabe der Betäubungsmittel kann der Verbleib so eng kontrolliert  
61 werden, wie in kaum einem anderen Bereich der Betäubungsmittelverwendung. Ziel  
62 muss eine rechtssichere Anwendung von Betäubungsmitteln durch Notfallsanitä-  
63 ter\*innen ohne Berufung auf rechtfertigende Notstandsgründe (§ 34 Strafgesetzbuch)

64 sein. Wir Jusos sehen im Sinne der Notfallpatienten eine schon lange überfällige Ände-  
65 rung des BtMG herbeizuführen.

	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst**

2 In der Bundesrepublik leiden rund 1,7 Millionen Menschen unter einer behandlungsbe-  
3 dürftigen Alkoholabhängigkeit, rund 74.000 sterben jedes Jahr an den Folgen des Alko-  
4 holmissbrauchs, 5-10% davon durch Suizid(Lieb et al. 2012; Pabst et al. 2013). Die Alko-  
5 holabhängigkeit ist also eine schwere und häufige Erkrankung, deren Prävention des-  
6 halb zentrales Ziel sein muss. Gleichzeitig ist der Alkoholkonsum ein kulturell veranker-  
7 tes Verhalten, sodass der grundsätzliche Umgang mit Alkohol keine rein therapeutische  
8 Frage (bei Erkrankten) ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Debatte erfordert. Wir  
9 verstehen die freiheitliche Entscheidung der\*des Einzelnen für oder gegen den Konsum  
10 von Drogen als beste Prävention von Kriminalisierung und gesundheitlichen Gefahren  
11 durch (potentiell) suchtauslösende Substanzen. Gerade deshalb muss dieser Anspruch  
12 auch in Bezug auf kulturell häufig konsumierte Suchtstoffe gelten: Die Freiheit zum Al-  
13 koholkonsum wird in Deutschland wie in fast keinem anderen Land der Welt gewährt  
14 (sogar das Führen von Kraftfahrzeugen bleibt bei geringen Blutalkoholkonzentrationen  
15 erlaubt), doch ebendiese „Liberalität“ impliziert einen enormen Zwang zum Konsum.  
16 Dieser Zwang entsteht auf mehreren Ebenen, beginnend mit der Peer-Group und en-  
17 dend mit überdimensionalen Werbeplakaten an nahezu allen öffentlichen Plätzen –  
18 Konkurrenz macht hier nur die Tabakindustrie. Ziel einer progressiven und emanzipato-  
19 rischen Drogenpolitik muss es deshalb sein, den Menschen die Entscheidung über den  
20 Konsum von Alkohol wirklich selbst zu überlassen.

### 21 Prävention beginnt auf der Straße und im Netz

22 Die Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland lagen 2017 bei 619 Milli-  
23 onen Euro(Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland bis 2017 | Statis-  
24 tik). Dieses Geld wissen die Alkoholproduzent\*innen gut angelegt: Werbung (Außenwer-  
25 bung und Fernseh-Werbung) für Alkohol erhöht die Wahrscheinlichkeit, mit schädlichem  
26 Alkoholgebrauch zu beginnen und erhöht bei vorbestehendem Alkoholabusus die  
27 Trinkmenge (in einer [studienabhängig variablen] Dosis-Wirkungs-Beziehung)(Anderson  
28 et al. 2009b). Kinder und Jugendliche werden dabei nicht nur kollateral von Außenwer-  
29 bung mit erfasst, sondern gezielt sozialselektiv durch online-Werbung angesprochen

30 (D'Amico et al. 2017). Selbstverständlich ist Werbung nicht der einzige Manifestationsfak-  
31 tor für die Entstehung einer Alkoholabhängigkeit. Doch gerade besonders gefährdete  
32 Menschen zeigen eine erhöhte Empfänglichkeit für Alkoholwerbung und dadurch initi-  
33 iertes Rauschtrinken (McClure et al. 2016). Werbung für Alkohol kann also nicht dem  
34 Zweck dienen, einen kritischen Umgang mit Alkohol zu fördern oder einen differenzier-  
35 ten Konsum anzustreben, sie dient allein der rücksichtslosen Umsatzsteigerung! Dem-  
36 gegenüber kann Anderson et al. zeigen, dass Werbeverbote, die Reduktion von Verfüg-  
37 barkeit und Preiserhöhungen durch (erhöhte) Besteuerung kosteneffektive Maßnahmen  
38 zur Reduktion von Alkoholfolgeschäden sind (Anderson et al. 2009a). Wir lehnen dabei  
39 jedoch das Instrument der (isolierten) Alkoholsteuererhöhung zur Alkoholismuspräven-  
40 tion ab, weil es eine sozialelektive Exklusion bedingt, die nicht mit unserem sozialde-  
41 mokratischen Verständnis einer solidarischen Steuerpolitik vereinbar ist. Wesentlich ist  
42 dementsprechend auch die Reduktion der Verfügbarkeit: Fast flächendeckend kann in  
43 Deutschland rund um die Uhr Alkohol gekauft werden, ein Umstand, der nur für wenige  
44 andere Produkte zutrifft. Während die Beschaffung von Medikamenten oder Grundnah-  
45 rungsmitteln sonn- und feiertags mit erheblichem Aufwand und Mehrkosten verbunden  
46 ist, können Alkohol und Tabakwaren durchgehend an Tankstellen und Kiosks erworben  
47 werden: Genau diese Über-Verfügbarkeit trägt mit zur Omnipräsenz des Alkohols bei  
48 und fördert auch den schädlichen Gebrauch. Deshalb fordern wir:

- 49     ▪ Verbot der Außen-, Rundfunk- und Onlinewerbung für alkoholhaltige Getränke
- 50     ▪ Begrenzung des Verkaufs alkoholhaltiger Getränke auf staatlich lizenzierte Ver-  
51         kaufsstellen mit einheitlich begrenzten Öffnungszeiten

#### 52 Aufklären statt Verbieten

53 Ein selbstbewusster und unabhängiger Umgang mit Alkohol bedarf einer guten Informa-  
54 tion und Bildung zu dem Thema. Die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung  
55 (BZgA) bietet hier mit Kampagnen einen Ansatz. Zwar konnte bisher nur belegt werden,  
56 dass Aufklärungskampagnen das Wissen über schädlichen Alkoholkonsum, eine Ände-  
57 rung der Einstellung zum Alkoholkonsum sowie ein verstärktes Wahrnehmen von The-  
58 rapieangeboten bewirken, diese Effekte rechtfertigen dennoch intensive Aufklärungsar-  
59 beit(Young et al. 2018). Deutlich wird hier aber auch, welchen zentralen Stellenwert die  
60 Vorbeugung von suchtauslösenden Faktoren hat. Wir fordern deshalb:

- 61     ▪ Ausbau der finanziellen Ausstattung der BZgA
- 62     ▪ Ausbau der öffentlichen Aufklärungskampagnen und Schaffung zusätzlicher Auf-  
63         klärungsangebote für Schulen
- 64     ▪ Umfassende Verankerung des Themas „Substanzabhängigkeit“ in den Kernkurriku-  
65         la

#### 66 Im eigenen Verband

67 Wesentlicher Faktor der Manifestation einer Alkoholabhängigkeit bleibt jedoch das per-  
68 sönliche Umfeld. Der subkulturelle Umgang mit Alkohol ist nicht nur Rahmenbedingung  
69 für die Entwicklung eines schädlichen Alkoholkonsums, sondern auch eine wichtige Be-  
70 dingung für Krankheitseinsicht und Therapieerfolg. Der oben skizzierte gesamtgesell-  
71 schaftliche Wandel hin zu einem wirklich freien Alkoholkonsum beinhaltet damit auch  
72 die Freiheit zum Nicht-Konsum, die wir selbst in unserem Verband vorleben wollen.  
73 Deshalb fordern wir:

- 74     ▪ Keine organisierte Bereitstellung von Alkohol auf mehrtägigen Veranstaltungen bei  
75         den Jusos

#### 76 **Begründung:**

77 Die im internationalen Vergleich in Deutschland hochprävalente (3,4% der Gesamtbe-  
78 völkerung (Pabst et al. 2013)) Alkoholabhängigkeit stellt nicht nur ein häufiges und  
79 schweres Krankheitsbild dar, sie ist auch Ausdruck einer sozial und altersabhängig strati-  
80 fizierten Erkrankung. Besonders junge Menschen (18-20 Jahre und 21-24 Jahre) sind häu-  
81 fig von Alkoholabhängigkeit betroffen (6,4% bzw. 6,1%). Der Alkoholismus ist also ein  
82 wichtiges politisches Feld gerade auch der politischen Jugendorganisationen. Vor dem  
83 Hintergrund der sozialektiven und zielgerichteten Werbung für Alkohol für Kinder  
84 und Jugendliche (D'Amico et al. 2017) verschärft sich das politische Problem von Alko-  
85 holwerbung generell: Eine besonders in Deutschland hoch profitable Branche nutzt  
86 Werbung, um die ohnehin bestehende kulturelle Verbreitung des Alkoholkonsums wei-  
87 ter emotional aufzuladen. Werbung hat nie den Zweck, die freie Konsumententscheidung  
88 zu ermöglichen, sondern zielt immer darauf, die Kaufentscheidung (zwangsläufig un-  
89 selbstständig) zu beeinflussen. Solange der Kapitalismus nicht überwunden ist, scheint  
90 Werbung in der Fata Morgana des freien Marktes die notwendige Hitze darzustellen, so  
91 als unterschieden sich die Produkte im Regal der neoliberalen Globalisierung tatsäch-  
92 lich. In Bezug auf Suchtstoffe aber können wir doch die Werbemanipulation gerade de-  
93 rer, die die höchste Gefahr haben, an einer Alkoholabhängigkeit zu leiden, am wenigsten  
94 zulassen!

95 Was wir stattdessen brauchen ist eine Kultur des kritischen Konsums und des Respekts  
96 für beide Entscheidungen: für und gegen den Alkoholkonsum. Kulturelle Veränderungen  
97 sind nicht klar steuerbar, sie sind aber beeinflussbar. Eine öffentliche Debatte und sys-  
98 tematische Aufklärungen können ebenso dazu beitragen, den Umgang mit Alkohol auf  
99 subkultureller Ebene zu verändern wie ein aktives Vorleben. Und einen weiteren wichti-  
100 ger Aspekt des Alkoholkonsums direkt bei den Jusos greift die hannoversche Bezirksvor-  
101 sitzende Silke Hansmann auf: „[...]Besonders als Frau habe ich das Gefühl, dass mir im-  
102 mer wieder auf Veranstaltungen und auch privat Alkohol aufgedrängt wird. Selbst wenn  
103 klargestellt wurde, dass man gar keinen Alkohol trinkt, heißt es „Ach, ein Sekt geht doch  
104 immer“. Hier wird natürlich bewusst meine freie Entscheidung und mein Urteilsvermö-

105 gen angezweifelt[...]“. Ein kulturell erzwungener Alkoholkonsum fördert also häufig auch  
106 sexistische Stereotype, deren Fortführung kein progressives politisches Ziel sein kann.

107 Dieser Antrag soll nicht den Alkohol oder seinen Konsum dämonisieren oder den Spaß  
108 an einem feuchtfröhlichen Abend nehmen, er soll ihn mit seinen Maßnahmen erstrecht  
109 erlauben – für alle in eigener, freier Entscheidung!

110 *Anmerkungen:*

111 *Anderson P, Chisholm D, Fuhr DC (2009a): Effectiveness and cost-effectiveness of policies and*  
112 *programmes to reduce the harm caused by alcohol. The Lancet 373, 2234–2246*

113 *Anderson P, de Bruijn A, Angus K, Gordon R, Hastings G (2009b): Impact of alcohol advertising*  
114 *and media exposure on adolescent alcohol use: a systematic review of longitudinal studies.*  
115 *Alcohol Alcohol Oxf Oxfs 44, 229–243*

116 *D’Amico EJ, Martino SC, Collins RL, Shadel WG, Tolpadi A, Kovalchik S, Becker KM (2017): Fac-*  
117 *tors Associated with Younger Adolescents’ Exposure to Online Alcohol Advertising. Psychol*  
118 *Addict Behav J Soc Psychol Addict Behav 31, 212–219*

119 *Lieb K, Frauenknecht S, Brunnhuber S: Intensivkurs Psychiatrie und Psychotherapie. 7. Aufla-*  
120 *ge; Urban & Fischer Verlag, München 2012*

121 *McClure AC, Tanski SE, Li Z, Jackson K, Morgenstern M, Li Z, Sargent JD (2016): Internet Alcohol*  
122 *Marketing and Underage Alcohol Use. Pediatrics 137, e20152149*

123 *Pabst A, Kraus L, Matos EG de, Piontek D (2013): Substanzkonsum und substanzbezogene*  
124 *Störungen in Deutschland im Jahr 2012. SUCHT 59, 321–331*

125 *Young B, Lewis S, Katikireddi SV, Bauld L, Stead M, Angus K, Campbell M, Hilton S, Thomas J,*  
126 *Hinds K, et al. (2018): Effectiveness of Mass Media Campaigns to Reduce Alcohol Consumption*  
127 *and Harm: A Systematic Review. Alcohol Alcohol Oxf Oxfs 53, 302–316*

128 *Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland bis 2017 | Statistik.*  
129 *[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151370/umfrage/werbeausgaben-fuer-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151370/umfrage/werbeausgaben-fuer-alkoholische-getraenke/)*  
130 *alkoholische-getraenke/; Zugriff am 15.03.2019*

<b>G3</b>	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Abschaffung der Pflegekammer**

2 Am 01.01.2017 ist in Niedersachsen das Pflegekammergesetz in Kraft getreten, welches  
 3 unter anderem eine Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträgen ein-  
 4 führt. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, gemeinsam mit Gewerkschaften und  
 5 Pflegenden Wege zu finden, Pflegeberufe und die Pflege zu stärken.

6 **Begründung:**

7 Bei der aktuellen Ausführung der Pflegekammer ist nicht klar ersichtlich, für wessen Be-  
 8 lange sie sich einsetzt. Die Zwangsbeiträge führen bei den Mitgliedern zu großem Un-  
 9 mut und Protesten. Diese sollten Ernst genommen werden.

<b>G4</b>	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Jugendliche schützen: Einschränkung der Verkaufszei-**  
 2 **ten von alkoholischen Getränken**

3 Wir beschließen, dass in Niedersachsen der gewerbsmäßige Verkauf von alkoholhaltigen  
 4 Getränken zwischen 22 Uhr und 5 Uhr verboten wird. Der Ausschank soll weiterhin er-  
 5 laubt sein. Bei Verstößen sollen den Gewerbetreibenden der Verkauf von alkoholischen  
 6 Getränken insgesamt verboten werden.

7 **Begründung:**

8 Laut der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen sind die Organschädigungen durch Al-  
 9 koholkonsum bei Jugendlichen deutlich stärker als bei Erwachsenen, genauso wie das  
 10 Suchtrisiko. Jugendliche kaufen Alkohol vor allem an Kiosken und Tankstellen, da er hier  
 11 günstiger ist als in Kneipen oder Bars. Zudem ist es den meisten Jugendlichen nicht  
 12 möglich größere Vorräte anzulegen, da dies ihre Finanzkraft meist nicht erlaubt und oft  
 13 von den Erziehungsberechtigten unterbunden wird.

14 Durch ein nächtliches Alkoholverkaufsverbot können somit relativ einfach Alkoholexzes-  
15 se unter Jugendlichen reduziert werden, ohne dabei die Freiheit anderer Bevölkerungs-  
16 gruppen allzu stark einzuschränken. Denn Erwachsene können sich Vorräte anlegen  
17 oder in der Gastronomie Alkohol konsumieren.

18 In Baden-Württemberg galt zwischen 2010 und 2017 ein nächtliches Alkoholverkaufs-  
19 verbot. Die alkoholbedingten Krankenhauseinweisungen von Jugendlichen sind in die-  
20 sem Zeitraum um knapp 7% zurückgegangen. Somit schein dieses Instrument sehr wirk-  
21 sam zu sein. Gerade auch in Anbetracht der Folgekosten für die Gesellschaft ist der zu  
22 befürchtende Umsatzrückgang bei Tankstellen und Kiosken zu vernachlässigen, ganz zu  
23 schweigen von der Fürsorgepflicht des Staats gegenüber Jugendlichen und deren Ge-  
24 sundheit.

	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, Juso Bun- deskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Pflegt die Pflege!**

2 Seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wird in der Bundesrepublik vom Pflege-  
3 notstand gesprochen. Es wurde und wird über miserable Arbeitsbedingungen und man-  
4 gelndes (examiniertes) Personal geklagt. Im Zeitraum von 1995 bis 2008 wurden mit der  
5 Aussetzung des PPRs (Pflegepersonal-Regelung) mehr als 50.000 Arbeitsstellen abge-  
6 baut. Laut Studien werden bis zum Jahre 2030 bis zu 480.000 Pflegekräfte mehr benö-  
7 tigt.

8 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf:

- 9     ▪ Den PPR für alle stationären Pflegeeinrichtungen und alle Krankenhausstationen  
10        einzuführen, und das auf einem realitätsnahen Niveau.
- 11     ▪ Eine höhere Vergütung für die Ambulante Pflege einzuführen.
- 12     ▪ Die Praxis der immer kürzeren Liegezeiten und die darauffolgende ambulante o-  
13        der kurzzeitige Verlegung ins Pflegeheim zu stoppen.
- 14     ▪ Zu prüfen, ob der MDK (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) Prüfungen nicht  
15        mehr periodisch, sondern stichprobenhaft und anlassbezogen durchführen und  
16        freiwerdende Kräfte zur Fortbildung aufwenden sollte.
- 17     ▪ Fortbildungen von Pflegehelfer\*innen zu vollexaminierten Pflegekräften voll zu fi-  
18        nanzieren.
- 19     ▪ Stationäre Pflege und Krankenhäuser zu entkommerzialisieren und zu kommunali-  
20        sieren.
- 21     ▪ Betreute Wohngruppen zu stärken.

<b>G6</b>	Antragsteller*innen:	UB Schaumburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, Juso Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Gesünder leben dank besserer Lebensmittelkennzeich-**  
 2 **nung**

3 Die Fettleibigkeit bei Kindern und Erwachsenen nimmt immer weiter zu. Auch werden  
 4 die unterschiedlichen Kennzeichnungsformen immer unübersichtlicher und sind  
 5 schlecht lesbar. Dies bedeutet nicht nur, dass die Schrift sehr klein ist, sondern dass in  
 6 vielen Fällen die Inhaltsstoffe als Abkürzungen oder mit Fremdwörtern verklausuliert  
 7 werden. Vielen Menschen können diese ohne eine Lesehilfe nicht mehr entziffern. Auch  
 8 verlieren immer mehr Verbraucher den Bezug zur Herkunft der Lebensmittel. Teilweise  
 9 können Schulkinder Tomaten oder Gurken nicht benennen.

10 Daher fordern wir eine eindeutige, verständliche und lesbare Kennzeichnung von Le-  
 11 bensmitteln und eine besser verständliche Nährwertdarstellung, insbesondere hinsicht-  
 12 lich des Zuckergehalts. Weiter fordern wir Themenwochen in Schulen, bei denen Kin-  
 13 dern der Umgang mit frischen Lebensmitteln nahegebracht wird. Bei diesen sollen auch  
 14 die Eltern einbezogen werden. Das gemeinsame Kochen und das Kennenlernen von  
 15 neuen, gesunden Rezepten kann somit in die gesamte Familie getragen werden.

<b>G7</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Drogenkonsumräume ausbauen**

2 Das langfristige Ziel einer guten Drogenpolitik ist es, die Anzahl der Konsument\*innen  
 3 zu reduzieren und sie von ihrer Sucht zu befreien. Da dies ein längerer Prozess ist und  
 4 eine Therapie viel Zeit in Anspruch nimmt, ist es wichtig, den Konsument\*innen auch  
 5 während der Zeit in der Abhängigkeit zu helfen und ihnen ein geregelteres Leben zu er-  
 6 möglichen.

7 In Drogenkonsumräumen können Konsument\*innen unter Aufsicht ihre Droge konsu-  
 8 mieren und die Qualität der Drogen kann auf mögliche Streckmittel überprüft werden.  
 9 Durch die Überwachung der Konsumvorgänge kann bei Überdosierung oder anderen

10 Nebenwirkungen sofort geholfen werden und somit die Anzahl der Drogentoten redu-  
11 ziert werden. Außerdem wird durch die Ausgabe von sauberen Gegenständen, die für  
12 den Konsum benötigt werden (z. B. saubere Spritzen) die Anzahl der Infektionskrankhei-  
13 ten, sowie der HIV Neuinfektionen reduziert. Konsument\*innen können besser über die  
14 Gefahren ihres Konsums informiert werden und der Kontakt zu Therapeut\*innen wird  
15 erleichtert, die Konsument\*innen in Entgiftung, Substitution, ambulante oder stationäre  
16 Therapie vermitteln können. Außerdem enthalten die Drogenkonsumräume ein Kon-  
17 taktcafe, wo sich Konsument\*innen untereinander austauschen können.

18 Daher fordern wir:

- 19     ▪ die flächendeckende Einführung von Drogenkonsumräumen in ganz Deutschland  
20       und die weitere Förderung solcher Einrichtungen.
- 21     ▪ Die Öffnungszeiten sollen verlängert werden, sodass die Konsumräume jeden Tag  
22       erreichbar sind. In Großstädten sollen zusätzlich mobile Drogenkonsumräume  
23       eingeführt werden.
- 24     ▪ In unmittelbarer Nähe der Einrichtungen sollten medizinische Ansprechpartner,  
25       sowie eine Drogenberatungsstelle und Unterstützung durch Sozialarbeiter\*innen  
26       vorhanden sein.

### 27 **Begründung:**

28 Überall in Deutschland gibt es drogenabhängige Menschen. Das oberste Ziel sollte es  
29 sein, sie von ihrer Sucht zu befreien. Doch dies ist sehr schwierig und ein langwieriger  
30 Prozess.

31 Einige Drogenkonsument\*innen sind obdachlos und nehmen ihre Drogen auf der Stra-  
32 ße ein. Da Drogen sehr teuer sind, geben viele ihr gesamtes Geld dafür aus und sparen  
33 bei Konsumgegenständen und achten nicht auf die ausreichende Hygiene. Beispielswei-  
34 se teilen sich mehrere Konsumenten eine Spritze oder andere Konsumgegenstände,  
35 wodurch Krankheiten übertragen werden. Außerdem kann es zu Nebenwirkungen auf-  
36 grund von Streckmitteln, Bewusstlosigkeit durch Überdosierung oder bis hin zum Tod  
37 kommen.

38 Um Konsument\*innen beim Eintreten solcher Ereignisse schnell zu helfen und um ihnen  
39 saubere Konsumgegenstände zur Verfügung zu stellen, haben einige deutsche Städte  
40 Drogenkonsumräume eingerichtet. Das Konzept bewährt sich und in den Städten mit  
41 solchen Einrichtungen geht die Zahl der Drogentoten, sowie die Anzahl der mit HIV-  
42 infizierten Konsument\*innen zurück.

<b>G8</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Diesmal nicht die Bäckerei, sondern das ganze Kran-**  
 2 **kenhaus!**

3 Wir fordern eine sukzessive Verstaatlichung von privaten Krankenhäusern der Regelver-  
 4 sorgung!

5 Seit der Einführung des DRG-Systems (Diagnosis Related Groups) 2004 hat sich der wirt-  
 6 schaftliche Druck auf Krankenhäuser kontinuierlich erhöht und viele, insbesondere länd-  
 7 liche Kommunen gezwungen, ihre kommunalen Krankenhäuser an bundesweit operie-  
 8 rende private Krankenhaus-Konzerne zu verkaufen. Dieser Eigentümer-Wechsel ging  
 9 dabei zumeist mit einem Wechsel der Rechtsform der Häuser einher, sodass die nun  
 10 privatisierten Häuser als GmbH oder AG nun primär der Gewinnmaximierung verschrie-  
 11 ben sind. Zwar sind auch die privatisierten Krankenhäuser an ihren Versorgungsauftrag  
 12 gebunden, der Focus ihrer Geschäftsleitung liegt nun aber auf der Kosteneffizienz statt  
 13 der patient\*innen-orientierten Versorgung. Das hat wesentliche Auswirkungen auf die  
 14 Funktion solcher Häuser:

- 15     ▪ Insbesondere die Beschäftigten der privaten Krankenhäuser (die wohnortsgebun-  
 16       den oft keine andere Wahl haben, als an eben diesem Haus zu arbeiten) klagen  
 17       über besonders hohe Arbeitsbelastungen durch enorme Personalverknappung  
 18       und Aufgabenhäufung.
- 19     ▪ Private Krankenhäuser spezialisieren sich (insb. bei monopolartigem Besitz vieler  
 20       Krankenhäuser in einer Region durch einen Konzern) auf (nach dem DRG-System)  
 21       profitable Leistungen und Fachbereiche, sodass sich die Versorgungssituation bei  
 22       den weniger profitablen Fachgebieten in ländlichen Gegenden als kritisch erweist.
- 23     ▪ Gleichzeitig wird die Vergütung medizinischer Leistungen nicht von der Qualität  
 24       der Leistung abhängig gemacht, sondern erfolgt pauschal nach dem DRG-System.  
 25       Die Frage nach der Qualitätsoptimierung der Leistung wird hier oft mit der Konkur-  
 26       renz der Häuser beantwortet: Diese Annahme bleibt – wieder mal im ländlichen  
 27       Raum – mehr als fragwürdig.

28 Ein personal- und materialintensiver Sektor wie die stationäre Regelversorgung ist ohne  
 29 Frage kostenintensiv und bedarf daher auch im Sinne einer zumutbaren finanziellen  
 30 Belastung für die Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten einer guten und effi-  
 31 zienten Organisation. Genau aus diesem Grund aber ist der private Betrieb von Kran-

32 kenhäusern ein volkswirtschaftlicher Irrsinn: Die Kostenersparnis durch Rationalisie-  
33 rungsmaßnahmen (zumeist zulasten der Beschäftigten, teilweise auch zulasten der Ver-  
34 sorgungsqualität) kommt nicht etwa einer Beitragssenkung der gesetzlich Versicherten  
35 oder einer Ausweitung des Leistungsangebotes zugute, sondern speist die Dividenden  
36 der Aktionär\*innen der Krankenhauskonzerne – und entzieht damit dem Gesundheits-  
37 system wertvolle Ressourcen!

38 Deshalb plädieren wir für die Gründung einer staatlichen Krankenhausgesellschaft, die  
39 eine bundesweit einheitliche und gute stationäre Versorgung sicherstellt für alle die Re-  
40 gionen, die nicht durch die landeseigenen Universitätskliniken oder nicht-  
41 gewinnorientierten anderen Krankenhäuser versorgt sind (insbesondere Stiftungs- und  
42 konfessionelle Häuser). In der Geschäftsführung der von dieser Gesellschaft unterhalte-  
43 nen Krankenhäuser sollen die Beschäftigten sowie die kommunalen gewählten Vertre-  
44 ter\*innen gewichtiges Mitspracherecht haben, um so dem kommunalen politischen Ge-  
45 staltungscharakter solcher Versorgungseinrichtungen Rechnung zu tragen. Gleichzeitig  
46 kann eine bundeseinheitliche Krankenhausgesellschaft eine gute stationäre Versorgung  
47 in allen Regionen sicherstellen – unabhängig davon, wie sich die wirtschaftliche Situation  
48 einer Gemeinde darstellt. Denn gute stationäre Versorgung darf nicht vom Wohnort ab-  
49 hängen!

50 Zur finanziellen Realisierung einer solchen Verstaatlichung ist eine konsequente und  
51 hohe Besteuerung von Erlösen aus dem Betrieb von privatwirtschaftlich betriebenen  
52 Krankenhäusern denkbar, um damit einen günstigen Kaufpreis zu ermöglichen.

53 Wir dürfen nicht zulassen, dass angesichts teuer und innovativer Therapiekonzepte (z.B.  
54 monoklonale Antikörper – basierte Tumorthérapien) über die Rationierung von medizi-  
55 nischen Leistungen nach welchem Muster auch immer diskutiert wird, wenn gleichzeitig  
56 private Krankenhauskonzerne aus den Mitteln der solidarischen Krankenversicherung  
57 millionenhohe Gewinne „erwirtschaften“!

	Antragsteller*innen:	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Menstruationsartikel gesund machen!**

2 Der gleiche Fall herrscht bei Binden, Menstruationsschwämmen und -tassen. Bei der  
3 Forderung nach dieser Pflicht wird gerne erwidert, dass die Artikel dann teurer werden  
4 würden und deswegen nicht mehr für so viele Menschen zugänglich. Deswegen sollte  
5 spätestens zeitgleich, besser noch früher, die Möglichkeit geschaffen werden, sich diese

6 Artikel verschreiben zu lassen von einer\*m Gynäkolog\*in oder der\*m Hausärzt\*in, er-  
7 öffnet werden. Ein Rezept sollte dann immer für mindestens ein Quartal deckend sein.  
8 Außerdem sollte kein ärztliches Gespräch nötig sein, um das Rezept auszustellen. Insbe-  
9 sondere, wenn die Person der Praxis bereits bekannt ist. Ein Missbrauch davon ist nicht  
10 zu erwarten, da jede\*r mit Krankenversicherung gleichermaßen einen solchen Anspruch  
11 hat. Außerdem können Menstruationsartikel wirklich nur für Perioden gebraucht wer-  
12 den, eine Zweckentfremdung scheint auch deswegen unwahrscheinlich. Zusätzlich ist  
13 eine Aufklärung junger Menschen dringend erforderlich. Deshalb sollten mit dem Be-  
14 ginn der Periode ein Besuch bei der\*m Gynäkolog\*in verbunden werden. Eine Beratung  
15 darüber, welche Menstruationsartikel zu welchen Bedürfnissen am besten passen, stellt  
16 ein besseres Vertrauensverhältnis her. Die richtige Größe für z.B. eine Menstruations-  
17 tasse zu finden ist häufig schwierig. Durch einen solchen Besuch könnten auch weitere  
18 Fragen an den\*die Gynäkolog\*in gleich gestellt werden. Klassischerweise gehen viele  
19 junge Frauen das erste Mal in eine gynäkologische Praxis, wenn sie ein Rezept für die  
20 Pille benötigen. Es will aber nicht jede\*r Sex und es können auch nicht alle diesen  
21 Wunsch Zuhause offen kommunizieren. Deswegen ist es wichtig, auch andere bekannte  
22 Gründe zu haben, um zu diesem Facharzt zu gehen.

23 Damit Leute mit Uterus, die ihre Periode bis zu einem bestimmten Alter noch nicht be-  
24 kommen haben, auch zu den wichtigen, regelmäßigen Kontrollen bei Gynäkolog\*innen  
25 gehen, ist es ratsam, Hausärzt\*innen dazu anzuhalten, rund um eine bestimmte Alters-  
26 spanne einmal nachzufragen, ob es schon eine Periode und/oder einen Besuch bei ei-  
27 ner\*m Gynäkolog\*in gegeben hat. So kann medizinische Versorgung sichergestellt wer-  
28 den.

### 29 **Begründung:**

30 Auf jedem Lebensmittel, jedem Pflegeprodukt etc. steht was dessen Inhaltsstoffe sind.  
31 Bei Hautcremes zum Beispiel wird darauf geachtet, dass bloß nichts giftiges in den Kör-  
32 per kommt.

33 Bei Lebensmitteln dürfen es ja keine Zusatzstoffe oder Geschmacksverstärker sein. Aus-  
34 genommen von dieser Vorsicht sind anscheinend Gegenstände, die sich dann jedoch  
35 tatsächlich im Körper befinden. Für Tampons gibt es keine Deklarationspflicht. Heißt: es  
36 muss nicht draufstehen was alles enthalten ist. Das ist meistens wesentlich mehr als nur  
37 Baumwolle und häufig sogar schädlich für das körperliche Wohl.

<b>GIO</b>	Antragsteller*innen:	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Die Pille muss Kassenleistung werden!**

2 Nach der momentanen Regelung kommen Kassenpatient\*innen relativ leicht an die Pille, sofern sie der Schwangerschaftsverhütung nützt. Problematisch ist allerdings, dass

3 diese nur bis zum 20. Lebensjahr von der Krankenkasse übernommen und anschließend

4 selbst bezahlt werden muss. So müssen Patient\*innen ebenfalls immer bezahlen, wenn

5 sie die Pille aus anderen Gründen als der Schwangerschaftsverhütung einnehmen, auch

6 wenn es sich um medizinische Gründe wie z.B. Ovarialzysten handelt.

7

8 Aus diesem Grund fordern wir, dass die Pille für alle Personen immer kostenfrei zur Verfügung

9 steht und von den Krankenkassen übernommen wird. Solange dies noch nicht

10 erfüllt wird muss zumindest die Behandlung medizinischer Beschwerden durch das Bereitstellen der Pille ermöglicht werden – ohne Kosten!

11

<b>GII</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Für eine umfassende (Gesundheits-)Politik der sexuellen Selbstbestimmung**

2

3 Das derzeitige Gesundheitssystem beschränkt Frauen in ihrem Recht auf körperliche

4 Integrität, Autonomie und selbstbestimmte Familienplanung. Frauen in Deutschland

5 sehen sich im Falle einer ungewollten Schwangerschaft nicht nur mit einer gesetzlichen

6 Austragungspflicht konfrontiert, sondern zugleich auch mit vielerlei Einschränkungen

7 und Verboten, die den Frauen nicht nur die ohnehin schwierige Entscheidung erschweren,

8 sondern auch ihre Gesundheit gefährden. Damit wird Frauen das Recht auf eine

9 eigenständige Entscheidung genommen und zugleich die Fähigkeit, diese zu treffen, abgesprochen.

10

11 Dabei ist der Paragraph 218 ein historisches Relikt. Er besteht seit 1872, wurde 1933  
12 wieder eingeführt und ist bis heute erhalten geblieben. Auch nach der Wiedervereini-  
13 gung wurde die Chance nicht genutzt, das weitaus fortschrittlichere Abtreibungsrecht  
14 der DDR (in den ersten drei Monaten konnte eine Abtreibung ohne Pflichtberatung er-  
15 folgen) zu übernehmen.

16 Aber nicht nur die rechtliche Lage, sondern auch die medizinische Infrastruktur er-  
17 schwert es Frauen, eigenständig über ihren Körper zu entscheiden. So ist es im ländli-  
18 chen Raum zunehmend schwierig, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu las-  
19 sen, da immer weniger Kliniken und Praxen diesen anbieten. Kliniken in katholischer  
20 Trägerschaft führen grundsätzlich keine Schwangerschaftsabbrüche durch und auch das  
21 medizinische Personal kann ohne Angaben von Gründen die Durchführung oder Beteili-  
22 gung an einem Schwangerschaftsabbruch verweigern. Da ein Schwangerschaftsabbruch  
23 in der gynäkologischen Ausbildung konsequent nicht thematisiert wird und zudem nach  
24 wie vor grundsätzlich kriminalisiert ist, finden sich immer weniger Ärzt\*innen, die hierzu  
25 noch bereit bzw. in der Lage sind und diesen Eingriff vornehmen.

26 Neben der medizinischen Infrastruktur muss auch die Kostenübernahme durch die  
27 Krankenkassen geändert werden, um dem Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestim-  
28 mung zu entsprechen. So sollen gesetzliche und private Krankenkassen zukünftig alle  
29 Schwangerschaftsabbrüche bezahlen und nicht zwischen welchen ohne und mit medizi-  
30 nischer oder kriminologischer Indikation unterscheiden. Frauen haben das Recht, diesen  
31 Eingriff auf eigenen Wunsch vorzunehmen, und sollten in dieser ohnehin nicht einfache  
32 Situation nicht auch noch dazu gezwungen werden, ihre Einkommensverhältnisse offen-  
33 zulegen bzw. die Kosten von je nach Eingriff oder Praxis zwischen 300 und 600 Euro  
34 selbst zu tragen.

35 Zum Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gehört neben dem Recht auf einen Schwan-  
36 gerschaftsabbruch auch das Recht auf Unterstützung bei der Entscheidung für ein Kind.  
37 Frauen muss es in unserer Gesellschaft ermöglicht werden, die eigene Lebensplanung  
38 trotz eines Kindes weiter verfolgen zu können. Frauen unterliegen in unserem Gesund-  
39 heitssystem noch immer strukturellen Benachteiligungen und Kontrollen, die ihren Ur-  
40 sprung in einer männlich dominierten Gesellschaft haben und diese weiter stärken. Ge-  
41 sellschaftliche Diskussionen, wie die um den Paragraphen 219a, zeigen deutlich, dass  
42 Frauen das Recht auf eine eigenständige Entscheidung über ihren Körper von Teilen der  
43 Gesellschaft noch immer abgesprochen wird. Um das Recht der Frau auf sexuelle  
44 Selbstbestimmung zu stärken, fordern wir deshalb:

- 45     ▪ Den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.
- 46     ▪ Den Paragraphen 218 durch eine im Sozialgesetz verankerte Fristenlösung zu erset-  
47       zen.

- 48     ▪ Die Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung für die Durch-  
49       führung von Schwangerschaftsabbrüchen sowohl in Städten als auch im ländlichen  
50       Raum durch den Staat sicherzustellen.
- 51     ▪ Abtreibung als verpflichtender Bestandteil in die gynäkologische Facharztausbil-  
52       dung einzubinden.
- 53     ▪ Die verpflichtende Kostenübernahme für den Eingriff und die mit dem Eingriff ver-  
54       bunden Aufwendungen durch die Krankenkassen.
- 55     ▪ Die Kostenübernahme für Verhütungsmittel sowie die Tests für sexuell übertrag-  
56       bare Krankheiten, damit die sexuelle Selbstbestimmung nicht von den finanziellen  
57       Mitteln abhängig ist.
- 58     ▪ Soziale und ökonomische staatliche Unterstützung und die notwendige Infrastruk-  
59       tur für alle, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung  
60       aufrechterhalten können.

<b>GI2</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Eizellenspende legalisieren**

2 Die Jusos fordern die Legalisierung von Eizellenspenden. Diese sollen ähnlich der Sa-  
 3 menspendeals Reproduktionsbehandlung geregelt werden. Dabei muss sichergestellt  
 4 werden, dass für die Annahme von Frauen zur Behandlung nicht nach dem Partner-  
 5 schaftstatus unterschieden wird.

### 6 **Begründung:**

7 Bei der Eizellspende greift eine Frau auf Eizellen einer Spenderin zurück, um sich einen  
 8 Kinderwunsch zu erfüllen. Dabei werden die Eizellen einer Spenderin mit den Samenzel-  
 9 len des jeweiligen Partners in vitro vereint, um Embryonen zu zeugen. Im Anschluss er-  
 10 folgt der Embryonentransfer in die Gebärmutter der Empfängerin. Auf diese Weise  
 11 macht die Eizellspende eine Schwangerschaft auch für jene Frauen möglich, die andern-  
 12 falls aus unterschiedlichsten Gründen keine Kinder bekommen könnten. Viele Men-  
 13 schen sind ungewollt kinderlos. Oftmals liegt dies an der Unfruchtbarkeit eines der  
 14 Partner\*innen. Nach bisheriger Rechtslage sind Samenspenden möglich und erlaubt,  
 15 Eizellenspenden hingegen nicht. Deutschland ist damit eines der wenigen europäischen  
 16 Länder, die noch eine solche Unterscheidung treffen. Dadurch werden Frauen\* in dis-  
 17 kriminierender Weise benachteiligt. In Partnerschaften mit einem unfruchtbaren Partner  
 18 kann durch eine Samenspende Abhilfe geschaffen werden. Im Falle einer Unfruchtbar-  
 19 keit der Partnerin ist dagegen bisher keine Eizellenspende möglich, obwohl sie vielfach  
 20 helfen könnte. Grund für die bisherige Unterscheidung ist vor allem die Sorge, im Falle  
 21 einer Eizellenspende könnte es Zweifel geben, wer Mutter des Kindes wäre. In Zeiten  
 22 moderner Reproduktionsmedizin können wir solchen Problemen bei der Zuschreibung  
 23 von Familienrollen jedoch nicht einfach durch wahllose Verbote ausweichen, sondern  
 24 müssen sie aktiv durch neue Regelungen lösen. In vielen ärztlichen Berufsordnungen ist  
 25 vorgeschrieben, dass Samenspenden nur an verheiratete Paare oder feste Partnerschaf-  
 26 ten gehen dürfen, wobei im Fall von lesbischen Paaren sogar eine Ehe vorausgesetzt  
 27 wird. In einigen Berufsordnungen sind Behandlungen für gleichgeschlechtliche Paare  
 28 sogar gar nicht erlaubt. Eine solche Unterscheidung ist weder zeitgemäß noch entspricht  
 29 sie unserem Gesellschaftsbild. Deshalb kann es für eine reproduktionsmedizinische Be-  
 30 handlung nicht auf den Partnerschaftsstatus ankommen.

<b>GI3</b>	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Stadt
	Weiterleitung:	SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **ANGEBOTE ZUR UNTERSTÜTZUNG IM ALLTAG (AZUA)**

2 **AUSWEITEN**

3 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, auf eine Änderung  
4 der AnerkVO SGB XI wie folgt hinzuwirken:

- 5     ▪ Das Einzelpersonenverbot nach §2, Abs. 6 AnerkVO SGB XI für AZUA aufzuheben
- 6         und
- 7     ▪ die Qualifikationsanforderungen nach §2, Abs. 3 AnerkVO SGB XI im Hinblick auf
- 8         die Einzelpersonenzulassung für AZUA deutlich zu vereinfachen.

9 **Begründung:**

10 Pflegebedürftige in häuslicher Pflege haben Anspruch auf den Entlastungsbetrag nach §  
11 45 b SGB XI in Höhe von bis zu 125 € monatlich. Es handelt sich um einen Kostenerstat-  
12 tungsbe-  
trag, d.h. dass dieser Betrag nicht regelmäßig an die Pflegebe-  
dürftigen ausge-  
13 zahlt, sondern von den Pflegekassen lediglich für die tatsächliche Inanspruchnahme von  
14 zweckgebundenen Leistungen erstattet wird. Zu den zweckgebundenen Leistun-  
gen, für  
15 die der Entlastungsbetrag verwendet werden kann, ge-  
hören auch Leistungen der aner-  
16 kannten Angebote zur Unter-  
stützung im Alltag (AZUA). Dabei handelt es sich um haus-  
17 halts-  
nahe Dienstleistungen wie Kochen oder Wäsche waschen.

18 Wer unter welchen Bedingungen diese Leistungen erbringen darf, ist Ländersache. Ak-  
19 tuell gibt es in Niedersachsen 542 an-erkannte Träger\*innen von AZUA mit landesweit  
20 über 10.000 eingesetzten Kräften; in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Nie-  
21 dersachsen sind solche Angebote zwar vorhanden, aber nicht in ausreichender Zahl. In  
22 Niedersachsen sind keine Einzelpersonen zugelassen. In Hamburg, Hessen und Nord-  
23 rhein-Westfalen sind sie erlaubt.

24 Aufgrund der mangelhaften Pflegepersonalsituation ist es für Betroffene mittlerweile  
25 nicht mehr ohne Weiteres möglich, Hilfe im Sinne des §45 SGB XI zu erhalten. Daher  
26 muss die AnerkVO SGB XI niedrigschwelliger gestaltet werden, um das Angebot zu er-  
27 weitern. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Anerken-  
nungs-voraussetzungen für  
28 AZUA so hoch sind, obwohl es um haushaltsnahe Dienstleistungen geht, bei denen das  
29 persönliche Vertrauensverhältnis viel wichtiger als eine pflegerische Ausbildung ist.

30 Durch die angeregten Änderungen soll das vorhandene Angebot erweitert werden und  
31 dem Verfügungsnotstand bei AZUA abgeholfen werden.

## ANTRAGSBEREICH: **I**-Inneres

<b>I I</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

### 1 **Drogenkonsument\*innen entkriminalisieren**

2 Durch die derzeitige Drogenpolitik werden Konsument\*innen in Deutschland stigmati-  
3 siert und in die Straffälligkeit gedrängt, Jobverlust und soziale Abwärtsspirale sind häufig  
4 die Folge. Seitdem Portugal seine liberale Drogenpolitik eingeführt hat, ist die Anzahl an  
5 Konsument\*innen, insbesondere bei jungen Menschen, zurückgegangen. Es gibt deut-  
6 lich weniger Drogentote und Konsument\*innen begeben sich schneller in therapeuti-  
7 sche Einrichtungen.

8 Entsprechend diesem Beispiel fordern wir

- 9     ▪ die Entkriminalisierung von Konsument\*innen jeglicher Drogen. Zu jeder Droge  
10       wird eine Menge an Eigenbedarf festgelegt.
- 11     ▪ Nach dem Vorbild Portugals ist der Besitz von Drogen in Eigenbedarfsmenge keine  
12       Straftat, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit.
- 13     ▪ Werden Personen mit geringen Mengen einer Droge gefasst, müssen sie ein Ge-  
14       spräch mit einer Sozialarbeiter\*in, einer Psycholog\*in und einer Jurist\*in führen, in  
15       dem der Konsum analysiert wird. Erst bei wiederholtem Nachweis von Drogenbe-  
16       sitz werden ein Bußgeld oder Sozialstunden fällig.

17 Die Polizei wird entlastet und hat mehr Kapazitäten für den Kampf gegen den Drogen-  
18 handel und die Verfolgung von Drogendealern.

### 19 **Begründung:**

20 Derzeit bedeutet Drogenkonsum in Deutschland oftmals eine kaum aufzuhaltende Ab-  
21 wärtsspirale: Drogenkonsument\*innen machen sich durch den Besitz von Drogen –  
22 auch von geringen Mengen, die nur für den Eigenbedarf gedacht sind - strafbar. Spätes-  
23 tens wenn sie dabei gefasst werden, beginnt der soziale Abstieg. Strafverfahren werden  
24 eingeleitet, in deren Zuge viele Konsument\*innen ins Gefängnis wandern und ihren Job

25 verlieren. Gefängnisstrafen bedeuten allenfalls eine „Drogenpause“, um nach der Ent-  
26 lassung umso tiefer in die Abhängigkeit zu geraten.

27 Die Kriminalisierung von Drogen bedeutet keinen Schutz, sondern vielmehr das soziale  
28 Abseits. Es ist an der Zeit diese Politik zu überdenken und umzudenken. Das Beispiel  
29 Portugals zeigt, dass eine liberale Drogenpolitik keinesfalls eine steigende Zahl von Dro-  
30 genkonsument\*innen bedeutet, sondern weniger und für die Betroffenen ein Leben in  
31 größerer Menschenwürde.

<b>I 2</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Schafft sichere Häfen!**

2 Wir fordern die Stadt Göttingen und insbesondere die SPD vor Ort dazu auf, sich zu ei-  
3 nem sicheren Hafen zu erklären. Dazu gehört, dass sich Stadt und Landkreis auf folgen-  
4 de Punkte einigen:

### 5 1. Öffentliche Solidaritätserklärung

6 Die Stadt Göttingen erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und damit u.a. den folgen-  
7 den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.

### 8 2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

9 Die Stadt Göttingen positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotret-  
10 tung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt  
11 außerdem die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungs-  
12 schiff oder beteiligt sich daran.

### 13 3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

14 Die Stadt Göttingen stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung  
15 von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsu-  
16 chenden sicher. Dabei erklärt sie sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, direkt auf-  
17 zunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungs-  
18 quote Asylsuchender. Hierzu wird von der Stadt Göttingen auf ein Einvernehmen mit  
19 dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, dem Bundesamt für Migrati-  
20 on und dem Bundesland Niedersachsen hingewirkt.

### 21 4. Aufnahmeprogramme unterstützen

22 Die Stadt Göttingen setzt sich gegenüber dem Bundesland Niedersachsen und der Bun-  
23 desregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Pro-  
24 gramme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein und bietet dazu selbst zusätzliche  
25 Aufnahmeplätze an:

- 26     ▪ Die Stadt Göttingen fordert die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen auf,  
27       ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. §23  
28       Abs. 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach  
29       Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- 30     ▪ Die Stadt Göttingen fordert die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen und  
31       die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. §23 Abs. 4 AufenthG  
32       und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und  
33       verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so  
34       kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf  
35       gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.
- 36     ▪ Die Stadt Göttingen erklärt sich dem Bundesland Niedersachsen und der Bundes-  
37       regierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen  
38       Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.

#### 39 5. Kommunales Ankommen gewährleisten

40 Die Stadt Göttingen sorgt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Res-  
41 sourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Woh-  
42 nen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

#### 43 6. Nationale und europäische Vernetzung/ Bündnis Sichere Häfen

44 Für die Umsetzung der oben genannten Punkte setzt sich die Stadt Göttingen auf regio-  
45 naler, nationaler und europäischer Ebene aktiv ein. Stadt und Landkreis Göttingen betei-  
46 ligen sich an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven  
47 Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.

#### 48 7. Transparenz

49 Die Stadt Göttingen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen Göttingen  
50 zu einem Sicheren Hafen wird.

<h1>I 3</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1    **Vermeidung von sekundärer Viktimisierung durch me-**  
 2    **diale Berichterstattung**

3    Um eine sekundäre Viktimisierung der Opfer von Unglücksfällen/Straftaten/Anschlägen  
 4    sowie deren Angehörigen zu vermeiden, fordern wir einen weitergehenden Opferschutz  
 5    bei medialer Berichterstattung.

6    Für uns bedeutet das konkret

7    1. Weitergehender Opfer- und Identitätsschutz:

8    Die mediale Inszenierung von Unglücksfällen durch sog. Opfergalerien oder andere Ver-  
 9    öffentlichungen von Bildern und Fotos der Opfer soll verhindert werden. Kinder und  
 10    Jugendliche sind dabei besonders schutzbedürftig. Medienvertreter\*innen greifen meist  
 11    auf Bilder aus sozialen Netzwerken oder andere Seiten im Internet zurück, wenn die Op-  
 12    fer bzw. die Angehörigen selbst keine Bilder aushändigen wollen oder ihre Zustimmung  
 13    zu einer Veröffentlichung verweigern. Dies stellt einen schweren Eingriff in das Persön-  
 14    lichkeitsrecht der Betroffenen dar, der in aller Regel nicht durch das öffentliche Interes-  
 15    se kompensiert werden kann. Die Identität des Opfers ist für das Verständnis einer Tat  
 16    in den allermeisten Fällen unerheblich. So sieht es auch der Pressekodex. Das oft ver-  
 17    wendete Verpixeln der Gesichter ist für eine Anonymisierung nicht ausreichend, da eine  
 18    Identifizierbarkeit durch den Kontext und insb. für das Umfeld der Betroffenen dennoch  
 19    möglich ist.

20    2. Besserer Schutz der Angehörigen:

21    Den Angehörigen oder im schlimmsten Fall Hinterbliebenen soll genug Möglichkeit zur  
 22    Verarbeitung oder Trauerbewältigung gegeben werden. Die Belagerung der Angehöri-  
 23    gen am Wohnort um nahe und exklusive Informationen zu erlangen ist ein respektloser  
 24    Eingriff in die Intimsphäre und führt zu einer erneuten Viktimisierung. Auch wenn Ange-  
 25    hörige von sich aus mit Medienvertreter\*innen reden wollen, sollen Veröffentlichungen  
 26    der Gesprächsinhalte nur mit nachträglich ausdrücklichem Einverständnis veröffentlicht  
 27    werden dürfen. Ebenfalls sollen Gedenkstätten sowie für die Trauer essentielle Veran-  
 28    staltungen wie Beerdigungen und Trauerfeiern besser vor medialen Übergriffen ge-  
 29    schützt werden. Für die Verarbeitung bzw. Trauerbewältigung ist es von großer Bedeu-  
 30    tung die Berichterstattung und Recherche vor Ort so kurz wie möglich zu halten.

31 3. Aktive Recherchen des Presserates zu Verletzungen des Pressekodexes:  
32 Der Presserat behandelt ausschließlich Missstände, die ihm vorgetragen werden. Opfer  
33 medialer Fehlverhalten müssen sich selbst melden. Dies führt dazu, dass nur ein kleiner  
34 Teil der tatsächlichen Missstände vom Presserat behandelt wird. Aus diesem Grund soll-  
35 te der Presserat insb. bei Ereignissen mit einem hohen medialen Interesse selbst aktiv  
36 Recherche bzgl. der Missachtungen des Pressekodexes betreiben und ohne Beschwer-  
37 den von Betroffenen handeln.

38 4. Konsequenzen für bewusste Verletzungen des Pressekodexes:  
39 Nachträgliche Rügen durch den Presserat bei Missachtung des Kodexes sind nicht ziel-  
40 führend. Sobald die den Kodex missachtenden Stellen veröffentlicht werden, kann auch  
41 eine nachträgliche Rüge den Betroffenen insb. in Fällen der Identifizierung nicht helfen.  
42 Daher müssen weitergehende Konsequenzen bei bewusster Missachtung geschaffen  
43 werden, die die Schwelle zur Verletzung des Kodexes für die Medienvertreter\*innen an-  
44 hebt.

<b>I 4</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Niedersachsen braucht ein Informationsfreiheitsgesetz**

2 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen auf sich für ein landeseigenes  
3 Informationsfreiheitsgesetz einzusetzen. Dieses soll Bürger\*innen in Niedersachsen er-  
4 möglichen Antworten von Landesbehörden einfordern zu können, um transparenter zu  
5 agieren. So sollen in Zukunft auch Niedersächs\*innen das Recht haben über die Platt-  
6 form "Frag den Staat" Fragen zu Abläufen im Bundesland stellen zu können.

### 7 **Begründung**

8 Niedersachsen ist derzeit zusammen mit Bayern das Schlusslicht in Fragen der Transpa-  
9 renz. Wir halten es für unabdingbar, dass auch niedersächsische Bürger\*innen das  
10 Recht erhalten, Auskunft von Behörden zu bekommen.

# ANTRAGSBEREICH: **Int** - Internationales

<b>Int I</b>	Antragsteller*innen:	UB Rotenburg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Antisemitismus in den Vereinten Nationen**

2

3 Als der Charta der Vereinten Nationen am 24. Oktober 1945 ratifiziert wurde, setzten  
4 sich die 51 Gründungsstaaten hohe Ziele. So steht in Artikel 1 des Chartas, dass die Ver-  
5 einten Nationen es sich als Ziel setzten: „den Weltfrieden und die internationale Sicher-  
6 heit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Be-  
7 drohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere  
8 Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die  
9 zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen  
10 der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen“.

11 Ob die Vereinten Nationen dieses Ziel je erreichen werden, kann an dieser Stelle nicht  
12 beantwortet werden. Trotzdem muss festgestellt werden, dass die Vereinten Nationen  
13 durch einen enormen Mitgliederzuwachs auf mittlerweile 193 Mitglieder und der Bil-  
14 dung zahlreicher Unterorganisationen, einen Wandel durchlebt haben, der sehr besorg-  
15 niserregend ist und nicht mehr den Grundsätzen der Vereinten Nationen entspricht.

16 Teil dieser Entwicklung ist die unverhältnismäßige Verurteilung des einzigen demokrati-  
17 schen Staates im Nahen Osten, Israel, durch die zahlreichen Organe der Vereinten Natio-  
18 onen. Bei einem genauen Blick auf die Zusammensetzung dieser Organe wird schnell  
19 deutlich, wer dafür sorgt, dass Israel regelmäßig verurteilt wird. Es sind Staaten wie Ma-  
20 laysia, der Iran und der sogenannte „Staat Palästina“, welcher bei den Vereinten Natio-  
21 onen einen Beobachterstatus hat. Aber auch europäische Staaten tragen antiisraelische  
22 Resolutionen der Vereinten Nationen oft mit, oder können sich höchstens zu einer Ent-  
23 haltung überwinden.

### 24 Der Menschenrechtsrat:

25 Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen trägt seinen Titel erst seit dem Jahre  
26 2006. Die Vorgängerorganisation, die UN-Menschenrechtskommission, stand zuvor hef-

27 tig in der Kritik, da sie von den Mitgliedern dazu missbraucht wurde, Verurteilungen  
28 durch die Vereinten Nationen zu verhindern.

29 Aber auch der Menschenrechtsrat ist in dieser Hinsicht nicht besser. Eine Statistik der  
30 Nichtregierungsorganisation „UN-Watch“ aus dem Jahre 2015 kommt zu dem Schluss,  
31 dass Israel seit der Gründung des Menschenrechtsrates 62 Mal verurteilt wurde, aber alle  
32 anderen Staaten zusammengerechnet nur 55 Mal. An dieser Stelle werden die antiisrae-  
33 lischen Bestrebungen des Menschenrechtsrates, dem momentan unter anderem Saudi-  
34 Arabien (0 Mal verurteilt) und der Irak (0 Mal verurteilt) angehören, deutlich.

35 Ein Menschenrechtsrat, der zum größten Teil aus tyrannischen Staaten besteht, die ihre  
36 Mehrheit dazu nutzen, Israel zu delegitimieren und die eigenen begangenen Menschen-  
37 rechtsverletzungen zu vertuschen, ist aus unserer Perspektive nicht tragbar.

38 Daher fordern wir

- 39     ▪ die umgehende Umgestaltung des Menschenrechtsrats zu einem Organ dem wirk-  
40         lich nur demokratische Staaten angehören, die die universellen Menschenrechte  
41         achten und schützen.

42 Die UNWRA:

43 Die "United Nation Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East"  
44 (UNWRA) ist eine besondere Unterorganisation der Vereinten Nationen. Warum? Weil  
45 sie speziell für palästinensische Geflüchtete zuständig ist, während alle anderen Ge-  
46 flüchteten unter den Zuständigkeitsbereich des Hohen Flüchtlingskommissars der Ver-  
47 einten Nationen (UNHCR) fallen. Es ist daher mehr als fragwürdig, warum ausgerechnet  
48 die palästinensischen Geflüchteten ein eigenes Hilfswerk brauchen. Als Legitimations-  
49 grund wird immer wieder die hohe Anzahl der palästinensischen Geflüchteten genannt,  
50 die aber kritisch untersucht werden muss, da palästinensische Geflüchtete im Gegensatz  
51 zu allen anderen Geflüchteten ihren Status an ihre Nachkommen weitervererben.  
52 Dadurch kommt eine unrealistisch hohe Zahl zu Stande. Außerdem muss die Arbeit der  
53 UNRWA kritisch betrachtet werden, da immer wieder berichte auftauchen die zeigen,  
54 dass in den UNRWA-Schulen antisemitische Unterrichtsinhalte vermittelt werden. So  
55 findet man in vielen Unterrichtsräumen Landkarten, auf denen Israel nicht eingezeich-  
56 net ist.

57 Statt den Kindern zu ermöglichen später ein eigenständiges Leben zu führen, wird ihnen  
58 Hass auf Jüdinnen und Juden vermittelt und sie werden radikalisiert.

59 Daher fordern wir

- 60     ▪ die Eingliederung der palästinensischen Geflüchteten in die UNHCR und die Auflö-  
61         sung der UNRWA.
- 62     ▪ die Abschaffung des Rechts auf Weitervererbung des Geflüchtetenstatus.

- 63       ▪ einen Unterricht, der palästinensischen Kindern eine Perspektive bietet, anstatt  
64           Hass auf Jüdinnen und Juden zu vermitteln.

65   Die UNESCO:

66   Die Weltkulturorganisation der Vereinten Nationen verurteilte zwischen 2009 und 2014  
67   in 46 von insgesamt 47 Resolutionen Israel. In den Resolutionen wird regelmäßig der  
68   Bezug von Jüdinnen und Juden zu Jerusalem geleugnet. Da die Staaten, die Israel auch in  
69   andere Gremien immer wieder delegitimieren, dort quasi eine Mehrheit haben, ist die  
70   Situation der UNESCO höchst beunruhigend.

71   Daher fordern wir

- 72       ▪ Deutschland auf die Zahlungen einzustellen und diese erst wieder aufzunehmen,  
73           wenn die UNESCO tiefgreifende Veränderungen vornimmt, die solch antisemiti-  
74           sche Resolutionen verhindern. Außerdem sollen bereits beschlossene antisemiti-  
75           sche Resolutionen zurückgenommen werden.

76   Der Sicherheitsrat:

77   Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kann dadurch, dass er verbindliche Entschei-  
78   dungen für alle Mitglieder treffen kann, als das mächtigste Organ der Vereinten Natio-  
79   nen bezeichnet werden. Die sogenannten fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates  
80   (USA, Frankreich, Großbritannien, Russland und China) haben ein Veto. Schon seit meh-  
81   reren Jahren wird über eine Erweiterung oder Abschaffung des Vetos diskutiert. Auch  
82   wenn wir die Kritik am Vetorecht Russlands und China teilen, durch welches zum Bei-  
83   spiel die Handlungsfähigkeit im Syrienkonflikt eingeschränkt wird und Syriens Diktator  
84   Assad geschützt wird, sind Forderungen nach einer Öffnung des Sicherheitsrates für  
85   viele Länder oder die komplette Abschaffung des Vetos für alle Staaten gefährlich. Bis-  
86   her nutzen die USA ihr Veto um unter anderem einseitige Resolutionen gegen Israel zu  
87   verhindern. Sollten die Staaten, die Israel über internationale Beschlüsse das Leben  
88   schwer machen wollen, mehr Macht im Sicherheitsrat erlangen, wäre dies ein schwerer  
89   Schlag ins Gesicht der Vereinten Nationen und würde dazu führen, dass die Ziele der  
90   Vereinten Nationen endgültig verraten werden würden.

91   Deutschland ist seit Beginn dieses Jahres erneut als nicht-ständiges Mitglied im Sicher-  
92   heitsrat vertreten und hat dadurch Einfluss auf die Politik und die Entwicklung des Si-  
93   cherheitsrates.

94   Daher fordern wir

- 95       ▪ dass Deutschland als momentan nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat eine is-  
96           raelsolidarische Politik betreibt.

97   Abschließend lässt sich sagen, dass die Vereinten Nationen sich zu einer internationalen  
98   Organisation entwickelt haben, in der die antiisraelischen Kräfte immer mächtiger wer-

99 den. Von den eben genannten Beispiele gibt es leider viele mehr. Dies können wir als  
100 antifaschistischer Richtungsverband nicht zulassen! Wir müssen uns mit Israel solidari-  
101 sieren und die antisemitischen Strukturen der Vereinten Nationen benennen und kriti-  
102 sieren.

103 Quellen:

104 *Alex Feuerherdt, Florian Markl: Vereinte Nationen gegen Israel.*

105 <https://www.unwatch.org/en/>

106 <https://www.unric.org/de/charta>

<b>Int 2</b>	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Europäischer Personalausweis**

2 Wir fordern die Ablösung des nationalen Personalausweises durch einen europäischen  
3 Personalausweis. Dieser Personalausweis muss bindend für alle Mitgliedstaaten sein.

### 4 **Begründung:**

5 Der Personalausweis stellt da zu welchem Staat und welcher Gemeinschaft eine Person  
6 gehört. Es kann nur in unserem Interesse liegen, dass sich die Menschen in Europa auch  
7 als Europäer verstehen. Nationalstaatliches Denken widerspricht einem starken und  
8 toleranten Europa.

# Int 3

Antragsteller\*innen:

Bezirk Braunschweig

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Europa ist keine Festung – Seenotrettung ist kein Ver-** 2 **brechen**

3 Jeden Tag sterben Menschen auf dem Meer. In den Nachrichten wird der Fokus auf eine  
4 Gruppe Kinder gelenkt, die in einer Höhle eingesperrt sind und auf Rettung warten. Etli-  
5 che Tage wird davon in dem Medien berichtet. Ein schlimmes Ereignis. Aber wo bleibt  
6 der Medientrommel, der Liveticker und der Austausch über all die Kinder die täglich im  
7 Mittelmeer sterben? Die in Lagern verhungern, die ihre durch Anschläge gestorbenen  
8 Eltern in den Händen halten?

9 An diesem Beispiel lässt sich am meisten erkennen wir die Geflüchteten von unserer  
10 Gesellschaft mittlerweile entmenschlicht wurden. Es sind in vielen Augen Geflüchtete die  
11 da nicht nach Deutschland kommen. Doch in Wirklichkeit sind es Menschen, die ertrin-  
12 ken und sterben.

13 Und was macht Europa? Europa guckt ihnen zu. Seenotretter\*innen, die ihr eigenen Le-  
14 ben zum Beispiel vor der Küsten Lybiens riskieren werden vor Gericht zitiert. Das ist  
15 pervers und unmenschlich. Wann sind Helden in unserer Gesellschaft zu Verbrechern  
16 geworden? Wann ist das Retten von Menschenleben zu einer Straftat geworden. Werden  
17 Feuerwehrmänner\*frauen, Notärzt\*innen und andere demnächst auch für ihre wichti-  
18 gen und großartigen leistungen angeklagt?

19 Was ist Europa wert, wenn wir unsere eigenen Grundwerte geprägt von Menschenrech-  
20 ten nicht einmal selber einhalten? Jede\*r hat ein Recht auf Unversehrtheit, auf Freizü-  
21 gigkeit, auf Leben!

- 22 ▪ Wir Jusos solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und fordern von  
23 der deutschen und europäischen Politik umgehend sichere Fluchtwege und eine  
24 Entkriminalisierung der Seenotrettung sowie die menschenwürdige Aufnahme die-  
25 ser Personen!
- 26 ▪ -Als Zwischenschritt fordern wir, dass sich der Bezirk Braunschweig wie immer  
27 mehr Städte explizit dazu bekennt, Menschen in Seenot aufzunehmen. Zur Zeit  
28 dürfen Rettungsschiffe nur an den Hafen gelassen werden, wenn vorher bekannt  
29 ist, wo genau die geflüchteten Menschen hinziehen sollen. Daher ist es wichtig,  
30 dass immer mehr Städte Farbe bekennen!

# Int 4

Antragsteller\*innen: UB Göttingen

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Reformierung der europäischen Agrarpolitik**

2 Die Jusos Niedersachsen fordern eine Neugestaltung der europäischen Landwirtschafts-  
3 und Agrargesetzgebung.

4 Die EU sollte ihre größtenteils veraltete Gesetzgebung im Bereich der Landwirtschaft  
5 reformieren, um so eine Politik zu erreichen, welche auf die im primären Wirtschaftssek-  
6 tor Beschäftigten und die Verbraucher\*innen dieser Produkte, ausgelegt ist. Dafür ist es  
7 dringend erforderlich, die Gesetzgebung, welche industriell-strukturierten Großbetriebe  
8 durch Subventionen unterstützt, so anzupassen, dass auch kleinere Betriebe in der EU  
9 erhalten bleiben. Auch eine Veränderung der Gesetzgebung für den Umstieg auf Bio-  
10 Produktion sollte im Programm der SPD aufgenommen werden. Bio-Landwirt\*innen  
11 sollen stärker subventioniert werden und ihre Produkte nach einer kürzeren Prüfzeit als  
12 Bio-Produkte verkaufen können. (z.B. nach eineinhalb Jahren statt drei Jahren.) Diese  
13 Reformen würden eine gerechtere Agrarpolitik der EU zu Stande bringen und könnten  
14 darüber hinaus EU-feindliche Einstellungen von Landwirt\*innen und deren Unterstüt-  
15 zer\*innen umkehren. Außerdem steht die SPD für soziale Gerechtigkeit ein und sollte  
16 somit den immer größer werdenden Abstand zwischen kleinen Betrieben und großen  
17 Konzernen entgegenwirken.

18 Deshalb sollte eine Reformierung der EU-Agrarpolitik in das Wahlprogramm der SPD  
19 aufgenommen werden und sich sowohl die Landes- und auch die Bundesebene dafür  
20 einsetzen.

# Int 5

Antragsteller\*innen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD-Landesparteitag

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückge-** 2 **ben!**

3 Europas Geschichte ist untrennbar mit dem Kolonialismus und der Ausbeutung, Beset-  
4 zung und Unterdrückung außereuropäischer Gebiete und ihrer Bevölkerungen verbun-  
5 den. Dieser Aspekt der Geschichte geht in der öffentlichen Wahrnehmung in Europa  
6 jedoch oft unter. Um endlich in einen glaubwürdigen Dialog mit den Nachfolgestaaten  
7 der ehemaligen Kolonien treten zu können, fordern wir von den ehemaligen europäi-  
8 schen Kolonialmächten, dass die Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit sichtbar er-  
9 folgt und in die öffentliche Bildung einfließt.

10 Vor allem fordern wir als ersten konkreten Schritt, koloniales Kulturgut, das sich in eu-  
11 ropäischen Museen und Sammlungen befindet, mit Herkunftsangaben zu listen und den  
12 Herkunftsregionen die Rückgabe anzubieten. Das gilt insbesondere für Objekte, die ei-  
13 nen kultischen Hintergrund haben und/oder eindeutig als Raubgut einzustufen sind.

14 Da der Kolonialismus eine historische Schuld Europas ist und bis heute das Bild von Eu-  
15 ropa in vielen Teilen der Welt prägt, kann die Aufarbeitung jedoch nicht allein den Mit-  
16 gliedstaaten überlassen werden. Wir fordern daher, dass sich die EU der Aufarbeitung  
17 der Kolonialvergangenheit verschreibt und ein Forum zum Austausch über den Umgang  
18 mit kolonialem Kulturerbe bietet. Durch Wissen- und Erfahrungstransfer zwischen den  
19 Mitgliedstaaten sowie Nicht-Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergangenheit soll die kultu-  
20 relle Dekolonialisierung erleichtert werden.

21 Die EU soll die Mitgliedstaaten zur Aufarbeitung in ihren staatlichen Museen und Samm-  
22 lungen drängen sowie finanzielle Anreize setzen und die Vernetzung mit Wissenschaft-  
23 ler\*innen in den ehemaligen Kolonien fördern. Die EU soll die Debatte über die Rück-  
24 gabe der Kolonialgüter zum Anlass nehmen, Museen und andere Kultureinrichtungen in  
25 ehemaligen Kolonien bei ihrer Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheitfi-  
26 nanziell zu unterstützen. Dazu soll ein eigenes Kulturförderprogramm für die ehemali-  
27 gen Kolonien geschaffen werden. Eine solche Förderung darf nicht paternalistisch vor-  
28 schreiben, wie die Aufarbeitung stattzufinden hat, sondern soll Initiativen und Konzepte  
29 aus den ehemaligen Kolonien unterstützen.

30 Wir fordern endlich eine gesamteuropäische Initiative zur Aufarbeitung der Kolonialver-  
31 brechen und zur Dekolonialisierung der europäischen Museumslandschaft. Diese Initia-  
32 tive muss von der Europäischen Union vorgebracht werden. Wir dürfen sie nicht dem  
33 Gutdünken der Nationalstaaten überlassen.

34 **Begründung:**

35 Die Europäische Union versteht sich selbst als Friedensmacht und als eine Verteidigerin  
36 von Menschenrechten. Die Geschichte vieler ihrer Mitgliedstaaten ist jedoch vom Kolo-  
37 nialismus geprägt. Insbesondere die Phase des Imperialismus und des sogenannten  
38 Wettlaufs um Afrika liegt noch nicht lange zurück. Die meisten afrikanischen Kolonien  
39 wurden erst 1960 unabhängig – also vor nicht einmal 60 Jahren. Die Erinnerungen an die  
40 Kolonialvergangenheit sind vielen der kolonialisierten Bevölkerungen noch sehr be-  
41 wusst. Bis heute haben die ehemaligen Kolonialmächte diese Zeit kaum aufgearbeitet  
42 und die Schuld ihrer Länder benannt. Das betrifft auch Deutschland, dessen Kolonial-  
43 vergangenheit häufig ignoriert wird. Der Völkermord an den Herero und Nama im heu-  
44 tigen Namibia durch die deutsche Kolonialmacht wurde von der Bundesregierung zwar  
45 inzwischen als Völkermord anerkannt, aber nur in einem politisch-historischen und nicht  
46 in einem rechtlichen Sinne und schließt Reparationen aus. Das zeigt beispielhaft, wie  
47 sich europäische Staaten ihrer Verantwortung entziehen.

48 Im Zuge des Kolonialismus wurde zahlreiche Kulturgüter aus den Kolonien entfernt und  
49 nach Europa gebracht. Insbesondere ethnologische Museen und Sammlungen sind voll  
50 mit dem Kulturerbe nicht-europäischer Bevölkerungen, die die Schätze ihrer eigenen  
51 Kulturen vermutlich nie zu sehen bekommen werden. Bei Raubgut ist die ethische Ver-  
52 pflichtung zur Rückgabe besonders offensichtlich. Aber auch vermeintlich „gekaufte“  
53 Objekte sind im Kontext des Kolonialismus und der Machtverhältnisse zwischen Koloni-  
54 almächten und Kolonien zu betrachten. Viele davon sind neben ökonomischen Interes-  
55 sen auch aus einer rassistisch motivierten Neugier am Exotischen ausgeführt worden.

56 Um den ehemaligen Kolonien, die jetzt souveräne Staaten sind, auf Augenhöhe zu be-  
57 gegnen, muss diesen Staaten auch die Möglichkeit gegeben werden, über die Zukunft  
58 ihres Kulturerbes zu entscheiden. Neben der ethischen Pflicht würde das auch bedeu-  
59 ten, dass Europa mehr Glaubwürdigkeit in den ehemaligen Kolonien erreichen und so-  
60 mit die zukünftige Zusammenarbeit erleichtern würde.

61 Der französische Präsident Emanuel Macron hat Bewegung in die Debatte gebracht,  
62 indem er angekündigt hat, koloniale Kunst aus Afrika zurückzugeben und einen Bericht  
63 in Auftrag gegeben, der diese Kunstwerke in Frankreich auflisten und einen Plan zum  
64 Umgang damit vorlegen soll. Diese Entwicklung wurde auch in Deutschland wahrge-  
65 nommen. Allerdings lassen die konkreten Fortschritte dabei bislang zu wünschen übrig.  
66 Da die Schuld des Kolonialismus nicht allein eine deutsche, französische, britische oder  
67 belgische Angelegenheit ist, sondern die Geschichte des ganzen Kontinents geprägt hat,

68 sollte die Aufarbeitung dieser Schuld von der Europäischen Union vorangetrieben wer-  
69 den. Die Aufarbeitung des Kolonialismus muss eine europäische Dimension bekommen.  
70 Dadurch soll auch verhindert werden, dass sich Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergan-  
71 genheit der Debatte entziehen. Zwar liegen die Museen und Sammlungen im Zuständig-  
72 keitsbereich der Mitgliedstaaten, die EU kann also keine Rückgaben erzwingen, doch  
73 durch Kulturförderprogramme und durch das Fördern und Vermitteln des Dialogs kann  
74 die EU das Thema im Fokus der Mitgliedstaaten halten. Die EU stellt sich damit auch den  
75 Schattenseiten der europäischen Geschichte, die eben nicht nur aus griechischer Demo-  
76 kratie, der französischen Revolution und der europäischen Integration bestehen, son-  
77 dern auch aus europäischem Größenwahn und Kolonialismus. Diese ehrliche Ge-  
78 schichtsbetrachtung ist wichtig, um das erneute Entstehen europäischer Überlegen-  
79 heitsgefühle oder eines europäischen Nationalismus zu verhindern.

# ANTRAGSBEREICH: **O** - **Organisatorisches**

<b>O I</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Zu jung? Gibt's nicht!**

2 Wir fordern, dass es in Zukunft kein Mindestalter mehr für den Eintritt bei den Jusos  
3 gibt.

4 Alle jungen Menschen, die sich selbstständig entscheiden können, sich bei uns zu enga-  
5 gieren, sollen die Möglichkeit bekommen, Juso Fördermitglied zu werden.

6 Rechtliche Bedenken gilt es zu klären.

## 7 **Begründung:**

8 Bisher kann man erst mit 14 Jahren Juso Mitglied werden. Natürlich kann man sich auch  
9 schon vorher engagieren, kann aber z.B. nicht zu Konferenzen fahren. Wir finden, dass  
10 muss sich ändern!

11 Als Jugendverband sollten wir dafür sorgen, dass sich junge Leute bei uns engagieren  
12 können. Zu unserer Verbandsarbeit gehört es demnach aber auch, z.B. auch zu Konfe-  
13 renzen fahren zu können. Das sollte unserer Meinung nach auch Jugendlichen unter 14  
14 nicht verwehrt werden, denn auch diese haben wichtige Anliegen und wollen sich und  
15 ihre Ideen einbringen können.

16 Sobald sich ein Mensch aktiv dazu entscheidet, Mitglied bei uns werden zu wollen, sollte  
17 es auch möglich sein, das umzusetzen.

**0 2**

Antragsteller\*innen: UB Schaumburg

Weiterleitung: Juso-Bundeskongress

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 ***Ohne Titel***

2 Wir fordern, dass die SPD inklusiver wird und aktiv dahingehend wirbt, dass mehr Men-  
3 schen mit einer Behinderung an der parteipolitischen Arbeit mitwirken. Weiterführend  
4 sollen Materialien barrierefrei aufbereitet werden. So soll zum Beispiel bei der Erstellung  
5 von Flyern auf

6 leichte Sprache geachtet werden, sowie wenn möglich, sollen Texte auf Internetseiten  
7 vorlesbar sein (z.B. für sehbeeinträchtigte Menschen durch entsprechende Tools  
8 und/oder Einbindung von Erklärvideos in Leichter Sprache). Somit sollen in Zukunft be-  
9 hinderte Menschen aktiver beworben und eingebunden werden. Dies bezieht sich auf  
10 alle Formen von Behinderungen.

11 **Begründung:**

12 Menschen mit einer Behinderung sind eine Zielgruppe, die sich aktiv beteiligen soll, aber  
13 bisher in Wahlkämpfen etc. deutlich weniger angesprochen wird. Auch die Materialien  
14 der SPD sind nicht barrierefrei gestaltet und schließen dadurch insbesondere Menschen  
15 mit kognitiven Beeinträchtigungen aus. Gerade durch die neue Gesetzeslage (Bundes-  
16 teilhabegesetz) wird sich in

17 Zukunft das Verständnis von Behinderung verändern. Es wird zukünftig darum gehen,  
18 behinderte Menschen aktiv miteinzubinden und eine Partei hat die Verantwortung, alle  
19 Menschen einer Gesellschaft partizipieren zu lassen.

<b>03</b>	Antragsteller*innen:	UB Schaumburg
	Weiterleitung:	Juso-Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Ohne Titel**

2 Wir fordern, dass bei zukünftigen Veranstaltungen im Rahmen der SPD/der Jusos auf  
 3 das Thema Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein geachtet wird. In Zukunft sollen Ver-  
 4 zehrprodukte die Werbezwecke verfolgen, sowie allgemein Lebensmittel, die im Rahmen  
 5 der Parteiarbeit verbraucht werden, nach ökologischen Maßstäben eingekauft werden.  
 6 Auch soll auf umweltgerechtere Verpackungen geachtet werden. Textilien und Werbe-  
 7 produkte werden zukünftig aus nachhaltiger und menschenwürdiger Produktion bezo-  
 8 gen.

9 **Begründung:**

10 Parteien leben eine gesellschaftliche Vorbildlichkeit vor. Im Rahmen der globalen Ge-  
 11 samtsituation sollte jedes Handeln innerhalb der Partei den politisch geforderten Maß-  
 12 stäben entsprechen und sich an den Richtlinien Umweltbewusstsein und Menschen-  
 13 rechte orientieren.

<b>04</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	Juso-Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **#ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Inter-**  
 2 **net**

3 Wir fordern die SPD auf, eine parteiinterne Struktur ähnlich der Gruppe „#ichbinhier“ zu  
 4 schaffen, um Vernetzung und ein gemeinsames Vorgehen gegen beleidigende (Hass-  
 5 )Kommentare überwiegend rechter Accounts zu ermöglichen. Das Prinzip von „#ichbin-  
 6 hier“ ist eine geschlossene (Facebook-)Gruppe, deren Mitglieder Beiträge, die Beleid-  
 7 igungen und Hasskommentare beinhalten, identifizieren und den anderen Gruppenmit-  
 8 gliedern teilen, sodass dann alle „gute“ Kommentare und Beiträge schreiben und eben-  
 9 solche auch liken können. Dabei wird der Hashtag #ichbinhier verwendet. Damit die

10 Gruppe funktioniert, braucht es Moderator\*innen, die das Alltagsgeschehen in der  
11 Gruppe verwalten und gemeinsame größere Kommentier-Aktionen koordinieren.

12 Außerdem fordern wir die SPD auf, ihre Gliederungen und Mandatsträger\*innen vermehrt dazu anzuhalten, ihren Internetauftritt zu pflegen und bei Bedarf entsprechende von der Partei angebotene Schulungen dafür zu besuchen.

15 **Begründung:**

16 Die sozialen Medien sind voller Hasskommentare. Die Posts der SPD bleiben davon nicht verschont. Schaut man sich die Facebook- oder Instagram Accounts von SPD Gliederungen oder Funktionär\*innen an, findet man vor allem eines: Beleidigungen und Hass. Das zieht sich durch alle Ebenen. Manchmal sind fleißige Socialmedia-Teams vorhanden, welche die bösartigsten Kommentare entfernen. Das ist aber nicht überall der Fall und manchmal aufgrund der unzähligen Kommentare auch einfach nicht möglich. Hier käme nun die geforderte Gruppe zum Einsatz. Beiträge, unter denen besonders bösartig oder viel kommentiert wurde, werden in die Gruppe geteilt und die Mitglieder schreiben selbst sachliche und respektvolle Kommentare, in denen sie die Argumente der Hater und Trolle entkräften und positive, zum Ursprungspost passende, konstruktive Dinge anbringen (ohne sich dabei auf sinnlose endlos Diskussionen mit Trollen einzulassen). Dies ist mit wenigen Klicks getan und ist nicht nur ein solidarischer Akt dem\*der Postenden gegenüber, sondern auch gut für den Auftritt der Partei nach außen, denn positiv bewertete Socialmediabeiträge sind besser, als ein Meer von Hass.

<b>05</b>	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	Juso-Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Anträge in einfach verständlicher Sprache**

2 Anträge auf unteren Gliederungen (Orts AG, UB) sollten möglichst in einfach verständlicher Sprache geschrieben sein. Fachbegriffe sollten, wenn möglich, nicht benutzt werden und zu Not mit einer den Begriff erklärenden Fußzeile versehen werden. Die Vorstände sollten hierauf achten bzw. hierbei unterstützen. Beschlossene Anträge müssen vor der Weitergabe von den Vorständen entsprechend redaktionell überarbeitet werden, in Rücksprache mit der\*dem Antragsteller\*in.

8 Auf den oberen Ebenen (Bezirk, Landesverband, Bundesverband) soll dieses durch entsprechende Geschäftsordnungen oder Satzungen verbindlich sein. Anträge die dies nicht einhalten sind auf diesen Ebenen nicht behandlungsfähig.

<b>06</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Anträge verständlicher gestalten**

2 Der Parteitag möge beschließen:

- 3     ▪ Auf Parteitagen und Konferenzen der Jusos und der SPD müssen alle Anträge in  
4       klarer und möglichst leicht verständlicher Sprache gehalten werden.  
5     ▪ Fachbegriffe sollen durch einfachere Begriffe ersetzt werden und ansonsten er-  
6       klärt werden.  
7     ▪ Abkürzungen sind zu erklären

8 **Begründung**

9 Der Sinn eines Antrages ist, dass der Verband diesen beschließen möge. Für Jusos und  
10 die SPD muss eine klare und möglichst leicht verständliche Sprache Pflicht sein. Alle sol-  
11 len den Antrag verstehen können ohne ein Wörterbuch in die Hand nehmen zu müssen.  
12 Die Jusos und die SPD von einer zunehmenden Akademisierung in der Sprache betrof-  
13 fen. Anträge wurden in der Vergangenheit oft in einer sehr komplizierten Sprache ge-  
14 geschrieben. Die Antragsdebatte war ebenfalls von vielen Fachbegriffen betroffen ohne  
15 Umschreibungen für einzelne Wörter einzufügen. Ein Antrag soll für jede Person im Ver-  
16 band verständlich sein. Fachbegriffe können sehr einfach ausgetauscht werden.

17 Beispiel: artikulieren – äußern, synonym – anderer Begriff

18 Abkürzungen stören beim Lesen, wenn diese teilweise unverständlich sind. Die Wörter  
19 können einfach ausgeschrieben werden. Dann versteht die Abkürzungen auch jeder.  
20 Kurze Anträge sorgen für eine erhöhte Aufmerksamkeit. Ein zu langer Antrag wird auf  
21 Konferenzen oft abgelehnt oder ohne eine ausreichende Antragsberatung angenom-  
22 men. Ein solcher Antrag wird oftmals nicht gelesen.

# ANTRAGSBEREICH: **S** - Soziales

<b>S I</b>	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Stadt
	Weiterleitung:	SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Wiedereinführung des unter Wulff abgeschafften Pflege-** 2 **gewohngheldes**

3 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, das unter Christian  
4 Wulff abgeschaffte Pflegewohn-geld wieder einzuführen.

5 Begründung:

6 Das unter Schwarz-Geld abgeschaffte Pflegewohngeld hat maßgeblich zur Finanzierung  
7 der Investitionsaufwendungen vollstationärer Dauerpflegeeinrichtungen beigetragen.  
8 Heutzutage müssen Bewohner\*innen der Einrichtungen alle Kosten selbst tragen, was  
9 ein maßgeblicher Grund für die absurd hohen Preise in der stationären Pflege sind. Mit  
10 der Wiedereinführung des Pflegewohngeldes können die Kosten für einen Ein-  
11 richtungsplatz für erheblich Pflegebedürftige (also mit anerkannter Pflegestufe) deutlich  
12 gesenkt werden.

# S 2

Antragsteller\*innen:

Bezirk Braunschweig

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Woher nehmen, wenn nicht stehlen? - Für eine aktive** 2 **Wohnraumpolitik!**

### 3 **Attraktive Städte - steigende Mieten**

4 In den vergangenen Jahrzehnten war eine Abwanderung der städtischen Bevölkerung aus  
5 der Kernstadt in das städtische Umland in Deutschland zu beobachten. Seit einiger Zeit  
6 ist allerdings auch ein gegenläufiger Trend „die Reurbanisierung“ zu beobachten. Groß-  
7 städte haben aufgrund der vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und natürlich auch wegen  
8 des im Vergleich zu ländlichen Gebieten höheren Angebots an Arbeitsplätzen an Attrak-  
9 tivität gewonnen. Immer häufiger möchten also Menschen aus umliegenden Bezirken  
10 oder Gemeinden in die Großstadt ziehen, da sich so lange Wege zur Arbeit vermeiden  
11 lassen und das Angebot an Bildung und Kultur größer ist. Diese gestiegene Nachfrage  
12 nach Wohnungen in zentralen Lagen größerer Städte führt jedoch auch zu steigenden  
13 Mieten. Der gestiegenen Nachfrage steht jedoch kein steigendes Angebot gegenüber. Im  
14 Gegenteil sorgt die häufige Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen  
15 zu einer zusätzlichen Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Aber auch der demografi-  
16 sche Wandel spiegelt sich nur in unzureichendem Maße im Wohnungsangebot wider.  
17 Neben der allseits bekannten Alterung der Gesellschaft hat die Zahl der Singlehaushalte  
18 in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Trotzdem ist das Angebot an kleine-  
19 ren Wohnungen zu begrenzt, um den Bedarf zu decken. Besonders eklatant ist dieses  
20 Problem in Hochschulstädten, wo der Bedarf an kleinen, preisgünstigen Wohnungen in  
21 Zentrumsnähe besonders hoch ist. Beispielhaft für dieses bundesweite Phänomen ist  
22 die Wohnraumlage in der Stadt Braunschweig. Zwar sind die Bestandsmieten, also die  
23 Mietpreise bestehender Mietverträge, im Durchschnitt relativ niedrig. Auf der anderen  
24 Seite steigen die Angebotsmieten hingegen stark an. Zusätzlich dazu werden in erster  
25 Linie Wohnviertel geschaffen, die besonders für BesserverdienerInnen geeignet sind  
26 und mit luxuriösen Eigentumswohnungen in bester Lage locken (Luxusghettoisierung).

### 27 **Soziale Entmischung und die gesellschaftlichen Folgen**

28 Stark steigende Mieten vor allem in Wohnvierteln mit bisher moderatem Mietpreisni-  
29 veau befördern die zunehmende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung. Zwar ge-  
30 schieht dies weniger häufig bei einem bestehenden Mietvertrag. Aber wenn sich die Le-  
31 benssituation ändert und die vorhandene Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen ent-

32 spricht, muss man oft feststellen, dass die Angebotsmieten erheblich höher sind als der  
33 bisherige Mietpreis pro Quadratmeter. Die Folge ist vielfach, dass man im heimischen  
34 Viertel keine bezahlbare Wohnung mehr finden kann und somit gezwungen wird, die  
35 gewohnte Umgebung und damit auch das soziale Umfeld zu verlassen. Es setzt also ein  
36 schleichender Prozess ein, während dessen ein Wohnviertel mit heterogener sozialer  
37 Zusammensetzung, in dem auch Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine  
38 Wohnung finden konnten, zu einem Quartier mit nahezu ausschließlich wohlhabenderer  
39 Bevölkerung wird. Für eine Gesellschaft kann eine solche soziale Entmischung nicht gut  
40 sein. Ein verengter Blick ausschließlich auf Menschen mit ähnlichen finanziellen Mög-  
41 lichkeiten oder ähnlichem Bildungshintergrund leistet letztlich einer zunehmenden Ent-  
42 solidarisation Vorschub. Die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden darüber  
43 hinaus auch noch verstärkt, wenn steigende Mieten in wirtschaftlich wachsenden Bal-  
44 lungsräumen und Großstädten dazu führen, dass finanzschwache Menschen von den  
45 Möglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht solcher Regionen ausge-  
46 schlossen werden. Auch wer dadurch nicht die Möglichkeit hat, in der Nahe des Arbeits-  
47 platzes oder der Hochschule zu leben und zum Pendeln gezwungen ist, wird wertvoller  
48 Zeit für Familie, Freunde oder andere Aktivitäten beraubt.

#### 49 **Den Wohnungsmarkt aktiv gestalten**

50 Durch die Einführung der Mietpreisbremse wurde signalisiert, dass man der zunehmend  
51 angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt vieler Großstädte und Ballungsräume  
52 nicht tatenlos gegenüberstehen will. Wenn sie allerdings tatsächlich eine vorbeugende  
53 Wirkung haben soll, darf sie nicht bloß dort angewendet werden, wo überproportionale  
54 Mietpreissteigerungen bereits stattgefunden haben. Eine bereits einsetzende Verdrän-  
55 gung finanzschwacher MieterInnen und die resultierende soziale Entmischung lassen  
56 sich durch eine Begrenzung der Mietsteigerungen kaum umkehren. Eine Mietpreis-  
57 bremse, die ihren Namen verdient, muss somit allgemeingültig sein.

58 So sinnvoll gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen auch sind, so  
59 sind sie doch kein Allheilmittel. Wir fordern eine aktive Rolle der Kommunen bei der Ge-  
60 staltung des Wohnungsmarktes vor Ort. Städte und Gemeinden müssen stadtplaneri-  
61 sche Leitbilder entwickeln, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen von Menschen  
62 orientieren, die auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum angewiesen sind. Zu-  
63 dem muss auch die veränderte Zusammensetzung und Lebensweise der Bevölkerung  
64 Berücksichtigung finden. Eine Planungspolitik, welche die Entwicklung von Quartieren  
65 weitgehend jenen Akteuren überlässt, die eine möglichst hohe Rendite erzielen müssen,  
66 kann nicht im Interesse sozial durchmischter und somit vielfältiger und lebenswerter  
67 Städte sein. Die planungspolitischen Instrumente, die das Baugesetzbuch bietet müssen  
68 zur Umsetzung einer sozialen Stadtplanung offensiv angewendet werden.

69 Für die Umsetzung der Ziele einer sozialen Stadtplanung kommt den öffentlichen Woh-  
70 nungsbaugesellschaften - vor allem den kommunalen - eine Schlüsselrolle zu. Die Priva-  
71 tisierungspolitik, die den Bestand an Wohnungen der öffentlichen Hand seit Beginn des  
72 letzten Jahrzehnts spürbar reduziert hat, muss ein Ende haben. Im Gegenteil, wir brau-  
73 chen eine verstärkte Investitionstätigkeit im kommunalen Wohnungsbau, um den Be-  
74 stand zu sichern.

75 Eigentum verpflichtet – Leerstand bekämpfen!

76 Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf gemeinwohlertragliche Nutzung von Eigentum.  
77 Wenn ein besonders gemeinschaftsschädlicher Gebrauch von Eigentumsrechten gege-  
78 ben ist, muss demnach die Rechtsgemeinschaft hiergegen vorgehen können. Eine solche  
79 krass unsoziale Nutzung ist aus unserer Perspektive im Verwahrlosenlassen von Miet-  
80 und Wohnraum in Ballungszentren mit großen Problemen im Miet- und Wohnungs-  
81 markt gegeben. Während (junge) Menschen mit geringem Einkommen, Familien und  
82 ältere EinwohnerInnen keinen bezahlbaren Wohnraum finden oder aus ihren Vierteln  
83 vertrieben werden, weil diese eine rasante „Aufwertung“ erfahren, stehen auf der ande-  
84 ren Seite viele Gebäude leer. In der Braunschweiger Innenstadt zum Beispiel etwa 10  
85 Prozent. Existierende Steuerungsmöglichkeiten gegen Leerstand wie etwa Bußgelder  
86 sind ein erster Schritt, den wir positiv bewerten. Hierbei kann es aber im Sinne einer  
87 sozialdemokratischen Wohnungspolitik nicht bleiben. Als letzte Möglichkeit gegenüber  
88 EigentümerInnen die verfassungsrechtlichen Grundsätze des Artikel 14 Absatz 2 Grund-  
89 gesetz durchzusetzen, müssen in diesen Fällen daher auch Zwangsverwaltungen oder  
90 Enteignungen durch (Bundes-)Gesetzgebung als Instrument den Städten und Gemein-  
91 den zur Verfügung gestellt werden.

<b>S 3</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Wohnraum für Studierende**

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für einen bedarfsgerechten Ausbau  
3 der Förderung für den studentischen Wohnheimneubau durch die Niedersächsischen  
4 Studentenwerke im Landeshaushalt einzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird auf-  
5 gefordert, wie bei den Hochschulpakten, die Länder bei der Förderung der Studenten-  
6 werke ausreichend zu unterstützen.

7 Um den nötigen Bedarf an bezahlbarem, studiengerechtem Wohnraum zu decken, ist:

- 8       ▪ eine ausreichende Gesamt-Förderung bereitzustellen. Dabei muss auch der Erhalt
- 9       des Bestands durch Förderung von Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt werden;
- 10       ▪ eine ausreichende Förderung pro Wohnheimplatz durch Zuschüsse bereitzustel-
- 11       len; die Förderung sollte so gestaltet werden, dass die Kostenmiete sich an der BA-
- 12       föG-Wohnkostenpauschale für die auswärtige Unterbringung orientiert.
- 13       ▪ darauf hinzuwirken, kostentreibende bau-, bauunterhaltungs- und betriebskosten-
- 14       treibende - Auflagen und gesetzliche Vorgaben zu reduzieren,
- 15       ▪ eine Bindung der Fördermittel für den sozialen Zweck und durch geeignete Vorga-
- 16       ben eine dauerhafte Vermietung nach dem sozialen Förderzweck sicherzustellen.

### 17   **Begründung:**

18   Erstmals seit vielen Jahren gibt es im Landeshaushalt wieder Fördermittel für den stu-  
19   dentischen Wohnheimbau. Diese sind allerdings nicht ausreichend. So können in Nie-  
20   dersachsen mit den aktuell verfügbaren Mitteln nur wenige Plätze geschaffen werden.  
21   Die Schaffung von Studierendenwohnheimplätzen entlastet unmittelbar auch den all-  
22   gemeinen Wohnungsmarkt. Bezahlbare Studierendenwohnheimplätze haben eine wich-  
23   tige preisdämpfende Funktion für den studentischen wie auch für den allgemeinen  
24   Wohnungsmarkt. Die Bestandssicherung und Anpassung an die aktuellen Standards  
25   (z.B. Energie, Brandschutz, Gesundheitsschutz, auch Komfort) hat ebenfalls eine große  
26   Bedeutung: Ohne umfangreiche Sanierungsmaßnahmen droht preisgünstiger studentischer  
27   Wohnraum verloren zu gehen. Hier muss die Landesförderung die nötige Flexibili-  
28   tät haben, auch diese Maßnahmen zu unterstützen.

29   Daher ist für die Zukunft eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung des Landes für  
30   die niedersächsischen Studentenwerke (sic!) erforderlich, damit weiterer, dringend be-  
31   nötigter, bezahlbarer Wohnraum für Studierende entstehen kann. Hierbei sind die För-  
32   derkonditionen für den Studierendenwohnheimbau zu verbessern, um bezahlbaren und  
33   studiengerechten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten.

<b>S 4</b>	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Keine Anrechnung von Kindergeld auf Hartz IV**

- 2 Dass das Kindergeld auf Hartz IV angerechnet wird belastet unverhältnismäßig die Kin-  
 3 der von Hartz IV-Empfänger\*innen und somit die, die an der ganzen Situation gar keine  
 4 Schuld tragen.

<b>S 5</b>	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer**  
 2 **Toilette**

- 3 Der Gang zur Toilette ist ein Grundbedürfnis, absolut natürlich sowie nicht verhinderbar.  
 4 Da zur Erfüllung der menschlichen Notdurft dringen ein Abort besucht werden muss  
 5 (Erfüllung außerhalb des Aborts in der Öffentlichkeit ist strafbar), sollte dieser Besuch  
 6 maximal 0,50€ kosten. Dies ist der maximale Preis, welcher an jedem Abort bedingungs-  
 7 los gelten sollte.

# S 6

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Inklusion - unser Plan für Niedersachsen**

2 Am 24. Februar 2009 hat Deutschland die UN Behindertenrechtskonvention ratifiziert.  
3 Damit ist Inklusion seit zehn Jahren ein Menschenrecht.

4 In zehn Jahren kann viel passieren. Vor zehn Jahren wurde Barack Obama Präsident der  
5 USA. Vor zehn Jahren wurde der VfL Wolfsburg Deutscher Meister. Vor zehn Jahren war  
6 Abwrackprämie das Wort des Jahres.

7 In zehn Jahren ist in Deutschland viel passiert. Bei der Inklusion leider nicht so viel wie  
8 eigentlich nötig wäre, um ein Menschenrecht vollumfänglich umzusetzen.

9 Förderschulen werden erhalten und ausgebaut statt abgebaut. Der erste Arbeitsmarkt  
10 scheint noch immer unerreichbar für viele Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Frei-  
11 zeitgestaltung ist geprägt von Bittstellungen und Ablehnungen.

12 Wenn Inklusion ein Menschenrecht sein soll, dann muss die Politik auch entsprechend  
13 handeln. Hierzu fordern wir in verschiedenen Bereichen verschiedene Maßnahmen.

### 14 **Kindertageseinrichtungen:**

15 Alle Kindertageseinrichtungen müssen Kinder mit Beeinträchtigungen aufnehmen und  
16 inklusiv arbeiten. Alle noch bestehenden rein heilpädagogischen Einrichtungen müssen  
17 in inklusive Einrichtungen überführt werden.

18 In jeder Gruppe muss mindestens ein\*e Heilerziehungspfleger\*in (oder vergleichbare  
19 Qualifikation mit Hauptaugenmerk auf die Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen)  
20 arbeiten. Heilpädagogik muss aber auch ein Aspekt der Erzieher\*innenausbildung wer-  
21 den.

22 Kein Kind darf wegen pflegerischem oder pädagogischem Mehraufwand die Aufnahme  
23 in die Kindertageseinrichtung verweigert werden, im Zweifel hat das Kind das Recht auf  
24 eine pädagogische oder pflegerische Fachkraft, die das Kind im Kindergartenalltag be-  
25 gleitet und unterstützt.

### 26 **Schule:**

27 Grundsätzlich wollen wir die Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems sowie kleinere  
28 Klassen.

29 Bis dahin und darüber hinaus müssen alle Schulen Kinder mit Beeinträchtigungen auf-  
30 nehmen und inklusiv arbeiten. Alle Förderschulen und insbesondere die Tagesbildungs-  
31 stätten, die nur in Niedersachsen bestehen, müssen aufgelöst werden. Die dann frei  
32 werdenden Räume können als Schulen genutzt werden.

33 In jeder Klasse muss mindestens ein\*e Sonderpädagog\*in zusätzlich zu den Fachlehr-  
34 kräften vorgehalten sein. Sonderpädagogik muss aber auch ein verpflichtender Teil des  
35 allgemeinen Lehramtsstudiums werden, um auch die Fachlehrkräfte optimal auf die  
36 Arbeit vorzubereiten.

37 Bereits fertig ausgebildete Lehrer müssen ein breites Fortbildungsangebot erhalten, um  
38 sie für die inklusive Arbeit zu befähigen. Die Teilnahme an diesen Fortbildungsmaßnah-  
39 men ist den Lehrkräften mit dem üblichen Stundenlohn zu vergüten und in einem ge-  
40 wissen Umfang verpflichtend.

41 Kein\*e Schüler\*in darf wegen pflegerischem oder pädagogischem Mehraufwand die  
42 Aufnahme in die Schule verweigert werden, im Zweifel hat der\*die Schüler\*in das Recht  
43 auf eine pädagogische oder pflegerische Fachkraft, die den\*die Schüler\*in im Schulall-  
44 tag begleitet und unterstützt.

#### 45 **Arbeit:**

46 Die Anreize für Arbeitgeber\*innen, einen Menschen mit Beeinträchtigungen einzustel-  
47 len, müssen erhöht werden. Gleichzeitig müssen auch die Strafen, die gezahlt werden  
48 müssen, wenn die Quote schwerbehinderter Arbeitnehmer\*innen nicht erfüllt wird, er-  
49 höht werden.

50 Für alle Schüler\*innen, insbesondere für Schüler\*innen, die im derzeitigen System eine  
51 Förderschule besuchen, müssen mehr Möglichkeiten für Praktika auf dem ersten Ar-  
52beitsmarkt im Rahmen der Schulbildung geboten werden, um Zukunftsperspektiven  
53 aufzuzeigen.

54 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aufklärung der Gesellschaft hinsichtlich Menschen  
55 mit Behinderungen, da viele so gut wie keine Berührungspunkte mit ihnen haben, was  
56 die soziale Inklusion am Arbeitsplatz erschwert.

57 Der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt muss durch eine öffentliche Stelle gefördert  
58 werden, beispielhaft ist hier der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit seinem In-  
59klusionsamt Arbeit, das Menschen aus Werkstädten für behinderte Menschen (WfbM) in  
60 den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

61 Berufliche Ausbildungen müssen Menschen mit Beeinträchtigungen einfacher zugäng-  
62 lich gemacht werden, ob über pflegerische oder pädagogische Begleitung durch eine  
63 Fachkraft oder eine längere Ausbildungsdauer. Gleiches gilt für ein Studium.

#### 64 **Wohnen:**

65 Selbstbestimmte Wohnformen müssen gefördert werden, um von der jetzigen Form der  
66 hauptsächlich stationären Unterbringung und Unterstützung zu einem ambulanten Un-  
67 terstützungsnetz in selbstbestimmter, ressourcenorientierter Form zu kommen.

68 Außerdem muss das barrierefreie Wohnen gefördert werden und zum Standard wer-  
69 den. Hierzu müssen weitere gesetzliche Grundlagen geschaffen und das BauGB überar-  
70 beitet werden, sodass die Richtlinien streng und flächendeckend durchgeführt werden.

71 Es wird ein höherer, gesetzlich festgelegter, prozentualer Anteil an barrierefreiem  
72 Wohnraum benötigt. Sowohl für älter werdende Menschen als auch für Menschen mit  
73 Beeinträchtigungen. Beide Gruppen sollen so lange und so gut wie möglich selbstbe-  
74 stimmt leben können. Hierzu muss insbesondere der soziale Wohnraum barrierefrei  
75 gebaut werden.

76 **Freizeit:**

77 Behörden, Ämter und öffentliche Einrichtungen (z.B. städtische Jugendzentren) müssen  
78 mobilitäts-, informations- und kommunikationsbarrierefrei arbeiten. Hierzu müssen  
79 neben angemessenen Rampen und Fahrstühlen auch beispielsweise der Internetauftritt,  
80 Informationsblätter und persönliche Anschreiben in leichter Sprache zur Verfügung ste-  
81 hen.

82 Veranstalter\*innen von öffentlichen Ereignissen müssen Anreize zur Organisation von  
83 barrierefreien Formaten geboten werden, um ein möglichst inklusives Erlebnis für alle  
84 Interessierten zu gestalten.

85 Für uns ist selbstverständlich, dass Personen, die mit Menschen mit Beeinträchtigungen  
86 arbeiten und sich professionell für die Inklusion einsetzen eine bessere und vor allem  
87 der Arbeit, die sie leisten, angemessene Vergütung erhalten müssen. Pflege- und Heim-  
88 kinder von Kosten ihrer Unterbringung befreien

<b>S 7</b>	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Pflege- und Heimkinder von Kosten ihrer Unterbrin-**  
2 **gung befreien**

3 In der Bundesrepublik Deutschland leben ungefähr 142.000 Heimkinder und 90.000  
4 Pflegekinder (Stand: Dezember 2018). Hintergrund der Fremdunterbringungen sind im-

5 mer vollstationäre Hilfen zur Erziehung, die vom Jugendamt gewährt und betreut wer-  
6 den.

7 Wie viele andere Jugendliche, die in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können, wollen  
8 auch Pflege- und Heimkinder ihr Ausbildungsgehalt für eigene Zwecke ausgeben oder  
9 sich in ihrer Jugend Geld dazu verdienen. Dies ist ihnen gesetzlich auch nicht verboten,  
10 Regelungen im Achten Sozialgesetzbuch (§ 94) führen jedoch dazu, dass sie insgesamt  
11 75 % ihres Einkommens an das Jugendamt abtreten müssen. Auf diese Weise werden sie  
12 an den Kosten ihrer Unterbringung beteiligt, obwohl sie für ihre biographischen Hinter-  
13 gründe i.d.R. keine Verantwortung tragen und selbst nur geringe Zuverdienste haben.  
14 Nur, wenn die Tätigkeit den Zielen der Jugendhilfe entspricht, können sie auf Antrag von  
15 den Kosten befreit werden. Der Umfang der Befreiung liegt jedoch im Ermessen der Ju-  
16 gendamtmitarbeiter\*innen.

17 Die entsprechende gesetzliche Bestimmung bewirkt eine klare Ungleichbehandlung von  
18 Jugendlichen in unserer Gesellschaft und stigmatisiert Jugendliche, die aufgrund ihrer  
19 Hintergründe meist ohnehin benachteiligt sind. Außerdem führt sie die Ziele von Ju-  
20 gendhilfe 15 ad absurdum, da auch eine Tätigkeit, wie beispielweise ein 450,- € Job die  
21 Verselbständigung und die Übernahme von Verantwortung fördern. Sie ist folglich abzu-  
22 schaffen.

<b>S 8</b>	Antragsteller*innen:	UB Verden
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **EhrenamtCard jetzt!**

2 Wir fordern für Ehrenamtler\*innen eine von der Politik unterstützte Möglichkeit, das  
3 Ehrenamt zu würdigen. Dafür soll eine EhrenamtCard sorgen. Die EhrenamtCard sollen  
4 Ehrenamtler\*innen Ermäßigungen an Kulturangebot, wie Museen, Schwimmbäder, Ki-  
5 nobesuchen, ÖPNV und weitere Angebote, ermöglichen.

6 Von der Ehrenamtsstelle wird dafür ein Nachweis für das ehrenamtliche Engagement  
7 ausgestellt. Die Karte soll auf ein Jahr begrenzt sein. Danach ist eine Verlängerung zu  
8 beantragen.

9 **Begründung:**

10 Menschen, die sich für die Gesellschaft und für Menschen engagieren, fehlen nahe zu  
11 überall. Freiwillige in Vereinen, Feuerwehren, Flüchtlingshilfe, werden benötigt. Ehren-  
12 amtliche tragen durch ihr Engagement wesentlich dazu bei, dass unserer Gesellschaft

13 funktioniert. Mit ihrem Einsatz stellen sie in einigen Bereichen eine wichtige Grundver-  
14 sorgung bestimmter Leistungen sicher. Durch den Einsatz in freiwilligen Feuerwehren,  
15 beim THW oder dem roten Kreuz werden im Zweifelsfall Leben gerettet.

16 Die Ehrenamtler\*innen opfern ihre Zeit und bekommen selbst kaum etwas dafür.

17 Mithilfe einer von der Politik unterstützten EhrenamtCard sollen Menschen dazu ermu-  
18 tigt werden, ein Ehrenamt auszuführen und ihre Arbeit und ihr Einsatz entsprechend  
19 gewürdigt werden.

# ANTRAGSBEREICH: **U** - Umwelt

<b>U I</b>	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Brennstoffzellenautos als Chance für Wirtschaft und** 2 **Klima**

3 Zusammen mit der Wirtschaft sollen Niedersachsens Küsten zum Motor beim nächsten  
4 Schritt der klimafreundlichen Mobilität werden. Mithilfe des Offshore und Onshore pro-  
5 duzierten erneuerbaren Stroms soll Wasserstoff in großen Mengen im Elektrolysever-  
6 fahren hergestellt werden. Der produzierte Wasserstoff wäre somit ein grüner Energie-  
7 träger. Die Automobilindustrie muss vom Gesetzgebenden und Politik mit wirtschaftli-  
8 chen Vorteilen, wie Subventionen, angehalten werden verstärkt auf die Entwicklung und  
9 Herstellung von brennstoffzellenbetriebenen Autos, welche Wasserstoff als Treibstoff  
10 benötigen, zu setzen.

### 11 **Begründung:**

12 Der Klimawandel hat gesamtgesellschaftliche Folgen ungeahnter Ausmaße und muss  
13 mit allen Mitteln bekämpft werden. Während immer häufiger werdende Wetterextre-  
14 men in den letzten Jahren deutlich sichtbar geworden sind, gibt es auch schleichende  
15 Prozesse, wie die Steigerung des Meeresspiegels, dessen unmittelbare Folgen erst in  
16 den nächsten Jahren sichtbar werden. Gerade die Küstenregionen werden zu den ers-  
17 ten gehören, welche mit den Folgen des anthropogenen Klimawandels konfrontiert  
18 werden.

19 Niedersachsen ist bereits jetzt Energiewendeland Nummer 1 [1] und kann im Jahre 2018  
20 60% des benötigten Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Diese Energie ge-  
21 währleistet eine klimafreundliche Produktion von Wasserstoff.

22 Brennstoffzellenbetriebene Autos stoßen nur Wasserdampf als Emission aus. Treib-  
23 hausgase wie Kohlenmonoxide und Kohlendioxide entstehen nicht.

24 Auch birgt die Brennstoffzellentechnologie Vorteile gegenüber den Akkumulatoren der  
25 E-Autos, da dessen Produktion erhebliche Schäden für die Umwelt verursacht. Die Benut-  
26 zung von Brennstoffzellentechnologie würde die Automobilindustrie unabhängig von

27 den Staaten machen, welche diese zur Herstellung von Akkumulatoren benötigten sel-  
28 tener Erden beherbergen.

29 Der Aufbau einer Industrie rund um die Herstellung und Verwendung von Wasserstoff  
30 birgt die Chance Niedersachsen als führende Kraft im Sektor der Energiewirtschaft zu  
31 etablieren.

32

33 *Quellen:*

34 [1] Vgl. *Energiewendebericht 2018 des Landes Niedersachsen (Niedersächsisches Ministerium*  
35 *für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz,*

36 *[http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/energie/energiewende/energiewendebericht-](http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/energie/energiewende/energiewendebericht-2018119325.html)*  
37 *2018119325.html, zuletzt abgerufen: 31. August 2018)*

<b>U 2</b>	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, Juso- Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Antrag Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum auflö-** 2 **sen - für eine gesunde Umwelt und mehr Lebensqualität**

3 Wir fordern die deutsche Bundesregierung dazu auf:

- 4 ▪ Eine Sonderkommission im deutschen Bundestag einzurichten, die sich mit den  
5 Zukunftsperspektiven für eine Zeit nach dem Wachstum (Post-Growth-Futures) be-  
6 fasst. Diese Kommission sollte aktiv über die Zukunft des Wachstums diskutieren,  
7 politische Alternativen für Zukunftsperspektiven nach dem Wachstum entwickeln  
8 und das Streben nach Wachstum als übergeordnetes politisches Ziel überdenken.
- 9 ▪ Alternative Indikatoren in den makroökonomischen Rahmen einzubeziehen. Die  
10 Wirtschaftspolitik sollte hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das menschliche  
11 Wohlergehen, den Ressourcenverbrauch, gesellschaftliche Ungleichheit und die  
12 Bereitstellung menschenwürdiger Arbeit bewertet werden. Diese Indikatoren soll-  
13 ten bei Entscheidungsfindungen eine höhere Priorität als das BIP erhalten.
- 14 ▪ Ein Ministerium für wirtschaftliche Transformation einzurichten. Eine neue Wirt-  
15 schaft, die sich direkt auf das soziale und ökologische Wohlergehen konzentriert,  
16 könnte eine viel bessere Zukunft bieten als eine, die strukturell vom Wirtschafts-  
17 wachstum abhängt.
- 18 ▪ Analoge Schritte zu den Forderungen 1-3 auf europäischer Ebene sowie Umwand-  
19 lung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts in einen Stabilitäts- und

20 Wohlstandspakt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein Regelwerk zur Be-  
21 grenzung von Staatsdefiziten und Staatsschulden. Er sollte überarbeitet werden,  
22 um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten die Grundbedürfnisse ihrer Bür-  
23 ger\*innen erfüllen und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch und die Abfallemis-  
24 sionen auf ein nachhaltiges Niveau reduzieren.

25 **Begründung:**

26 In den vergangenen sieben Jahrzehnten war das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts  
27 (BIP) das übergeordnete wirtschaftliche Ziel der europäischen Staaten. Während aber  
28 unsere Volkswirtschaften gewachsen sind, haben auch die negativen Auswirkungen un-  
29 serer Wirtschaftens auf die Umwelt weiter zugenommen. Wir überschreiten bereits die  
30 ökologischen Grenzen, die der Menschheit einen sicheren Handlungsraum auf diesem  
31 Planeten geben. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Wirtschaftstätigkeit  
32 auch nur annähernd so weit von Ressourcenverbrauch oder Umweltverschmutzung  
33 entkoppelt, wie es tatsächlich notwendig wäre. Um die sozialen Probleme in den euro-  
34 päischen Ländern zu lösen, brauchen wir heute kein weiteres Wachstum. Was wir brau-  
35 chen, ist eine gerechtere Verteilung der Einkommen und des Reichtums, den wir bereits  
36 haben. Zudem wird es immer schwieriger, überhaupt Wachstum zu erzeugen – weil die  
37 Produktivitätszuwächse abnehmen, die Märkte gesättigt sind und die Umwelt geschädigt  
38 ist. Wenn sich diese Trends fortsetzen, könnte es absehbar innerhalb des kommenden  
39 Jahrzehnts in Europa überhaupt kein Wachstum mehr geben. In dem Versuch, das  
40 Wachstum doch noch anzukurbeln, werden momentan fehlgerichtet mehr Schulden  
41 gemacht, Umweltregulierungen beseitigt, Arbeitszeiten verlängert und soziale Absiche-  
42 rungen gekürzt. Dieses aggressive Streben nach Wachstum um jeden Preis spaltet die  
43 Gesellschaft, schafft wirtschaftliche Instabilität und untergräbt die Demokratie.

44

45 *Dieser Antrag ist ursprünglich ein Aufruf über 238 Sozial- und Naturwissenschaftler\*innen*  
46 *aus den 28 EU-Mitgliedsstaaten, unter anderem veröffentlicht auf:*  
47 *[https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-09/postwachstumsoekonomie-wirtschaftswachstum-](https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-09/postwachstumsoekonomie-wirtschaftswachstum-ressourcen-eu-lebensqualitaet-offener-brief/komplettansicht)*  
48 *[ressourcen-eu-lebensqualitaet-offener-brief/komplettansicht](https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-09/postwachstumsoekonomie-wirtschaftswachstum-ressourcen-eu-lebensqualitaet-offener-brief/komplettansicht)*

**U 3**

Antragsteller\*innen: UB Lüneburg

Weiterleitung: SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 **Schrittweise Streichung aller umweltschädlichen Sub-**  
2 **ventionen in das Klimaschutzgesetz integrieren**

3 Wir fordern die deutsche Bundesregierung und die zuständige SPD Umweltministerin  
4 dazu auf, in den aktuellen Klimaschutzgesetzentwurf die schrittweise Streichung aller  
5 umweltschädlichen Subventionen zu integrieren (nach Daten des Umweltbundesamtes  
6 im Jahr 2012: 57 Milliarden Euro) und die dadurch zur Verfügung stehenden Gelder für  
7 ein milliardenschweres staatliches Investitionsprogramm „Zukunft“ zu verwenden, um  
8 unter anderem damit die große Energie-, Mobilitäts-, Landwirtschafts- und Wärmewen-  
9 de zu ermöglichen.

10 Dabei müssen wir soziale Fragen immer zusammen mit ökologischen Fragen denken.

11

12 *Dieser Antrag basiert auf einem Artikel von Matthias Miersch (stellvertretender Vorsitzender*  
13 *der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher für die Bereiche Umwelt, Energie, Landwirtschaft*  
14 *und Tourismus, Vorsitzender der Parlamentarischen Linken sowie Mitglied des SPD-*  
15 *Parteivorstands) im Vorwärts unter [https://www.vorwaerts.de/artikel/spd-2019-klimapolitik-](https://www.vorwaerts.de/artikel/spd-2019-klimapolitik-vordergrund-ruecken)*  
16 *vordergrund-ruecken. Die Auflistung der umweltschädlichen Subventionen kann hier eingese-*  
17 *hen werden:*

18 *[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba\\_fachbro](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbro)*  
19 *[schuere\\_umweltschaedliche-subventionen\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbro)*

# U 4

Antragsteller\*innen: UB Göttingen

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Energiespeicherung innovativ denken, LOHC-**

## 2 **Forschung intensivieren**

3 Wir fordern eine verstärkte Förderung zur Forschung und dem Ausbau von Energiespei-  
4 chermöglichkeiten in Niedersachsen. Dazu zählt v.a. die sogenannte Liquid Organic Hyd-  
5 rogen Carrier-Speichermethode (LOHC).

### 6 **Begründung:**

7 In Deutschland sind der Ausstieg aus dem Atomstrom sowie der perspektivische Aus-  
8 stieg aus der Kohleverstromung beschlossene Sache. Ab dem Jahr 2038 soll der Ener-  
9 giebedarf zu einem Großteil aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, bei Bedarf  
10 sollen vereinzelt Gaskraftwerke mit Erdgasversorgung zugeschaltet werden. Um die Ver-  
11 sorgung mit Strom flächendeckend zu gewährleisten müssen die Spitzen in der Energie-  
12 gewinnung (starker Wind, hohe Sonneneinstrahlung) zukünftig gespeichert und bei Be-  
13 darf wieder in das Netz eingespeist werden können. Da besonders an der niedersächsi-  
14 schen Küste viele Off- und Onshore-Windparks installiert worden sind oder in Zukunft  
15 noch installiert werden, ist die Speicherung von bislang ungenutzten Energiespitzen  
16 grade hier besonders wichtig. Batteriespeicher, z.B. auf Lithiumbasis wie sie momentan  
17 in Akkus für Handys o.ä. verbaut sind, werden dafür nicht ausreichen. Besonders die  
18 Methode LOHC (Liquid Organic Hydrogen Carrier) sticht bei den Speichermedien beson-  
19 ders hervor.

20 Vereinfacht funktioniert das Konzept folgendermaßen: Die überschüssige Energie aus  
21 Wind- oder Solarkraft wird für die Elektrolyse von Wasser genutzt. Dabei entsteht Was-  
22 serstoff und Sauerstoff. Der energiereiche Wasserstoff wird anschließend im LOHC ge-  
23 speichert, eine Kohlenstoffverbindung auf Erdölbasis, die mehrfach wiederverwendbar  
24 ist. Ihre chemischen Eigenschaften sind bei Raumtemperatur der von Diesel sehr ähn-  
25 lich, eine technische Umrüstung in der Mobilität und Logistik wird dadurch vereinfacht.  
26 Durch die Bindung des energiereichen Wasserstoffs im LOHC wird das reaktionsfreudige  
27 Gas transport- und lagerungssicher gemacht. LOHC, das Wasserstoff gebunden hat,  
28 könnte zukünftig vielfach einsetzbar sein: Durch die gute Transportfähigkeit könnte man  
29 die überschüssige „Energie“ nach Bedarf speichern und über weite Strecken transportie-  
30 ren und dabei eventuell schon bestehende Logistiknetzwerke (Schiene, Straße, Pipe-  
31 lines) sinnvoll weiter nutzen. Zudem wird bereits die Einsatzfähigkeit von LOHC als

32 Treibstoff in der Mobilität erforscht. Dadurch könnte der Abschied von fossilen Treib-  
33 stoffen beschleunigt werden. Zudem ist die Energiemenge gemessen an dem Volumen  
34 des LOHC deutlich höher als bei komprimiertem Wasserstoff.

35 Zusammengefasst:

- 36 ▪ Überschüssige Energiemengen können durch die LOHC-Speichertechnik langfristig  
37 gespeichert werden.
- 38 ▪ Durch große Windparks On- und Offshore prädestinierte Lage für Niedersachsen.
- 39 ▪ Forschung, Entwicklung und Bau von Anlagen nach Niedersachsen holen und för-  
40 dern.
- 41 ▪ Bisherige Infrastruktur kann in großen Teilen weiter genutzt werden.
- 42 ▪ Grundlast im Energienetz kann gewährleistet werden.
- 43 ▪ Möglichkeit die Energiewende erfolgreich zu gestalten.

44 Eine erweiterte Forschung sowie die Installation von Anlagen, die Wasserstoff im großen  
45 Stil in LOHC binden können, wird zukunftsweisend sein. Damit könnte Niedersachsen  
46 eine noch größere Schlüsselrolle in der laufenden Energiewende einnehmen und durch  
47 emissionsfreie Produktionslinien dabei helfen, die durch das Pariser Klimaabkommen  
48 gesteckten Klimaziele zu erreichen. Zudem bietet diese Speichermethode eine mögliche  
49 sozialverträgliche Alternative zu bisherigen fossilen Brennstoffen. Wenn es gelingen soll-  
50 te, Wasserstoff als Energieträger für die Stromerzeugung und die Mobilität zu etablieren,  
51 profitieren zum Schluss auch die Verbraucher\*innen durch einen möglichst schonenden  
52 und kostengünstigen Umstieg auf eine emissionsfreie Alternative.

	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Silvesterknaller? Nein danke.**

2 Zukünftig soll es in Städten und Kommunen keine privaten Feuerwerke an Silvester  
3 mehr geben, sondern lediglich zentrale, von der Stadt bzw. der Kommune organisierten.

4 **Begründung:**

5 Durch Feuerwerk entstehen in der Silvesternacht laut Umwelt Bundesamt etwa 4.500  
6 Tonnen Feinstaub. Diese Menge entspricht etwa 15 Prozent der jährlich im Straßenver-  
7 kehr abgegebenen Feinstaubmenge – und damit circa 2 Prozent aller Feinstaub Emissi-  
8 onen.

81 Darüber hinaus kommt es zu zahlreichen Verletzungen und Bränden, sowie zu nicht un-  
82 erheblich viel Müll. Diese Aspekte könnte man vermeiden, wenn es in Städten ein zent-  
83 rales Feuerwerk gibt.

<b>U 6</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Tierschutz endlich ernstnehmen!**

2 Wir setzen uns für eine bundesweite Etablierung von verbindlichen Tierschutzlabeln für  
3 die Nutztierhaltung ein. Diese müssen transparente Mindeststandards anzeigen und  
4 transparent den Verbraucher\*innen zur Verfügung stehen. Verschiedene Abstufungen  
5 sollen – ähnlich der Regelung für Eier – nach einheitlichen Maßstäben nicht für sog. Gre-  
6 enwashing missbraucht werden können und müssen behördlich kontrolliert werden.  
7 Schlechte Tierhaltung muss dabei als solche gekennzeichnet werden.

8 Mittelfristig fordern wir eine Änderung der Tierschutzgesetze, die gesetzlich festschreibt,  
9 dass mehr Platz für Tiere, Freilauf, Beschäftigung und allgemein bessere Zuchtbedin-  
10 gungen durchgesetzt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Vielzahl der di-  
11 versen Labels und Zertifikate nicht nur die Verbraucher\*innen in ihrem Konsumverhal-  
12 ten zufriedenstellt, sondern wirklichen Fortschritt nach sich zieht.

### 13 **Begründung:**

14 Tierschutzlabel sind neben der Bio-Fleischdebatte ein wichtiger Schritt hin zu mehr  
15 Transparenz in der Tierzucht. Die gesetzlichen Vorgaben für Tierschutz in Zuchtbetrie-  
16 ben und/oder Milch- und Eierproduzierenden Höfen sind dem „Deutschen Tierschutz-  
17 bund e.V.“ zufolge bei weitem nicht ausreichend. [1] Labels wie „Für Mehr Tierschutz“  
18 geben da die Richtung vor. Die Diversität der verschiedenen Labels und Zertifikate ist  
19 dabei durchaus ein Problem, verwischt und -mischt sie doch die zugrundeliegenden,  
20 unterschiedlichen Standards der Bewertung. Kurz: Die Menschen finden sich nicht mehr  
21 zurecht und wissen nicht, welcher Grad an Tierwohl für welche Auszeichnung ausreicht.

22 Das Ziel für die Konsument\*innen ist klar: Es geht schlicht darum, denen, die (noch)  
23 nicht auf fleischhaltige oder tierische Produkte verzichten wollen, Transparenz hinsicht-  
24 lich der Umstände zu schaffen. Tierschutzlabel auf Produkten und als Auszeichnungen  
25 für die Betriebe können dabei helfen, Menschen sensibler in dieser Thematik zu ma-  
26 chen: Einfach zu verstehen, schnell ersichtlich und mit klaren Vorstellungen davon, was  
27 „hinter“ einem Label steckt.

28 Doch das darf nicht das einzige Ziel sein. Vielmehr braucht es eine einheitliche und re-  
29 gelmäßig kontrollierte Kennzeichnung für Betriebe und Haltungsbedingungen, die Klar-  
30 heit schafft und auch eventuelle Missstände bei der Haltung der Tiere klar aufzeigt. Ähn-  
31 lich dem „Rot“ einer Ampel soll so ersichtlich sein, wenn Tiere nicht artgerecht gehalten  
32 werden – Greenwashing durch nichtssagende Zertifikate soll du verhindert werden kön-  
33 nen.

34 Wir müssen uns unserer Verantwortung als Konsument\*innen bewusstwerden und mit  
35 einer Verschärfung der Tierschutzgesetze mittelfristig dafür sorgen, dass kein Tier mehr  
36 in den fürchterlichen Zuständen, wie es aktuell in Betrieben der Fall ist, leben muss.

37 *Anmerkungen:*

38 [1] <https://www.tierschutzlabel.info/tierschutzlabel/>

	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Unterstützung wiederverwendbarer To-Go-Becher**

2 Wir fordern Angebote und Initiativen zu unterstützen, die wiederverwendbare To-Go-  
3 Becher anbieten. Dabei sind Angebote zu berücksichtigen, die schon existieren, sowie  
4 sich neu gründende. Ziel dieser Unterstützung soll es sein, ein flächendeckendes Ange-  
5 bot an To-Go-Bechern herbeizuführen, die nicht wiederverwendbare Alternativen über-  
6 flüssig machen.

### 7 **Begründung:**

8 Stündlich landen laut Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) allein in  
9 Deutschland rund 320.000 To-Go-Becher im Müll. Auch wenn diese nicht wiederver-  
10 wendbaren Becher nur einen geringen Teil an dem anfallenden Müll ausmachen, ist es  
11 grade hier verhältnismäßig einfach, Alternativen anzubieten, die auf eine Mehrfachnut-  
12 zung der Becher abzielen. So sind bereits in Städten wie z.B. Berlin, Freiburg, Hannover  
13 oder auch Oldenburg Projekte gestartet, die ein To-Go-Pfandsystem anbieten. Diese  
14 Becher können gegen ein Pfandgeld bei teilnehmenden Cafés, Restaurant etc. heraus-  
15 gegeben und anschließend überall wieder zurückgegeben werden. Durch eine teilweise  
16 zu geringe Beteiligung der Gastronomen oder Unwissen der Kund\*innen werden diese  
17 Angebote allerdings häufig noch nicht ausreichend genutzt. Eine bundesweite Förde-  
18 rung, z.B. in Form von Werbe- und Aufklärungskampagnen, kann mit einfachen Mitteln  
19 einen Beitrag zu der Reduzierung von Verpackungsmüll beitragen.

# U 8

Antragsteller\*innen: KV Osnabrück Land

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Wölfe Abschießen? Ohne Uns!**

2 Wir begrüßen die Wiederansiedelung des Wolfes in unseren Gefielden. Für uns gehört  
3 der Wolf zur hiesigen Natur und trägt seinen Teil zu einem funktionierenden Ökosystem  
4 bei. Deswegen kritisieren wir die Rufe nach Abschussfreigaben des Wolfes und fordern  
5 dazu auf andere Wege und Mittel zu finden, die Menschen und Nutztierherden vor Wöl-  
6 fen schützt. Konkrete Maßnahmen sind für uns daher:

### 7 **▪ Keine Jagd von Wölfen!**

8 Die Jagd von Wildtieren wird häufig damit begründet, dass die Überpopulation von  
9 Wildtieren eine Gefahr für das betroffene Ökosystem. Die langjährige Abwesenheit  
10 von „großen“ Raubtieren führte dazu, dass einige Wildtiere keine natürlichen Fein-  
11 de mehr hatten. Dadurch wurde die Jagd des Menschen auf Wildtiere notwendig.  
12 Wir sehen den Wolf als wichtige Komponente, damit wir wieder zurückkehren zu  
13 einer natürlichen Steuerung der Wildtierpopulation. Eine gezielte Jagd zur Regulie-  
14 rung von Wölfen ist für uns daher nicht akzeptabel.

### 15 **▪ Mehr Geld für den Wolfsschutz!**

16 Ziel des Herdenschutzes muss es sein, dass Wölfe ohne letale Entnahme von ge-  
17 werblich genutzten Herden ferngehalten werden. Hier muss das Land Niedersach-  
18 sen ein umfassendes Projekt mit entsprechender finanzieller Ausstattung ins Le-  
19 ben rufen, die es ermöglicht Wölfe auf natürliche Weise zu vergrämen. Die Ent-  
20 wicklung einer natürlichen Wolfsvergrämung ist für uns ein wichtiges Mittel der  
21 Akzeptanz des Wolfes im hiesigen Ökosystem.

### 22 **▪ Tötung muss unter Strafe bleiben!**

23 Wir erteilen der Forderung einer Straffreien Wolfstötung eine absolute Absage. Die  
24 bestehenden Regeln müssen aufrecht erhalten bleiben. In Gebieten, in denen auf-  
25 fällig häufig tote Wölfe aufgefunden werden, soll das Land zum Schutz der Tiere,  
26 regelmäßige Kontrollen durchführen.

**U 9**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 **Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen sicherer,**  
2 **umweltverträglicher, transparenter gestalten**

3 **Beteiligung der Öffentlichkeit und Grundstückseigentümer\*innen**

- 4     ▪ Wir fordern die Landesregierung auf, einen Gesetzesentwurf zur Änderung des  
5 Bundesberggesetzes in den Bundesrat einzubringen mit dem Ziel diesen durch ei-  
6 ne Gesetzesinitiative in den Bundestag einzubringen. Ziel der Änderung des Bun-  
7 desberggesetzes soll die Implementierung einer Öffentlichkeitsbeteiligung sein,  
8 bezüglich Genehmigungsverfahren von Explorationen, Bohrmaßnahmen, Durch-  
9 führungen von Fracking-Maßnahmen sowie Bewilligungsverfahren für Betriebs-  
10 pläne (etc.)
- 11     ▪ Außerdem sollen von potentiellen Förderungsstecken/-stellen betroffene Grund-  
12 stückseigentümer\*innen ein Vetorecht gegen neue Bohrungen auf ihrem Grund-  
13 stück erhalten.
- 14     ▪ Wie Lars Klingbeil (SPD), MdB, fordern wir umgehende Verhandlungen mit den  
15 Erdgasunternehmer\*innen, Trinkwasserversorger\*innen und Naturschutzversor-  
16 ger\*innen ein Moratorium über die geplanten Erdgas und Erdölerkundungen in  
17 den Landkreisen Osterholz, Heidekreis, Verden, Rotenburg (Wümme) und  
18 Diepholz. Darüber hinaus fordern wir analog weitere Verhandlungen für alle be-  
19 troffenen Regionen bzw. Landkreise.

20 **Umweltverträglichkeitsprüfungen per sé**

- 21     ▪ Für jede neue Bohrung muss verpflichtend eine Umweltverträglichkeitsprüfung  
22 durchgeführt werden. (Aufnahme in Anlage 1 Liste "UVP-pflichtige Vorhaben"  
23 UVPG)
- 24     ▪ Außerdem müssen Umweltverträglichkeitsprüfungen für bestehende Fracks, die  
25 innerhalb der von uns neu geforderten Abstandsregelungen für neue Bohrungen  
26 sich befinden, nachgeholt werden. Bei einem negativen Resultat, fordern wir eine  
27 Stilllegung des Förderstandorts.
- 28     ▪ Keine Bohrungen, Explorationen und Unterbohrungen von Trinkwasserschutz-,  
29 Landschaftsschutz-, Trinkwassergewinnungs- und Naturschutzgebieten sowie in

30 Wassereinzugsgebieten von Trinkwasserschutz- und Trinkwassergewinnungsgebiete-  
31 ten.

- 32 ▪ Zu diesen Punkten fordern wir dementsprechend eine Gesetzesinitiative der Lan-  
33 desregierung mit den nötigen Änderungen im Wasserhaushalts- und Umweltver-  
34 träglichkeitsprüfungsgesetz

### 35 **Abstandsregelungen für Erdgas-/ Erdölförderstätten von Siedlungen, Landschafts-** 36 **schutz- und Trinkwasserschutzgebieten**

- 37 ▪ Wir fordern die sofortige Stilllegung und den adäquaten Rückbau von Bohrungs-  
38 standorten in Trinkwasserschutz- und Landschaftsschutzgebieten.
- 39 ▪ Neue Erdgasförderstandorte einen Mindestabstand von Siedlungen von 2 km ein-  
40 halten.

### 41 **Kompromisslose Ablehnung von unkonventionellen Fracking**

- 42 ▪ Wir lehnen unkonventionelles Frackings jeglicher Art ab, d.h. wir fordern eine  
43 grundlegende Änderung des Bundesfrackinggesetzes zum Verbot der momentan  
44 noch erlaubten Testbohrungen nach unkonventioneller Frackingmethode.

### 45 **Beweislastumkehr für Schäden**

- 46 ▪ Wir fordern die Beweislastumkehr für Schäden. Danach ist vom jeweiligen Gasför-  
47 derunternehmen nachzuweisen, dass in (un)mittelbarer Nähe zu den betriebenen  
48 Förderanlagen aufgetretene Schäden in der Umwelt, im Grund und Boden oder  
49 am Eigentum anderer nicht ursächlich in der Gasförderung und in den damit ver-  
50 bundenen Maßnahmen, einschließlich des Betriebens von Lagerstättenwasserlei-  
51 tungen und dem Verpressen von Flow-Back. Gleiches gilt für aufgetretene Schäden  
52 bei Testbohrungen.
- 53 ▪ Die Gasförderunternehmen müssen sich dafür versicherungsrechtlich absichern  
54 oder entsprechende Kautionen für eventuell auftretende Schäden hinterlegen.

### 55 **Eindämmung der Erdölbohrungen mit Hinblick auf Einhaltung der Klimaschutzzie-** 56 **le**

- 57 ▪ Mit Hinblick auf das Pariser Abkommen fordern wir die stufenweite Eindämmung  
58 neuer Erdölbohrstandorte mit dem Ziel bis 2030 keine neuen Erdölbohrungen in  
59 Niedersachsen durchzuführen. Hierbei fordern wir zur Sicherung von Arbeitsplät-  
60 zen finanzielle Unterstützung für die betroffenen Landkreise zur Schaffung hinrei-  
61 chender Umbildungsmaßnahmen für die betroffenen Arbeitnehmer\*innen

### 62 **Grundsätzliche Behandlung von Lagerstättenwasser und Kontrolle bei der Entsor-** 63 **gung**

- 64 ▪ Vor dem Hintergrund der angekündigten Entwicklung einer Technik zur Behand-  
65 lung von Lagerstättenwasser erwarten wir, anfallendes Lagerstättenwasser aus

66 schon vorhandenen Erdgasförderstätten vor der Verpressung mit dieser Technik  
67 zu behandeln, um eine Gefährdung des Grundwassers und des Bodens auszu-  
68 schließen. Hierbei fordern wir eine Ausweitung der Kontrollen bei der Entsorgung  
69 des Lagerstättenwassers

## 70 **Schadstoffmessungen beim Abfackeln**

- 71 ▪ Sofern Abfackeln bei Erdöl-/ Erdgasanlagen, egal ob über Hochtemperaturfackeln  
72 oder kaltes Abfackeln, nötig ist, sind zusätzlich, ständige Schadstoffmessungen der  
73 Abgasfahne des kalt abgeblasenen Gasstromes vorzunehmen. Alle Messwerte  
74 müssen öffentlich zugänglich sein.

## 75 **Begründung:**

76 Ein kleines Dorf in der Rotenburgischen Geest am Rande der Lüneburger Heide verfügt  
77 nach letzten Studien über die höchst gemessenen Krebsrate per Einwohner in ganz  
78 Deutschlad. Häufig auftretend ist hierbei vor allem Blutkrebskrankungen bei Männern  
79 über 40 Jahren. Einwohner\*innen und die Wissenschaft vermuten die hohe Krebsrate in  
80 Bothel hat ihren Ursprung durch eine hohe Benzolkontaminierung welche durch den  
81 Konsum durch Wildfleisch oder Pilzen aus den heimischen Wälder stammt, Bothel liegt  
82 im Herzen des Erdgasfördergebietes Lüneburger Heide. In einen der Bohrungsstandorte  
83 gab es Anfang der 2000er einen schweren Unfall, wo giftiges benzolhaltiges Lagerstät-  
84 tenwasser in der von Bohrung umliegende Oberfläche austrat. Seit dem steigt die Krebs-  
85 rate massiv dort an. Bis dato sind bereits 14 Menschen an Folge der Krebserkrankungen  
86 verstorben. Der Fall Bothel ist kein Einzelfall, denn auch an anderen aktuellen Standor-  
87 ten in Deutschland oder in anderen Ländern, wie zum Beispiel den USA wird klar deut-  
88 lich, wie schädlich diese Art von Erdgasförderung und vor allem Fracking-Methode wirk-  
89 lich ist. Sowohl die Natur als auch der Mensch haben unter diesem Wirtschaftszweig zu  
90 leiden. Das Ausmaß der schädlichen Substanzen, die unkontrolliert austreten und un-  
91 sichtbar für das menschliche Auge Luft und Wasser verschmutzen, sind eine Gefahr für  
92 die Umwelt.

93 Problematisch ist vor allem, dass nicht sichergestellt werden kann, dass kein, mit für  
94 Mensch und Umwelt gefährlichen Substanzen vermishtes, Lagerstättenwasser in nutz-  
95 bare Grundwasserkörper gelangt. Potentielle, aber eben nicht verhinderbare Schäden  
96 sind irreversibel und gefährden die Nutzung des Grundwassers dauerhaft.

97 Gegenüber den Beispielfällen wie Bothel, hat die Regierung hat den Auftrag das Leben  
98 und die Gesundheit der Menschen zu schützen und außerdem lebensnotwendige Res-  
99ourcen wie das Grundwasser für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Es kann  
100 nicht sein, dass der Gesetzgeber kurzfristige wirtschaftliche Interessen über das Leben  
101 und die Gesundheit von Menschen stellt. Die Menschen müssen durch eine verbesserte  
102 Gesetzgebung vor den Auswirkungen durch das Handeln einzelner Unternehmen ge-

103 schützt werden und diese müssen als Verursacher zur Verantwortung herangezogen  
104 werden können.

105 Es ist unser Auftrag die Bewohner\*innen des Landes zu schützen in dem die Auflagen  
106 verbessert werden. Es kann nicht sein, dass diese Menschen keine Entschädigung be-  
107 kommen, weil das Gesetz die Unternehmen schützt und nicht die Bewohner\*innen des  
108 Landes. Denn auch wenn diese Gesellschaft Wirtschaft braucht, braucht sie noch mehr  
109 Gesundheit.

110 Die Pflicht des Gesetzgebers lebensnotwendige Ressourcen wie Grundwasser für die  
111 nachfolgenden Generationen zu sichern und zu schützen kann ebenfalls nicht fahrlässig  
112 durch die Verfolgung verhältnismäßig kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen verletzt  
113 werden.

114 Erdöl und Erdgas sind zwar derzeit wichtige Brennstoffe für unsere Gesellschaft. Aber  
115 neben der allgemeinen Bevölkerung sind andere Wirtschaftszweige wie die Landwirt-  
116 schaft auf die Nutzung von "gesundem" Grundwasser angewiesen.

117 Außerdem sind im Hinblick auf das Pariser Abkommen, dessen Einhaltung aktuell durch  
118 die betroffene Generation bei den Fridays for Future gefordert wird, sollten wir ver-  
119 mehrt in die Innovation erneuerbarer Energieträger investieren und nicht unsere Ge-  
120 sundheit und die Zukunft unserer Kinder für veraltete Brennstoffe und deren Förderung  
121 opfern.

<b>U IO</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Ist das noch gut, oder kann das weg?!**

2 Wir fordern das von Supermärkten, Restaurants & Gaststätten, Lebensmittel, die das  
3 MHD geringfügig überschritten haben, kostenlos an interessierte Mitbürger\*innen auf  
4 Nachfrage herausgegeben werden müssen, sobald diese für den Haus-  
5 müll/Müllcontainer vorgesehen sind. Ebenfalls fordern wir, dass das sogenannte „Con-  
6 tainern“ (Def.: auch Mülltauchen oder DumpsterDiving genannt, bezeichnet die Mitnah-  
7 me weggeworfener Lebensmittel aus Müllcontainern) nicht mehr unter Strafe gestellt  
8 werden darf. Die meisten Tatbestände begründen sich auf die § 123 Abs. 1 StGB (Haus-  
9 friedensbruch) und/oder gemäß § 242 StGB (Diebstähle), da der Müllcontainer meist auf  
10 dem Gelände der Supermärkte steht und sich die dort befindlichen Lebensmittel noch  
11 im Eigentum des Supermarktes befinden.

12 **Begründung:**

13 Theoretisch alle Lebensmittel, die in diesem Jahr bis zum 3. Mai hergestellt wurden, lan-  
14 deten in der Tonne. Erst ab dem genannten Tag verbrauchen wir die angebotenen Le-  
15 bensmittel. Also dann, wenn ein Drittel des Jahres vorbei ist! Somit landen laut der Um-  
16 weltorganisation WWF jährlich bis zu 18 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll.

17 Dies hat unter anderem folgende Gründe:

- 18 ▪ die Supermärkte wollen dem Kunden immer alles zu jeder Zeit und in mehreren  
19 Variationen anbieten. – Das MHD wird von vielen Verbrauchern falsch verstanden.  
20 – In einigen Supermärkten gibt es die Anweisung Supermarktregale immer voll zu  
21 halten, da dies kundenfreundlicher ist
- 22 ▪ in der Landwirtschaft führt der Preiskampf zu einem Überangebot, z.B. bei Milch
- 23 ▪ Laut einem Artikel des Magazins „Zeit“ lebten im Jahr 2017 in Deutschland immer  
24 noch 15,7 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Diesen Personen würde es  
25 entgegenkommen, wenn sie auf diesem Wege gesunde Lebensmittel ohne großen  
26 finanziellen Aufwand bekommen könnten.

<b>U II</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Nachhaltiger in die Ferne - Verschärfung der CO<sub>2</sub>-** 2 **Ausstoß-Abgabe für Airlines bei EU weiten Flügen**

3 Airlines müssen für all ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen CO<sub>2</sub>-Ausgleichs-Zertifikate erwerben. Flug-  
4 verkehrsgesellschaften sind bereits heute in das europäische System für CO<sub>2</sub>Zertifikate-  
5 Handel eingebunden. So müssen alle Airlines für ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen CO<sub>2</sub>Äquivalentzer-  
6 tifikate vorweisen, jedoch müssen sie nur 15% ihrer CO<sub>2</sub>-Zertifikate erwerben. Den Rest  
7 bekommen sie von der EU geschenkt. Dies reicht allerdings nicht aus, um das Klima  
8 nachhaltig zu schützen. Daher müssen Fluggesellschaften zu 100% in die Pflicht ge-  
9 nommen werden. Nur so werden Flugreisen und Klimaschutz vereinbar.

### 10 **Begründung**

11 Ein Flug von Deutschland nach New York setzt ca. 3,65 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person frei. Da-  
12 für könnte eine Person bei gleicher Emission ein Jahr lang Auto fahren oder 53 kg Rind-  
13 fleisch essen. Flugverkehr hat eine schlechtere Personenkilometerbilanz als Autofahren  
14 und setzt pro Kilometer sogar sechs Mal so viel CO<sub>2</sub> wie Bahnfahren frei. Der Flugver-  
15 kehr hat mit 5% einen hohen Anteil an der globalen Erwärmung, obwohl nur etwa 10%  
16 aller Weltbürger und Weltbürgerinnen jemals in einem Flugzeug saßen. Damit reist ein  
17 kleiner, wohlhabender Teil der Gesellschaft auf Kosten des größeren und ärmeren Teils.

18 Dies ist in höchsten Maße unsolidarisch. Um dem entgegenzuwirken, müssen Airlines  
19 stärker in die Pflicht genommen werden und Zertifikate zum ökologischen und sozialen  
20 Ausgleich erwerben. Diese Zertifikate helfen dabei, soziale und ökologische Projekte zu  
21 finanzieren, die dem Klimawandel entgegenwirken.

<b>U I2</b>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Wiedereinbeziehung der Fluggesellschaften in den EU**  
2 **weiten Emissionshandel bei transatlantischen Flügen**

3 Wir fordern:

4 Die erneute Teilnahme von Airlines am europäischen Emissionshandel bei transatlanti-  
5 schen Flügen. Seit 2012 wird der europäische Emissionshandel bei transatlantischen  
6 Flügen aufgrund der Vereinbarung „Globales Marktbasiertes Klimainstrument“ (GMBM)  
7 ausgesetzt. Dieses Instrument ist jedoch viel zu lasch und wird die Klimaerwärmung  
8 kaum stoppen. Daher muss auch bei außereuropäischen Flügen zum europäischen Sys-  
9 tem zurückgekehrt werden. Auf diese Weise müssen alle Fluglinien Zertifikate erwerben,  
10 die in Europa starten oder landen.

11 **Begründung:**

12 GMBM soll den Emissionsausstoß von Flugzeugen auf den Stand von 2021 einfrieren  
13 und Überschreitungen dieser Linie bestrafen. Allerdings sind die Emissionen des Flug-  
14 verkehrs bereits heute auf einem zu hohen Niveau. Für einen Flug von Frankfurt nach  
15 New York würde in diesem System nur eine Abgabe von 12€ fällig. Durch diese Abgaben  
16 sollen Klimaprojekte wie Solarparks in Entwicklungsländern gefördert werden. Dies ist  
17 jedoch im Vergleich zu den ca. 73€ beim 100%- Zertifikate-Handel ein viel zu kleiner Bei-  
18 trag. Somit stellt GMBM keine sinnvolle Alternative zum europäischen Zertifikate-Handel  
19 dar. Eine Rückkehr zum EU-System ist daher sinnvoll und notwendig.

# ANTRAGSBEREICH: **V - Verkehr**

<b>V I</b>	Antragsteller*innen:	KV Osterholz
	Weiterleitung:	Juso Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Engagement anerkennen – Bundesfreiwilligendienste** 2 **& Co stärken**

3 Menschen, die einen Bundesfreiwilligendienst, ein FSJ, FÖJ o.Ä. ableisten, sollen am Wo-  
4 chenende kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen. Der Ausweis des Freiwilligendienstes soll  
5 als ein personengebundenes „Schönes-Wochenende-Ticket“ der Deutschen Bahn gelten.

### 6 **Begründung:**

7 Der Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale/Politische Jahr sind ein großer  
8 Erfolg. Menschen erhalten vielfältige Möglichkeiten sich für soziale, politische oder öko-  
9 logische Zwecke einzusetzen und Gutes für unsere Gesellschaft zu tun. Diese Möglich-  
10 keit nutzen fast 100.000 Menschen in Deutschland. Die Bereitschaft, sich für ein kleines  
11 Taschengeld in vielen Fällen als vollwertige Arbeitskraft einzubringen, kann nicht genug  
12 wertgeschätzt werden.

13 Die freiwillige Arbeit im sozialen Bereich ist für den Staat unersetzlich. Die Beschäftigung  
14 von regulären Arbeitskräften anstelle der Freiwilligendienstleistenden wäre für den  
15 Staat und die Sozialverbände unbezahlbar. Vor diesem Hintergrund muss der Staat die-  
16 sen Menschen die verdiente Anerkennung aussprechen. Die kostenlose Nutzung von  
17 Bus und Bahn am Wochenende ist dafür ein geeignetes Mittel.

**V 2**

Antragsteller\*innen: UB Hildesheim

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Kommunales stationsgebundenes Mietfahrradsystem** 2 **in größeren Städten**

3 Wir fordern, dass in jeder größeren Kommune ein wirksames Mietfahrradsystem einge-  
4 richtet wird. Wünschenswert wäre ein stationsgebundenes System, das von einem ver-  
5 lässlichen, am besten kommunalen Betreiber betrieben wird. In den größeren Kommu-  
6 nen wäre ein solches System dringend notwendig und könnte guten Anklang finden.  
7 Dies wäre für Menschen, die sich kein Auto leisten können, die jeden Tag in Städte mit  
8 vielen Arbeitsstellen pendeln oder die die Umwelt durch ein nachhaltigeres Verkehrs-  
9 verhalten entlasten wollen, ein sehr nützliches Angebot.

### 10 **Begründung:**

11 Im Sommer kündigt sich Besuch an, man würde gerne zu zweit zu einem See oder in  
12 den Wald radeln, hat aber nur ein Fahrrad. Jeden Morgen steigt man in Laatzen um-  
13 ständlich mit seinem Mountainbike in den RE, um vom Hildesheimer Hauptbahnhof di-  
14 rekt zur Arbeitsstelle zu radeln. Man besichtigt Braunschweig/Emmerke/Salzgitter/eine  
15 Stadt des Leine Weser-Tals und würde vor dem Hostel gerne eine Mietfahrradsstation  
16 haben, um mobil zu sein und mehr als nur den Marktplatz zu sehen. Man ist neu in  
17 Emmerke und beantragt hier Asyl, wohnt aber nicht im Zentrum und benötigt für jeden  
18 Weg in die Stadt, aufs Amt oder zum Einkaufen unnötig viel Zeit.

19 Viele Bewohner\*Innen der größeren Kommunen, Besuchende oder Arbeitneh-  
20 mer\*Innen befinden sich in den beschriebenen Situationen. Ein stationsgebundenes  
21 Mietfahrradsystem, das an vielen wichtigen Orten der größeren Kommunen Stationen  
22 hat, steigert das Lebensgefühl der dort lebenden Bürger\*Innen und entlastet die Um-  
23 welt. Bei den meisten Anbietern lohnt sich die erste halbe Stunde Fahrt besonders, da  
24 sie kostenlos ist und die Miete für das jeweils entliehene Rad in Relation zur Entleihzeit  
25 steigt. Die Registrierung sollte der Betreiber ebenfalls erschwinglich gestalten.

26 In Hildesheim wurde im April 2018 das stationslose Fahrradvermietungssystem „Obike“  
27 mit Sitz in Singapur eingeführt, im Juli 2018 kündigte es aber Insolvenz an. Seitdem setzt  
28 es weder seine Fahrräder Instand, noch ist es in der Lage, den Nutzer\*Innen ihre hinter-  
29 legte Kautions zurückzuzahlen. Es gibt also in Hildesheim und in den größeren Kommu-  
30 nen zur Zeit kein funktionierendes System. Anders als in Hannover, wo es neben „Call a

31 bike“ der Deutschen Bahn und „Nextbike“ noch weitere Leihsysteme gibt, fordern wir ein  
32 einziges funktionierendes Fahrradleihsystem.

33 Vorbild eines funktionierenden Systems einer Großstadt könnte Oslo sein: Hier wurde  
34 sich zum Ziel gesetzt, bis 2018 den Autoverkehr in der Innenstadt völlig einzustellen;  
35 dafür wurden große Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und das Radwegenetz  
36 getätigt. Das Osloer Bikesharing-Angebot Oslo Bysykkel verfügt über 145 Stationen und  
37 1.600 Räder und wird von der Stadt und dem Außenwerbungsunternehmen Clear  
38 Channel Norway AS getragen.

39 Aber auch in deutschen Städten von der Größe Hildesheims, wie zum Beispiel in Tübin-  
40 gen oder Marburg (jeweils Anbieter „Nextbike“), gibt es gut funktionierende Mietfahr-  
41 radsysteme.

<b>V 3</b>	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Intelligentes Ticketing - Digitale Tickets im öffentli-**  
2 **chen Verkehr**

3 Wir fordern, dass die Betreiber von öffentlichem Verkehr sowie die Tarifverbände intelli-  
4 gente Tickets einführen, bei denen selbstständig der günstigste Ticketpreis berechnet  
5 wird. So soll es möglich sein, dass Fahrgäste sich keine Gedanken mehr darüber machen  
6 müssen ob sie das günstigste Ticket erworben haben. Die Tickets, die beim Ein- und  
7 Ausstieg registriert werden müssen, sollen selbstständig bei Pendlern auf Tages-, Wo-  
8 chen- oder Monatstickets hochrechnen, sodass es nicht möglich ist beim Kauf vieler Ein-  
9 zeltickets über den Preis eins Monatstickets zu kommen. Zudem wird dem Schwarzfah-  
10 ren durch die direkte Kontrolle beim Einstieg wirksam entgegengewirkt.

11 **Begründung:**

12 In vielen Städten der Welt gehört es bereits zum Standard, dass nur durch das Vorhalten  
13 einer Karte am Ein- und Ausstiegspunkt einer Fahrt mit dem ÖPNV automatisch der  
14 Fahrpreis berechnet wird. Die große australische Stadt Sidney ist nur ein Beispiel für  
15 eine Stadt mit einem solchen System. Nutzende müssen sich bei der Fahrt mit dem  
16 ÖPNV keine Gedanken mehr darüber machen ob sie nun häufig genug fahren um sich  
17 eine Monatskarte zu kaufen oder ob es doch lieber ein Jahresabonnement sein sollte.  
18 Das Ticketingsystem berechnet für die Fahrgäste immer den günstigsten Fahrpreis.

19 Unsere Systeme in Deutschland funktionieren durchweg andersherum. Der Fahrgast  
20 muss sich zuvor entscheiden wie häufig er mit dem ÖPNV fahren möchte und welche  
21 Karte sich dort lohnt. Einige Menschen verbringen jeden Monat einen Abend damit aus-  
22 zurechnen welches für den nächsten Monat die beste Alternative ist. Im Zeitalter der  
23 Digitalisierung sollte dies von einem System erledigt werden, dass diese Berechnungen  
24 schneller und effektiver durchführen kann und damit den Kundenservice verbessert.  
25 Stattdessen sind unsere Systeme auf die stabilen Bilanzen der betreibenden Unterneh-  
26 men ausgelegt, die über Abonnementskunden zuvor berechnen können wie sich der  
27 Umsatz entwickeln wird. Damit ist der Umsatz des Unternehmens ein Stück weit von  
28 dessen tatsächlicher Leistung abgekoppelt. Fahren die Busse und Bahnen nicht pünkt-  
29 lich, oder verschlechtert sich die Anbindung, so haben die Kunden nur sehr umständlich  
30 und mit zusätzlichen Kosten die Möglichkeit ihre Abos zu kündigen. Teils ist dies jedoch  
31 auch gar nicht möglich.

32 Das intelligente Ticketing soll sich mehr am Fahrgast als am Unternehmen orientieren.  
33 Ist die Leistung des ÖPNV-Betreibers schlecht, so haben Fahrgäste direkt die Möglichkeit  
34 darauf zu reagieren. Dies führt nicht nur zu einem gerechteren Ticketing, sondern auch  
35 zu einem zusätzlichen Druck auf die Unternehmen sich nicht auf dem Status-Quo auszu-  
36 ruhen.

37 Fast alle ÖPNV-Betreiber oder Tarifverbände liegen in öffentlicher Hand. Politiker\*innen  
38 sitzen dort in den Vorständen und Aufsichtsräten. Daher sollten gerade diese Unter-  
39 nehmen ihre Systeme dahingehend umstellen sich mehr auf den Fahrgast ausgerichtet  
40 zu sein.

41 Wir fordern daher das Ticketsystem der deutschen Tarifverbände zu reformieren um es  
42 gerechter, einfacher und transparenter zu machen. Lassen wir endlich die Fahrgäste mit  
43 den Füßen abstimmen ob sie mit dem Angebot des Nahverkehrs zufrieden sind um die-  
44 sen zu verbessern und für die Zukunft zu stärken.

**V 4**

Antragsteller\*innen: UB Hildesheim

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 **Landesweiter Tarifverbund - Dem Tarifjungle ein Ende**  
2 **setzen**

3 Wir fordern einen landesweiten Tarifverbund für den öffentlichen Personennahverkehr  
4 im Land Niedersachsen und angrenzenden Stadtstaaten.

5 **Begründung:**

6 Der öffentliche Personennahverkehr im Land Niedersachsen ist in viele verschiedene  
7 Tarifverbände aufgeteilt. Der GVH ist ein Tarifverbund, der den Raum Hannover um-  
8 fasst. Die Tarifverbände der Stadtstaaten Bremen und Hamburg reichen jeweils bis nach  
9 Niedersachsen hinein und neben weiteren Verbänden um große Städte gibt es noch  
10 kleinere Tarifverbände, verbundfreie Gebiete und den Niedersachsentarif, der im Nah-  
11 verkehr der Deutschen Bahn gilt. Insgesamt ist die Aufstellung der verschiedenen Tarif-  
12 verbände im Land Niedersachsen sehr unterschiedlich. Für unterfahrene Fahrgäste ist  
13 es daher nur nach genauerer Betrachtung möglich die unterschiedlichen Tarifmodelle  
14 im Land zu verstehen.

15 Dieses differenzierte und ungleiche Tarifangebot soll durch einen landesweiten Tarif-  
16 verbund vereinheitlicht und vereinfacht werden. Für Fahrgäste soll es so einfacher und  
17 günstiger sein die gewünschten Tickets zu buchen.

18 Ein landesweiter Tarifverbund kann zudem den öffentlichen Personennahverkehr im  
19 ländlichen Raum unterstützen. Die profitablen dicht besiedelten Gebieten können durch  
20 den Verbund den öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum stärken, da sich dort alleine  
21 kaum wirtschaftliche und gleichzeitig attraktive Angebote realisieren lassen.

22 Immer mehr Menschen legen längere Wege zu ihrem Arbeitsplatz zurück. Die Zahl der  
23 Pendler\*innen ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Durch die längeren Wege  
24 kommt es auch immer mehr dazu, dass einzelne auf ihrem Arbeitsweg den Tarifverbund  
25 wechseln oder aus einem Gebiet ohne Verbund in einen Tarifverbund einfahren. Fast  
26 alle Tarifverbände in Niedersachsen bieten für Pendler\*innen attraktive Tickets an, die  
27 teils von den Arbeitgebenden subventioniert werden. Diese Tickets sind jedoch nur für  
28 Menschen innerhalb eines Verbunds oder nur innerhalb bestimmter Teile eines Ver-  
29 bunds buchbar. Alle anderen müssten dann zwei Tickets buchen oder auf die Subventi-  
30 on des Arbeitgebenden verzichten.

31 So ist es beispielhaft im Hannoveraner GVH möglich für die Zonen eins bis vier ein so  
32 genanntes „Job-Ticket“ zu buchen, dass günstiger ist als das reguläre Ticket und zudem  
33 vom Arbeitgebenden subventioniert werden kann. Für Menschen die in den Zonen fünf  
34 bis sieben wohnen ist dies nicht möglich obwohl sie ein Ticket desselben Tarifverbundes  
35 erwerben.

36 Das Beispiel soll verdeutlichen in welcher Form ein landesweiter Tarifverbund vor allem  
37 auch für Arbeitnehmende mit einem langen Arbeitsweg einen deutlichen Vorteil bieten  
38 kann. In einem landesweiten Verbund würden diese Grenzen, zumindest innerhalb Nie-  
39 dersachsens, aufgebrochen und ein einheitliches System geschaffen. So wird der ÖPNV  
40 vor allem für täglich fahrende attraktiver und verursacht gleichzeitig für Gelegenheits-  
41 fahrer\*innen keine Nachteile.

42 Ein landesweiter Tarifverbund im öffentlichen Personennahverkehr ist natürlich nur der  
43 Anfang einer solchen Struktur. Langfristiges Ziel der Politik sollte es sein mit noch größe-  
44 ren Verbänden auch die Landesgrenzen zu überwinden.

<b>V 5</b>	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Ohne Titel**

2 Wir beschließen, dass sich die Arbeitgeber von Beamt\*innen und Beschäftigten des  
3 Öffentlichen Dienstes (Kommunen, Kreis, Land, Bund ) dafür einsetzen, dass Ihre Arbeit-  
4 nehmer\*innen den Öffentlichen Nahverkehr in Ihrem Bereich kostenlos nutzen dürfen.

### 5 **Begründung:**

6 In Zeiten des Fachkräftemangels kann der Staat und seine Institutionen mit der Einfüh-  
7 rung eines Tickets für die kostenlosen Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs für seine  
8 Angestellt\*innen den Öffentlichen Dienst auch für die Zukünftige Generationen noch als  
9 moderner, zuverlässiger, familienfreundlicher und zukunftsweisend gestalten.

10 Gerade in Anbetracht der anspruchsvollen Tätigkeit wäre die Einführung eines solchen  
11 Tickets ein Zeichen der Anerkennung für die hohen Leistungsbereitschaft der Mitarbei-  
12 ter\*innen.

13 Das Bundesland Hessen ermöglicht seinen Angestellt\*innen und Beamt\*innen bereits  
14 heute die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Das Bundesland geht da-  
15 mit voran und beweist, dass mit einer solchen Möglichkeit Ökologie und Ökonomie  
16 sinnvoll in Einklang gebracht werden können, ohne dabei die Schuldenbremse und die

17 Verpflichtung zum verantwortungsbewussten Haushalten aus den Augen zu verlieren.  
18 Auch in Anbetracht einer angestrebten Verkehrswende, muss ein Weg gefunden werden  
19 - weg vom Individualverkehr hin zu mehr und besserem öffentlichen Nahverkehr, dabei  
20 sollte der Staat als Vorbild für die private Wirtschaft dienen.

<b>V 6</b>	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Sinnvollere Drogenpolitik**

2 Wir beschließen, dass der §14 Abs. 1 der „Verordnung über die Zulassung von Personen  
3 im Straßenverkehr“ verändert werden soll.

4 Hierbei soll §14 Abs. 1 S. 2+3 ersatzlos gestrichen werden soll.

5 Die Beibringung eines ärztlichen Gutachtens kann angeordnet werden, wenn der Be-  
6 troffene Betäubungsmittel im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes widerrechtlich be-  
7 sitzt oder besessen hat. Die Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens  
8 kann angeordnet werden, wenn gelegentliche Einnahme von Cannabis vorliegt und wei-  
9 tere Tatsachen Zweifel an der Eignung begründen.

10 In §14 Abs.1 S.1 Nr. 2+3 soll eingefügt werden, dass die Einnahme der Betäubungsmittel  
11 oder Medikamente einen Bezug zur Teilnahme am Straßenverkehr haben muss.

12 [...] wenn Tatsachen die Annahme begründen, dass

13 1.

14 Abhängigkeit von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes in der  
15 Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 358), das zuletzt durch Arti-  
16 kel 1 der Verordnung vom 11. Mai 2011 (BGBl. I S. 821) geändert worden ist, in der je-  
17 weils geltenden Fassung oder von anderen psychoaktiv wirkenden Stoffen,

18 2.

19 Einnahme von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes im Straßen-  
20 verkehr oder

21 3.

22 missbräuchliche Einnahme von psychoaktiv wirkenden Arzneimitteln oder anderen  
23 psychoaktiv wirkenden Stoffen im Straßenverkehr

24 vorliegt

25 **Begründung:**

26 §14 Abs. 1 regelt wann einem Führerscheinbesitzer ein ärztliches Gutachten aufge-  
27 drückt wird, nämlich in Fällen in denen ein Drogenkonsum nachgewiesen werden kann,  
28 unabhängig ob man gefahren ist oder nicht.

29 Es ist aber so, dass gar keine Teilnahme am Straßenverkehr gegeben sein muss. Allein  
30 der Besitz von Betäubungsmitteln, egal in welcher Menge oder Art, sorgt dafür, dass  
31 einem ein ärztliches Gutachten und dann danach eine MPU aufgedrückt werden kann.

32 In einer aufgeklärten Welt sollte es gesetzlich möglich sein, dass bei strikter Trennung  
33 von Konsum und der Teilnahme am Straßenverkehr der Besitz der Fahrerlaubnis weiter  
34 möglich sein kann.

35 Hier wird nicht davon geredet das Verbot abzuschaffen berauscht einen Wagen zu fah-  
36 ren und wo möglich andere zu Gefährden oder im schlimmsten Fall zu Töten.

37 Es geht vielmehr darum den Menschen die bewusst mit Betäubungsmitteln umgehen  
38 und sich niemals unter Einfluss von Betäubungsmitteln ans Steuer setzen eine doppelte  
39 Bestrafung aus dem Weg zu räumen

40 Wenn man z.B. in entspannter Atmosphäre auf einem Festival einen Joint raucht, aber  
41 man leider die Tüte mit der falschen Person teilen wollte und diese zufälligerweise ein  
42 ziviler Staatsschützer ist, dann tja, Pech gehabt. Dann ist der Führerschein weg UND na-  
43 türlich kommt eine Anzeige wegen Besitzes von Betäubungsmitteln noch oben drauf mit  
44 Geldstrafen etc. Warum wird man doppelt bestraft?

45 Da ist es egal ob man mit der Bahn anreißt und die ganze Woche nicht mehr Auto fährt,  
46 da man z.B. die Nachweißzeiten der Substanzen extra kennt um auszuschließen unter  
47 Einfluss zu fahren.

48 Eine solche doppelte Restriktion des Staates seiner Bürger gegenüber ist nicht mehr  
49 zeitgemäß und illiberal.

50 Gegner einer Lockerung könnten jetzt zwar schreien, dass bei einer solchen Regelung  
51 Anreize zum Konsum geschaffen werden würde. Dem ist jedoch entgegen zu halten,  
52 dass am BtmG nichts geändert wird und ein Verbot des Besitzes von Betäubungsmitteln  
53 doch trotzdem besteht und auch Menschen, die unter Einfluss fahren trotzdem und  
54 richtigerweise zur MPU müssen.

55 Wenn man schon nicht das BtmG revolutionieren kann, dann schaffen wir doch wenigst-  
56 tens eine sinnvollere Führerscheinregelung!

<b>V 7</b>	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **WLAN im ÖPNV**

2 Forderung:

3 Der Ausbau bzw. die Errichtung von WLAN im ÖPNV.

4 **Begründung:**

5 Vandalismus, Verschmutzung und Pöbeleien. Alltag in ÖPNV, vor allem im Bus sind die-  
 6 se-Problematiken bekannt. Die Wände sind beschmiert, Sitzpolster angekokelt oder zer-  
 7 schnitten und Jugendliche Pöbeln Mitfahrerinnen und Mitfahrer an. All dies macht den  
 8 ÖPNV unattraktiv und ablehnenswert.

9 Wir sehen es als Ziel an ÖPNV besser zu machen und auszuweiten, denn ÖPNV ist ein  
 10 umweltfreundlicher, infrastrukturell entlastender und für vor allem junge und alte Men-  
 11 schen ein notwendiger Dienst. WLAN im ÖPNV würde einerseits den ÖPNV attraktiver  
 12 machen und somit eher Zustimmung und auch Annahme gewinnen. Gleichzeitig würden  
 13 auch Problematiken, wie sie zu Beginn aufgeführt worden sind zum Teil wegfallen oder  
 14 nachlassen, dies zeigen viele Erfolgsgeschichten, in denen der Vandalismus Schaden von  
 15 mehreren tausend Euro auf ein paar hundert Euro innerhalb von ein paar Monaten  
 16 sank. Weiterhin kann man das kostenfrei zur Verfügung gestellte WLAN dazu nutzen um  
 17 direkt eine Bewertung der Busfahrt oder der Straßenbahnfahrt einzufangen, um den  
 18 ÖPNV besser zu machen. Alles in allem ist die kostenlose Bereitstellung von ÖPNV in  
 19 öffentlichen Räumen ein richtiger und notwendiger Schritt in die digitalisierte Zukunft.

<b>V 8</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Schienerausbau priorisieren!**

2 Wir fordern, Investitionen in den Aus- und Neubau der Bahninfrastruktur zu priorisieren.  
 3 Dabei sollen vor allem Finanzmittel von Straßenbauprojekten eingesetzt werden. Die  
 4 beschlossenen Erhöhungen im letzten Bundesverkehrswegeplan halten wir nicht für

5 ausreichend. Zudem meldet die Deutsche Bahn selbst weiteren Bedarf an finanziellen  
6 Mitteln an, damit die Pünktlichkeit und Taktung im Bahnverkehr gewährleistet und aus-  
7 gebaut werden kann. Die Mittel für die Bahninfrastruktur im Bundesverkehrswegeplan  
8 sollen mindestens auf das Niveau gehoben werden, die aktuell für den Straßenbau vor-  
9 gesehen sind.

10 **Begründung:**

11 Infrastrukturelle Maßnahmen sind langfristige Investitionen, die dementsprechend auch  
12 langfristige Folgen und Auswirkungen haben. Zudem stehen wir vor der Aufgabe, die  
13 Emissionen im Verkehr zu verringern (Pariser Klimaabkommen), verstopfte Innenstädte  
14 zu entlasten und dem immer größeren Bedürfnis nach Mobilität der Menschen im 21.  
15 Jahrhundert nachzukommen. Der personelle Individualverkehr sowie der massenhafte  
16 Güterverkehr auf der Straße können da keine Antworten sein.

17 Deshalb ist es wichtig, jetzt die Weichen für eine mobile, möglichst klimaneutrale und in  
18 der Breite aufgestellte Zukunft der Mobilität zu stellen. Der Bundesverkehrswegeplan  
19 sieht in dem Zeitraum von 2016 - 2030 Investitionen in Höhe von ca. 270 Milliarden Euro  
20 vor. Ca. 50% dieser Mittel fließen in den Aus- und Neubau von Straßen, ca. 42% sind für  
21 den Bereich Schieneninfrastruktur vorgesehen. Investitionsbedarf besteht selbstver-  
22 ständlich auch im Bereich der Straßeninfrastruktur. Doch um die Mobilität der Zukunft  
23 zu gestalten, muss der Anteil der Gelder für Projekte rund um die Schiene deutlich er-  
24 höht werden. Durch die Einspeisung von erneuerbaren Energien in das Netz der Deut-  
25 schen Bahn, dem Umstieg von immer mehr Menschen vom Auto auf die Schiene oder  
26 auf die örtlichen ÖPNV-Angebote sowie das durch die höhere Nutzungsfrequenz breitere  
27 und verlässlichere Angebot können die drei oben skizzierten Aufgaben erfüllen.

<b>V 9</b>	Antragsteller*innen:	UB Verden
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Erlösung für unsere Straßen und Feen**

2 Wir fordern, dass wir unseren geforderten Umbruch in der Politik auch endlich auf den  
3 Straßenbau übertragen. Alle unsere, Straßen sollen auf Feen-Felder und deren Schwin-  
4 gungen überprüft und neu gebaut werden, wenn sie durch Feen-Felder verlaufen. Auch  
5 fordern wir den Beruf als Feen-Feld-Überprüfer\*in als anerkannten Ausbildungsberuf  
6 einzuführen.

7 **Begründung** (nächste Seite):

8 Feen sind (offensichtlich) kleine, niedliche und für uns äußerst wichtige Lebewesen. Sie  
9 gelten als glücksbringend und als wichtige Unterstützer\*innen für gute Seelen der Men-  
10 schen und helfen uns, wenn wir sie nicht stören, unser Karma positiv weiterzuentwi-  
11 ckeln. Dieser Antrag hilft also auch im Hinblick auf den rauerer Umgang in unserer Ge-  
12 sellschaft und gegen den vielen Hass gegen Menschen. Da wir täglich solche Straßen  
13 benutzen, ohne viel darüber nachzudenken, ist es kein Wunder, wenn wir jeden Tag die  
14 schlechten Schwingungen übernehmen. Somit lässt sich durch die einfache Änderung  
15 des Straßenbaus unsere Gesellschaft retten.

16 Aufgrund der Macht, die die Feen über unser Karma haben, ist es auch nicht schwer zu  
17 erkennen, dass Politiker\*innen, die für den Straßenbau verantwortlich sind, als beson-  
18 ders inkompetent in der Gesellschaft gesehen werden. So zum Beispiel der Bundesmi-  
19 nister für Verkehr, Herr Scheuer. Da wir an einer guten Anerkennung von Politi-  
20 ker\*innen interessiert sind, sollten wir dem armen Mann helfen und ihn auf das gravie-  
21 rende Problem der Feen-Felder und deren Macht über unsere Seelen und Karmas auf-  
22 merksam machen.

23 Der Lebensraum der Feen sollte ein höherer Stellenwert zugemessen werden, als der  
24 Ausbau unserer Infrastruktur. Durch den Bau von Straßen sind besonders ihre Lebens-  
25 räume betroffen und bedroht. Sie sind besonders schützenswerte Lebewesen, deren  
26 Lebensraum wir mit unserer Lebensweise beschränken und zerstören. Dies ist ein ewi-  
27 ger Kreislauf ist und sich immer mehr auf die Feen und auch auf uns Menschen über-  
28 trägt, da wir einem klarem Abhängigkeitsverhältnis leben.

29 Die Sicherheit der Bürger\*innen wird durch den aktuellen Straßenbau sehr stark ge-  
30 gefährdet, sie wird alleine schon dadurch verbessert, dass bei der Berücksichtigung der  
31 Interessen von Feen keine negativen Mächte mehr auf uns menschliche Bürger\*innen  
32 wirken werden. Um solche Feen-Felder überhaupt erkennen zu können, muss der Beruf  
33 als Feen-Feld Überprüfer\*in als anerkannter Ausbildungsberuf eingeführt werden. Be-  
34 vor neue Straßen gebaut werden ist es wichtig, dass diese Abschnitte überprüft werden.

35 Viele Beispiele aus Irland zeigen, dass das Fällen der „Fairy-Bäume“ Unglück bringt.  
36 Menschen, die diese gefällt hatten, erlitten beim Transportieren der abgeholzten Bäu-  
37 me, Unfälle. Aber auch auf den Straßenabschnitten auf denen die natürlichen Feen-  
38 Felder gestört wurden, passieren auffallend viele Unfälle. Besonders negative Schwin-  
39 gungen gibt es unserer Recherche nach in Lüneburg, wo es in Niedersachsen die meis-  
40 ten Getöteten durch Verkehrsunfälle gibt. Nun ist es also auch sehr wichtig, dass wir das  
41 an die Öffentlichkeit und an die SPD tragen, damit schnellstmöglich eine Veränderung  
42 der aktuellen Straßenbau-Politik stattfindet.

43 Allein wegen der Sicherheit aller Menschen, der Rettung der Gesellschaft und unserer  
44 seelischen Abhängigkeit ist es besonders wichtig, dass diesem Antrag zugestimmt wird,

45 denn wir wollen uns schließlich nicht für schlechte Karmas, Seelen und Autounfälle ver-  
46 antworten, wenn wir das wahre Problem schon erkannt haben.

<b>V IO</b>	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Verkehrswende jetzt!**

2 Die weiter steigenden Emissionen im Verkehrssektor belegen: Deutschland investiert  
3 nicht genug in umweltschonende Verkehrs- & Transportmittel. Der aktuelle Bundesver-  
4 kehrswegeplan von 2016 zementiert diesen Umstand, da weiterhin der größte Teil der  
5 Investitionen in den Straßenverkehr fließt und die Schiene lediglich einen Anteil von 41%  
6 am Gesamtvolumen erhält. Angesichts der nationalen und europäischen Klimaziele so-  
7 wie den politischen Statements, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern, eine wider-  
8 sinnige Verkehrspolitik.

9 Wir brauchen eine ernst gemeinte Verkehrswende, mit entsprechenden Planungen und  
10 Investitionen. Dabei kommt der Schiene, im Nah-, Güter- und Fernverkehr eine beson-  
11 dere Rolle zu.

## 12 **Schienepersonennahverkehrs (SPNV)**

13 Im Rahmen der Bahnreform trat 1994 das Regionalisierungsgesetz in Kraft, das die Ver-  
14 antwortung für den SPNV schließlich 1996 vom Bund auf die Länder übertrug. In Nah-  
15 verkehrsgesetzen wurde die Organisation in den einzelnen Bundesländern geregelt.  
16 Einige Bundesländer übernahmen die Bestellung des SPNV selber, in manchen wurden  
17 Kommunen und Zweckverbände mit der Bestellung der Verkehrsleistungen beauftragt.  
18 In Niedersachsen wurden für die Großräume Hannover und Braunschweig Kommunal-  
19 verbände gegründet, für das übrige Land wurde die Landeseisenbahngesellschaft LNVG  
20 eingerichtet.

21 Die Bundesländer erhalten vom Bund jedes Jahr sogenannte Regionalisierungsmittel,  
22 die sie für die Bestellung des SPNV verwenden. Diese Finanzmittel werden nach einem  
23 festgelegten Schlüssel unter den Bundesländern aufgeteilt. Der Großteil der Regionali-  
24 sierungsmittel wird für die Begleichung der Bestellerentgelte im SPNV verwendet. Der  
25 Restbetrag steht den Bundesländern für Schienen-Infrastrukturmaßnahmen, Bestellung  
26 von Mehrverkehr oder für den allgemeinen ÖPNV (d.h. Busverkehr) zur Verfügung. **Wir**  
27 **fordern unter dem Gesichtspunkt steigender Verkehrsleistungen, auch nach be-**  
28 **reits erfolgten Erhöhungen, eine weitere Aufstockung der Mittel.**

29 **Steigende Trassenpreise, Entgelte an DB Station & Service und wachsende Auf-**  
30 **wände für Energie machen eine kontinuierliche Erhöhung der Regionalisierungs-**  
31 **mittel notwendig. Dem kann nur mit einer Reduktion der Trassennutzungsgebüh-**  
32 **ren durch Neuregelungen der Infrastrukturfinanzierung entgegengewirkt werden.**

33 Die Aufgabenträger schreiben die zu erbringenden Leistungen europaweit aus und be-  
34 auftragen anschließend Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) wie die DB Regio und  
35 andere private EVU wie die Westfalenbahn oder Metronom mit der Erbringung des  
36 Schienenpersonennahverkehrs. Neben der Verkehrsleistung werden auch bestimmte  
37 Qualitätsmerkmale definiert, deren Erfüllung über Bonus-Malus-Vereinbarungen sicher-  
38 gestellt wird. Für die zu erbringende Leistung erhält das EVU vom Aufgabenträger ein  
39 Entgelt. Je nach Vertragsgestaltung behält das EVU die Fahrgeldeinnahmen (Nettover-  
40 trag) oder reicht sie an die Aufgabenträger weiter (Bruttovertrag). Da **Bruttoverträge**  
41 **den Vorteil haben, dass der Aufgabenträger bei steigenden Fahrgeldeinnahmen**  
42 **u.U. Leistungen nachbestellen kann, sollte dies die bevorzugte Variante eines Ver-**  
43 **kehrsvertrags sein.**

44 **Durch die unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern gibt es sehr viele**  
45 **Aufgabenträger, die regions- und bundeslandübergreifend kooperieren müssen.**  
46 Beispielsweise waren an der Ausschreibung des Elektronetz Niedersachsen-Ost (ENNO)  
47 drei Aufgabenträger beteiligt.

48 Für die Festschreibung von Sitzplatzkapazitäten und die geplante Ausstattung der Fahr-  
49 zeuge müssen vorab qualitativ hochwertige Verkehrserhebungen und -prognosen  
50 durchgeführt werden. Fehler in der Fahrgastprognose senken die Qualität für viele Jahre  
51 drastisch, so führen zu wenige Türen zu längeren Fahrgastwechselzeiten, die wiederum  
52 Verspätungen und damit eine niedrigere Betriebsqualität bedeuten. **Die Sitzplatzkapa-**  
53 **zitäten sollten flächendeckend ausgeweitet werden, außerdem muss es größere**  
54 **Mehrzweckbereiche geben, um eine größere Anzahl von Fahrrädern und Rollstüh-**  
55 **len transportieren zu können.** Da aufgrund von Zulassungsproblemen und häufigen  
56 „Kinderkrankheiten“ neue Fahrzeuge nicht immer zu Beginn des Verkehrsvertrages in  
57 ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen und es in Deutschland keinen  
58 Markt für gebrauchte Schienenfahrzeuge gibt, versuchen einige Aufgabenträger dieser  
59 Entwicklung mit Fahrzeugpools, einer Wiedenzulassungsgarantie im nächsten Aus-  
60 schreibzeitraum oder der Bestellung standardisierter Fahrzeuge entgegenzuwirken.  
61 **Ebenso sollten sich die Aufgabenträger für den im SPNV-Markt angestrebten Flä-**  
62 **chentarifvertrag für ArbeitnehmerInnen stark machen und dies in die Ausschrei-**  
63 **bungen mitaufnehmen.** Die Übernahme der MitarbeiterInnen zu gleichen Konditionen  
64 ist bei Ausschreibungen in Europa, mit Ausnahme von Deutschland, üblich.

65 **Schienenpersonenfernverkehr (SPFV)**

66 Im Gegensatz zum SPNV wird der Schienenpersonenfernverkehr heute eigenwirtschaftlich  
67 erbracht. Bei einem Marktanteil von 99,9 % hat die Deutsche Bahn mit ihrer Tochtergesellschaft DB Fernverkehr eine Monopolstellung, die dazu führt, dass sich die Deutsche Bahn grundsätzlich die Strecken aussuchen kann, auf der sie Fernverkehr anbietet.  
68 Auf diesen kommt es dann oft zu unregelmäßigen Angeboten, das heißt Taktlücken, eingeschränkten Verkehrstagen oder verkürzten Zügen. Die im Grundgesetz verankerte  
69 Daseinsvorsorge vernachlässigt der Bund an dieser Stelle bis heute. Viele große Städte wie Krefeld und Chemnitz hat die Deutsche Bahn in der Vergangenheit vom Fernverkehr  
70 abgehängt.  
71

72 Konkurrenten der Deutschen Bahn haben es schwer als Wettbewerber in den Fernverkehrsmarkt einzusteigen, da es hohe Eintrittsbarrieren gibt: ein eingeschränkter Zugang  
73 zum Schienennetz, hohe Trassen- und Stationsentgelte, aber auch die Publikation der angebotenen Verkehre, der Fahrkartenvertrieb und sonstige tarifliche Schwierigkeiten  
74 wie die Anerkennung von Bahncards. Das Beispiel des Hamburg-Köln-Express (HKX) zeigt die Bedeutung der tariflichen Integration: seit der HKX den C-Tarif der Bahn anerkennt,  
75 sind die Fahrgastzahlen deutlich gestiegen.  
76

77 Trotz der geplanten Fernverkehrsoffensive, den Fernverkehr also wieder stärker in die Fläche zu tragen, **muss der Bund seine Infrastruktur unabhängig von den Interessen einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen planen.** Ähnlich der Strategie „Bahn  
78 2000“ in der Schweiz, die der Bund und die Eisenbahninfrastruktur- und -verkehrsunternehmen gemeinsam entwickelt haben und dabei die KundInnen im Mittelpunkt sahen,  
79 müssen wir die deutsche Verkehrsplanung weiterentwickeln. Dazu gehört, einen **kundenorientierten Fernverkehrsplan zu entwickeln, der ein gesetzlich vorgeschriebenes Mindestangebot im SPFV enthält.**  
80  
81

82 Um ferner die Akzeptanz des Schienenfernverkehrs zu erhöhen, ist es notwendig, die **Mehrwertsteuer auch für den Fernverkehr** von 19% auf 7% zu senken und somit die  
83 Auslastung der Züge zu verbessern.  
84

### 93 **Grenzüberschreitender Schienenverkehr**

94 In Europa existieren viele historisch gewachsene nationale Bahnsysteme, die sich in der Spurweite, dem Lichtraumprofil, dem Stromsystem oder den Zugbeeinflussungs- & Sicherungssystemen unterscheiden und damit einen grenzüberschreitenden Bahnverkehr behindern. So ist bei internationalen Zügen meistens ein Lokwechsel im jeweiligen  
95 Grenzbahnhof nötig, in besonders schwierigen Fällen müssen Fahrgäste umsteigen oder Güter umgeladen werden. Aufwändige nationale Zulassungsverfahren erschweren die  
96 Verwendung von Mehrsystemfahrzeugen, die auf verschiedenen Bahnnetzen verkehren können. Nicht abgestimmte technische Systeme, bspw. optisch ähnliche Signalbegriffe mit national vollkommen unterschiedlicher Bedeutung oder eine nicht identische Be-  
97  
98  
99  
100  
101  
102

103 messung von Bremswegen, tragen dazu bei, dass grenzüberschreitender Schienenver-  
104 kehr ineffizient und teuer ist und darüber hinaus ein Sicherheitsrisiko darstellt.

105 Durch die Umsetzung des europäischen Binnenmarktes und der wachsenden wirtschaft-  
106 lichen Verbindungen sind das Transportaufkommen und die Wettbewerbsintensität im  
107 grenzüberschreitenden Verkehr in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.  
108 Heute ist annähernd die Hälfte des europäischen Schienengüterverkehrs (SGV) dem  
109 grenzüberschreitenden Verkehr zuzuordnen. Durch die Globalisierung wird eine weitere  
110 Konzentration des SGV auf langlaufende nationale und internationale Verbindungen  
111 prognostiziert, was im Grunde auch dem Systemvorteil schienengebundenem Verkehrs  
112 entspricht. Jedoch offenbart sich hier, wie sehr der Schienenverkehr im Vergleich zu an-  
113 deren Verkehrsträgern benachteiligt wird. Insbesondere die Qualität des SGV kann im-  
114 mer weniger mit dem Straßengüterverkehr mithalten. Durchschnittliche (Fahrplan-  
115 )Transportgeschwindigkeiten von unter 20 Stundenkilometern, durch Grenzaufenthalte  
116 induzierte Verspätungen, mangelnde zeitliche Flexibilität, sowie unklare Zuständigkeiten  
117 führten dazu, dass der Verkehrsleistungsanteil des SGV am gesamten Gütergrenzver-  
118 kehr in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist.

119 Die Europäische Union hat sich daher bereits in den 1980er Jahren das Ziel gesetzt, we-  
120 sentliche Elemente des europäischen Schienenverkehrs zu vereinheitlichen. Das ele-  
121 mentare Ziel der europäischen Politik zur Schaffung eines einheitlichen europäischen  
122 Schienenverkehrsmarktes ist, zwischen den nationalstaatlichen Netzen für Interoperabi-  
123 lität zu sorgen. Also einer Verknüpfungsqualität, die einen nahtlosen Übergang an den  
124 Schnittstellen ermöglicht. Um dies zu erreichen, wurden die TSI (Technischen Spezifika-  
125 tionen für die Interoperabilität) eingeführt, mit deren Hilfe grundlegende Anforderungen  
126 an die Fahrzeuge und die Infrastruktur festgelegt werden. Des Weiteren wurden um-  
127 fangreiche Richtlinien-Pakete verabschiedet, welche die rechtliche Basis für einen freien  
128 Netzzugang schufen (Marktöffnung, intramodaler Wettbewerb) und die Eisenbahnsi-  
129 cherheit erhöhten.

130 Einen Schwerpunkt der von der EU geförderten Forschungen bildet die Entwicklung des  
131 europäischen Betriebsleit- und Informationssystems ERTMS (European Rail Traffic Ma-  
132 nagement System), dessen Bestandteil **ETCS (European Train Control System)** als eu-  
133 ropäischer Nachfolger der nationalen Signalsysteme etabliert werden soll. **Dieses muss**  
134 **rasch flächendeckend installiert werden.**

135 Die Bilanz dieser Bemühungen ist jedoch ernüchternd, wichtige (Güter-)Transitländer  
136 wie Deutschland haben ihre grenzüberschreitenden Verbindungen trotz steigendem  
137 Verkehrsaufkommens nur marginal ausgebaut. Die bisherigen Investitionen haben  
138 kaum mehr als den Erhalt der bisherigen Infrastruktur ermöglicht. Dabei ist das Potenzi-  
139 al der Schiene bei weitem noch nicht ausgeschöpft und muss mittels **erhöhter Investi-**  
140 **tionen und Planungskapazitäten** gehoben werden. Neben den bestehenden Strecken

141 brauchen wir ferner **mehr grenzüberschreitende Strecken**, um etwa dem Flugverkehr  
142 Marktanteile abzunehmen.

### 143 Integraler Taktfahrplan im Schienenverkehr

144 Um den Schienenverkehr grundlegend zu verbessern, bedarf es einer **anderen Pla-**  
145 **nungsphilosophie wie bisher**. Wurde Infrastruktur aus- oder neugebaut, so wurde erst  
146 anschließend versucht, auf dieser bereits gebauten Infrastruktur einen Fahrplan zu kon-  
147 struieren.

148 Am Beispiel Schweiz zeigt sich, dass es deutlich mehr Sinn macht, vom gewünschten  
149 Ergebnis aus zu planen. Man muss sich also Gedanken machen, welche Reisezeit man  
150 zwischen zwei Knotenbahnhöfen erreichen muss, um an beiden Bahnhöfen optimale  
151 Anschlüsse zu generieren.

152 Dieses Konzept nennt man Integraler Taktfahrplan. Dabei erreichen die Züge etwa  
153 gleichzeitig einen Knotenbahnhof in regelmäßigem Takt und bieten dort innerhalb eines  
154 kurzen Zeitfensters von 5-15 Minuten Anschlüsse in alle Richtungen bevor sie diesen  
155 wieder verlassen.

156 Die deutsche Bundesregierung hat 2017 eine Studie veröffentlicht, die einen deutsch-  
157 landweiten integralen Taktfahrplan („Deutschland-Takt“) grundsätzlich für machbar hält.  
158 Im Koalitionsvertrag der aktuellen, im März 2018 gebildeten Bundesregierung heißt es:  
159 „Wir werden die Umsetzung des Deutschlandtakts vorantreiben. Die dafür vorgesehe-  
160 nen Aus- und Neubaumaßnahmen wollen wir bevorzugt realisieren. Unser Ziel ist, ver-  
161 takteten Fernverkehr auf der Schiene deutlich zu stärken, das beinhaltet auch eine Aus-  
162 weitung des Angebots auf größere Städte und Regionen, so dass mehr Menschen von  
163 Direktverbindungen im Fernverkehr profitieren.“

164 Eine einseitige Betrachtung des Fernverkehrs darf es nicht geben, nur **durch eine inte-**  
165 **grierte Betrachtung von Nah-, Güter- und Fernverkehr lässt sich ein sinnvoller**  
166 **Taktfahrplan erreichen.**

### 167 Nachhaltiger Infrastrukturausbau

168 Ein wesentliches Ziel von Nachhaltigkeit ist die **Reduzierung des Flächenverbrauchs**.  
169 Während für Straßen viel Platz benötigt wird, kommen Bahnstrecken oft mit deutlich  
170 weniger Fläche aus. Unser Ziel sind mehr Bahnstrecken, die entsprechend dem In-  
171 tegralen Taktfahrplan ausgebaut werden. Der Tunneleinsturz bei Rastatt im August 2017  
172 hat eindrücklich gezeigt, welche großen Probleme fehlende Ausweichstrecken verursa-  
173 chen. Deshalb müssen diese in künftigen Bundesverkehrswegeplänen bzw. Kosten-  
174 Nutzen-Untersuchungen berücksichtigt werden.

175 Mit Blick auf die Zukunft wird die Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe deutlich sinken, des-  
176 halb benötigen wir vor allem **mehr elektrisch befahrbare Bahnstrecken**. Der aktuelle  
177 Elektrifizierungsgrad liegt in Deutschland lediglich bei gerade einmal 60%, die restlichen

178 Strecken werden fast ausnahmslos mit Dieselloks und -triebwagen befahren. Effektive  
179 Baumaßnahmen erfordern eine **Beschleunigung der bisweilen langwierigen Pla-**  
180 **nungs- und Bauphasen von Infrastrukturprojekten.** Bei diesen ist im weiteren Ver-  
181 lauf darauf zu achten, dass auch **infrastruktureitig größere Kapazitäten** eingeplant  
182 werden. Vielerorts sind mehr Gleise und vor allem längere Bahnsteige notwendig. Damit  
183 ein großer Ausbau des deutschen Bahnnetzes gelingen kann, muss der bisherige Spar-  
184 zwang und die Investitionszurückhaltung aufgegeben werden. **Die Verstaatlichung des**  
185 **deutschen Bahnnetzes ist ein wichtiger Beitrag, um eine angemessene und um-**  
186 **weltschonende Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten.**

187 Ebenso wichtig ist für uns, die **Privatisierung von Autobahnen zu vermeiden**, da dies  
188 lediglich zu steigenden Kosten für die Allgemeinheit führt, wie uns bereits einige Beispie-  
189 le gelehrt haben. Auch hier kommt es darauf an, die Mittel möglichst effektiv einzuset-  
190 zen und im Vorfeld den **Planungs- und Genehmigungsaufwand zu reduzieren.**

### 191 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

192 Vor allem in größeren Städten ist der ÖPNV unverzichtbar geworden. Regionalzüge,  
193 Straßenbahnen, Busse und U-Bahnen können dort ihren Systemvorteil als Massen-  
194 transportmittel voll entfalten. In **dichtem Takt verkehrende und gut miteinander**  
195 **vernetzte Verkehrsmittel** bilden eine echte Alternative zum motorisierten Individual-  
196 verkehr.

197 Aber auch in weniger dicht besiedelten Gegenden ist der ÖPNV eine ernstzunehmende  
198 Alternative, sofern gewisse Kriterien erfüllt sind. Gerade in Tagesrandzeiten unterliegt  
199 man einem subjektiven Gefühl der Unsicherheit, mangelnde Anschlüsse, fehlende Be-  
200 leuchtungen und verlassene Haltestellen tragen dazu bei. Der Staat muss hier seiner  
201 Aufgabe der Daseinsvorsorge nachkommen und Mobilität für alle gewährleisten. **Ein**  
202 **dichter Takt, ausgeweitete Betriebszeiten, mehr Kundenservice mit Ansprech-**  
203 **partnern vor Ort, gute Beleuchtung, sichere Anschlüsse, mehr Direktverbindun-**  
204 **gen und sauberen Haltestellen und Verkehrsmittel** machen den ÖPNV insgesamt  
205 attraktiver.

206 Auch wenn der ÖPNV nicht überall kostendeckend betrieben werden kann, steht für uns  
207 der Mensch im Mittelpunkt. Wir wollen eine **verstärkte Ausrichtung nach den tat-**  
208 **sächlichen Kundenbedürfnissen** erreichen. Um die finanziellen Defizite dennoch zu  
209 begrenzen, soll in sehr dünnbesiedelten Gegenden verstärkt über Anrufsammeltaxis,  
210 Anruflinientaxis oder Kleinbusse nachgedacht werden. **Das Ziel muss sein, jeden Ort in**  
211 **Deutschland mit dem ÖPNV regelmäßig erreichbar zu machen.**

212 **Höhere Investitionen in die Erforschung von alternativen Energiekonzepten** sind  
213 notwendig, um auch den straßengebundenen Verkehr umweltschonend zu gestalten.  
214 Diese Forschungen sollten jedoch möglichst technologieoffen erfolgen. Langfristig müs-  
215 sen alle auf fossilen Energieträgern basierenden Verkehrsmittel zwingend ersetzt wer-

216 den, dies kann zum Beispiel durch Elektrobusse mit integrierter Feststoffbatterie oder  
217 Brennstoffzellenantriebe erfolgen.

### 218 **Motorisierter Individualverkehr (MIV)**

219 Da das Mobilitätsbedürfnis der Menschen kontinuierlich wächst, ist auch der PKW-  
220 Verkehr weiterhin von Bedeutung. Jedoch müssen diesem angesichts seiner vielfältigen  
221 Nachteile Grenzen gesetzt werden. Dies gilt ebenso dem Lkw-Verkehr, der schon seit  
222 Jahren erfolglos auf die Schiene verlagert werden soll. Zunehmend schwerere und län-  
223 gere Straßengütertransporte verursachen infolge höherer Belastungen der Straßen und  
224 Brücken vermehrt Schäden, die aufwendig repariert werden müssen. Immer mehr Brü-  
225 cken müssen sogar komplett ersetzt werden.

226 Aber auch eine **Reduzierung des ruhenden Verkehrs**, das heißt der parkenden Fahr-  
227 zeuge, wird vielerorts deutliche Verbesserungen erzielen. Straßenflächen, die in großer  
228 Menge und oft ungenutzt vorgehalten werden sowie geplante Straßenverkehrsflächen  
229 wie Ortsumgehungen, können zukünftig anderweitig nutzbar gemacht werden, dies  
230 könnte Wohnungsmangel vorbeugen und mehr Raum für die Landwirtschaft schaffen.  
231 Nichtsdestotrotz erachten wir es als notwendig, die **Verknüpfung mit den öffentlichen**  
232 **Verkehrsmitteln zu verbessern und mehr Park-and-Ride-Plätze anzubieten.**

233 Neben dem Platzbedarf sprechen auch noch weitere Gründe für dringend notwendige  
234 Veränderungen. Verkehrssicherheit beschäftigt viele Menschen. Erwiesenermaßen ist  
235 das Risiko, im Straßenverkehr zu verunfallen, deutlich höher als bei allen anderen Ver-  
236 kehrsmitteln. Besonders die hohen Geschwindigkeiten auf vielen Autobahnen sind ein  
237 großes Sicherheitsrisiko und fördern einen erhöhten Schadstoffausstoß sowie mehr  
238 Lärm. **Wir fordern deshalb eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen deutschen**  
239 **Autobahnen.**

### 240 **Fahrradverkehr**

241 Das Fahrrad ist für uns ein elementarer Bestandteil der Verkehrswende, denn er kommt  
242 allen Menschen zugute, auch denjenigen, die überwiegend das Auto nutzen oder zu Fuß  
243 gehen. Radverkehr ist als umweltfreundlicher Verkehr weder mit Lärm noch mit schädli-  
244 chen Emissionen verbunden und sein Flächenbedarf ist gering. Zusammen mit dem  
245 ÖPNV und dem Fußverkehr bietet er die Möglichkeit, insbesondere die Innenstädte vom  
246 Kraftfahrzeugverkehr und damit vom Stau sowie von Schadstoffen und Lärm zu entlas-  
247 ten. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden Städte, Gemeinden und Regionen mit ho-  
248 hen Radverkehrsanteilen meistens als besonders lebendig und lebenswert bewertet.  
249 Dafür müssen Fahrräder jederzeit verfügbar sein. Das wollen wir u.a. durch **verstärktes**  
250 **Bikesharing** erreichen. Nur wem schnell, unbürokratisch und günstig ein Fahrrad zur  
251 Verfügung steht, zieht es als alternatives Verkehrsmittel in Betracht.

252 Die Abstellung und Verwahrung von Fahrrädern muss deutlich verbessert werden. Un-  
253 haltbare Zustände wie die am Braunschweiger Hauptbahnhof schaden der Attraktivität  
254 der Stadt und machen das Radfahren insgesamt unattraktiv. Unsere Devise lautet da-  
255 her: **Mehr Fahrradständer, -boxen oder -häuser**, je nach Standort eine Kombination  
256 verschiedener Varianten und diese **möglichst in direkter Nähe zu Bus und Bahn**. Da  
257 inzwischen immer mehr E-Bikes auf unseren Straßen unterwegs sind, sind zukünftig  
258 auch **Lademöglichkeiten an Abstellanlagen und weiteren wichtigen Plätzen** vorzu-  
259 halten.

260 Städte und Gemeinden sollten ganzheitliche Ansätze in Betracht ziehen und **Verkehrs-**  
261 **entwicklungspläne erstellen**, in denen der Radverkehr eine prominente Stellung ein-  
262 nimmt. Innerhalb dieses Prozesses ist ein **Radverkehrsplan zu erstellen**, um den Be-  
263 darf an zusätzlichen oder auszubauenden Strecken zu ermitteln. **Neben zusätzlichen**  
264 **Fahrradwegen bzw. Fahrradschnellwegen ist es eminent, diese laut aktueller**  
265 **Richtlinien ausreichend breit und barrierefrei zu errichten**. Dies gilt im Übrigen be-  
266 sonders im Bereich von Kreuzungen, um Unfällen vorzubeugen. Weiter wird eine **gute**  
267 **Beleuchtung und Beschilderung der Wege** als notwendig erachtet.

<b>V II</b>	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Begleitetes Fahren ab 16 Jahren ermöglichen**

2 Das begleitete Fahren unter Aufsicht einer Begleitperson mit entsprechender Fahrerfah-  
3 rung sorgt dafür, dass jugendlicher Übermut und Alkoholmissbrauch im Straßenverkehr  
4 gemindert werden können. Eine Erhöhung dieser Zeit auf 2 Jahre kann die Fahrfestigkeit  
5 von Fahranfänger\*innen steigern, bevor diese selbständig und ohne Aufsicht das erste  
6 Mal einen PKW führen.

# ANTRAGSBEREICH: **X** - Sonstiges

<b>X I</b>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Öffentlich-Rechtliche Medien stärken – Geringe Ein-** 2 **kommen entlasten**

3 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wichtige Säule der deutschen Medienland-  
4 schaft, deren Existenz für uns außer Frage steht. Dennoch weist das aktuelle System  
5 schwächen auf. Daher fordern wir die Überprüfung des Beitragsmodelles, um zu prüfen  
6 inwiefern Schüler\*innen, Studierende, Auszubildende und andere Menschen mit wenig  
7 Einkommen entlastet werden können.

8 Ebenfalls müssen die Rundfunkräte ein besseres Abbild der Gesellschaft sein, indem  
9 mehr junge Menschen hier mitwirken können. Klar ist für uns auch, dass die öffentlich-  
10 rechtlichen Medienanstalten noch stärker ihr Online-Angebote ausbauen und bündeln  
11 sollten. Hierfür wäre eine zentrale Mediathek eine Option, die geprüft werden soll. Ge-  
12 rade in Zeiten der medialen Beeinflussung durch Fake-News verbreitende Youtube-  
13 Channel oder Sender wie RT-Deutsch gilt es den unabhängigen, öffentlich-rechtlichen  
14 Sendern den Rücken zu stärken und gleichzeitig deren Modernisierung im Programm, in  
15 Formaten und Plattformen einzufordern.

<b>X 2</b>	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	Juso Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Historische Kommission der SPD neu einsetzen!**

2 Die Jusos im Unterbezirk Cuxhaven fordern die Wiedereinsetzung der historischen  
3 Kommission der SPD.

**X 3**

Antragsteller\*innen: UB Lüneburg

Weiterleitung: Juso Bundeskongress, SPD-Landesparteitag

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1 **Wiedereinsetzung der Historischen Kommission**

2 Die Jusos Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen beschließt, dass die Historische  
3 Kommission der SPD beim Bundesparteivorstand wiedereingesetzt wird und ihr die wei-  
4 tere Arbeit nach den bisherigen Grundsätzen ermöglicht wird.

### 5 **Begründung:**

6 Im Juni 2018 hat die Parteiführung der SPD beschlossen, die Historische Kommission  
7 (HiKo) der SPD beim Parteivorstand aufzulösen. Ersetzt wird sie durch die Ernennung  
8 des Schatzmeisters Dietmar Nietan zum Beauftragten für historische Fragen.

9 Begründet wurde die Auflösung mit angeblichen Sparmaßnahmen.

10 Angesichts der geringen jährlichen Unkosten der ehrenamtlich arbeitenden Historischen  
11 Kommission überzeugt diese Begründung nicht. Eine nebenamtliche Beauftragung eines  
12 ausgelasteten Schatzmeisters ist in keiner Weise ein Ersatz.

13 Die vom Parteivorsitzenden Willy Brandt und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz im Jahr  
14 1982 eingesetzte Historische Kommission sollte zur Identitätsfindung der SPD beitragen  
15 und gegenwärtige politische Themen historisch thematisieren. Das hat sie mit zahlrei-  
16 chen Veröffentlichungen und Veranstaltungen unter der Mitwirkung von hervorragenden  
17 Historiker\*innen der Arbeiter\*innenbewegung wie Susanne Miller, Helga Grebing  
18 und Reinhard Rürup, getan.

19 Wie das Mitglied der Kommission, Professor Edgar Wolfrum, zurecht anmerkte:

20 „Ohne Wissen um die Vergangenheit lässt sich keine Zukunft gewinnen. Kritisches Ge-  
21 schichtsbewusstsein ist ein Lebenselixier für jede Demokratie. Denn Geschichte ist die  
22 Trias aus Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive. Sie  
23 ist lebendige Aufklärung und Demokratiewissenschaft.“

24 „Für Antidemokraten war und ist Geschichte immer eine Waffe. In den anstehenden er-  
25 innerungskulturellen Kämpfen wird die stolzeste deutsche Partei stimmlos sein.“

26 Die Notwendigkeit der Aufgabe besteht auch heute noch. Gerade die älteste deutsche  
27 Partei mit einer so reichen Geschichte, wie die der SPD, bedarf der Auseinandersetzung  
28 mit der eigenen Geschichte durch qualifizierte und unabhängige Historiker\*innen. Poli-  
29 tische Gegner\*innen, die die Geschichte der SPD als Waffe gegen sie verwenden wollen,

30 haben wir genug. Gerade daher ist die – auch kritische – Auseinandersetzung mit der  
31 eigenen Parteigeschichte unerlässlich.  
32 Angesichts der geringen Unkosten der Kommission ist die Begründung mit vorgeblichen  
33 Sparerfordernissen abwegig. Daher ist die Revision dieser Entscheidung der Parteifüh-  
34 rung

<b>X 4</b>	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

## 1 **Transparente Darstellung von Preisangaben**

2 Ein Preis ist ein fester Betrag, welcher für ein Produkt bezahlt wird, und ebenso sollte  
3 der Preis auch dargestellt werden, als eindeutiger Betrag. So sind Angaben, wie „ab“,  
4 nicht hilfreich und sollen den Verbraucher\*innen oft nur locken, was Verbrauchertäu-  
5 schung ist. Stattdessen sollten Preisspannen angegeben werden oder Produkte größtent-  
6 teils für den „ab-Preis“ verfügbar sein. Ebenso zum Nachteil der Verbraucher\*innen sind  
7 Preisangaben, bei welchen sich der Preis nach einem bestimmten Zeitraum innerhalb  
8 der Vertragslaufzeit erhöht, da vor Vertragsabschluss die günstigeren Kosten zu Beginn  
9 des Vertrags begünstigt dargestellt worden sind. Es sollte unzulässig sein, eine Verände-  
10 rung der Kosten in Fußnoten darzustellen.

11 Sämtliche Kosten, welche innerhalb der Vertragslaufzeit entstehen, müssen ohne su-  
12 chen, scrollen, aufklappen, nachfragen ersichtlich sein und komplett transparent darge-  
13 stellt werden, dies umfasst auch eine gleichartige Darstellung in Schriftart, Farbe und  
14 Größe.

**X 5**

Antragsteller\*innen: UB Celle

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 **Offenlegung sämtlicher Einnahmen von Politi-**  
2 **ker\*innen auf Bundesebene**

3 Politiker\*innen sind vom Volk gewählt und stellen dessen Vertreter\*innen im Staat dar.  
4 Um das Vertrauen zwischen Volk und Politik zu schaffen bzw. zu stärken, sollen alle Poli-  
5 tiker\*innen, welche derzeit auf bundespolitischer Ebene tätig sind, sämtliche Einnahmen  
6 und Gehälter von sich auf einer Plattform transparent öffentlich verfügbar machen.

**X 6**

Antragsteller\*innen: UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung:

Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 **Verbraucher\*innen vor Kündigungsfristen schützen**

2 Wir fordern, dass künftig die Kündigungsfristen in Verträgen maximal 3 Monate betra-  
3 gen darf. Bspw. für Handyverträge, Pay-TV oder ähnliches – nicht für Arbeitsverträge!  
4 Zusätzlich soll mindestens einen Monat vor der Kündigungsfrist, aber maximal drei Mo-  
5 nate vor dieser, ein Erinnerungsschreiben an die Verbraucher\*innen geschickt werden.  
6 In diesem muss eindeutig nochmal auf die Kündigungsfrist hingewiesen werden.

7 **Begründung:**

8 Kündigungsfristen sind oft so gestaltet, dass versucht wird das die Verbraucher\*innen  
9 diese vergessen. Verbraucher\*innen müssen vor (meist) teuren automatischen Ver-  
10 tragsverlängerungen aus unserer Sicht erinnert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass  
11 Verbraucher\*innen vor Vertragsfallen geschützt werden.